



4. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 13. Juli 2005

Mitteilungen der Präsidentin 139

**Gedenken an die Opfer
der Terroranschläge in London** 139

1 Regierungserklärung

zur 14. Wahlperiode des
Landtags Nordrhein-Westfalen..... 139

Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers 139

2 Fragestunde

Drucksache 14/40..... 158

Zukunft der Universität Witten-Herdecke

Mündliche Anfrage 1
des Abgeordneten
Thomas Stotko (SPD)..... 158

Minister Dr. Andreas Pinkwart..... 159

Wasserrechtliche Genehmigung Bergwerk Walsum

Mündlichen Anfrage 2
des Abgeordneten
Ralf Jäger (SPD) 162

Minister Eckhard Uhlenberg 163
166

Ministerin Christa Thoben 166
167

Kofinanzierungsanteile des Landes bei den EU-Strukturfonds

Mündliche Anfrage 3
des Abgeordneten
Markus Töns (SPD) 167

Ministerin Christa Thoben..... 168

Zentralisierung des Verfassungsschutzes beim Bund entmündigt Länder

Mündliche Anfrage 4
des Abgeordneten
Ralf Jäger (SPD)..... 168

Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage 243

Verhinderung der Einführung des Faches „Naturwissenschaften“ blockiert die not- wendige Weiterentwicklung nordrhein- westfälischer Schulen und hat unabsehba- re Folgen

Mündliche Anfrage 5
der Abgeordneten
Ute Schäfer 168

Ministerin Barbara Sommer..... 168

Beabsichtigt die Landesregierung den Ausbau des Flughafens Müns- ter/Osnabrück mit Zuschüssen des Landes zu finanzieren?

Mündliche Anfrage 6
des Abgeordneten
Johannes Remmel (GRÜNE) 175

Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage 244

3 Neuordnung der Polizei für mehr Sicherheit umsetzen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/24

In Verbindung damit:

Mehr Polizei für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger - Weitergehende Strukturreform von Polizeiführung und Polizeiverwaltung unter Einbeziehung der Landräte als Kreispolizeibehörden unverzüglich umsetzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/31..... 175

Monika Düker (GRÜNE)..... 175
186
Dr. Karsten Rudolph (SPD)..... 176
Theo Kruse (CDU)..... 178
Horst Engel (FDP)..... 179
Minister Dr. Ingo Wolf 181
Werner Lohn (CDU) 183
Ralf Jäger (SPD) 184
Marianne Thomann-Stahl (FDP) 187

Ergebnis..... 187

4 Planungssicherheit erhalten Qualitätspakt muss eingehalten werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/29 - Neudruck..... 188

Heike Gebhard (SPD) 188
Dr. Michael Brinkmeier (CDU)..... 189
Bärbel Höhn (GRÜNE)..... 190
Christian Lindner (FDP)..... 192
Minister Dr. Andreas Pinkwart..... 193
Manfred Kuhmichel (CDU) 195
Karl Schultheis (SPD)..... 196

Ergebnis..... 198

5 Städte und Gemeinden bei der Reduzierung der Feinstaubbelastung unterstützen: Dieselrußfilter bei ÖPNV-Bussen kurzfristig nachrüsten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/36..... 198

Johannes Rimmel (GRÜNE) 198
205
207
Gerhard Lorth (CDU) 199
Bodo Wißen (SPD) 201
Christof Rasche (FDP) 202
Minister Oliver Wittke..... 204
207
Minister Eckhard Uhlenberg 206
Peter Biesenbach (CDU) 207

Ergebnis..... 208

6 Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/30

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/65.....

Gisela Walsken (SPD)..... 208
Winfried Schittges (CDU) 209
Rüdiger Sagel (GRÜNE) 211
Angela Freimuth (FDP)..... 212
Minister Dr. Helmut Linssen 213
Horst Becker (GRÜNE) 214

Ergebnis..... 214

7 Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums in Nordrhein-Westfalen durch integrierte nachhaltige Politik sichern und ausbauen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/32

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/62..... 214

Svenja Schulze (SPD) 214
Friedhelm Orgies (CDU)..... 216
Johannes Rimmel (GRÜNE) 218
Marianne Thomann-Stahl (FDP) 219
Minister Eckhard Uhlenberg 220
Annette Watermann-Krass (SPD) 223

Ergebnis.....224

8 Gender-Budgeting jetzt umsetzen! - Keine ungerechte Sparpolitik

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/34.....224

Barbara Steffens (GRÜNE).....225
Maria Westerhorstmann (CDU).....227
Gerda Kieninger (SPD)228
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).....229
Minister Dr. Helmut Linssen230

Ergebnis.....232

9 Haushaltsrechnung des Landes NRW für das Rechnungsjahr 2003

Antrag
der Landesregierung
auf Erteilung der Entlastung
nach § 114 LHO
Drucksache 14/61

In Verbindung damit:

**Jahresbericht 2005 des
Landesrechnungshofs NRW über das
Ergebnis der Prüfungen im
Geschäftsjahr 2004**

Unterrichtung
durch den Landesrechnungshof
- zur Beratung -
Drucksache 14/25.....232

Minister Dr. Helmut Linssen 232
Wolfgang Hüsken (CDU) 233
Stephan Gatter (SPD) 234
Rüdiger Sagel (GRÜNE) 234
Marianne Thomann-Stahl (FDP) 235

Ergebnis..... 235

10 Keine Öffnung der Läden an Sonn- und Feiertagen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/28

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/64 235

Rainer Schmeltzer (SPD) 235
Andrea Milz (CDU)..... 236
Barbara Steffens (GRÜNE) 237
Dietmar Brockes (FDP) 238
Ministerin Christa Thoben..... 239

Ergebnis..... 241

Entschuldigt waren:

Martin Börschel (SPD)
(ab 16:30 Uhr)
Helga Schwarz-Schumann (SPD)
Peer Steinbrück (SPD)

Beginn: 10:00 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zur 4. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich drei Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Gestatten Sie mir vor Eintritt in die Tagesordnung ein Wort zu den **Terroranschlägen von London** in der letzten Woche. - Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, am vergangenen Donnerstag hat mit den Terroranschlägen auf den öffentlichen Nahverkehr in London eine verheerende Welle der Gewalt die Stadt London überrollt. Wir sind fassungslos über das Ausmaß von Gewalt und Hass, zu dem Menschen fähig sind. Der Landtag Nordrhein-Westfalen, das ganze Land und seine 18 Millionen Menschen, wir alle sind mit unseren Gedanken bei den Opfern, ihren Familien und Freunden, dem gesamten britischen Volk. Ihnen gilt unser Mitgefühl.

Mit einem Schlag sind uns die Terroranschläge von New York und Madrid wieder vor Augen geführt worden, Anschläge auf die zivilisierte Welt, wie wir sie in dem Ausmaß vorher nie für möglich gehalten haben. Wir müssen heute erkennen: Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen sind solche Gräueltaten letztlich nicht auszuschließen. Deshalb bleibt bei vielen auch ein Gefühl der Angst. Doch diese Angst darf uns nicht lähmen. Wir müssen den Terroristen durch unser entschlossenes Handeln zeigen: Wir weichen nicht zurück. Für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde treten wir selbstbewusst ein. Nur so können wir den Terrorismus in die Schranken weisen.

Die Anschläge in London mit so vielen Opfern haben das britische Volk erschüttert, aber sie treffen alle demokratischen, offenen Gesellschaften mitten ins Herz. Die Briten sind unsere Freunde. Besonders in Nordrhein-Westfalen haben sie geholfen, das zerstörte Land wieder aufzubauen. Wir denken gern an den Besuch der britischen Königin vor wenigen Monaten zurück, der diese gewachsene Freundschaft noch einmal verfestigt hat.

Heute gilt unser Mitgefühl den Hinterbliebenen der Opfer und den Verletzten. - Ich bitte Sie um einen Moment des stillen Gedenkens.

(Die Anwesenden nehmen nach einer Gedenkminute ihre Plätze wieder ein.)

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Regierungserklärung

zur 14. Wahlperiode des
Landtags Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, dass er beabsichtigt, heute die Regierungserklärung zur 14. Wahlperiode abzugeben. Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers das Wort. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein schönes Land. Nordrhein-Westfalen ist stark. Unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind das Ergebnis harter Arbeit.

(Zuruf von der SPD: Der SPD!)

Es gibt Probleme - und das nicht zu knapp. Aber wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir können die Probleme meistern. Wir haben die Kraft dazu. Wir haben das Wissen, die Ausbildung und die Infrastruktur. Was wir nicht hatten, war Klarheit und Verlässlichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben am 22. Mai bei der Landtagswahl entschieden, ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes aufzuschlagen. Sie haben sich dazu entschieden, obwohl sie wussten, dass der Weg in den kommenden Jahren anstrengend ist. Er wird Opfer kosten, und jeder wird es merken.

Aber wir haben alle Chancen, wenn wir nur wollen. Verzweiflung und Angst, die es allenthalben gibt, müssen einem neuen Selbstbewusstsein weichen. Es ist das Selbstbewusstsein derjenigen, die sich etwas zutrauen. An die Stelle von Staatsgläubigkeit und Korporatismus müssen Selbstbestimmung und Selbstverantwortung treten, an die Stelle bürokratischer Fremdbestimmung verantwortete Freiheit.

Ich wünsche mir, dass die Menschen auf diesem Weg mitgehen. Ich will auch diejenigen überzeugen, die uns nicht gewählt haben. Die neue Lan-

desregierung vertritt die Interessen aller Menschen Nordrhein-Westfalens, nicht nur die einzelner Gruppen. Ich möchte, dass die Menschen wieder stolz auf unser Land sind - die Menschen, die hier geboren sind, ebenso wie die Menschen, die zu uns gekommen sind.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt. Das ist seine Stärke. Diesen Geist der Teilhabe und der Teilnahme werden wir neu beleben. Ich möchte, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen haben in die Stärke dieses Landes und die Möglichkeiten, die es ihnen bietet.

Nordrhein-Westfalen ist mit dem Rheinland und dem Ruhrgebiet, mit Westfalen und Lippe das größte und vielfältigste Land der Bundesrepublik Deutschland. Die Stärke dieses Landes muss für die Menschen wieder erlebbar werden, und zwar innerhalb wie außerhalb unserer Landesgrenzen; denn Nordrhein-Westfalen ist das Herz Europas, und wir sind Deutschlands starke Schultern.

Ich möchte, dass die Menschen wieder mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit sind eine traurige Realität nach vier Jahrzehnten. Aber dies soll nicht das Lebensgefühl der Menschen bestimmen. Der Aufbruch, für den die Koalition der Mitte aus CDU und FDP steht, wird den Menschen in Nordrhein-Westfalen das Vertrauen in die Zukunft wiedergeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir können und wollen keine Wunder versprechen. Aber ich bin mir an einer Stelle absolut sicher: Nordrhein-Westfalen kommt wieder!

(Beifall von CDU und FDP)

Was wir versprechen, ist harte Arbeit, Ausdauer und der volle Einsatz für unser Land. Meine Damen und Herren, es wird nicht schnell gehen, aber es wird wieder bergauf gehen in Nordrhein-Westfalen. Wir werden die Bedingungen schaffen, unter denen Arbeit Vorfahrt hat. Wir werden Bedingungen schaffen, die jungen Frauen und Männern Mut machen, Familien zu gründen und Kinder großzuziehen. Wir werden Bedingungen schaffen, unter denen Wohlstand für alle möglich ist. Und wir werden Bedingungen schaffen, unter denen sich Gemeinsinn entfalten kann und die Solidarität in unserer Gesellschaft wieder wächst. Nordrhein-Westfalen wird ein Land der neuen Chancen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, meine Regierungserklärung ist kein Maßnahmenkatalog, sondern sie beschreibt ein Programm, ein Programm der Solidarität und der Leistungsbereitschaft. Unser Ziel ist die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft und die Rückbesinnung auf das christlich-jüdisch-abendländische Wertefundament, das ihr zugrunde liegt. Deshalb wollen wir gemeinsam die Proportionen wieder zurechtrücken, die aus dem Lot geraten sind: Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen, Verlässlichkeit statt Beliebigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen die Wirklichkeit wieder so zur Kenntnis nehmen, wie sie ist. Verteilt werden kann nur das, was vorher erwirtschaftet wird. Das weiß jeder Privatmann. Auch der Staat muss das wieder lernen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen aufhören, mit ungedeckten Schecks zu bezahlen. Das ist nicht nur verfassungswidrig. 110 Milliarden € Schulden sind kein Erfolg einer Politik für mehr Gerechtigkeit, sondern eine Gefahr für den Sozialstaat. Nordrhein-Westfalen lebt von der Substanz. Die Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat die Menschen ärmer gemacht. Sie hat Investitionen verhindert und Chancen minimiert. Sie hat zu 1 Million Arbeitslosen, zu Mittelmaß in unserem Bildungswesen, zu immer mehr Insolvenzen geführt. Das muss sich ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Statt einer nachhaltigen Finanzpolitik wurden immer mehr Gesetze und Regeln erlassen, Behörden gegründet, Gesellschaften ausgegliedert, Initiativen gestartet, Programme aufgelegt. Das Ganze hat man dann Entbürokratisierung genannt. Aber das Land muss 2005 mit 345.000 Stellen genauso viele Stellen bezahlen wie 1998. Keine einzige Stelle wurde abgebaut. Die Personalkosten sind immer weiter gestiegen und liegen jetzt bei 21,5 Milliarden €. Die Pensionskostenlawine steht erst noch bevor; der Betrag wird sich von heute 4,3 Milliarden € bis 2020 fast verdoppeln.

Es ist ein RegelungsDickicht entstanden, das Freiheit eingeschränkt hat, das Selbstbestimmung und Selbstverantwortung behindert hat. Und nicht zuletzt: Unsere Gesellschaft ist dadurch unsolidarischer geworden.

Die Menschen wollen keine leeren Versprechungen. Sie wollen eine Politik, die sich der Wirklichkeit stellt, statt Probleme zu verschleiern und ihre

Lösung auf die kommenden Generationen zu verschieben.

Wir werden den Haushalt sanieren. Das geht nicht in einer Legislaturperiode, aber, meine Damen und Herren, es geht. Deshalb gibt es auch keine politischen Geschenke, keine Konjunkturprogramme und keine Leuchtturmprojekte. Wir können froh sein, wenn es uns gelingt, die wirtschaftsnahe, die soziale und die kulturelle Infrastruktur in unserem Land zu erhalten und in Ordnung zu bringen. An Ausbau ist in den nächsten Jahren nicht zu denken.

Wir konsolidieren aber nicht nur, sondern wir investieren auch in Zukunft. In Zeiten radikaler Umbrüche und Veränderungen erwarten die Menschen von der Politik wieder Orientierung. Die Politik muss endlich wieder Ziele setzen. Sie muss wieder bereit sein, Prioritäten zu setzen und Entscheidungen auch dann durchzuhalten, wenn es Widerstand gibt. Sie muss wieder Ansprüche an sich selbst und die Menschen stellen. Sie muss zeigen, dass viel geht, wenn man es will und wenn es, meine Damen und Herren, gerecht zugeht. Sie muss nah bei den Menschen sein.

Um Orientierung zu geben, muss die Politik sagen können, welchen Staat, welche Gesellschaft sie anstrebt. Es war ein schwerwiegender Mangel der bisherigen Politik, dass sie kein Konzept und keine gesellschaftliche Zielvorstellung erkennen ließ. Wer kein Ziel und Projekt hat, für den ist jeder Weg der richtige. Die Menschen haben das Vertrauen in diese Politik der Beliebigkeit verloren.

Die Koalition der Erneuerung aus CDU und FDP hat, meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht im Unklaren über ihr Ziel gelassen. Ich behaupte: Der Wahlsieg am 22. Mai konnte so nur wegen dieser Klarheit errungen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen in Staat und Gesellschaft mehr Selbstbestimmung wagen. Wir wollen, dass die Menschen mehr Verantwortung für sich und das Gemeinwohl übernehmen. Konkret heißt das:

Erstens. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft wiederbeleben als eine Ordnung der Freiheit. Wir brauchen Wachstum. Wachstum braucht Freiheit. Ein Staat, der alles an sich zieht und auf allen Feldern regelt, ist ein schwacher Staat. Er überfordert sich und die Menschen. Nur ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, ist auch stark.

Wir lösen die Probleme unseres Landes nicht durch immer mehr staatliche Regulierungen, Ge-

setze, Erlasse, Verordnungen, Programme und Landesinitiativen. Wir lösen sie, indem wir den Menschen wieder vertrauen und ihnen, wo nötig, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung auch wieder zumuten.

Deshalb lassen wir wieder Ordnungspolitik an die Stelle der Regelungspolitik treten. Ordnungspolitik beschränkt sich darauf, den Rahmen vorzugeben, in dem die Menschen ihre Dinge selbst regeln - als Subjekte ihres Lebens und nicht als Objekte staatlicher Bevormundung.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden den Menschen mehr Freiheit geben - vor allen Dingen den Menschen, die gute Ideen umsetzen wollen. Wir geben den Menschen mehr Freiheit, die mit besserer Bildung bessere Chancen suchen. Wir geben den Menschen mehr Freiheit, die Familie und Beruf vereinbaren wollen. Und wir geben den Menschen mehr Freiheit, die in NRW etwas unternehmen wollen.

Zweitens. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft als eine Ordnung der Solidarität und Subsidiarität wiederbeleben. Wir wollen Gerechtigkeit. Gleichheit ist nicht gerecht, meine Damen und Herren. Gerecht ist, Vielfalt zuzulassen und dabei stärker auf Teilhabe zu setzen als auf Umverteilung. Wir wollen Solidarität. Klassenkampf ist nicht solidarisch. Solidarisch ist, gegenseitige Verantwortung der Starken für die Unterstützung der Schwächeren und der Schwächeren für die Leistungsfähigkeit der Starken zu organisieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es war falsch, Solidarität als Sache des Staates und nicht mehr als Sache der Gesellschaft und jedes Einzelnen zu begreifen. Es ist mit der Freiheit, Würde und Eigenverantwortung jedes Einzelnen nicht vereinbar, dass der Staat immer mehr Aufgaben für den Einzelnen wahrgenommen und sich immer mehr Zuständigkeiten angemaßt hat. Wir werden das ändern.

Drittens. Wir wollen die Ordnungspolitik, die von den Vätern der sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftliche Strukturpolitik entwickelt wurde, um eine soziale Ordnungspolitik ergänzen. Die Absicherung normaler ökonomischer Risiken und die Sicherung von Lebensstandards muss stärker auf privater Basis erfolgen. Die Solidargemeinschaft kann nur noch die Grundsicherung gewährleisten. Das muss sie dann aber auch verlässlich über Jahrzehnte garantieren. Zur Absicherung des Lebensstandards wird mehr private Vorsorge nötig.

Meine Damen und Herren, soziale Ordnungspolitik setzt auf das Versicherungsprinzip, auf selbstverwaltete und politikferne Sozialsysteme, auf Selbstverwaltung der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern und auf eine starke kommunale Selbstverwaltung. Versicherungsfremde Leistungen dürfen aus den Sozialkassen nicht mehr bezahlt werden, sondern müssen aus Steuermitteln erbracht werden.

(Lachen von der SPD - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

In der sozialen Ordnungspolitik muss sich Leistung lohnen. Wer vorsorgt und sich abgesichert hat, darf, wenn er in Not gerät, nicht so behandelt werden, als hätte er nicht vorgesorgt, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Viertens. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft wiederbeleben als eine Ordnung, in der der Wettbewerb als überlegenes Organisationsprinzip anerkannt wird, und zwar nicht nur auf den Märkten, sondern auch in den Schulen und Hochschulen. Markt und Wettbewerb sind zweierlei. Ich spreche ausdrücklich nicht von der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Bildungschancen dürfen zum Beispiel nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Beifall von CDU und FDP - Demonstrativer Beifall von der SPD)

Es gibt Dinge, die außerhalb von Angebot und Nachfrage liegen. Ich spreche vom Wettbewerb als Organisationsprinzip. Deshalb will die neue Landesregierung Fördermittel auch in wettbewerblichen Verfahren vergeben und nicht mehr mit der Gießkanne. Meine Damen und Herren, der Bio-Regio-Wettbewerb hat gezeigt: Das ist erfolgreich.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft wird unser Land in den nächsten Jahren verändern und - davon bin ich überzeugt - auch zu einem neuen Aufbruch führen. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen bleibt, was es ist: ein weltoffenes, ein soziales, ein sicheres und ein lebenswertes Land. Aber unser Land bleibt nicht, wie es ist. Es wird ein anderes Nordrhein-Westfalen: Es wird freier und dynamischer, es lässt mehr Raum für Innovationen, Eigeninitiative und Kreativität, es wird attraktiver für Investitionen in die Zukunft, es wird seinen Wohlstand wieder mehr, statt weiter von der Substanz zu zehren, und es wird neue Arbeit geben, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Präsidentin, wertete Kolleginnen und Kollegen, unser Land steht vor drei großen Herausforderungen:

- Wir nehmen die Herausforderungen der Globalisierung an durch eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik, durch eine Wirtschaftspolitik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung und durch eine Arbeitsmarktpolitik, die neue Chancen eröffnet.
- Wir nehmen die Herausforderungen der Wissensgesellschaft an durch eine neue Schul-, Hochschul- und Innovationspolitik, die unser Land aus dem Mittelmaß an die Spitze führt.
- Wir nehmen die Herausforderungen der demographischen Entwicklung an durch eine neue Politik für Kinder und Familien, durch eine Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch eine wirksame Integrationspolitik und durch eine Gesundheits- und Sozialpolitik, die das Älterwerden als Chance begreift.

Meine Damen und Herren, das Wort „Globalisierung“ steht für viele Ängste: in den Industrieländern für die Angst vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer, für die Angst vor sinkenden Einkommen, für die Angst vor der Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte, aber auch für die Angst vor dem Verlust gewachsener Strukturen und regionaler Identität.

Nun, meine Damen und Herren, Globalisierung ist nichts Neues. Sie ist auch nicht aufzuhalten. Sie eröffnet vor allem auch neue Chancen. Wir Deutschen profitieren übrigens schon lange davon. Wir sind Weltmeister im Export. Wir verdienen unser Geld auf den Märkten dieser Welt.

(Zuruf von der SPD: So, so!)

Die Globalisierung führt auch nicht zwangsläufig zu Sozialabbau. Die Gründe für die Probleme unseres Sozialsystems liegen nicht in der Globalisierung sondern darin, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben, dass wir immer mehr Schulden gemacht haben, dass immer weniger Kinder geboren werden und dass immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weggefallen sind. - Das sind die Probleme dieses Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Die richtige Strategie, mit den Umbrüchen der Globalisierung fertig zu werden, besteht nicht im Lamentieren sondern darin, die Ärmel aufzukrempeln und mehr zu arbeiten. Die Globalisierung bietet den Menschen und Unternehmen in Nordrhein-

Westfalen große Chancen. Wir werden diese Chancen besser nutzen.

Dazu gehört, dass wir durch die Sanierung des Landeshaushaltes Schritt für Schritt neue Spielräume für Investitionen und Innovationen schaffen und dadurch mehr Wachstum ermöglichen. Wachstum führt zu Beschäftigung.

Wir werden die Neuverschuldung des Landes in den nächsten Jahren kontinuierlich reduzieren. Wir werden den ungebremsten Ausgabenanstieg nachhaltig zurückführen. Unser Ziel ist ein verfassungskonformer Haushalt. Das wird angesichts von 110 Milliarden € Schulden nicht von heute auf morgen gelingen. Aber es gelingt, wenn wir sofort damit beginnen.

Deshalb haben wir nach der Regierungsübernahme eine Haushaltssperre verhängt.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Die Wirkung ist begrenzt. Aber es ist ein wichtiges Zeichen. Für 2005 legen wir einen Nachtragshaushalt vor.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das werden wir nicht zulassen!)

Er ist gleichzeitig die Schlussbilanz von Rot-Grün. Wir werden darin alle im Haushalt und in den Nebenhaushalten schlummernden Risiken aufdecken und etatisieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden eine Kommission hochrangiger Finanzexperten mit einer grundlegenden Bestandsaufnahme der Haushaltssituation des Landes beauftragen und ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen.

In der Landesverwaltung werden wir jährlich 1,5 % der Stellen abbauen. Davon ausgenommen sind die Bereiche Polizei, Justiz, Finanzen, Schule und Hochschule.

(Hannelore Kraft [SPD]: Viel mehr gibt es doch auch nicht! - Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

- Ein solches Lachen zeigt, dass Sie immer noch nicht gelernt haben zu rechnen.

(Beifall von CDU und FDP - Heiterkeit von der SPD)

Die Mittel für Leistungsgesetze und Förderprogramme werden wir um bis zu 20 % zurückfahren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo denn?)

Den Satz „Geht nicht“ gibt es angesichts der Schuldenlast des Landes nicht. Wo weniger Geld ist, meine Damen und Herren, sind mehr Ideen und mehr Phantasie gefragt. Dafür werden wir Zeit und Raum geben, damit man sich darauf einstellen kann.

Wir werden die wenigen noch vorhandenen Vermögenswerte des Landes veräußern müssen. Wir werden das Vermögensmanagement des Landes neu aufstellen und uns von Beteiligungen teilweise trennen. Wir wollen die Wohnungen der LEG unter Berücksichtigung der notwendigen Sozialstandards verkaufen. Den Bau- und Liegenschaftsbetrieb und die Landesentwicklungsgesellschaft wollen wir neu ordnen und zusammenlegen. Die Jahresabschlüsse beider Unternehmen für 2004 zeigen, dass das notwendig ist. Beim BLB sind Wertberichtigungen von 750 Millionen € erforderlich gewesen,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

bei der LEG ist die Bestandsaufnahme noch nicht abgeschlossen. Das haben wir nach der Wahl zur Kenntnis genommen.

„Was alle betrifft, muss von allen diskutiert werden“, heißt es bei Cicero. Der Streit hat seinen Ort in den Parlamenten, also auch hier im Landtag. Zu viele Entscheidungen laufen aber am Landtag vorbei. Das hat zur Erstarrung beigetragen. Landesgesellschaften und Landesinitiativen, Gremien, Berater und Experten, Lobbyisten und die öffentliche Verwaltung bilden mittlerweile ein informelles und kostspieliges Machtgeflecht. Gleiches gilt auf kommunaler Ebene für das Leitbild „Konzern Stadt“. Viele Menschen haben den Verdacht, dass es häufig um die Durchsetzung von Einzelinteressen geht und nicht um das Gemeinwohl. Ich will, dass die Politik in Nordrhein-Westfalen transparenter wird. Wo undurchsichtige Strukturen bestehen, müssen sie abgebaut werden. Dass sie bestehen, meine Damen und Herren, ist gerade wieder vom Landesrechnungshof mit Bezug auf die Landesentwicklungsgesellschaft festgestellt worden. Die LEG ist mittlerweile auf über 100 Beteiligungen angewachsen; darunter sind Tochtergesellschaften zum Betrieb von Autohäusern - auch außerhalb von NRW - oder eine Musical-Gesellschaft. Das zuständige Ministerium hatte nicht einmal Kenntnis von allen Beteiligungen. Das ist vordemokratisch und ineffizient. Das kann so nicht bleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Jahrzehnte wurden Schulden gemacht mit der Begründung, man wolle den Aufschwung nicht kaputtsparen. Diese Wirtschaftspolitik à la Keynes

ist gescheitert. Eine neue Wirtschaftspolitik setzt auf die Konsolidierung des Staatshaushaltes und schafft damit Spielräume für Investitionen und Innovationen. So entstehen neue Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, wir werden die Wirtschaftspolitik des Landes auf Wachstum und Beschäftigung im globalen Wettbewerb ausrichten. Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen. NRW bleibt industrieller Kern in Deutschland und Europa. Die nordrhein-westfälische Industrie ist international wettbewerbsfähig. Das ist die Wahrheit, obwohl oft so getan wird, als sei das anders.

Viele Unternehmensführungen haben in den letzten Jahres Großes geleistet. Dafür verdienen sie Anerkennung und keine Kapitalismuskritik.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Preis für die Wettbewerbsfähigkeit ist allerdings hoch. Sie wurde durch harte, aber oft unumgängliche Rationalisierungsmaßnahmen erkaufte. Wo sie nicht erfolgt sind, wie z. B. bei Babcock, haben die Firmen nicht überlebt, oder es wurden, wie bei der West-LB, Milliardenverluste gemacht. In diesem schwierigen Prozess hat sich die Mitbestimmung bewährt. Das stelle ich ausdrücklich fest.

Neue Arbeitsplätze entstehen aber nicht da, wo die alten verloren gingen. Sie entstehen da, wo durch neue Ideen, neue Produkte und neue Dienstleistungen neue Märkte erschlossen werden. Sie entstehen heute vor allem durch das Wachstum mittelständischer Unternehmen und durch Neugründungen. Deshalb rücken wir den Mittelstand in das Zentrum der Wirtschaftspolitik. Unser Ziel ist, Hürden und Hindernisse für unternehmerisches Handeln aus dem Weg zu räumen und die begrenzten Fördermöglichkeiten des Landes zielgenauer einzusetzen.

Wenn, meine Damen und Herren, aus Forschungsergebnissen schneller marktfähige Produkte werden sollen, dann müssen wir die Netzwerke zwischen Unternehmen und zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärken. Das werden wir tun. So bilden sich regionale Branchen und landesweite Technologiecluster, die die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen stärken.

Wir werden Berichtspflichten für mittelständische Unternehmen im Dialog mit der Wirtschaft reduzieren. Als Modell dafür dient uns die Region Ostwestfalen-Lippe. Wir wollen diesen Prozess auf das ganze Land ausdehnen.

Europäische Vorgaben werden in Nordrhein-Westfalen zukünftig nur noch im Verhältnis 1:1 umgesetzt. In NRW wird es kein Draufsatteln mehr geben. Das beinhaltet auch den Abbau und die Flexibilisierung von Standards.

(Beifall von CDU und FDP)

Die neue Landesregierung wird ein verlässlicher Partner des Handwerks sein. Das Handwerk ist mit 150.000 Betrieben, einer Million Beschäftigten und einer Ausbildungsquote von 10 % in allen Regionen Nordrhein-Westfalens der beschäftigungs- und ausbildungsstärkste Sektor unserer Wirtschaft. Das Handwerk ist für die Qualitätskultur in unserem Land unentbehrlich. Um die Eigenkapitalausstattung von jungen Handwerkern zu verbessern, erhöhen wir die Meistergründungsprämie um 2 Millionen €.

Ordnungspolitik, meine Damen und Herren, bedeutet, dass der Staat nicht als Konkurrent auftritt. Dem Grundsatz „Privat vor Staat“ entsprechend werden wir staatliche Aufgaben auf ihre Privatisierungsfähigkeit prüfen und das Gemeindewirtschaftsrecht überarbeiten. Wo private Unternehmen eine Aufgabe ebenso gut und wirtschaftlich erfüllen können wie die öffentliche Hand, ist für erwerbswirtschaftliche Aktivität des Staates und der Kommunen kein Raum.

(Beifall von CDU und FDP)

Ordnungspolitik bedeutet, dass der Staat fairen und freien Leistungswettbewerb gewährleistet. Wir setzen uns deshalb für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung und Vereinfachung des Vergaberechts ein und sorgen dafür, dass es auch von den Landesbetrieben angewendet wird.

Ordnungspolitik verbietet, dass der Staat gesetzlich regelt, was auch durch freiwillige Vereinbarungen erreicht werden kann. Die Landesregierung wird deshalb einen „Umweltdialog NRW“ mit der Wirtschaft ins Leben rufen. In NRW gilt in Zukunft der Vorrang freiwilliger Vereinbarungen.

Ordnungspolitik verbietet, dass der Staat Händlern vorschreibt, wann sie an Arbeitstagen ihre Läden öffnen dürfen und wann nicht. Wir werden unmittelbar nach der Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollständig freigeben, nicht aber an Sonn- und Feiertagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die drückende Last hoher Energiepreise für Verbraucher und die mittelständische Wirtschaft muss reduziert werden, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, dass sie Arbeitsplätze kostet.

Wir werden die Kompetenzen, die uns das neue Energiewirtschaftsgesetz bei der Ausgestaltung marktgerechter Nutzungsentgelte für die Netze im Bereich der Strom- und Gasversorgung bietet, konsequent nutzen.

Ordnungspolitik bedeutet Verzicht auf Dauersubventionen. Wir werden im Bundesrat initiativ, um die Überförderung der Windkraftnutzung im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu stoppen. Wir schaffen die planerischen Voraussetzungen dafür, dass die Beeinträchtigungen durch die Nutzung der Windkraft minimiert werden. Wir wollen die Privilegierung der Windkraft im Baugesetzbuch streichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1. Wir brauchen ein starkes NRW-Unternehmen RAG. Wir begrüßen deshalb den Börsengang der RAG, erwarten aber zugleich die Unterstützung der Gesellschafter beim Ausstieg aus dem subventionierten Kohlebergbau.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wissen, dass die Zuwendungsbescheide über die kommenden drei Jahre dem Unternehmen einen Anspruch auf die zugesagten Steinkohlebeihilfen gewähren. Gleichwohl wollen wir bis 2010 kumulierte Einsparungen in Höhe von 750 Millionen € erreichen. Unser Ziel ist der Auslauf des subventionierten Steinkohlebergbaus. Das ist möglich, ohne den Weg der sozialverträglichen Anpassung zu verlassen. Wir werden gemeinsam mit der neuen Bundesregierung, mit dem Unternehmen, seinen Gesellschaftern und der Gewerkschaft Gespräche aufnehmen, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist auch ein starkes Medienland. Der Mediensektor gehört zu den Grundpfeilern des Hightechlandes NRW. Die hohe Beschäftigungswirkung und die Wertschöpfung unserer Medienunternehmen müssen erhalten und ausgebaut werden. Die neue Landesregierung wird dazu die notwendigen Schritte tun.

Unser Landessender WDR soll dauerhaft in die Lage versetzt werden, die technischen Innovationen der Gegenwart und Zukunft gemäß seinem Programmauftrag zu nutzen. Die privaten Sender wie RTL, Sat 1 und andere sollen sich im Markt behaupten können. Durch neue, attraktive Ausbildungs- und Fortbildungsstrukturen und durch eine unmittelbare Verzahnung mit den bei uns ansässigen öffentlich-rechtlichen und privaten Medienunternehmen schaffen wir insbesondere für den

Nachwuchs eine Perspektive hier bei uns in NRW und nicht in anderen Bundesländern.

Durch die Abkehr vom förderpolitischen Gießkannenprinzip und die Erarbeitung einer Cluster-Strategie verstärken wir die Wachstums- und Expansionschancen in diesem Bereich.

Die Zeitungsverleger unterstützen wir bei dem Versuch, Kooperationen zur Aufrechterhaltung eines hohen journalistischen Anspruchs herbeizuführen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen braucht ein starkes Ruhrgebiet. Ichweigere mich, wie ich es schon gehört habe, zu sagen, NRW ginge es gut, wenn es das Ruhrgebiet nicht gäbe. Wenn es einem Teil des Landes nicht gut geht, dann geht es dem ganzen Land nicht gut.

(Beifall von CDU und FDP)

Es wird zwar keine Bevorzugung des Ruhrgebiets geben, aber wir werden im Rahmen einer „Initiative Zukunft Ruhr“ dafür sorgen, dass das Ruhrgebiet neue Chancen bekommt. Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll dem Ruhrgebiet helfen, sich als Innovationsregion Deutschlands zu profilieren. Zur Unterstützung des Strukturwandels setzen wir bei den vorhandenen Stärken an: Im mittleren Ruhrgebiet ist es die Gesundheitswirtschaft, im Raum Dortmund die Mikrosystemtechnik, im Raum Duisburg die Logistik, im Emscher-Lippe-Raum sind es die Wertschöpfungsketten der chemischen Industrie.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Wir wollen leistungsfähige wissenschaftliche Einrichtungen stärken und neu ansiedeln. Wachstums- und Ansiedlungsanreize für mittelständische Unternehmen und Existenzgründer in den innovativen, zukunftssträchtigen Sektoren sollen helfen, zusätzliche Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Unser Ziel ist, einen Teil der Mittel dafür einzusetzen, die durch den Abbau der Steinkohlesubventionen gewonnen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll zu einer flexiblen Nutzung und Verbesserung des Verkehrssystems und zur städtebaulichen Innovation in der Region beitragen. Wir wollen gemeinsam mit dem Bund das Express-Bahn-System ausbauen, mit dem die Infrastrukturdefizite im Ballungsraum überwunden werden. Zunächst wollen wir das bestehende Netz benutzerfreundlich optimieren. Unser Ziel ist ein Bahn-Ring für die Regionen Rhein-

Ruhr und Wupper. Bei den Straßen ist der dreispurige Ausbau der B1 erforderlich. Bis dahin soll - wo möglich - die Standspur mit benutzt werden können, um Staus zu vermindern.

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter!)

Wir wollen verhindern, dass Teile des Ruhrgebiets zu städtebaulichen und sozialen Brennpunkten werden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wie denn?)

Der Emschergenossenschaft und den Kommunen stehen wir bei dem zukunftsweisenden Gemeinschaftswerk „Neues Emschertal“ als Partner zur Seite, um den Menschen einen fast verlorenen Lebens- und Arbeitsraum im Herzen des Ruhrgebiets zurückzugeben. Wir müssen verhindern, dass Slums mitten in unserem Land entstehen. Das liegt mir sehr am Herzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll die bessere Vernetzung der Kulturregion und des Kongressstandortes Ruhrgebiet unterstützen. Die Landesregierung begrüßt und unterstützt nachdrücklich die Bewerbung Essens als Kulturhauptstadt 2010. Das Motto „Kultur durch Wandel und Wandel durch Kultur“ steht für die massiven Veränderungen, die das Ruhrgebiet hinter sich hat, und die Chancen, die es nutzen kann. Wir wollen helfen, dass sich das Ruhrgebiet weiter als Kulturregion profiliert: durch seine herausragenden Einrichtungen und seine Beiträge von nationaler und internationaler Bedeutung.

Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll die Einheit der Region vorantreiben und ein einheitliches Regionalmarketing unterstützen. Das Ruhrgebiet soll stärker für sich selbst verantwortlich sein. Wir werden deshalb die bisher durch die drei Bezirksregierungen Arnsberg, Münster und Düsseldorf wahrgenommenen Zuständigkeiten für die Regionalplanung auf den Regionalverband Ruhr verlagern.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft erfordert den Abbau bürokratischer Strukturen. Das schafft Arbeit. Auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu setzen heißt, den Menschen nicht mehr vorzuschreiben, wie sie zu leben haben - weder durch Gesetze noch durch den goldenen Zügel. Mit uns hört der Staat auf,

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

sich in alles einzumischen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir nehmen Subsidiarität ernst. Der Staat übernimmt nur dann Aufgaben für den Einzelnen, wenn dieser dazu selbst nicht in der Lage ist. Staatliche Macht wird beschnitten. Weniger Staat führt zu mehr Selbstbestimmung.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb stellen wir die öffentliche Verwaltung neu auf: Kann eine staatliche Aufgabe entfallen, entfällt sie. Kann sie privatisiert werden, wird sie privatisiert. Kann sie kommunalisiert werden, geht sie in die kommunale Selbstverwaltung über. Wir beseitigen Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten. Sonderbehörden werden so weit als möglich aufgelöst, kommunalisiert beziehungsweise in die allgemeine Verwaltung integriert. Wir werden Standards abbauen und den Kommunen in einem Gesetz zur Standardflexibilisierung den Entscheidungsspielraum zur Abweichung von kostspieligen Standards geben.

Wir beginnen mit der Neuaufstellung der Verwaltung sofort. Bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode wird sie abgeschlossen sein. Dann gibt es einen auf seine Kernaufgaben konzentrierten Staat, eine starke kommunale Selbstverwaltung und drei Regionalpräsidien für das Rheinland, das Ruhrgebiet und Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gehört für uns, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mehr Entscheidungsmöglichkeiten zu geben. Dazu gehört, dass wir die Wahl der Bürgermeister und Landräte von der Wahl der Räte und Kreistage abkoppeln werden. Dazu gehört, dass wir den Ratsbürgerentscheid einführen werden. Wir wollen, dass in wichtigen kommunalen Angelegenheiten der Rat oder der Kreistag die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden lassen kann.

Meine Damen und Herren, sozial ist, was Arbeit schafft. Das ist die Leitlinie unserer Politik für mehr Arbeitsplätze. Die Politik schafft selbst keine Arbeitsplätze; sie kann aber den richtigen Rahmen für wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigungsaufbau setzen. Sie muss gewährleisten, dass jeder die theoretischen und praktischen Qualifikationen erwerben kann, die er dann auch im Beruf braucht.

Jeder Jugendliche verdient eine faire Chance am Beginn seines Arbeitslebens. Auch in diesem Ausbildungsjahr gibt es Probleme. Bis Juni haben sich 29.240 mehr junge Menschen beworben, als Lehrstellen zur Verfügung stehen. Damit alle versorgt werden können, werden wir alle in den

nächsten Wochen noch große Anstrengungen unternehmen müssen. Wir setzen den bewährten Ausbildungskonsens NRW fort. Es bleibt bei der Zusage an alle unvermittelten ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen in NRW, dass sie ein konkretes und realistisches Ausbildungs-, Qualifizierungs- oder berufliches Integrationsangebot erhalten werden.

Ich sehe übrigens gute Chancen, in betrieblichen Bündnissen für mehr Ausbildung neue Akzente zu setzen. Wir müssen es schaffen, meine Damen und Herren, dass sich wieder mehr Betriebe beteiligen und Ausbildungsplätze bereitstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

In NRW bilden zurzeit nur noch 30 % der Betriebe aus. Deshalb setzen wir neue Schwerpunkte. Jugendliche müssen viel früher als heute auf das Berufsleben vorbereitet werden. Wir befürworten deshalb Partnerschaften zwischen Schule und Betrieb. Es ist eine wichtige Aufgabe, weitere Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen. Die Kammern tragen hier eine große Verantwortung im Rahmen des Ausbildungskonsenses.

Kleinen und mittleren Betrieben wollen wir die Teilnahme an der Ausbildung erleichtern. Der damit verbundene bürokratische Aufwand soll ihnen abgenommen werden. Das gilt auch für Teile der praktischen Ausbildung, die der Betrieb nicht leisten kann. Berufskollegs beteiligen sich an diesen Partnerschaften, indem sie den Unterricht flexibler und bedarfsgerechter gestalten.

Wir wollen das System der dualen Berufsausbildung stärken und weiter entwickeln. Wir werden uns deshalb für mehr einfachere und praxisorientierte Ausbildungen einsetzen, die flexibel und für Aufstiegsmöglichkeiten offen bleiben. Das funktioniert, wenn man die Ausbildung in Stufen organisiert und auf jeder Stufe schon erworbene Teilqualifikationen testiert. Dazu wollen wir ein Bausteinsystem aufbauen, in dem keine Bildungs- und Ausbildungsleistungen verloren gehen oder mehrfach verlangt werden.

Wir wollen durch ein Modellprojekt erproben, ob und wie über einen Kombilohn lernschwache und behinderte Jugendliche beruflich in Betriebe integriert werden können. Dieses Angebot soll in erster Linie Jugendlichen zugute kommen, die sich für eine einfach strukturierte Arbeit eignen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die bekommen keine Ausbildung mehr!)

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen sind mehr als eine Million Menschen ohne Arbeit. Jeder Dritte ist bereits länger als ein Jahr arbeits-

los. Wir werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten zulassen, die helfen, die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Das gilt in erster Linie für haushaltsnahe Dienstleistungen. Dieser Beschäftigungssektor wird umso wichtiger, als sich durch die demographische Entwicklung die Nachfrage erhöhen wird. Hier liegt gerade in Nordrhein-Westfalen ein großes Potential von neuen Jobs.

Wir übernehmen Pionierverantwortung bei der Erschließung haushaltsnaher Beschäftigung und setzen uns ein für die Schaffung und Förderung privater Agenturen zur Vermittlung haushaltsnaher Dienstleistungen, für die generelle steuerliche Anerkennung von Privathaushalten als Arbeitgeber, für die Novellierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung sowie für nachvollziehbare, unbürokratische und effizientere steuer- und sozialversicherungsrechtliche Regelungen für eine Tagesmütter- und Tagesväterinitiative.

Dazu gehört auch die Schaffung von neuen Angeboten für Senioren, zum Beispiel Hilfen im Haushalt oder bei Ämtergängen. Ich weiß, dass damit Fachpflege nicht ersetzt, sondern allenfalls ergänzt werden kann. In Kooperation mit den Kommunen tragen wir aber damit zur Steigerung der Lebensqualität bei.

Meine Damen und Herren, auch für die heutigen Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld muss es verlässliche Perspektiven geben. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes muss statt an das Lebensalter stärker an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt und dementsprechend gestaffelt werden, ohne dass neue Frühverrentungsanreize oder Beitragssteigerungen entstehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Darüber hinaus muss beim Bezug des Arbeitslosengeldes II das, was sich die Menschen zur Altersvorsorge zurückgelegt haben, stärker als bisher anrechnungsfrei gestellt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung wird darauf achten, dass mit Ein-Euro-Jobs keine regulären Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden. Hier sehen wir auch die Bundesagentur für Arbeit in der Pflicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir befürworten die Unterstützung von Arbeitslosen beim Schritt in die Selbstständigkeit. Die ICH-AGs haben sich dazu aber nicht bewährt, sie haben sich größtenteils als ein ineffektives Arbeitsmarktinstrument erwiesen.

Meine Damen und Herren, um die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen, braucht Nordrhein-Westfalen Europa. Die europäischen Völker haben sich gemeinsame Institutionen gegeben, um gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Sie haben beschlossen, die Grenzen in Europa zu beseitigen. Wir sind verflochten mit unseren Nachbarn wie kaum eine andere Region in der Europäischen Union. Schon deshalb werde ich mich als Ministerpräsident sehr aktiv um den weiteren Fortgang des europäischen Einigungsprozesses kümmern. Ich werde darauf achten, dass die Mitwirkungsrechte der Länder nicht eingeschränkt werden und Europa das Subsidiaritätsprinzip beachtet. Ich will mit unserem Steuergeld auch keine Arbeitsplatzverlagerungen nach Osteuropa subventionieren.

(Beifall von CDU und FDP)

In diesem Sinne werden auch unsere Landesvertretungen in Brüssel und Berlin eine wirksame Vorfeldbeobachtung und Einflussnahme bei der europäischen Rechtssetzung übernehmen. Die Landesregierung wird mit ihren Kontrollmöglichkeiten, zum Beispiel im Arbeitsschutz, aber auch in Zusammenarbeit mit den Kammern alles tun, um Missbrauch der Dienstleistungsfreiheit, beispielsweise im Fliesenlegerhandwerk, zu bekämpfen.

Ich werde dem Ausbau der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen unseres Landes zu seinen Nachbarn große Aufmerksamkeit widmen. Mein Besuch in den Niederlanden eine Woche nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten war Ausdruck dieser Entschlossenheit. Sie gilt in gleicher Weise Belgien und Luxemburg. Ich möchte, dass unsere Nachbarländer Nordrhein-Westfalen als das freundliche Antlitz Deutschlands sehen. Ich möchte, dass wir vier - Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Nordrhein-Westfalen - vormachen, was wir unter Europa verstehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Europa wird nur dann eine starke politische Einheit, wenn Deutschland und Frankreich ihre Zusammenarbeit vertiefen und diese Zusammenarbeit als Dienst an Europa und nicht zur Durchsetzung eigener Interessen verstehen.

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

Deshalb werde ich unseren Beziehungen zu Frankreich große Aufmerksamkeit widmen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, am 1. September dieses Jahres, dem Tag des Beginns des Zweiten Weltkrieges, auf Einladung des polnischen Ministerpräsidenten in Warschau und

Kattowitz mit ihm und polnischen Jugendlichen zusammenzutreffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein Aspekt der Globalisierungsängste, die zu den negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden geführt haben, war die Angst vor Europas Grenzenlosigkeit. Grenzenlosigkeit führt zu Selbstverlust. Deswegen muss sich Europa sowohl nach außen als auch durch Differenzierung im Innern Grenzen setzen, durch die sich dann ein fester Kern bildet, der das Ganze zusammenhält. Nordrhein-Westfalen soll zu diesem Kern gehören.

Europa ist, wie Jean Monnet sagte, ein Beitrag zu einer besseren Welt. Das ist in Zeiten der Globalisierung und der damit verbundenen Umbrüche wichtiger denn je.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Arbeitskosten in Deutschland sind zu hoch. Sie - nicht die Löhne, sondern die Arbeitskosten - müssen gesenkt werden.

(Zuruf von der SPD: Das habe ich auch schon einmal gehört!)

Wir werden aber gar nicht so viel sparen können, um uns allein über Kostensenkungen im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Wir sind ein Hochlohnland und wir werden es bleiben. Wer teurer ist als andere, der muss allerdings auch besser sein.

Das beginnt in den Kindergärten und den Schulen. Wissen ist zum wichtigsten Produktionsfaktor geworden. Wir nehmen die Herausforderungen der Wissensgesellschaft vor allem mit einer grundlegenden Schulreform und einer Reform unseres Hochschulsystems an.

(Zuruf von der SPD: Privatisierung!)

Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Unsere Gesellschaft darf nicht in Gebildete und Ungebildete, in Ausgeschlossene und Dazugehörige auseinander fallen. Deshalb hat Bildung für uns Priorität. Sie ist für uns ein Kernelement der sozialen Ordnungspolitik. Wir Nordrhein-Westfalen müssen von den hinteren Rängen bei Pisa wegkommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir vertrauen unseren Lehrerinnen und Lehrern. Wir bauen auf ihren Elan, ihr Engagement für Kinder und Jugendliche, und wir vertrauen auf ihre pädagogische Leidenschaft. Unsere Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleiter leisten gute Arbeit. Sie kämpfen aber mit zu vielen Problemen:

mit Unterrichtsausfall und mit ständig neuen Verordnungen und Erlassen, die nie umgesetzt werden konnten. Wir wollen sie von Schulbürokratie befreien, damit sie sich wieder auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können.

(Beifall von CDU und FDP)

Alle Absolventen unserer Schulen, die können und wollen, müssen wieder lesen, schreiben und rechnen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sollen eine moderne Allgemeinbildung erhalten, die ein solides Fundament für Studium und Beruf, für Weiterbildung und für lebenslanges Lernen ist.

Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Begabung gefördert werden. Deshalb halten wir am gegliederten Schulwesen fest.

(Beifall von CDU und FDP)

Das gegliederte Schulwesen unterstellt keine Gleichheit der Begabungen am Anfang der Schullaufbahn, und es strebt keine Gleichheit der Bildung an ihrem Ende an. Es gewährleistet aber, dass jeder seine individuellen Talente bestmöglich entfalten kann. Das Schulwesen, das wir wollen, kennt keine Restschule. Es fördert praktische und theoretische Begabungen gleichermaßen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sorgen für mehr und besseren Unterricht. Wir werden in dieser Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall schaffen. Damit fangen wir sofort an. Bereits zum Start des neuen Schuljahres im August stellen wir 1.000 neue Stellen bereit.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer so rechtzeitig einzustellen, dass sie - ich weiß, dass das jetzt sehr ambitioniert ist, und ich habe keine Garantie dafür, dass es klappen kann - spätestens mit Beginn ...

(Ralf Jäger [SPD]: Diese Hintertür ist geschlossen! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Ich bin mir ganz sicher, dass die Eltern, die uns jetzt im Fernsehen zuhören, dieses Verhalten entsprechend würdigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer so recht-

zeitig einzustellen, dass sie ihre Arbeit an den Schulen, die einen wirklichen Bedarf nachweisen, mit Beginn des neuen Schuljahres - spätestens nach den Herbstferien - auch aufnehmen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Gleichzeitig stocken wir die Geld-statt-Stellen-Mittel um 20 Millionen € auf 115,5 Millionen € auf. Mit diesen Maßnahmen setzen wir das um, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Wir werden die wenigen Wochen bis zum Beginn des neuen Schuljahres zudem für weitere Veränderungen nutzen:

Die Schülerinnen und Schüler der Klasse 3 werden weiterhin ein Halbjahreszeugnis erhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Leistung ist nichts Schlechtes und Leistungsbeurteilung ist nicht falsch.

Die Fächer Biologie, Chemie und Physik bleiben erhalten. Das von der früheren Landesregierung für das Schuljahr 2005/2006 geplante neue Fach Naturwissenschaften wird nicht eingeführt. Schulen, die das Fach Naturwissenschaften im Schuljahr 2004/2005 in Klasse 5 probeweise unterrichtet haben, können dies bis zum Ende des Schuljahres 2005/2006 in der Klasse 6 fortführen.

Beide Vorhaben sind Inhalt einer Rechtsverordnung, die noch zum 1. August 2005 in Kraft gesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, die Einführung von Ganztagsangeboten in den Schulen war ein richtiger Schritt,

(Zuruf von der SPD: Das ist ja mal was!)

der aber nicht weit genug ging. Wir werden die Ganztagsangebote erweitern. Bis 2012 werden wir erstmals 50.000 vollwertige Ganztagsangebote in der Hauptschule schaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Angebote in der Grundschule werden wir qualitativ erheblich verbessern, damit sie keine bloßen Betreuungsangebote bleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Durch eine solche Qualitätsverbesserung werden wir die Attraktivität erhöhen und deswegen über die bisherige Zielmarke von 200.000 Ganztagsangeboten in der Grundschule hinausgehen.

Die Ganztagschule ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Sie erlaubt Eltern eine gute

Vereinbarung von Familie und Beruf. Sie erlaubt den Schulen eine flexible Gestaltung des Unterrichts mit mehr individueller Betreuung und Förderung. Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, dass Schülern, die es nötig haben, wieder Zeit für das intensive Einüben von Lesen, Schreiben und Rechnen gegeben wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb sollen entsprechende Übungskurse bei Bedarf auch nachmittags angeboten werden.

Noch für das kommende Schuljahr werden wir zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Mitteln für die Ganztagsangebote 24 Millionen € zur Verfügung stellen. Am Ende werden es - wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt - jährlich zusätzlich 120 Millionen € sein oder 2.400 Lehrerstellen-Äquivalente. Wir tun damit das, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, unsere Schulen müssen mehr Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit übernehmen. Die Schule der Zukunft ist eine verantwortliche Schule. Deshalb ist sie auch eine selbstständige Schule. Wir werden die Schulen in die Lage versetzen, ein spezifisches Angebotsprofil zu entwickeln, ihr Personal selbst einzustellen, gezielte Personalführung und -entwicklung zu betreiben, eigenständig über ihre Mittel in Form von Stellen- und Sachmittelbudgets zu entscheiden, den Unterricht im Rahmen staatlicher Vorgaben selbstbestimmt zu organisieren und sowohl eigenverantwortlich als auch durch Unabhängige von außen ihren Entwicklungsstand und ihre Qualität zu überprüfen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Unser Ziel ist es, dass die Schulleiter von den Schulkonferenzen zunächst auf die Dauer von acht Jahren gewählt werden.

Wir wollen den fairen Wettbewerb der Schulen, weil wir überzeugt sind, dass er zu mehr Leistung führt. Selbstständigkeit und Wettbewerb als Prinzipien der sozialen Ordnungspolitik sind deshalb für uns auch Grundelemente einer modernen Schulentwicklung.

Wir werden dafür sorgen, dass Leistungsdaten einzelner Schulen veröffentlicht und verglichen werden können. Dabei werden wir Unterschiede gewichten und berücksichtigen, also auch die unterschiedlichen sozialen Randbedingungen ins Auge fassen. Diese abgesicherte Aufbereitung von Leistungsdaten einzelner Schulen ist auch eine grundlegende Bedingung, um Schulen mit

besonderem Handlungsbedarf zu identifizieren. So können Ressourcen zielgerichtet zugeteilt, Unterstützungsmaßnahmen passgenau konzipiert und die schulischen Standardvoraussetzungen angemessen berücksichtigt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Regelmäßige Überprüfung der Leistungen nicht nur der Lernenden, sondern auch der Lehrenden und der Leistungen der einzelnen Schulen sind ein wichtiger und selbstverständlicher Bestandteil eines freiheitlichen Schulsystems. Dazu gehört auch eine verbindliche externe Evaluation und ein wirksames schulformbezogenes Controlling der Schulaufsicht.

Meine Damen und Herren, wir werden wieder mehr Wert auf Erziehung legen. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Schulen ihren Erziehungsauftrag wieder selbstbewusst wahrnehmen können, vor allem gemeinsam mit den Eltern. Das ist in allen Schulformen gleichermaßen notwendig. Der Erziehungsauftrag der Schule ist nicht wertneutral, sondern er ist wertorientiert. Unser christlich-jüdisch-abendländisches Erbe und die Werte der Aufklärung sind dafür die richtige Grundlage.

Wir werden das Schulgesetz und die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zum Schuljahr 2006/2007 novellieren, wie wir es angekündigt haben. Im Zuge dieser Reform werden wir unter anderem das Berichtszeugnis am Ende von Klasse 2 um Ziffernnoten ergänzen. Das gibt den Eltern verlässliche Informationen und greift das Interesse von Kindern auf, sich zu vergleichen und zu messen.

Wir werden den sogenannten Drittelerlass in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sekundarstufe I wieder aufheben. Zentrale Abschlussprüfungen für die Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und für das Abitur verschaffen auf Dauer den Schulen klare Zielerwartungen und sichern bei den Schulabschlüssen Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit.

Wir werden das Einschulungsalter schrittweise und behutsam senken. Auch damit tragen wir dazu bei, die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft, die in Nordrhein-Westfalen besonders ausgeprägt ist, zu mindern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen schrittweise erreichen, dass die Kinder in der Grundschule noch früher an das Erlernen einer Fremdsprache herangeführt werden. Wir streben Fremdsprachenunterricht bereits in der ersten Klasse an.

Wir werden mehr Unterricht dadurch gewährleisten, dass Elternsprechtage, Konferenzen oder Weiterbildungen grundsätzlich außerhalb der Unterrichtszeiten stattfinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, den Schulen in freier Trägerschaft werden wir ein verlässlicher Partner sein. Mit dem In-Kraft-Treten der ersatzschulfinanzrechtlichen Vorschriften des Schulgesetzes zum 1. Januar 2006 wird das alte Niveau der Ersatzschulförderung für die Zukunft wieder festgeschrieben.

(Beifall von CDU und FDP)

Die weitreichende Freiheit der Schulen in neuer Selbstverantwortung wird zur Ausbildung besonderer Profile und Schwerpunkte führen. Meine Damen und Herren, dadurch bekommen wir die Vielfalt, die unser Schulwesen in Nordrhein-Westfalen braucht, um auch im internationalen Vergleich wieder Spitze zu werden.

Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen, meine Damen und Herren, sollen auch international Spitze sein. Wir werden baldmöglichst ein Hochschulfreiheitsgesetz vorlegen. Freiheit und Wettbewerb werden die Leitmotive dieses Gesetzes sein. Die Hochschulen bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, werden jedoch keine staatlichen Anstalten mehr sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Staat führt die Rechts-, jedoch nicht mehr die Fachaufsicht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo bleibt da das Parlament?)

Die Landesregierung wird es den Hochschulen ermöglichen, Studienentgelte bis zu einer Obergrenze von 500 € pro Semester zu erheben. Die zusätzlichen Einnahmen verbleiben ausschließlich an den Hochschulen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer Studienentgelte bezahlt, muss allerdings auch gute Studienbedingungen vorfinden. Die Angebote der Hochschulen müssen es jedem Studenten ermöglichen, sein Studium in der Regelstudienzeit abzuschließen. Wir werden dafür sorgen, dass niemand in Nordrhein-Westfalen vom Studium abgehalten wird. Deshalb können neben der Berücksichtigung sozialer Aspekte die Studienentgelte nachgelagert entrichtet werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, nordrhein-westfälische Hochschulen, die am nationalen Exzellenzwettbewerb mit Erfolg teilnehmen, werden die vorgesehene Kofinanzierung aus dem Landeshaushalt erhalten.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Den Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zu dem gleichfalls unlängst beschlossenen nationalen Pakt für Forschung werden wir ebenfalls sicherstellen.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen noch internationaler werden, um im globalen Wettbewerb besser bestehen und um für Nordrhein-Westfalen die besten Köpfe gewinnen zu können. Technologischer Fortschritt kann nur mit gut ausgebildeten, kreativen Köpfen entstehen.

In einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft sollten die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung wenigstens 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Wir betrachten es als eine vordringliche Aufgabe, dieses Ziel zu erreichen; auch hier wissen wir, wie schwer das ist.

Nordrhein-Westfalens F+E-Quote liegt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, mit 1,8 % seit Jahren unterhalb des Bundesdurchschnitts. Vor allem im privaten Sektor - und da liegt der Hauptgrund - müssen hier erhebliche Anstrengungen unternommen werden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Welche denn?)

Aufgaben und Ziele des neuen Innovationsministeriums sind klar: Lehre und Forschung in Nordrhein-Westfalen auf ein exzellentes Niveau zu heben, den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erheblich zu intensivieren und die technologische Entwicklung in unserem Land zu fördern. Auch dabei verabschieden wir uns von Regelungsfantasien, die von der staatlichen Planbarkeit der Zukunft ausgehen. Technologische Fortschritte und Revolutionen sind nicht, meine Damen und Herren, das Ergebnis von F+E-Richtlinien staatlicher Innovationsbüros. Sie werden eingeleitet von neugierigen und kreativen Menschen und wagemutigen Unternehmern, die sich die Freiheit zu etwas Neuem genommen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Zukunft kann man nicht planen, sondern Zukunft muss man möglich machen. Wir werden in den Dialog mit den überregionalen Forschungsorganisationen eintreten, um die Ansiedlung weiterer Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die brauchen Sie nur weiterzuführen!)

Die Forschungsförderung wird konzentriert und zielt auf die Stärkung von Stärken ab. Fördermittel werden wir wettbewerblich und zeitlich befristet vergeben. Ihre Vergabe erfolgt durch Experten aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Wir wollen die Innovationspolitik auf Felder konzentrieren, auf denen unser Land besonders leistungsfähig ist, damit Wachstum und neue Arbeitsplätze gezielt und nachhaltig entstehen. Und zu den Stärken zählen die Felder Life Sciences, Zukunftsenergien, Nano- und Mikrotechnologien, neue Materialien und Werkstoffe, Nachrichtentechnik, Ernährungswirtschaft.

(Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Und was ist daran neu?)

Die Landesregierung wird zur nachhaltigen Förderung von Exzellenz in Wissenschaft und Forschung einen landesweiten Innovationsfonds auflegen, der sich aus Privatisierungserlösen speist.

Über die Entwicklung der technologischen Leistungsfähigkeit Nordrhein- Westfalens werden wir jährlich einen Bericht vorlegen.

So entsteht mehr Wissen. Und durch mehr Wissen und mehr Arbeit entstehen dann auch Innovationen, und Nordrhein-Westfalen wird ein Hightechland.

Meine Damen und Herren, die dritte große Herausforderung neben Globalisierung und Wissensgesellschaft ist die demographische Entwicklung. Unsere Gesellschaft verändert sich. Wir werden weniger sein. Unsere Gesellschaft wird älter, aber auch vielfältiger und bunter. Es wird in unserem Land künftig sehr viel mehr alte Menschen, mehr Frauen als Männer und mehr Menschen mit Migrationshintergrund geben. Das hat nicht nur Folgen für die Sozialsysteme. Auch das Zusammenleben der Generationen wird sich wandeln.

Die Politik darf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung nicht länger ignorieren. Wir stellen uns diesen Herausforderungen und wollen den Prozess aktiv gestalten, seine Chancen nutzen und seine Risiken minimieren. Der Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sind für die Zukunft unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren, entscheidend.

Ich habe deshalb ein Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration gebildet. Unser Ziel ist eine neue Kultur der Verantwortung nach den Prinzipien der sozialen Ordnungspolitik.

Dabei geht es uns um Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Generationen, um gleiche Chancen für Männer und Frauen, um gleiche Chancen für Einheimische und Zugewanderte, um neue Perspektiven für Junge und Alte sowie um den Abbau von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Wir wollen die Familien stärken. Familien sind das sichere Band, das die Generationen zusammenhält. Sie sichern unsere Zukunft. Die Bindung und die Zuwendung in einer intakten Familie geben den Menschen Halt. Hier erhalten Kinder die wichtigste Prägung für ihr weiteres Leben. Hier erfahren ältere Menschen Begleitung und Unterstützung. Die Familie ist und bleibt die verlässlichste Lebensform.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber von den Familien wird in steigendem Maße Flexibilität und Mobilität in der Gestaltung des Alltags erwartet, und sie werden damit häufig überfordert. Die Folge ist: Immer mehr Menschen verzichten auf Kinder. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Familien so verbessern, dass die Menschen wieder mehr Mut haben, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.

Ein Land ohne Kinder hat keine Zukunft. Kinder sind das Allerwichtigste. Kinder sind eine emotionale Bereicherung. Kinder sind die Garanten für eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ein familienfreundliches und kinderreiches Land ist ein Land, in dem man sich wohl fühlt.

(Beifall von CDU und FDP)

Kinder brauchen Aufmerksamkeit. Sie müssen gefördert und auch gefordert werden. Viele Kinder sind heute aber sich selbst überlassen. Ihnen fehlen Anregung und Anleitung. Das trifft oft Kinder, deren Eltern dauerhaft von Sozialhilfe abhängig sind. Ihr Lebensunterhalt ist gesichert, aber ihre Lebenschancen drohen zu verderben. Wir können uns Gleichgültigkeit nicht leisten. Wir müssen deshalb mehr tun und auch neue Wege gehen.

Wir wollen Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren weiterentwickeln. Aufgrund des Rückgangs der Kinderzahl werden bis zum Ende dieses Jahrzehnts rund 3.000 Gruppen in den 9.500 Kindertageseinrichtungen unseres Landes frei. Wir wollen die Schließung von Kindergärten, wo immer möglich, vermeiden. Wir wollen, dass sie deshalb neue Aufgaben übernehmen. Nach Auffassung der Landesregierung gibt es bis 2012 einen Bedarf von rund 50.000 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und einen Bedarf von weiteren 20.000 Plätzen bei Tagesmüttern und -vätern.

Wir werden durch eine Änderung des Gesetzes über die Tageseinrichtungen für Kinder die Kommunen in die Lage versetzen, ein entsprechendes Angebot in den frei werdenden Kindergartengruppen zu schaffen. Wir werden die Kommunen von möglichst vielen Bau- und Betriebsstandards befreien. Damit schaffen wir Schritt für Schritt eine Steigerung der Betreuung der unter Dreijährigen von heute 2,8 auf 20 %. Das ist unser Ziel, das setzen wir um.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Kindergärten sollen Knotenpunkte in einem neuen Netzwerk werden, das Familien umfassend berät und unterstützt. Neben ihrem Auftrag als Einrichtungen zur Erziehung und Betreuung von unter dreijährigen Kindern, Kindergartenkindern und schulpflichtigen Kindern sollen Familienzentren einen klaren Bildungsauftrag bekommen, zu Vermittlungsagenturen für Tagesmütter und -väter werden, zu Zentren der vorschulischen Sprachförderung, zu schulvorbereitenden Einrichtungen für schulpflichtige, aber nicht schulreife Kinder.

Mit Tagesmüttern und -v Vätern, Familienzentren und Ganztagschulen, meine Damen und Herren, wollen wir dann Schritt für Schritt ein lückenloses, bedarfsgerechtes und verlässliches Dreisäulenmodell der Kinderbetreuung aufbauen, das hohen pädagogischen Ansprüchen genügt. Wir wollen nicht zulassen, dass Kinder in einen Teufelskreis geraten, der sie nach unten zieht. Wir werden die Chancen für Bildung und Integration deutlich verbessern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden bei der Verbesserung der Betreuung auch die Wirtschaft nicht aus ihrer Pflicht entlassen. Die Devise „Lieber kinderlos als arbeitslos“ darf nirgendwo mehr gelten, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Zukunft, die wir wollen, bietet Frauen wie Männern gleiche Entwicklungschancen. Sie stützt sich auf die Kompetenzen beider Geschlechter. Erwerbsarbeit und Familie sind keine unvereinbaren Gegensätze.

Die Kompetenzen von Frauen müssen stärker als bisher genutzt werden. Wir haben heute in unserem Land viele hervorragend ausgebildete Frauen. Ihre Qualifikation und Motivation muss besser genutzt werden. Zurzeit werden mehr als die Hälfte der Mädchen in nur zehn Berufen ausgebildet. Die Frauenerwerbsquote ist in unserem Land unterdurchschnittlich. Das soll sich ändern.

Wir wollen eine Kinder- und Jugendpolitik, die hilft, statt im Stich zu lassen. Immer mehr Kinder wachsen ohne Geschwister auf. Und vor allem in den Städten wachsen sie häufig in einem wenig kinderfreundlichen Umfeld auf. Hier ist die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Angeboten ein wichtiger Partner. Sie bietet den Heranwachsenden die Möglichkeit, andere Kinder kennen zu lernen, mit ihnen zu spielen und zu lernen.

Uns ist der Schutz der Kinder vor Armut, Gewalt und Ausgrenzung sehr, sehr wichtig. Damit meine ich den Jugendmedienschutz ebenso wie gewaltpräventive Maßnahmen, aber auch die konsequente Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität.

Die Landesregierung strebt mit einer Bundesratsinitiative an, dass Kinder unter 14 Jahren nicht mehr in die Grundsicherung fallen. Der Kindergeldanspruch beträgt zurzeit 154 €, die Grundsicherung 207 €. Diese Diskrepanz kann ausgeglichen werden, indem das Kindergeld um 53 € erhöht wird. Das hätte den großen arbeitsmarktpolitischen Vorteil, dass mehrköpfige Bedarfsgemeinschaften durch eigene Arbeit früher vollständig aus der Grundsicherung herauskommen als bisher. Vor allen Dingen hätte das den großen Vorteil, dass der für mich große Skandal, dass in Deutschland über 1 Million Kinder in der Grundsicherung sind, beseitigt würde.

(Beifall von CDU und FDP)

Unsere Politik für alle Generationen, meine Damen und Herren, legt besonderes Augenmerk auf die Älteren und die alten Menschen. Die Gruppe der über 60-Jährigen wird bald den größten Anteil der Bevölkerung stellen. Maßgeblich für einen Konsens zwischen den Generationen und für ein respektvolles Miteinander ist die Entwicklung neuer, realistischer Bilder vom Alter. Wir wollen eine neue Kultur gegenseitiger Wertschätzung und generationenübergreifender Solidarität ermöglichen. Es geht darum, die Potenziale der Älteren Menschen wahrzunehmen und sie zu nutzen.

Mit dem Älterwerden gewinnen die Menschen Zeit für sich. Wir müssen auf sie zugehen und sie bitten, unserer Gesellschaft etwas von ihrer gewonnenen Zeit und von ihren Fähigkeiten zu geben. Wir wollen, dass starre Altersbeschränkungen gelockert werden. Wir wollen mehr Möglichkeiten für den Einsatz von Seniorexperten schaffen, zum Beispiel in unseren Schulen und unseren Hochschulen. Wer leistungsfähig ist und arbeiten will,

auf dessen Beitrag können und wollen wir in Zukunft nicht mehr verzichten.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen uns für eine zukunftsfähige Alterssicherung ein. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind permanente Reparaturarbeiten an der Rentenversicherung leid. Altersvorsorge braucht Verlässlichkeit. Die Landesregierung wird deshalb für Maßnahmen eintreten, die der dauerhaften Stabilisierung der Alterssicherung dienen, den Menschen auch bei zunehmend unsteten Erwerbsverläufen eine verlässliche Perspektive bieten und Kindererziehende unterstützen.

Übrigens: Gerade in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist darauf hinzuweisen, dass wir in der Vergangenheit, so meine ich, nicht immer sorgfältig mit den Institutionen unserer Gesellschaft umgegangen sind. Es geht meistens um die Institutionen, die Halt und Zusammenhalt geben, in denen auch Tugenden, Maß und Mitte gelernt werden und in denen Solidarität eingeübt wird. Dadurch haben wir eine Entsolidarisierung und eine Ellenbogenmentalität mitbefördert, in der der Ehrliche sich häufig als der Dumme vorfindet.

Wir müssen daran arbeiten, dass die Institutionen in unserem Land wieder stark werden: von der Familie über die Nachbarschaften, die Selbsthilfegruppen und -projekte, die Vereine, bis zu den Gewerkschaften, den großen Verbänden und den Kirchen.

Besonders erwähnen möchte ich die Sportvereine. Sie erbringen eine großartige Integrationsleistung gerade bei Kindern und Jugendlichen, aber nicht nur bei ihnen. Der Sport kann sich der Unterstützung durch die Landesregierung sicher sein. Ich nenne nur ein Vorhaben in diesem Bereich, wenn ich ankündige, dass wir fünf neue Sportschulen in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren aufbauen wollen.

Meine Damen und Herren, angesichts demographischer und soziostruktureller Veränderungen und der Fortschritte in Medizin und Technologie steht das Gesundheitswesen vor großen Herausforderungen. Ohne ein deutlich verstärktes Engagement in Prävention und Gesundheitsförderung lassen sich diese Probleme und Herausforderungen nicht bewältigen. Die Menschen müssen gesünder leben. So lassen sich langfristig Krankheiten, die durch Verhalten und Lebensweise beeinflussbar sind, wie Herz-Kreislauf-Krankheiten oder Krebserkrankungen, soweit wie möglich verhindern oder in ihrer Ausbreitung behindern. Damit

muss man übrigens frühzeitig im Kindes- und Jugendalter anfangen.

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen werden wir deshalb zusammen mit den Partnern im Gesundheitswesen bestehende Initiativen in zentralen Themenfeldern - wie die Förderung des Nichtrauchens, seelische Gesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind - initiieren und unterstützen.

Zur stationären Versorgung soll jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen ein Krankenhaus der Grundversorgung in der Nähe und ein Krankenhaus der Schwerpunkt- bzw. Maximalversorgung in angemessener Entfernung finden.

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist neben der ambulanten und stationären Versorgung, meine Damen und Herren, die unentbehrliche dritte Säule unseres Gesundheitssystems. Er ist und bleibt eine wichtige Schaltstelle, wenn es um die Versorgung und die Versorgungsstrukturen vor Ort, um Kooperationen und Vernetzung, um Prävention, Patientensouveränität und soziale Chancengleichheit geht.

Die Versorgung Pflegebedürftiger und die Unterstützung ihrer Angehörigen haben einen hohen Stellenwert. Unser Leitmotiv ist: Mehr Zeit für die Pflege, weniger Bürokratie. Wir akzeptieren nicht, dass Pflegekräfte 40 % ihrer Zeit in Verwaltung investieren müssen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden daher die Qualität sowohl in der häuslichen als auch in der stationären Pflege sichern und den damit verbundenen bürokratischen Aufwand auf das notwendige Mindestmaß begrenzen. Und wir werden die Altenpflegeausbildung qualitativ und quantitativ ausbauen. Die Bereitstellung von zusätzlich 1.000 Schulplätzen soll jungen Menschen neue Ausbildungschancen eröffnen.

Für die 2,3 Millionen Menschen mit Behinderung in NRW werden wir uns sehr einsetzen. Eltern sollen sich auch für ein behindertes Kind entscheiden können. Wir werden dafür ein Programm „Teilhabe für alle“ auflegen. Wir werden sicherstellen, dass neben ausreichenden stationären Angeboten auch vor Ort tragfähige ambulante Hilfen angeboten werden.

Die Menschen in den Werkstätten für Behinderte werden älter und gehen vermehrt in Rente. Für sie brauchen wir aktivierende Angebote nach der Arbeitsphase, damit sie in der vertrauten Umgebung den verdienten Lebensabend gestalten können.

Für diese neue Aufgabe in der Behindertenpolitik brauchen wir ein verlässliches System, dass wir mit den Beteiligten erarbeiten werden. Unser Ziel ist, dass die Menschen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und so ihren bisherigen Lebensmittelpunkt behalten können.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen uns zukünftig auch dafür ein, dass behinderte Menschen, denen eine adäquate Ausbildung oder Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht möglich ist, in Berufsbildungswerken, Berufsförderungswerken und Werkstätten für Behinderte ausgebildet werden. Hierfür wird die Investitionsförderung fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir wollen keine Parallelgesellschaften, sondern mehr Integration in Nordrhein-Westfalen. Die Integration von Menschen aus anderen Kulturen ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Ich bin überzeugt, dass unser Land diese Herausforderung bewältigen kann. Nordrhein-Westfalen hat ja eine lange und eine große Integrations-tradition. Es ist für unzählige Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur Heimat geworden.

Wir wollen diese Tradition lebendig halten und fortentwickeln. Wir wollen eine moderne Integrationspolitik auf der Grundlage der 2001 von allen Parteien des Landtages beschlossenen „Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen“.

Grundlegende Integrationsvoraussetzungen sind das Beherrschen der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unserer Verfassung und Werteordnung. Wir wollen, dass alle Kinder am Tag der Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Alle Kinder müssen dem Unterricht von Beginn an folgen können. Wir lassen in unverantwortlicher Weise Potenziale ungenutzt, wenn die Bildungsbeteiligung von Migrantenkindern so niedrig wie bisher bleibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das erfordert eine frühestmögliche Sprachförderung. Wenn Sprachtests im vierten Lebensjahr gravierende Lücken ergeben, sollen verbindliche Sprachkurse die Defizite bis zur Einschulung beseitigen.

Wir wollen eine bessere politische Einbindung und Repräsentation insbesondere der Muslime. Wir setzen uns für die Einrichtung einer demokratisch legitimierten, repräsentativen Institution der Muslime in Nordrhein-Westfalen ein, an der möglichst alle muslimischen Gruppierungen vertreten sein sollten. Sie bildet auch die Voraussetzung für die von uns gewollte Einführung eines regulären is-

lamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften.

(Beifall von CDU, FDP, Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Johannes Remmel [GRÜNE])

Muslimischen Lehrerinnen an öffentlichen Schulen wollen wir das Tragen eines Kopftuches gesetzlich untersagen.

Meine Damen und Herren, wir wollen sicher leben in Nordrhein-Westfalen. In einer Zeit, in der sich unglaublich viel verändert, wächst natürlich das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit. Die Menschen sind nicht unbegrenzt mobil und flexibel. Sie leben übrigens auch nicht global, sondern sie wollen Heimat haben und sie wollen sich wohl und sicher fühlen, und zwar da, wo sie leben.

Sie wollen sicher sein vor Straftaten. Sie wollen ein Lebens- und Arbeitsumfeld nach menschlichem Maß, in den Städten übrigens genauso wie im ländlichen Raum. Sie wollen, dass die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig geschützt und für kommende Generationen bewahrt werden. Sie wollen auf die Sicherheit, Gesundheit und Verantwortbarkeit der Produkte oder Dienstleistungen vertrauen können, die sie kaufen oder in Anspruch nehmen können.

Für die neue Landesregierung ist das Sicherheitsbedürfnis der Menschen eine besondere Verpflichtung.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen verbessern.

Die Polizei soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben der Gefahrenabwehr, der Vorbeugung vor Straftaten und der Kriminalitätsbekämpfung konzentrieren können. Wir wollen eine orts- und bürgernahe Polizei. Wir wollen, dass künftig mehr Polizisten in den Polizeiwachen und Kommissariaten eingesetzt werden und wieder mehr gefahndet statt verwaltet wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Das wollen wir durch in den Kreispolizeibehörden entwickelte Reformen erreichen. Dazu gehören Bürokratieabbau und Entlastung von Verwaltungsaufgaben, Bündelung von besonderen Aufgaben, zum Beispiel Mordkommission, Staatsschutz, Terrorbekämpfung, Zusammenlegung von Polizeiinspektionen, Organisation von Einsatzzentralen über die Kreisgrenzen hinweg. Die Kreispolizeibehörden sollen die Möglichkeit erhalten, Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen bzw. sich auf freiwilliger Basis zusammenzuschließen.

Der internationale Terrorismus und die organisierte Kriminalität sind zentrale Herausforderungen für die deutschen Sicherheitsbehörden. Nordrhein-Westfalen wird sich an einer wirksamen Abwehr dieser Gefahren beteiligen und sich vor allem für die Verbesserung des Informationsaustauschs aller beteiligten Behörden im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten einsetzen. Wir werden den Rechts- und Linksradikalismus entschlossen bekämpfen. Gleiches gilt für den islamistischen Fundamentalismus.

Feuerwehren und Hilfsorganisationen zählen zum Rückgrat landesweiter Sicherheit und des Katastrophenschutzes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit, viele von ihnen ehrenamtlich. Trotz der dramatischen Haushaltslage wird das Land aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer eine Ausstattungsinitiative zugunsten der Hilfsorganisationen und Feuerwehren finanzieren.

Der Weltjugendtag im August und die Fußballweltmeisterschaft 2006 sind großartige Ereignisse. Wir sind uns stolz, dass sie bei uns stattfinden. Wir heißen Hunderttausende Gäste aus aller Welt willkommen und freuen uns, mit ihnen zu feiern. Wir werden als Gastgeber alles tun, dass sie gerne hier sind und dass es sicher zugeht. Schon jetzt möchte ich allen ehrenamtlichen Helfern, den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Wohnungen zur Verfügung stellen, den Kommunen, den Organisatoren und den Sicherheitskräften für ihre großartige Vorarbeit und Hilfsbereitschaft danken.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Schutz unserer schönen und vielfältigen Natur - von der Eifel bis zur Weser, vom Siegerland bis zum Teutoburger Wald - ist uns wichtig, weil wir das Gebot der Bewahrung der Schöpfung ernst nehmen. Er ist uns wichtig, weil eine intakte Lebenswelt ohne den Schutz von Natur und Kulturlandschaften keine Zukunft hat. Er ist uns wichtig, weil es sich dabei um Gesundheitsvorsorge im besten Sinne des Wortes handelt. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Voraussetzungen für saubere Luft, sauberes Wasser und intakte Böden als Lebensgrundlagen zu erhalten.

Dabei werden wir auch neue Wege gehen. Wir werden Natur- und Umweltschutz mit den Menschen organisieren, nicht ohne oder gar gegen sie. Wir werden ihn gemeinsam mit den Landwirten, den Waldbauern und Forstleuten, den Gartenbauern und Kleingärtnern, den Jägern und Fischern und mit den Naturschutzverbänden

verbessern. Bevormundende Bürokratie wollen wir deshalb abbauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mehr als 50.000 landwirtschaftliche Betriebe und rund 13.000 Gartenbaubetriebe bilden zusammen mit der Ernährungswirtschaft einen starken und dynamischen Verbund in Nordrhein-Westfalen. Sie produzieren gesunde Nahrungsmittel von hoher Qualität und auch in zunehmendem Maße nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien. Zusammen mit den vor- und nachgelagerten Bereichen bilden sie eine der wichtigsten und standorttreuen Wirtschaftsbranchen in unserem Land. Gleichzeitig erhalten und gestalten Landwirte unsere schöne Kulturlandschaft. Sie schaffen wertvolle Räume für Freizeit und Erholung, bewahren die biologische Vielfalt und sichern durch nachhaltiges Wirtschaften unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir wollen Landwirte und Gartenbauer stärken und ihnen ein verlässlicher Partner sein. Wir wollen sie wieder als Unternehmer sehen und deshalb das tun, was wir im Rahmen der Ordnungspolitik zur Sicherung und Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit tun können. Dazu gehört vor allem, dass wir uns für eine EU-weite Harmonisierung im Umwelt- und Tierschutzrecht, in der Handhabung der Pflanzenschutzmittelzulassung sowie der Steuerpolitik einsetzen, um vorhandene Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Wir werden unseren Einfluss bei der Europäischen Union und im Bundesrat geltend machen, um Benachteiligungen der nordrhein-westfälischen Landwirte zu verhindern.

Wir werden gemeinsam mit den Kommunen und den beteiligten Verbänden neue Konzepte und Finanzierungsmodelle für die Landesgartenschauen und die Regionalen erarbeiten, um ihre Zukunft zu sichern.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die großen Städte sind immer Seismographen des Epochenwandels und Labore der Zukunft gewesen. So ist das auch heute. Unsere Städte stehen vor großen Herausforderungen. Der wirtschaftliche und der demographische Strukturwandel treffen sie in unterschiedlicher Weise und Intensität. Wachstum und Schrumpfung, Chancen und Risiken liegen oft dicht beieinander. Es bedarf großer Anstrengungen, damit sie auch für kommende Generationen eine lebenswerte Heimat bleiben. Dazu gehört auch die Belebung der Städtebaukunst.

Im Mittelpunkt unserer Stadtpolitik steht die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur der Innenstädte, Stadtteilzentren und Stadtquartiere. Wir werden Aktivitäten gegen die weitere Auszehrung der Innenstädte einleiten. Wir werden die Stabilisierung von durch Leerstände und Brachen gezeichneten Stadtteilen ermöglichen und in Zusammenarbeit mit einem kommunalen Flächen- und Ressourcenmanagement eine neue Basis für ein kostenbewusstes Flächenrecycling schaffen helfen. Dazu wird ein runderneuerter Grundstücksfonds gebraucht.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Wir wollen die Städte als Wohnorte stärken und die Möglichkeiten für junge Familien mit Kindern verbessern, Wohneigentum zu erwerben. Damit wollen wir den Segregationsprozessen in unseren Städten entgegenwirken und eine bessere Auslastung und Finanzierung der vorhandenen Infrastruktur erreichen.

Wir werden die Ausgleichsabgabe überarbeiten und schließlich für NRW abschaffen. Noch in diesem Jahr werden wir die Ausnahmetatbestände in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf voll ausnutzen. Ab dem kommenden Jahr werden wir die Einkommensgrenzen für die Erhebung der Abgabe stufenweise anheben bis zur völligen Abschaffung der Abgabe.

Wir werden die Zeiten großer Umbrüche nicht mit menschlichem Maß bewältigen, wenn wir uns unserer kulturellen Wurzeln nicht bewusst bleiben. Kultur durchdringt alle Politikbereiche, ja stellt gewissermaßen ihre Basis dar. Denn was immer wir tun: Es muss an den Werten orientiert sein, die unsere Verfassung voraussetzt, aber selbst nicht schaffen kann - an Werten, die allgemeine Anerkennung verdienen und die unsere Kultur in vielen Jahrhunderten hervorgebracht hat und fortentwickelt.

Was zum Beispiel richtig und falsch, gut und schlecht, bedeutend und belanglos, schön und hässlich ist, darüber lässt sich, meine Damen und Herren, trefflich streiten. Unser Problem ist nur: Wir streiten nicht mehr darüber. Wir unterscheiden nicht mehr, sondern neigen dazu, alles als gleich gültig zu betrachten mit der Folge, dass wir es auch gleichgültig behandeln.

Aufgabe von Politik ist es nicht, sich in Sachen Kultur zum Richter aufzuschwingen. Aufgabe von Politik ist es aber sehr wohl, die Angewiesenheit des Menschen auf Kultur und auf die von ihr hervorgebrachten Werke anzuerkennen und die Diskussion der Experten mit der gleichen Leidenschaft zu fördern und zu begleiten, wie es bei an-

deren Politikbereichen der Fall ist. Ein solches Politikverständnis bedingt, dass wir uns wieder mehr als bisher um den Erhalt der vom Verfall bedrohten Substanz unserer Kultur in unseren Theatern, Museen, Archiven usw. kümmern,

(Beifall von CDU und FDP)

dass wir wieder dafür sorgen, dass unser kulturelles Wissen und Können in unseren Kindergärten, Schulen und Hochschulen als untrennbarer Bestandteil von Bildung an die kommenden Generationen weitergegeben wird, dass wir Künstler unterstützen und fördern, weil sie in radikaler Freiheit neue Wege anstoßen und wir diese Anstöße, die nicht selten provozieren und anstößig sind, brauchen. Das, meine Damen und Herren, werden wir tun.

Da ich Kultur in diesem Sinne als Grundlagenarbeit betrachte, habe ich mich entschieden, diese Aufgabe in die Zuständigkeit der Staatskanzlei zu geben. Aus demselben Grunde werden wir allen Sparzwängen zum Trotz die Kulturfördermittel des Landes mittelfristig verdoppeln.

Nordrhein-Westfalen besitzt vor allem in seinen Kommunen einen kulturellen Reichtum und eine kulturelle Dichte wie kaum eine andere Region der Welt - nur weiß es kaum jemand, weder in anderen Ländern noch leider oft auch hierzulande. Was liegt da näher, als gemeinsam mit unseren Kommunen unsere Schätze wieder zum Leuchten zu bringen, auf dass unser schönes und reiches Land auch im nationalen und internationalen Vergleich den Stellenwert einnimmt, der ihm gebührt?

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im nächsten Jahr feiern wir das 60-jährige Jubiläum unseres Landes. Am 23. August 1946 wurde Nordrhein-Westfalen durch Verordnung der britischen Militärregierung gebildet. Am 2. Oktober 1946 trat der von den Briten ernannte Landtag zum ersten Mal zusammen. Ich möchte dem Landtag vorschlagen, dass Landtag und Landesregierung am 2. Oktober unseres Jubiläumsjahres 2006 dieses Tages und Ereignisses gedenken und in einer Veranstaltungsreihe an unseren demokratischen Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg und der Nazibarbarei erinnern. Wir wollen unser Landesjubiläum überall im Land feiern. Wir haben Grund zum Feiern. Damit wollen wir allen zeigen, wie schön unser Nordrhein-Westfalen ist.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist nicht mehr so, wie es vor 60 Jahren war. Dazu haben viele Menschen unglaublich viel getan. Sie waren Vorbilder. Nordrhein-Westfalen steht jetzt

vor großen Veränderungen. Dafür brauchen wir neue Vorbilder. Ich suche solche Vorbilder. Damit meine ich Menschen, die anpacken und nicht auf den Staat warten, die für andere da sind und nicht nur an sich denken, die Zukunft möglich machen und nicht nur der Vergangenheit nachtrauern.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben viel erreicht. Wir in Nordrhein-Westfalen werden noch viel erreichen. Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Dessen bin ich mir ganz sicher.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP - Die Mitglieder der CDU- und der FDP-Fraktion erheben sich von ihren Plätzen.)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung entgegengenommen. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 unserer heutigen Plenartagung erledigt.

Vereinbarungsgemäß findet die Aussprache über die Regierungserklärung morgen, Donnerstag, 14. Juli, 10 Uhr statt.

(Ralf Jäger [SPD]: Ganz sicher!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten jetzt ein in Tagesordnungspunkt

2 Fragestunde

Drucksache 14/40

Falls Kolleginnen und Kollegen den Plenarsaal verlassen möchten, bitte ich darum, dies zügig und, wenn es geht, auch schweigend zu tun, damit wir weiterarbeiten können.

Meine Damen und Herren, mit der Drucksache 14/40 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 1 bis 6 vor.

Bevor ich die Mündliche Anfrage 1 aufrufe, möchte ich Sie auf einzelne Bestimmungen der Richtlinien für die Fragestunde hinweisen: Nach Ziffer 4 der Anlage 1 zur Geschäftsordnung unseres Landtages müssen Anfragen kurz gefasst sein und dürfen nur eine konkrete Frage enthalten. Die Reihenfolge, in der die Anfragen aufgerufen werden, legt die Präsidentin fest. Sie ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Drucksache 14/40.

Nach Beantwortung der Fragen durch die zuständige Ministerin beziehungsweise den zuständigen Minister kann die Fragestellerin oder der Fragesteller bis zu drei Zusatzfragen stellen. Jedes an-

dere Mitglied des Landtags kann bis zu zwei Zusatzfragen stellen, also eine weniger. Zusatzfragen müssen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen und dürfen jeweils nur eine einzelne, nicht unterteilte Frage enthalten.

Ich trage das vor, weil dies unsere erste Fragestunde ist und wir uns alle erst noch mit den Regularien vertraut machen müssen.

Meine Damen und Herren, die Richtlinien bestimmen außerdem, dass Anfragen nur aufgerufen werden dürfen, wenn das anfragende Mitglied des Landtages auch anwesend ist oder eine Vertreterin oder einen Vertreter benannt hat. Sonst wird die Frage nicht behandelt.

Die Fragestunde selbst ist auf 60 Minuten angesetzt. Die Fragen, die bis dahin nicht beantwortet sind, werden entsprechend dem Wunsch der Fragestellerin bzw. des Fragenden entweder schriftlich beantwortet oder in die nächste Fragestunde überwiesen.

Jetzt noch ein wichtiger Hinweis zur Technik: Jedes Mitglied des Landtages kann durch Knopfdruck von seinem Sitzplatz aus eine Zusatzfrage anmelden. Die Worterteilung erfolgt dann durch die Präsidentin oder den Präsidenten - für Sie erkennbar am Leuchtring rund um den Knopf. Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie nur einmal auf diesen Knopf drücken, wenn Sie sich zu einer Zusatzfrage anmelden. Sollten Sie sich ein zweites Mal anmelden, drücken Sie sich nämlich wieder heraus, und damit ist Ihre Fragemeldung gelöscht. Bitte drücken Sie also ein einziges Mal und warten dann, bis die Präsidentin oder der Präsident Ihnen das Wort erteilt. Wenn Sie dann das Wort bekommen, können Sie das auch am Leuchtzeichen an Ihrem Platz deutlich erkennen.

Das haben wir jetzt nur einmal zu Beginn dieser Wahlperiode gemacht. Wir brauchen es nicht jedes Mal zu wiederholen.

(Beifall von Ralf Jäger [SPD], Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Johannes Remmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Fragestunde ein.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 1

des Abgeordneten Thomas Stotko von der Fraktion der SPD auf:

Zukunft der Universität Witten-Herdecke

Im Koalitionsvertrag wird die Stärkung der Privathochschulen angesprochen. In Nordrhein-Westfalen befindet sich mit der Universität Witten-Herdecke seit 1982 die bundesweit bekannteste und größte private Hochschule.

Wie plant die neue Landesregierung mit dieser in Zukunft umzugehen?

Ich bitte Herrn Minister Professor Pinkwart um Beantwortung. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Nordrhein-Westfalen steht privaten Initiativen zur Gründung von Hochschulen positiv gegenüber. Sie sind Bestandteil des Wettbewerbs zwischen allen Hochschulen im Lande. Private Hochschulen runden das Studienangebot ab, ergänzen es oder entwickeln es fort. Dabei hilft ihnen, dass sie mit weniger staatlichen Vorgaben und Abhängigkeiten über ein höheres Maß an Autonomie verfügen.

Der Anerkennungsentscheidung für jede private Hochschule selbst liegt ein dem staatlichen Bereich gleichwertiger, aber nicht gleicher Qualitätsmaßstab zugrunde, der besondere Instrumentarien für ein äquivalentes Lehr- und Forschungsniveau garantiert. Akkreditierung des Studienangebotes und der Hochschule als Institution sowie periodische Evaluierung der Vorhaben sichern die Qualität im privaten Hochschulbereich dauerhaft.

Die Förderung privater Vorhaben erstreckt sich dabei in erster Linie auf eine konstruktive Antragsentwicklung und einen ausgeprägten Beratungsservice durch mein Haus, um einen zielorientierten Verfahrens- und Entscheidungsprozess zu gewährleisten.

Im Falle der Universität Witten-Herdecke umfasst dies auch, dass mein Ministerium seine Dienstleistung bei der Analyse, der Aufarbeitung und der Umsetzung des Akkreditierungsergebnisses des Wissenschaftsrates anbietet. Die im Jahre 1982 staatlich anerkannte Universität Witten-Herdecke unterzieht sich nämlich gegenwärtig einer institutionellen Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat.

Das Ergebnis dieses Verfahrens bleibt abzuwarten. Es wird zeigen, ob die Hochschule in Forschung, Lehre und Weiterbildung universitärem Standard entspricht und ihre Entwicklungsperspektive positiv angelegt ist. Dies ist nicht zuletzt eine Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen über eine gegebenenfalls mögliche Fi-

nanzierungsbeteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2006 hinaus.

In den Jahren 1996 bis 2005 - also bis zum laufenden Jahr - wurde der Hochschule von der Vorgängerregierung eine Gesamtsumme von 41 Millionen € zugewendet. Die Rate im Jahre 2006 wird nach der bestehenden Zusage rund 3,5 Millionen € betragen.

Über eine gegebenenfalls weitere Landesbeteiligung an der Finanzierung dieser privaten Universität wird zu gegebener Zeit im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2007 zu entscheiden sein.

Vizepräsident Edgar Moron: Zu einer Zusatzfrage gebe ich Herrn Stotko das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Herr Minister Pinkwart, wie beurteilt die Landesregierung die wirtschaftliche Situation der Universität Witten-Herdecke einerseits mit und andererseits ohne Landesförderung?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Die Landesförderung ist, wie ich gerade dargestellt habe, von der bisherigen Landesregierung in einer Gesamtsumme von 41,5 Millionen € bis einschließlich 2005 gewährt worden. Sie hat im laufenden Jahr einen Anteil von 14 % am Gesamthaushalt dieser privaten Universität. Die von der Vorgängerregierung zugesagte Kofinanzierung für das Folgejahr wird dazu führen, dass die Ergänzungsmittel aus dem Landeshaushalt dann auf eine Rate von 11 % am Haushalt der Hochschule abgesenkt werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Zweite Zusatzfrage von Herrn Abgeordneten Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Herr Minister Pinkwart, das war nicht die richtige Beantwortung meiner Frage in Bezug auf die wirtschaftliche Situation ohne Landesförderung. Ich will es noch einmal klarer machen: Liegt derzeit vielleicht ein Testat der Wirtschaftsprüfer für die Universität vor? Und wenn ja: Wie lautet das Ergebnis?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Bezogen auf Ihre Frage, in der Sie auch angesprochen

haben, welche Bedeutung die Landesbeteiligung für die wirtschaftliche Situation dieser Universität hat, habe ich Ihnen deutlich gemacht, dass der Landesanteil an der Gesamtfinanzierung dieser Hochschule in diesem Jahr 14 % beträgt. Damit habe ich, wie ich glaube, auch Auskunft auf die vorhin von Ihnen gestellte Frage gegeben.

Der Wissenschaftsrat befasst sich gegenwärtig mit der Akkreditierung der Gesamteinstitution. Dabei werden auch die von Ihnen angesprochenen Fragen zur wirtschaftlichen Führung des Hauses Gegenstand sein. Ich werde das Parlament nach Abschluss der Beratungen im Wissenschaftsrat, die heute beginnen und am Freitag abgeschlossen werden, zeitnah über diese Ergebnisse informieren.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine Zusatzfrage von Frau Höhn.

Bärbel Höhn (GRÜNE): Herr Minister, haben Sie vor, in diesem oder im nächsten Jahr die Landeszuschüsse für die Universität Witten-Herdecke zu erhöhen?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Für das laufende Jahr gibt es eine Festlegung durch die Vorgängerregierung. Wir beabsichtigen bisher - jedenfalls mit Blick auf den Nachtrag, den Sie damit ja ansprechen - nicht, daran eine Änderung vorzunehmen. Die Zusage für das nächste Jahr ist ebenfalls bereits von der Vorgängerregierung gegeben worden, und zwar in dem von mir gerade benannten Umfang. In meinem Hause gibt es bislang keine weiteren Überlegungen, von diesen Planungen abzuweichen, wie ich das eingangs vorgetragen habe.

Ob darüber hinaus ab 2007 eine Fortsetzung in degressiver Form, wie das bislang stattgefunden hat, notwendig und sinnvoll ist, müssen wir dann entscheiden, wenn die Vorlagen aus dem Akkreditierungsverfahren vorliegen und daraus auch seitens der Universität die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen worden sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Dritte und damit letzte Zusatzfrage von Herrn Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Herr Minister Pinkwart, auch auf die Gefahr hin, dass ich Ihnen nicht richtig zugehört habe: Liegt das Testat der Wirtschaftsprüfer vor? Und wenn ja, wie ist das Ergebnis?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich habe darauf geantwortet, dass wir das im Akkreditierungsverfahren mit diskutieren. Ich werde Ihnen darüber zeitnah einen Bericht vorlegen.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine Zusatzfrage von Frau Kraft. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Minister, das Testat ist Voraussetzung für die Zahlung der Landeszuschüsse, die Sie eben erwähnt haben. Insofern kann das nicht in diesen Zusammenhang gestellt werden.

Mich interessiert, wann Sie mit diesem Testat rechnen und wann Sie die Entscheidung treffen, ob die Zuschüsse gezahlt werden oder nicht.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Eingangs haben Sie vom Präsidenten gehört, welche Fragestellungen zu beantworten sind. Es gab eine Mündliche Anfrage, die sich mit dem Gesamtgegenstand der Förderung privater Hochschulen und der weiteren Entwicklungen am Beispiel der Hochschule Witten-Herdecke beschäftigt hat. Es gab keine Konkretisierungen in der von Ihnen angesprochenen Form. Ich bin sehr gern bereit, eine entsprechend konkretisierte Fragestellung bei der nächsten Fragestunde in diesem Hause oder auch schriftlich zu beantworten.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Vizepräsident Edgar Moron: Eine Zusatzfrage von Frau Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Herr Minister Pinkwart, die wirtschaftliche Situation der Hochschule ist die eine Seite, die Qualität die andere. Wie beurteilen Sie gegenwärtig die Qualität von Forschung und Lehre an der Universität Witten-Herdecke?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich habe Ihnen gesagt, dass es dazu einen Gutachterprozess gibt. Ihn übernimmt eine Kommission, die vom Wissenschaftsrat eingesetzt worden ist. Dieses Gutachten wird von heute bis Freitag Gegenstand der Verhandlungen in Berlin sein. Dann wird eine abschließende Bewertung durch den Wissenschaftsrat vorgenommen. Ich möchte dieser Bewertung durch den Wissenschaftsrat - dafür bitte ich Sie um Verständnis - nicht vorgreifen.

Vizepräsident Edgar Moron: Noch eine Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Minister, ich möchte mich nicht von Ihnen belehren lassen. Die Frage, die Ihnen gestellt wurde, bezog sich auf die Universität Witten-Herdecke: „Wie plant die neue Landesregierung mit dieser in Zukunft umzugehen?“

Bei der dringlichsten Entscheidung geht es darum, ob die Landeszuschüsse gezahlt werden. Wenn Sie dann ausführen, Sie könnten dazu heute nichts sagen, sind Sie auf die Beantwortung dieser Frage nicht ausreichend vorbereitet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh!)

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Das ist Ihre Bewertung. Ich habe Ihnen die Sachlage dargestellt. Ich habe keinen Zweifel - so habe ich es Ihnen auch vorgetragen -, dass die für dieses Jahr zugesagte Zahlung an die Hochschule erfolgen kann.

(Hannelore Kraft [SPD]: Dann muss aber das Testat vorliegen! - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Eine weitere Frage von Herrn Abgeordneten Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Herr Minister Pinkwart, die neue Landesregierung geht von einem Paradigmenwechsel „Privat vor Staat!“ aus. Inwiefern beurteilen Sie unter diesem Gesichtspunkt den Landeszuschuss grundsätzlich als richtig?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich habe dargestellt, dass die Vorgängerregierung die private Universität Witten-Herdecke in den letzten zehn Jahren mit rund 41,5 Millionen € bezuschusst hat. Es gibt eine Zusage der alten Landesregierung, diese Förderung im Folgejahr mit degressivem Verlauf fortzusetzen. Ich habe deutlich gemacht, dass wir vor dem Hintergrund der Qualitätsüberprüfung und der Akkreditierung prüfen werden, ob es notwendig und sinnvoll ist, eine solche Förderung in der Zukunft fortzusetzen.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine zweite Zusatzfrage von Frau Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Meine Frage hat sich durch die gerade gegebene Antwort erledigt. Danke schön.

Vizepräsident Edgar Moron: Nun erteile ich Herrn Schultheis zu seiner zweiten Frage das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Die erste Frage war auch nicht hinreichend beantwortet, was die Grundsätzlichkeit angeht. Denn Sie können sich nicht darauf stützen, was die bisherige Landesregierung getan hat.

Nun zu meiner zweiten Nachfrage! Wir alle kennen die Entwicklung der privaten Zuwendungen für die Universität Witten-Herdecke, insbesondere die Entwicklung in ihrem zeitlichen Verlauf. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Sie als Minister in Zukunft bei der Förderung weiterer privater Hochschulen mit Landeszuschüssen vorgehen wollen.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Das kann ich Ihnen gern beantworten. Es ist nicht unser Ziel, private Hochschulen, Universitäten wie Fachhochschulen, finanziell zu unterstützen. Wir wollen die privaten Hochschulen, die wir als Hefe im Teig des Hochschulsystems wollen und die wir positiv bewerten, so begleiten - insbesondere bei den Rahmenbedingungen und bei der Beratung und Genehmigung von Verfahren -, dass sie faire Bedingungen vorfinden, aber keine Unterstützung seitens des Staates erfahren müssen. Hier gilt „privat vor Staat“, und zu „privat“ gehört eben die Eigenverantwortung für privates Handeln.

Mir war es wichtig, die diesbezüglichen Aktivitäten der Vorgängerregierung darzustellen, offensichtlich um ein privates Experiment zu fördern. Darum hat es sich bei der Universität Witten-Herdecke in der Vergangenheit gehandelt. Vom Wissenschaftsrat ist anerkannt worden, dass es sich dabei um ein wichtiges Experiment einer privaten Universität gehandelt hat. Man muss sehen, ob man ein solches Experiment dauerhaft weiterfördern will oder ob es nicht in den privaten Wettbewerb entlassen werden muss. Letzteres ist mein Ziel.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine weitere Wortmeldung vom Abgeordneten Professor Bollermann.

Dr. Gerd Bollermann (SPD): Herr Minister, das setzt allerdings voraus, dass „privat“ auch bedeutet, entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Sie wissen, dass an der Universität Witten-Herdecke ein Rückzug des privaten Sektors,

insbesondere der Industrie, feststellbar ist. Wie erklären Sie sich das?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Wenn wir den privaten Hochschulen die Freiräume zur Entfaltung geben wollen, müssen wir sie natürlich in die Verantwortung entlassen, für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten selbst einzustehen. Sie müssen selbst begründen können, wie sie sich entwickeln, warum sie sich entwickeln und wie sie sich vielleicht besser entwickeln können.

Dabei können wir sie eventuell beratend begleiten. Aber wir haben keinen Einfluss darauf, wie sie sich letztendlich verhalten. Insofern geht es darum, dass sich private Anbieter im Hochschul- und Bildungsbereich gerade mit Blick auf die Zukunft so positionieren sollten, dass sie sich nach Möglichkeit durch hinreichende private Einnahmen aus den verschiedenen Quellen, zum Beispiel aus Stiftergeldern - an diese Hochschule fließen ja Gelder von Stiftern -, aus Studienentgelten und Drittmitteln, so finanzieren, dass sie sich auf Dauer wirtschaftlich aus eigener Kraft tragen können.

Vizepräsident Edgar Moron: Zu einer weiteren Frage erteile ich Herrn Dr. Bollermann das Wort.

Dr. Gerd Bollermann (SPD): Herr Minister, Sie unterstellen schlichtweg, dass bei privaten Hochschulen im Grunde genommen immer ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Meine Frage war eine andere. Es ist feststellbar, dass sich die Privatwirtschaft zurückzieht. Daraus könnte ja auch die Konsequenz abgeleitet werden, dass das Modell der Privatuniversität oder Privathochschule gescheitert ist. Wie stehen Sie dazu?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Das Modell der privaten Hochschule sehe ich nicht als gescheitert an; denn es gibt ja auch über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus private Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten, die zum Teil ja auch eine doch hervorragende Entwicklung genommen haben, und zwar nicht nur was ihre wissenschaftliche Reputation angeht, sondern auch was ihre Finanzierung anbetrifft. Ich erinnere nur an die WHU in Koblenz/Vallendar, die auf ihrem Fachgebiet mittlerweile zu den exzellentesten Hochschulen in Europa zählt und die auch eine hinreichende Finanzierung dauerhaft hat sicherstellen können. Nach meinem Wissen - das mag nicht vollständig sein -

hat sie in der Vergangenheit auch nie Zuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz, wo sie ja domiziliert, erhalten.

Hier in Witten-Herdecke ist es so gewesen, dass die Hochschule auch Fachbereiche insbesondere in der Medizin aufgebaut hat, die besonders kostenträchtig sind und die sich auch in einem privaten Umfeld nicht sehr leicht etablieren lassen. Das war seinerzeit offensichtlich auch mit ein Grund für das Land Nordrhein-Westfalen, dieses Projekt finanziell mit zu begleiten, um es als Modellvorhaben für eine doch auch in diesen Bereichen anerkannte Universität zu ermöglichen. Man muss natürlich sehen, dass solche Projekte immer wieder neu auch vor der Frage stehen, wie sie sich positionieren und Mittel hinreichend einwerben können.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Das ist auch die Aufgabenstellung, die sich Witten-Herdecke jetzt stellt und auch schon in der Vergangenheit gestellt hat.

Wie ich dargestellt habe, hat die Vorgängerregierung dieses Projekt auch immer in dem Bemühen darum begleitet, es auf eine vernünftige, tragfähige und dauerhaft sich selbst finanzierende Grundlage zu stellen. Dieses Ziel der Vorgängerregierung werden wir in der Form weiter verfolgen und das Projekt weiter intensiv begleiten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer Zusatzfrage hat sich der Abgeordnete Eumann gemeldet. Herr Eumann, Sie haben das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Minister, planen Sie, der Universität Witten-Herdecke im Nachtragshaushalt weitere Mittel zukommen zu lassen?

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich hatte das eben auf eine Nachfrage schon dahin gehend beantwortet, dass wir über die für dieses Jahr von der alten Landesregierung im Haushalt 2005 veranschlagten Mittel hinaus keine Förderung vorgesehen haben und auch nicht beabsichtigen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage 1 beantwortet.

Wir kommen zur

Mündlichen Anfrage 2

des Abgeordneten Jäger von der Fraktion der SPD:

Wasserrechtliche Genehmigung Bergwerk Walsum

Die Deutsche Steinkohle AG hat für den Abbaubetrieb LK 91 und die Erschließung des Abbaufeldes P 84 die bergrechtliche Genehmigung beantragt. Ohne diese Genehmigungen wird der Betrieb des Bergwerks im Laufe des kommenden Jahres eingestellt werden müssen.

Wann kann die Deutsche Steinkohle AG mit den bergrechtlichen Genehmigungen für die Abbaufelder LK 91 und P 84 des Bergwerks Walsum rechnen?

Ich bitte Herrn Minister Uhlenberg um Beantwortung.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Jäger, die schriftliche Fassung der Mündlichen Anfrage lässt leider nicht genau erkennen, was der Fragesteller denn nun letztendlich wissen möchte. Die Überschrift lautet „Wasserrechtliche Genehmigung Bergwerk Walsum“, und im Text der Frage geht es dann um die bergrechtlichen Genehmigungen für die Abbaubetriebe LK 91 und P 84. Ich werde daher auf beide Themenkreise eingehen, da sie ja miteinander verknüpft sind.

Zum Abbau LK 91: Ein Teilabschnitt dieses Abbaus wird auf die Mommniederung einwirken und einen Bereich der Erdoberfläche absenken, in dem das Grundwasser geogen recht nah unter der Erdoberfläche ansteht. Ohne Gegenmaßnahmen würde das Grundwasser wegen der Geländesenkungen an der Oberfläche austreten. Zum Schutz vor Vernässungen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und zur Verhinderung von Nässe-schäden an Gebäuden muss der Grundwasserstand abgesenkt werden. Dies ist Aufgabe des gesetzlich zuständigen Lippeverbandes.

Wie jedes bergbauliche Vorhaben bedarf der Abbaubetrieb LK 91 einer bergrechtlichen Zulassung durch die Bergbehörde. Hier ist dies das Bergamt Moers. Die DSK hat dem Bergamt einen Betriebsplan für den vollständigen Abbau des Flözes LK 91 vorgelegt. Das Bergamt Moers hat jedoch im Wege einer Teilzulassung lediglich den Abbau der ersten 1.000 m dieses Flözes genehmigt. Die Auswirkungen dieses Abbaubereichs erfordern noch keine Regulierung des Grundwasserstandes.

Das Bergamt hat gleichzeitig in Aussicht gestellt, den Abbau komplett zuzulassen, wenn die Maßnahmen zur Grundwasserabsenkung wirksam sind.

Für die Grundwasserabsenkung selbst ist nach den Vorschriften des Wasserrechts eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Da diese Grundwasserregulierung im Zusammenhang mit einem Vorhaben des Bergbaus steht, ist die Abteilung Bergbau und Energie in Nordrhein-Westfalen der Bezirksregierung Arnsberg zuständig. Sie entscheidet im Einvernehmen mit der Bezirksregierung Düsseldorf als der oberen Wasserbehörde.

Schon im Januar 2005, also zu einer Zeit, als SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Landesregierung bildeten, hat es sich das Umweltministerium als oberste Wasserbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen vorbehalten, die Einvernehmenserteilung der Bezirksregierung zu dem Erlaubnisentwurf von seiner Zustimmung abhängig zu machen.

Dieser Entwurf zur wasserrechtlichen Erlaubnis liegt dem Umweltministerium seit dem 9. Juni 2005 vor. Am 10. Juni 2005, also noch unter Leitung der damaligen Umweltministerin Frau Höhn, hat das Umweltministerium im Einvernehmen mit der Staatskanzlei entschieden, der in der Neubildung befindlichen Landesregierung nicht vorzugreifen und daher die Zustimmung zu diesem Zeitpunkt nicht zu erteilen, sondern dies dem Amtsnachfolger in der Leitung des Umweltministeriums zu überlassen.

Es ist selbstverständlich, dass die zuständigen Behörden einschließlich des Umweltministeriums als oberste Wasserbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen dieses Verfahren nach Recht und Gesetz zu einem Abschluss bringen werden.

Ich werde daher der Bezirksregierung Düsseldorf meine Zustimmung zur Einvernehmenserteilung unverzüglich geben.

Schon jetzt ist der vorzeitige Baubeginn für das Bohren der Sumpfungsbrunnen und den Bau der notwendigen Rohrleitungen zugelassen, sodass alle notwendigen vorbereiteten Arbeiten durchgeführt werden können. Sobald auch die vollziehbare wasserrechtliche Erlaubnis für die Grundwasserentnahme vorliegt, kann der Lippeverband unmittelbar mit der Regulierung des Grundwasserstandes beginnen.

Wenn dies sichergestellt ist, wird das Bergamt Moers den beantragten Abbau LK 91 uneingeschränkt zulassen. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass die jetzt anstehende Erteilung der

wasserrechtlichen Erlaubnis kein Präjudiz für die Zulassung weiterer Abbauvorhaben darstellen würde.

Nun zum Abbau P 84: Das Bergwerk Walsum plant ab November 2005 den Abbau der Bauhöhe P 84. Das Bergwerk hat dem Bergamt Moers den besonderen Betriebsplan für den Abbau unter dem Rhein für das Jahr 2005 vorgelegt. Darin sind die Auswirkungen des Abbaus auf den Deich dargestellt. Die durch diesen Abbau verursachten Bergsenkungen an der Oberfläche werden auf den Rheindeich bei Mehrum einwirken.

Nach den Vorgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie der Bezirksregierung Düsseldorf als der für den Hochwasserschutz zuständigen oberen Wasserbehörde ist der Deich zum Ausgleich der bergbaulichen Senkungen auf einer Länge von rund 4 km aufzuheben. Im gleichen Zug soll ein weiterer Abschnitt dieses Deichs von rund 900 m Länge, der nicht durch den Bergbau beeinflusst wird, erneuert werden, da er noch nicht dem heutigen Stand des Dreizonendeichs entspricht. Der besondere Betriebsplan „Abbau unter dem Rhein“ ist vom Bergamt Moers zugelassen worden. Diese Zulassung berechtigt jedoch noch nicht zur Durchführung des Abbaus. Dies bedarf einer weiteren Betriebsplanzulassung durch das Bergamt.

Unabhängig von diesen bergrechtlichen Zulassungen darf gemäß der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Abbau erst dann begonnen werden, wenn die notwendige Deicherhöhung zum Ausgleich bergbaulicher Auswirkungen abgeschlossen ist. Die Erhöhung beziehungsweise Ertüchtigung des Deiches bedarf einer gesonderten Genehmigung nach dem Wasserrecht durch die obere Wasserbehörde. Die Bezirksregierung Düsseldorf führt zurzeit das notwendige wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren für die Deichterhöhung durch. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir dem Ergebnis dieses Verfahrens heute weder vorgreifen können noch wollen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer Zusatzfrage hat sich Herr Abgeordneter Jäger gemeldet.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident, ich bin einigermaßen irritiert, weil ich nicht nach dem wasserrechtlichen Einvernehmen, sondern nach der bergrechtlichen Genehmigung gefragt hatte. Die erteilt das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie. Dazu meine Frage: Wann beantwor-

tet die Landesregierung in dem entsprechenden Ressort meine Frage?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Uhlenberg, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Die Voraussetzung für das bergbaurechtliche Einvernehmen, das hergestellt werden muss, ist natürlich die wasserrechtliche Genehmigung, die erteilt werden muss. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, Herr Kollege Jäger, dass Sie in Ihrer Mündlichen Anfrage beide Bereiche angesprochen haben. Deswegen bin ich auch auf beide Bereiche mit der notwendigen Gründlichkeit eingegangen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Es steht Ihnen, Herr Abgeordneter, und allen anderen Kolleginnen und Kollegen im Übrigen frei, auch Fragen an andere Mitglieder der Landesregierung zu richten. - Jetzt hat aber zunächst Herr Abgeordneter Priggen das Wort für eine Zusatzfrage.

Reiner Priggen (GRÜNE): Meine Frage an die Landesregierung und konkret an Herrn Uhlenberg ist: Wann gehen Sie die notwendigen Erörterungsverfahren unter Beteiligung der Kommunen und der Bürger, gerade was die Beeinträchtigung der Trinkwassergewinnung im Bereich Dinslaken betrifft, an? Sie haben über Dinslaken und über das Trinkwasser in Ihrer Antwort überhaupt nicht gesprochen. Oder beabsichtigen Sie, das ohne Erörterung und ohne Anhörung der Kommunen und der Betroffenen durchzuführen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Uhlenberg, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Kollege Priggen, Sie haben gerade die Qualität des Trinkwassers angesprochen. Ich möchte darauf verweisen, dass durch die Sumpfungsmaßnahmen des Lippeverbandes in der Mommniederung das Wasserwerk Löhnen beeinträchtigt wird; ich denke, das ist der Grund Ihrer Frage, die Sie gerade gestellt haben. Ich möchte darauf hinweisen, dass das MUNLV bereits mit Erlass vom 27.01.2005, also zu der Zeit, als Rot-Grün noch die Landesregierung stellte, der Bezirksregierung aufgegeben hat, ihr Einvernehmen zu einer wasserrechtlichen Erlaubnis nur dann zu erteilen, wenn sichergestellt ist, dass die sogenannte Optimalvariante beantragt und umgesetzt ist oder

durch aufbereitungstechnische Maßnahmen sichergestellt ist, dass eine Verschlechterung des Trinkwassers der Wassergewinnungsanlage Löhnen I und II nicht eintritt. Ich denke, das ist eine wichtige Voraussetzung, die dabei berücksichtigt werden muss.

Die Trinkwasserqualität des Wasserwerkes Löhnen wird dadurch gesichert, dass zur Eliminierung des Einflusses des zunehmenden Anteils von Rheinuferfiltrat am Rohwasser eine weitergehende Aufbereitung mittels Nanofiltration beziehungsweise vergleichbare Technik gebaut und betrieben wird. Rechtlich wird dies dadurch sichergestellt, dass die wasserrechtliche Erlaubnis eine entsprechende Bedingung enthält. Ich glaube, dass dies eine wichtige Voraussetzung der von Ihnen gerade angesprochenen Wasserqualität ist.

Was die Einbeziehung von Stadt und Bürgern angeht, die Sie gerade auch noch einmal angesprochen haben, möchte ich auf die bisher geführten Diskussionen und auf den runden Tisch verweisen, was leider nicht zu einer positiven Entscheidung des Stadtrates geführt hat. Die DSK war grundsätzlich auch bereit, die Dichtwand mit einem finanziellen Volumen von 15 Millionen € zu bauen. Ich bedauere, dass diese Gespräche nicht zu einem Abschluss gekommen sind und dass LK 91 jetzt vor dem rechtlichen Hintergrund zum Abschluss gebracht wird.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Jäger das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident, eigentlich will ich meine Frage nur wiederholen. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass die Beantwortung der Fragen von Abgeordneten kein Wunschkonzert der Landesregierung ist, sondern dass die Landtagspräsidentin meine Mündliche Anfrage dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zugeordnet hat. Deshalb, Frau Ministerin Thoben, richte ich an Sie die Frage: Wann erfolgt die Genehmigung für den Schachtabbau in Walsum für die Felder LK 91 und P 84? Ich bitte um eine kurze Beantwortung, weil Sie davon ausgehen können, dass bei Abgeordneten, die Mündliche Anfragen stellen, ein gewisser Sachverstand durchaus vorhanden ist.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Jäger, vielleicht nur zur Klarstellung: Nicht die Landtagspräsidentin sondern die Landesregierung legt fest, wer innerhalb der Landesregierung eine Frage beantwortet. Die Landesregie-

rung hat entgegen der Unterlage, die Ihnen vorliegt, entschieden, dass diese Frage dem Geschäftsbereich von Herrn Uhlenberg zugeordnet wird. Es bleibt Ihnen natürlich unbenommen, auch Fragen beispielsweise an Ministerin Thoben zu richten. Es ist dann ihre Sache, darauf zu antworten. Das Präsidium hat mit der Steuerung der Anfragen nichts zu tun.

Zur Beantwortung Ihrer Frage hat sich Herr Minister Uhlenberg gemeldet. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Kollege Jäger, wenn Sie Ihre schriftliche Anfrage klarer formuliert hätten, dann wäre mit der Beantwortung dieser Anfrage nur ein Ministerium betraut gewesen und nicht zwei. In Ihrer Frage geht es zunächst um das Wasserrecht.

Ich möchte betonen, dass ich - Sie haben ja den Abbaubetrieb LK 91 und das Abbaufeld P 84 angesprochen - beide Fragen beantwortet habe. Das haben Sie sicherlich mitbekommen. Ich möchte das aber gerne wiederholen. Zum Bereich P 84 habe ich eben ausgeführt:

Die Erhöhung beziehungsweise Ertüchtigung des Deichs bedarf einer gesonderten Genehmigung nach Wasserrecht durch die obere Wasserbehörde. Hier geht es ja um den Bereich LK 91. Die Bezirksregierung Düsseldorf führt zurzeit das notwendige wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren für die Deichertüchtigung durch. Ich bitte um Verständnis - ich wiederhole das, was ich eben zu dem Thema gesagt habe -, dass wir dem Ergebnis dieses Verfahrens heute weder vorgreifen können noch wollen. Ihnen ist sicherlich bekannt, Herr Abgeordneter Jäger, dass nicht die Landesregierung, sondern die Genehmigungsbehörde, nämlich in diesem Fall die Bezirksregierungen in Düsseldorf und Arnsberg, die Entscheidung trifft. Im Zusammenhang mit dem Bereich LK 91 habe ich vorhin ebenfalls ausgeführt, dass die Landesregierung in den nächsten Tagen die Genehmigung erteilen wird.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer Zusatzfrage hat Frau Kollegin Höhn von der Grünen-Fraktion das Wort.

Bärbel Höhn (GRÜNE): Eben ist ja schon dargestellt worden, dass von der weiteren Genehmigung von LK 91 das Trinkwasser der Stadt Dinslaken betroffen ist. Am runden Tisch sind wasserrechtliche Auflagen vereinbart worden, denen aber der Rat der Stadt Dinslaken nicht zugestimmt hat. Da diese wasserrechtlichen Auflagen eine

wesentliche Änderung des Genehmigungsantrages darstellen, möchte ich gerne von der Landesregierung wissen, ob dann zu diesem Thema eine Anhörung der Beteiligten und Betroffenen stattfinden wird, die ja notwendig wird.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Uhlenberg, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Höhn, für diese Anhörung ist die Bezirksregierung Düsseldorf zuständig.

(Zuruf von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Die Frage ist beantwortet. Sie können sich gerne noch einmal melden, Frau Höhn. - Herr Abgeordneter Kuschke hat das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Ministerin Thoben, gehen Sie davon aus, dass die bergrechtlichen Genehmigungen für LK 91 und P 84 erteilt werden können, wenn die wasserrechtlichen Voraussetzungen in dem Sinne geklärt sind, wie Herr Minister Uhlenberg gerade dargestellt hat?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Uhlenberg hat dargestellt, dass LK 91 und P 84 differenziert zu betrachten sind. Bei LK 91 gehen wir nach Vorliegen der wasserrechtlichen Genehmigung davon aus, dass das Bergamt Moers den beantragten Abbau uneingeschränkt zulassen wird. Im zweiten Fall ist das Verfahren noch offen. Es gibt kein Präjudiz für das Abbaufeld P 84.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Horstmann von der SPD.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Frau Ministerin Thoben, ich möchte gerne wissen, ob Sie davon ausgehen, dass mit der jetzt offenbar anstehenden Genehmigung des Abbaubereichs LK 91 und mit der derzeit im Verfahren befindlichen Genehmigung des Bereichs P 84 die planungsrechtlichen Grundlagen für die bergbauliche Tätigkeit in Walsum wie geplant bis zum 1. Januar 2009 geschaffen sind.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Horstmann, Sie wissen, dass sich die Landesregierung vorgenommen hat zu prüfen, ob eine frühzeitigere Beendigung des Bergbaus in Walsum möglich ist. Die Prüfung haben wir noch nicht abgeschlossen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Frau Kollegin Höhn das Wort.

Bärbel Höhn (GRÜNE): Ich bitte die Landesregierung, die Fragen zu beantworten. Herr Uhlenberg, es stimmt nicht, dass die Bezirksregierung Düsseldorf für das bergbaurechtliche Genehmigungsverfahren zuständig ist. Von daher bitte ich die entsprechenden Vertreter der Landesregierung zu antworten. Im Übrigen ist auch die Bezirksregierung Teil der Landesverwaltung. Wenn wir eine Frage an Sie richten, die die Bezirksregierungen betreffen, dann erwarten wir, dass die Landesregierung darauf antwortet

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und nicht sagt, dass dafür die Bezirksregierung Düsseldorf verantwortlich ist und die Frage nicht beantwortet werden kann, da von der Bezirksregierung niemand hier sitzt. Ich bitte also die zuständigen Mitglieder der Landesregierung, auf unsere Fragen zu antworten.

(Zurufe von der CDU: Frage!)

- Die Frage habe ich eben schon gestellt, und ich werde sie gerne wiederholen.

Am runden Tisch sind gemeinsam wasserrechtliche Auflagen erarbeitet worden, denen der Rat der Stadt Dinslaken bisher nicht zugestimmt hat. Diese wasserrechtlichen Auflagen stellen eine wesentliche Änderung des Genehmigungsantrages dar. Bei einer solchen wesentlichen Änderung des Genehmigungsantrages muss eine erneute Anhörung stattfinden. Ich möchte von der Landesregierung jetzt gerne wissen, ob diese Anhörung durchgeführt wird - ja oder nein.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Ich vermute, Frau Ministerin Thoben wird darauf antworten.

(Ministerin Christa Thoben: Für Wasserrecht ist Herr Uhlenberg zuständig!)

Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Höhn, wenn Sie eben aufmerksam zugehört

hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass ich deutlich gemacht habe, dass in der Tat die Bezirksregierung Düsseldorf für das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren und die Bezirksregierung Arnsberg für das bergbaurechtliche Genehmigungsverfahren zuständig ist.

Eine weitere Beteiligung ist zurzeit nicht vorgesehen, weil es sich nicht um ein Planfeststellungsverfahren, sondern um ein Erlaubnisverfahren handelt, das jetzt in die entscheidende Phase eintritt. Eine Entscheidung über die Genehmigung des Abbaubetriebs LK 91 wird ja in Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf in den nächsten Tagen getroffen werden. Wir müssen natürlich auch an die Existenz von hunderten von Arbeitsplätzen im Bereich des Bergbaus denken. Sie wissen vielleicht, dass die DSK hunderte von Mitarbeitern in den Urlaub geschickt hat. Bezüglich des Genehmigungsverfahrens des Abbaubetriebs LK 91, das wir von dem Genehmigungsverfahren des Abbaufelds P 84 sauber trennen, liegt ein Antragsvorgang vor. Mit der Entscheidung der Behörde ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer zweiten Zusatzfrage hat der Abgeordnete Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Schönen Dank. - Herr Kollege Uhlenberg, verstehe ich das jetzt richtig, dass Sie entgegen all dem, was von Ihnen, bevor Sie Minister wurden, Kollegin Fasse und allen anderen vor Ort immer verkündet worden ist, die Absicht haben, die Genehmigung dazu in den nächsten Tagen zu erteilen, obwohl Sie über die erheblichen wasserwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Trinkwassergewinnung im Detail informiert sind und genau wissen, dass im Rahmen des Verfahrens eine Anhörung der betroffenen Kommunen, die dem bisher nicht zugestimmt haben, durchgeführt werden müsste?

(Zuruf von der SDP: Hört, hört!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Kollege Priggen, Sie wissen, wie dieser Vorgang abläuft. Für die wasserrechtliche Genehmigung ist nicht die Landesregierung, sondern die Bezirksregierung - in diesem Fall die Bezirksregierung in Düsseldorf - zuständig. Die Landesregierung erteilt ihr Einvernehmen, die Genehmigung

wird aber von der Bezirksregierung Düsseldorf erteilt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie war das denn mit der Transparenz?)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Frau Ministerin Thoben, da Sie meine Frage nach den rechtlichen Voraussetzungen für die bergbauliche Tätigkeit in Walsum eben mit einem Hinweis auf Ihre politische Absicht gemäß der Koalitionsvereinbarung beantwortet haben, wonach Sie in Walsum möglicherweise vor dem 1. Januar 2009 aufhören wollen, möchte ich Sie fragen: Sehen Sie einen inneren Zusammenhang zwischen den rechtlichen Verfahren zur Genehmigung der bergbaulichen Tätigkeit und Ihrer politischen Zielsetzung, Walsum vor dem 1. Januar 2009 stillzulegen, und, wenn nein, warum haben Sie diese Frage dann eben so beantwortet?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Wir sehen einen deutlichen Unterschied zwischen LK 91 und P 84.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist ja eine völlig ausreichende Antwort!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das war es?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ja.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Okay. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Zusatzfragen zu dieser Frage vor. Deswegen ist die Mündliche Anfrage 2 erledigt.

Wir kommen zur

Mündlichen Anfrage 3

des Herrn Abgeordneten Töns von der Fraktion der SPD:

Kofinanzierungsanteile des Landes bei den EU-Strukturfonds

In welcher Höhe sind Fördermittel bei der Kofinanzierung von Projekten aus den EU-Strukturfonds, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, in der aktuellen För-

derperiode bis 31. Mai 2005 landesweit geflossen, und wie hoch ist dabei der Anteil des Ruhrgebiets?

Hierzu antwortet Frau Ministerin Thoben. Bitte schön.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Auch die Frage ist ein wenig verschnörkelt gestellt. Ich versuche es mal.

Rund 45 % der insgesamt bewilligten Mittel fließen ...

(Zuruf von der SPD: Es gibt nur dumme Antworten, keine dummen Fragen!)

- Das ist Ihre Einschätzung.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, hier in diesem Haus ist es üblich - ich erinnere mich daran -, dass Fragen von Abgeordneten von der Regierungsseite nicht qualifiziert werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich habe gar nicht qualifizieren wollen. Ich habe nur gesagt - diese Freiheit werde ich mir auch weiterhin nehmen -, dass eine Antwort auf eine Frage, die ziemlich unverständlich ist, etwas kompliziert ist.

(Zuruf von der SPD: Unmöglich!)

Im Rahmen des NRW-EU-Ziel-2-Programms hat das Land Nordrhein-Westfalen in der laufenden Periode bisher 1.232 Millionen € - davon 688 Millionen € EU-Mittel und 544 Millionen € Landesmittel - zur Kofinanzierung von unternehmensbezogenen Projekten privater und kommunaler Träger bewilligt. Rund 45 % der insgesamt bewilligten Mittel fließen öffentlichen Trägern zu. 91,5 % der Bewilligungsmittel kamen dem Gebiet des Regionalverbandes Ruhr zugute.

Ja, das ist es. - Danke schön.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zusatzfragen liegen mir nicht vor. - Ich habe eine kleine Pause gemacht, um Gelegenheit zu geben, solche zu stellen. Aber es gibt keine Zusatzfragen. Damit ist die Mündliche Anfrage 3 erledigt.

Wir kommen zur **Mündlichen Anfrage 4** des Herrn Abgeordneten Ralf Jäger von der SPD-Fraktion. Der Fragesteller hat sich mit einer **schriftlichen Antwort** einverstanden erklärt, die bis zum Ende der Plenarsitzung von der Landesregierung gegeben werden wird. (Siehe Anlage)

Wir kommen deswegen nun zur

Mündlichen Anfrage 5

der Frau Abgeordneten Schäfer von der Fraktion der SPD:

Verhinderung der Einführung des Faches „Naturwissenschaften“ blockiert die notwendige Weiterentwicklung nordrhein-westfälischer Schulen und hat unabsehbare Folgen

Internationale Vergleichsstudien wie z. B. Pisa belegen, dass deutsche Schülerinnen und Schüler Schwierigkeiten im Bereich des naturwissenschaftlichen Verständnisses und bei der Anwendung ihres Wissens haben.

Eine Stärkung der naturwissenschaftlichen Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen ist deshalb zwingende Konsequenz dieses Befundes. Vor dem Hintergrund internationaler Erfahrungen und anerkannter Ansätze in der Fachdiskussion wurde das neue Fach „Naturwissenschaft“ entwickelt, das einen fächerübergreifenden Unterricht in den Jahrgängen 5 und 6 ermöglichen soll. In einem breit angelegten Erprobungsversuch, an dem sich ca. 300 Schulen aller Schulformen beteiligen, wurden seit dem Schuljahr 2003/2004 wertvolle Erfahrungen zur Einführung des neuen Faches gemacht. Zur Einführung ab dem kommenden Schuljahr sind alle Vorbereitungen getroffen. Ein entsprechender Lehrplan liegt vor, in dem die Leitziele des Faches und die zu erwerbenden Kompetenzen beschrieben werden. Die rund 3.000 weiterführenden Schulen in NRW haben sich gezielt auf das neue Fach vorbereitet, Lehrerinnen und Lehrer entsprechende Fortbildungsmaßnahmen absolviert, und die neuen Schulbücher sind gedruckt.

Welche Auswirkung hat der Stopp der Einführung des neuen Faches „Naturwissenschaften“?

Ich bitte Frau Ministerin Sommer um Beantwortung.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schäfer, gestatten Sie mir eine knappe einordnende Vorbemerkung, bevor ich Ihre Frage beantworte.

Wir haben den Problemkomplex ja bereits in der vergangenen Woche hier im Plenum debattiert.

Ich habe in meinem Beitrag damals darauf hingewiesen, dass die Argumente bereits seit längerem bekannt sind und hier mehrfach ausgetauscht wurden.

Wir haben uns heute Morgen im Ausschuss für Schule wieder damit beschäftigt und eine Entscheidung ist gefällt worden. Ich gehe deswegen davon aus, dass damit endgültig Klarheit geschaffen ist und die Schulen zur Tagesordnung übergehen können, dass sie also im neuen Schuljahr ihren Unterricht in den Einzelfächern Physik, Chemie und Biologie vorbereiten können.

Damit bin ich bei Ihrer Frage, die ich gerne nochmals folgendermaßen beantworte:

Mit wenigen Ausnahmen werden alle Schulen in der Sekundarstufe I jetzt auf der vertrauten Basis des einzelfachlichen Unterrichts in das neue Schuljahr einsteigen. In diesem Rahmen werden sie die notwendigen Anstrengungen zur Weiterentwicklung des naturwissenschaftlichen Unterrichts angehen.

Ich weiß, dass sich manche Schulen bereits auf den Weg zu einem integrierten Fach Naturwissenschaft gemacht und darauf eingestellt haben. Diese werden sich neu orientieren müssen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass es an keiner einzigen dieser Schulen zu ernsthaften Problemen kommen wird. Im Gegenteil: Auch diese Schulen werden sehr schnell feststellen, dass eine Verbesserung des naturwissenschaftlichen Unterrichts und eine Stärkung der naturwissenschaftlichen Bildung in den Strukturen der einzelnen Fächer besser erreicht werden.

An dieser Stelle möchte ich aber noch kurz auf das Land Baden-Württemberg eingehen, das das Fach Naturwissenschaft als ergänzendes Fach zusätzlich zu den naturwissenschaftlichen Einzelfächern anbietet. Dies ist in der Tat ein Weg. Es kommt aber darauf an, dass in jedem naturwissenschaftlichen Unterricht fächerübergreifende Themen zur Sprache kommen. Dies gilt gerade auch für den einzelfachlichen Unterricht. Genau diesen Weg werden wir in Nordrhein-Westfalen einschlagen. - Danke.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Zu einer Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Schäfer von der SPD-Fraktion das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Ministerin Sommer, Sie haben gerade das Land Baden-Württemberg erwähnt, das einen Zusatzbereich mit Naturphänomenen in den Unterricht eingebaut hat. Sie haben

aber nicht gesagt, dass Bayern das Fach Naturwissenschaften tatsächlich integriert anbietet. Ich frage Sie, ob Sie nicht auch der Meinung sind, dass Nordrhein-Westfalen durch diesen Weg der Zerschlagung des Lernbereichs Naturwissenschaften von der wissenschaftlichen bildungspolitischen Entwicklung abgehängt wird.

Wir machen etwas anders als anderen Ländern. Wir gehen einen Schritt zurück. Wie beurteilen Sie das?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich bin Ihnen für diesen Hinweis dankbar, der heute Morgen schon in etwas anderer Form gekommen ist. Meiner Meinung nach müssen wir sehr genau überprüfen - das ist auch ein Versprechen, das ich halten werde -, welches Ergebnis die Versuche an den Schulen haben. Da müssen wir den Schulen entgegenkommen. Das ist für uns Pflicht. Ich werde die Ergebnisse gerne vortragen. Wir sollten eine sorgfältige Evaluation machen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin Sommer, wie interpretieren Sie die Äußerung des Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung „Wir geben den Menschen mehr Freiheit, wir vertrauen unseren Lehrerinnen und Lehrern“ angesichts der Tatsache, dass Sie den Schulen rigoros verweigern, sich selbstständig und frei entscheiden zu können, Naturwissenschaften integriert zu unterrichten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, bitte.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Das Fach Naturwissenschaften hat bei uns wie auch bei Ihnen sehr hohen Stellenwert. Da tun wir uns überhaupt nichts. Aber wir gehen verschiedene Wege. Unser Weg ist der, dass wir sagen, wir haben deutliche Bildungsstandards, die von der KMK festgelegt worden sind, die sich auf die Einzelfächer beziehen.

Bei aller Freiheit und Freizügigkeit, die wir einräumen, ist für uns die Leistung ein wichtiger Gesichtspunkt. Wir beziehen uns nochmals auf diese

KMK-Empfehlung. Wir wollen genau diesen Weg gehen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer Zusatzfrage hat sich Frau Abgeordnete Stotz von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Marlies Stotz (SPD): Frau Ministerin, mich würde interessieren, wie Sie die Aussage der Gesellschaft deutscher Chemiker beurteilen, die im Anhörungsverfahren Folgendes mitgeteilt hat - ich möchte das zitieren -:

„Viele Fachdidaktiker und Erziehungswissenschaftler sehen eine Ursache für die negative Entwicklung der Interessenslage und Leistungssituation unter anderem in dem abrupten Übergang vom ganzheitlich ausgerichteten Sachunterricht der Grundschulen hin zum Fachunterricht in Biologie, Chemie und Physik. Dies wird auch international so diskutiert. Aus diesem Grund sehen wir die Einführung des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts als eine Möglichkeit der Entschärfung des Problems.“

Wie beurteilen Sie diese Stellungnahme angesichts Ihres jetzigen Vorgehens?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Wir haben viele unterschiedliche Stellungnahmen bekommen. Es kamen nicht nur negative; wir haben auch deutliche Zustimmung im Hinblick auf unser Vorhaben bekommen. Dass Sie jetzt einen Verband zitieren, der wahrscheinlich andere Interessen hat als wir, das ist klar.

Ich entgegne: Wir wollen fair gegenüber den Schulen sein, die es gemacht haben. Ich habe Frau Schäfer eben schon entgegnet, dass wir eine Evaluation dieser Schulen machen wollen. Ich denke: Das Ergebnis wird im Zusammenhang mit den sehr kritischen Stimmen, die Sie jetzt anführen, zu sehen sein. Darüber werden wir sicherlich noch sprechen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Schäfer von der SPD-Fraktion das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Ministerin Sommer, nach den Ergebnissen der ersten Schulleistungstudien haben wir umfangreiche Entwicklungen im

Land Nordrhein-Westfalen und auch in der Bundesrepublik insgesamt hinsichtlich der Aufgabstellungen in Angriff genommen.

Ich frage Sie: Welche Auswirkungen hat denn die Zerschlagung des Bereichs Naturwissenschaften in die Fächer Physik, Chemie und Biologie auf die weitere Entwicklung des Projektes Sinus-Transfer?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Wir haben Sinus-Schulen, die das im Augenblick machen. Das Projekt läuft meines Erachtens aus. Ich habe keine genaue Kenntnis darüber, wann das ausläuft. Ich weiß zum Beispiel analog zu den selbstständigen Schulen, dass sie, solange sie im Modellversuch sind - sie haben über ihre Schulkonferenzen die Berechtigung, das anders festzulegen -, den Bereich der Naturwissenschaften zusammenfassen können.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Beer das Wort. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben noch einmal auf die Beendigung des Modellversuchs Sinus hingewiesen. Heute Morgen haben Sie auf die Laufzeit des Modellvorhabens Selbstständige Schule hingewiesen. Wie soll Nordrhein-Westfalen eigentlich Anschluss an die internationale Unterrichtsentwicklung im Bereich Science gewinnen, wenn Sie hier nicht nur die aktuelle Rücknahmeverordnung vorlegen, sondern sogar noch die endgültige Beendigung dieser Modellvorhaben in Aussicht stellen?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich nehme das auf, was eben schon gesagt worden ist: durch engagierte, motivierte, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Sichau das Wort.

Frank Sichau (SPD): Meine Frage: Wen werden Sie mit der Evaluation beauftragen?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich bin noch nicht so weit, dass ich sagen kann: Ich kann dieses oder jenes unabhängige Institut benennen. Das möchte ich auch nicht tun. Ich weiß jedenfalls, dass bei der Evaluation ein sehr hoher Maßstab an die Objektivität gelegt wird, den wir sicherlich einhalten werden. Sie können sicher sein - Sie werden die Ergebnisse

sehen und hören -, dass Sie das mittragen können.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Auch Herr Horstmann von der SPD-Fraktion möchte eine Zusatzfrage stellen. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Frau Ministerin Sommer, Sie haben gesagt, dass Sie die Arbeit der Versuchsschulen im Bereich des naturwissenschaftlichen Unterrichts sorgfältig evaluieren wollen, um aus den Erfahrungen Erkenntnisse für Ihre weitere Politik zu gewinnen. Ich möchte gerne wissen, ob Sie es für sinnvoll halten, den Versuchsschulen ihr Angebot des Faches Naturwissenschaften über das jetzt beginnende Schuljahr 2005/2006 hinaus zu gestatten.

Ferner würde mich interessieren, ob es nach den Auswertungen auch in Betracht kommt, dass Sie es weiteren Schulen ermöglichen, das Fach Naturwissenschaften in der Jahrgangsstufe 5 und 6 anzubieten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Wir haben einen konkreten Weg eingeschlagen. Dieser heißt: Beendigung dieser Möglichkeit, Naturwissenschaft als integriertes Fach zu unterrichten. - Diesen Weg werden wir jetzt bis zum Ende gehen.

Nichtsdestotrotz liegen Erfahrungen vor, die wir im Rahmen einer Evaluation nutzen werden, und es ist sicherlich vernünftig, auch die andere Seite zu sehen, nämlich die Frage: Wie entwickeln sich unsere Schulen? - Wir haben die konkrete Vorstellung, dass sich die Schulen, die das Fach aufsplitten, anders - und genauer - entwickeln können. Das wird aber die Evaluation zeigen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer Zusatzfrage hat sich Herr Dr. Bovermann von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Dr. Rainer Bovermann (SPD): Frau Ministerin Sommer, es ist schön, dass Sie die Evaluation noch durchführen wollen. Einmal konkret nachgefragt: Auf welche wissenschaftlichen Erkenntnis - und damit meine ich empirische Untersuchungen - stützen Sie sich bei der Rückkehr zum nicht integrativen Ansatz?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich denke, wir haben gute Erfahrungen mit dem, was wir vor Jahren in den Schulen gesehen haben, gemacht. Wir müssen auf einem anderen Weg arbeiten: Wir können sehr deutlich und sehr genau den Unterricht in Naturwissenschaften aufsplitten. Das Problem bestand nur darin, dass nicht ausreichend Lehrer zur Verfügung standen. Wir haben nun aber vor, diese auszubilden.

Ich darf daran erinnern, dass der Ministerpräsident heute deutlich gemacht hat, welche Möglichkeiten auf die Schulen zukommen. Das ist ein großes Geschenk. Wir müssen an diese Dinge denken. Ich glaube, gut ausgebildete - ich wiederhole es noch einmal - Lehrer in den Naturwissenschaften Physik, Chemie und Biologie werden uns unterstützen und helfen, diesen eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer Zusatzfrage hat sich Frau Gödecke von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Carina Gödecke (SPD): Frau Ministerin Sommer, Sie haben jetzt mehrfach die Evaluation des Erprobungsversuches angesprochen. Sie haben damit argumentiert und gesagt, dass Sie diese in Beziehung zu den unterschiedlichen Stellungnahmen setzen werden. Kann ich davon ausgehen, dass Sie uns damit signalisiert haben, dass es durchaus eine sehr hohe Bereitschaft und Offenheit Ihrerseits gibt, über das integrierte Fach Naturwissenschaften zukünftig nachzudenken?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Dieser Interpretation möchte ich jetzt nicht entsprechen.

Es war aber ein wichtiger Hinweis, der heute Morgen aus Ihren Reihen kam: deutlich zu machen, wie die Entwicklung aussieht. Ich halte sehr viel davon, dass man Erprobtes beziehungsweise Durchgeführtes nicht einfach in den Mülleimer wirft. Vielmehr plädiere ich dafür, zu schauen, was daraus geworden ist, auch zur Argumentation und zur Untermauerung unserer Standards.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Herr Link von der SPD-Fraktion hat eine Zusatzfrage. Sie haben das Wort.

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin, wie bewerten Sie den Brief des Deutschen Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts, in dem Herr Rüttgers gebeten wird, das integrierte Fach Naturwissenschaften nicht zur Disposition zu stellen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich habe eben in einem anderen Zusammenhang schon gesagt: Es ist durchaus so, dass es kritische Stimmen dazu gegeben hat. Das wollen wir hier auch nicht verhehlen. Ich kann allerdings deutlich sagen: Es gibt auch Zustimmung. - Ich weiß nicht, ob wir das jetzt im Einzelnen abwägen sollten.

Ich meine, wir sollten überlegen, in welchen Zusammenhängen zum Teil diese Darstellungen gegeben worden sind. Ich erinnere nur daran, dass in der letzten Debatte Professor Boos von Ihnen sehr deutlich zitiert worden ist. Mir liegt inzwischen ein Schreiben vor, das aussagt, dass er in diesem Zusammenhang nicht als Befürworter des integrierten Faches Naturwissenschaften benannt werden will.

Wir sollten uns nicht über diese Einzelhinweise unterhalten, sondern eher das Ganze im Blick haben und sagen, was unterm Strich dabei herauskommt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Eine Zusatzfrage hat auch Frau Abgeordnete Kraft von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Ministerin, Sie präsentieren uns eine Pseudooffenheit. Mir ist der klare Kurs bei Ihnen überhaupt nicht erkennbar. Was heißt das jetzt: Sie evaluieren, um am Ende die Evaluierung doch in die Tonne zu hauen? Oder wollen Sie aus der Evaluierung Rückschlüsse ziehen, um eventuell doch wieder zu einem integrierten Fach Naturwissenschaften zu kommen? - Wir haben durchweg positive Rückmeldungen aus den Schulen erhalten. Ich denke, das ist von großer Bedeutung, und das darf man nicht mit einem Federstrich wegwerfen. Wie lautet da Ihr klarer Kurs?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ein Satz: Wir werden evaluieren, und wir werden diese Evaluation diskutieren.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer ersten Zusatzfrage hat sich Frau Abgeordnete Düker von der Grünen-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Ministerin Sommer, Sie haben eben gesagt, dass der nicht integrierte Unterricht jetzt leistungsbezogen ablaufen wird. Heißt das im Umkehrschluss für Sie, dass der integrierte Unterricht bislang nicht leistungsbezogen gelaufen ist?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zur Beantwortung Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich möchte das im Zusammenhang mit den KMK-Leistungsempfehlungen sehen. Also, die KMK-Empfehlung ist ja auf Einfächer bezogen. In diesem Zusammenhang habe ich von Leistung gesprochen, weil die KMK deutliche Standards ausgibt, die wir jetzt verfolgen werden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Frau Abgeordnete Schäfer mit ihrer dritten Zusatzfrage. Bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Frau Ministerin Sommer, Sie sprechen nun davon, dass Sie alle Erfahrungen einholen wollen, dass Sie evaluieren wollen und dann eventuell noch einmal darüber reden wollen. Genaueres sagen Sie ja nicht.

Warum ignorieren Sie die gute Erfahrung von 300 Schulen, die dieses Fach jetzt erprobt haben? Und warum ignorieren Sie die Rückmeldungen aus der Lehrerschaft, die sich in vielfältiger Weise fortgebildet hat und die die Entwicklung dieses Faches in unglaublicher Weise positiv begrüßt hat? Warum ignorieren Sie das?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich glaube nicht, dass man von Ignorieren sprechen kann, wenn ich sage, dass wir evaluieren. Das kann ja nicht bedeuten, dass ich das in irgendeinem Zusammenhang ignoriere. Ich tue vielmehr etwas, ich biete etwas an. Wir wer-

den darüber sprechen, und ich glaube, das hat nichts damit zu tun, dass ich etwas ignoriere.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat sich auch Herr Abgeordneter Schultheis von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Frau Ministerin Sommer, da ich auch für Klarheit und Verlässlichkeit bin, will ich noch einmal nachfragen, weil aus den bisherigen Antworten nicht klar geworden ist, was Sie bezüglich der Evaluation vorhaben. Sind Sie meiner Meinung, dass die von Ihnen angekündigte Evaluation ergebnisoffen sein muss?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ja.

(Karl Schultheis [SPD]: Schön!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: So, das ist schon beantwortet. - Dann kommt jetzt Herr Link mit seiner zweiten Zusatzfrage an die Reihe.

Sören Link (SPD): Es hat in der Vergangenheit spezielle Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer im Hinblick auf das Fach Naturwissenschaften bei den Bezirksregierungen im Land NRW gegeben. Meine Frage ist, ob Sie mir heute sagen können, wie viele Lehrerinnen und Lehrer daran teilgenommen haben und wie teuer diese Maßnahmen waren.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Das kann ich leider nicht.

(Michael Solf [CDU]: Zu wenige, Herr Kollege!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Große Brömer, SPD-Fraktion, bitte schön.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Ministerin Sommer, im Vorfeld der Landtagswahl ist von führenden Politikern der damaligen Opposition die Behauptung aufgestellt worden, die Einführung des integrierten Faches Naturwissenschaften diene einzig und allein der Kaschierung eines fachspezifischen Lehrermangels.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Heute Morgen in der Schulausschusssitzung ist noch einmal positiv auch von einem Redner der jetzigen Regierungskoalition hervorgehoben wor-

den, durch die Abschaffung des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichtes würde diese Kaschierung des fachspezifischen Lehrermangels jetzt aufgehoben. Können Sie dem Parlament mitteilen, wie hoch der erwartete Unterrichtsausfall - ich unterstelle einmal, die Aussagen der Redner stimmen - sein wird, weil dieser fachspezifische Unterrichtsausfall nicht mehr kaschiert werden kann? Und welchen Vorteil sehen Sie darin, dass jetzt eventuell Unterricht ausfällt ---

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, darf ich Sie kurz unterbrechen: Sie dürfen bitte nur eine Zusatzfrage pro Meldung stellen. - Bitte schön, Frau Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich habe eben davon gesprochen, dass wir Lehrer einstellen werden. Wir werden auch sehr genau den fachspezifischen Bedarf festlegen - gerade in den Schulen des Sekundarbereichs I und II. Da ist uns wichtig, das Problem Mangelfach - beispielsweise Physik ist ein deutliches Mangelfach - zu beheben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Kraft von der SPD-Fraktion das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Ministerin Sommer, ich möchte Sie fragen, ob ich Ihrer Antwort entnehmen darf, dass bei Ihnen - es geht um die 1.000 Stellen, von denen der Herr Ministerpräsident heute Morgen gesprochen hat, die ja bedarfsgerecht verteilt werden sollen - „bedarfsgerecht“ heißt: „nach fachspezifischem Lehrermangel“?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: „Bedarfsgerecht“ heißt: auf die unterschiedlichen Schulformen bezogen. „Bedarfsgerecht“ ist an Grundschulen eine andere Messlatte als zum Beispiel auf das Gymnasium bezogen. Wenn es so sein sollte, dass wir das Fach Physik als Mangelfach an einer Schule identifizieren, werden wir darauf sofort reagieren.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Ich habe noch zwei Zusatzfragen, zum einen von Frau Abgeordneter Hendricks von der SPD-Fraktion, die jetzt das Wort erhält, und zum anderen von Herrn Horstmann. - Frau Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Frau Ministerin Sommer, ich habe bei Ihren Ausführungen in der letzten Woche in den Untertönen gehört, dass Sie

persönlich möglicherweise gar nicht grundsätzlich gegen das integrierte Fach Naturwissenschaften sind. Mich würde an dieser Stelle interessieren: Wenn das Land Nordrhein-Westfalen die Lehrerstellen für den fragmentierten Unterricht sicherstellen kann, würden Sie dann in die Entwicklung eines naturwissenschaftlichen Faches einwilligen?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Die Frage ist schon beantwortet. - Dann kommt jetzt Herr Horstmann zu seiner zweiten Zusatzfrage an die Reihe. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Frau Ministerin, wenn die Prüfung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Versuchsschulen ergebnisoffen ist, wie Sie eben gesagt haben, welches fachliche Argument spricht dann dafür, schon heute zu entscheiden, dass in einem Jahr der naturwissenschaftliche Unterricht auch an den Versuchsschulen beendet wird?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Wir haben noch keine Ergebnisse. Ich habe hier deutlich gesagt: Wir werden eine Untersuchung starten. Sie ist, wie Sie eben gewünscht haben und wie ich es auch sehr unterstreiche, ergebnisoffen. Und wir werden diese Ergebnisse diskutieren.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Jetzt haben sich weitere Kolleginnen und Kollegen eingedrückt, komischerweise alle von der linken Seite. Früher war das immer anders.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es hat sich in der Geometrie etwas verändert. - Zu einer Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Gödecke das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Danke schön. - Frau Ministerin Sommer, mit der Vorlage 14/0016 hat der Finanzminister an den Haushalts- und Finanzausschuss geschrieben und die Einrichtung von 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen für das Schuljahr 2005/2006, die eben in der Regierungserklärung angesprochen wurden und mit denen Sie auch argumentiert haben, dargestellt. In diesem Schreiben an den Haushalts- und Finanzausschuss wird auch dezidiert aufgezeigt, um welche

Stellen und um welche Bereiche es sich handelt. Dabei argumentiert der Finanzminister ausschließlich mit den steigenden Schülerzahlen. Ich frage Sie, wie Sie mit denselben Stellen gleichzeitig den Fachlehrermangel und den Bedarf decken wollen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Das ist eine Frage, die sich sicherlich nicht auf die Anfrage meiner Kollegin Frau Schäfer bezieht. Aber ich will sie doch gerne auch beantworten.

Es geht darum, dass seit Jahren Lehrermangel an Schulen herrscht. Darunter habe ich selbst als Schulaufsichtsbeamtin gelitten. Wir versuchen jetzt natürlich, diesen Mangel zu beheben. Wir können sicherstellen, dass wir gerade dort, wo Schulen einen erhöhten Bedarf haben, also im Migrantenbereich oder im fachspezifischen Bereich, reagieren können.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Sichau gemeldet.

Frank Sichau (SPD): Dann ist für mich allerdings die Frage, wie hoch Sie die Angebotsseite beziehungsweise die Bewerbungsseite in den Fächern Biologie, Chemie und Physik einschätzen. Denn das ist ja ausgesprochen wichtig.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ein deutlicher Fachlehrermangel ist zu erwarten im Fach Physik. Im Fach Biologie gibt es sogar einen leichten Überhang. Das Fach Chemie ist meiner Einschätzung nach gesichert.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Sommer, eben in der Regierungserklärung haben wir sehr viel davon gehört, dass Erlasse und Bürokratie abgebaut werden sollen. Sie haben in Ihren Ausführungen in der letzten Woche sehr viel davon gesprochen, dass Sie alles zum Wohle des Kindes machen. Wenn sich nun Schulen zum Wohle des Kindes entscheiden, integrativ Naturwissenschaften zu unterrichten, was machen Sie

dann mit diesen Schulen, wenn sie gute Ergebnisse vorweisen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Eine gute Frage. Das wird sich zeigen. Wir werden sehen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen liegen mir nicht vor. Ich schließe deswegen zum einen die Beantwortung der Mündlichen Anfrage 5 und zum anderen auch die Fragestunde insgesamt, denn die vorgesehene Zeit ist schon überschritten.

Ich frage Herrn Abgeordneten Rimmel, der die **Mündliche Anfrage 6** zum Thema „Beabsichtigt die Landesregierung, den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück mit Zuschüssen des Landes zu finanzieren?“ gestellt hat, ob er mündliche Beantwortung in der nächsten Sitzung oder schriftliche Beantwortung wünscht. Herr Abgeordneter Rimmel?

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Schriftlich bitte!)

- **Schriftlich.** (Siehe Anlage) Vielen Dank.

Wir sind damit am Ende der Fragestunde und kommen zum Tagesordnungspunkt

3 Neuordnung der Polizei für mehr Sicherheit umsetzen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/24

In Verbindung damit:

Mehr Polizei für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger - Weitergehende Strukturreform von Polizeiführung und Polizeiverwaltung unter Einbeziehung der Landräte als Kreispolizeibehörden unverzüglich umsetzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/31

Ich eröffne die Beratung und erteile als erster Rednerin Frau Abgeordneter Düker für die an-

tragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat heute in seiner Regierungserklärung gesagt, dass er mehr Polizei in Wachen und Kommissariaten einsetzen will. So weit, so gut. Ab dann wird es nebulös, auch das, was im Koalitionsvertrag steht.

Eigentlich ist Ihnen, Herr Wolf, die Antwort bekannt, wie man das hinbekommt, denn das haben wir in der letzten Legislaturperiode hier im Haus rauf und runter diskutiert. Herr Engel vertrat immer mit uns die Auffassung, dass es hier nur eine Antwort gibt. Die heißt: Wir bekommen wichtige Ressourcen für die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen nur freigeschaufelt, wenn wir das Ziel erreichen, in Nordrhein-Westfalen gleich große Polizeibehörden zu haben, die alle grundsätzlichen Polizeiaufgaben selbstständig wahrnehmen können. Dazu brauchen wir eine deutliche Reduzierung von jetzt 50 Kreispolizeibehörden auf 16, 14 oder 12 - eine Reform, die alle anderen Bundesländer bislang gemacht haben und die in NRW dringend notwendig ist. Nur damit ist es möglich, deutlich Ressourcen in Führung und Verwaltung zugunsten des operativen Dienstes abzubauen.

Herr Wolf, wir können - das wissen Sie auch - in der Binnenstruktur, das heißt in der Ablauforganisation der Behörden, das, was wir jetzt in den Modellversuchen z. B. in Köln und Aachen probieren, nämlich eine funktionalere Ablauforganisation in den Behörden selbst, nur dann erreichen, wenn wir diese Reduzierung vornehmen und gleich große Behörden haben, wenn wir Schnittstellen bereinigen, wenn wir Doppelzuständigkeiten abschaffen. All das steht in Ihren Koalitionsvereinbarungen als allgemeines Ziel bei der Verwaltungsreform. Nur in einem Punkt setzen Sie dies nicht um, und das ist im Bereich der Polizei. Wir alle wissen auch, warum.

Ihr Koalitionsvertrag ist an dieser Stelle nicht einmal halb gar. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden, wenn Sie so umgesetzt werden, die Situation in der Polizei verschlimmern, ein Chaos hervorrufen, nichts verbessern und auch nicht die erreichten Ressourcen freischaufeln können. Das wissen wir alle. Wenn Sie die Bezirksregierungen abschaffen, Herr Wolf, und diese 50 Kreispolizeibehörden behalten, dann wissen Sie doch als Verwaltungsmann, dass eine große Führungsspanne entsteht, um 50 Behörden zu organisieren.

Dann sagen Sie aber auch, was der Landkreistag an dieser Stelle sagt, dass wir ein Landespolizei-

präsidium brauchen und damit eine zusätzliche Sonderbehörde. Seien Sie ehrlich und sagen Sie: Dann müssen wir eher mehr Verwaltung schaffen als weniger. Die Bezirksregierung an dieser Stelle abzuschaffen, macht nur dann Sinn, wenn Sie auch große Behörden haben, die diese Aufgaben tatsächlich wahrnehmen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie sibyllinisch davon reden, Arbeitsgruppen und Führungsstäbe würden reduziert, wollen Sie damit wirklich den Leuten glaubhaft erklären, damit seien die 1.800 Stellen, die der Landkreistag hier zusammenrechnet, tatsächlich zu erreichen? Sie wissen doch, dass Polizeifachleute sagen: Das bekommen Sie gar nicht hin, wenn Sie in diesem System herumkursieren. Dafür müssen Sie die Behörden reduzieren.

Als Kronzeugen kann ich hier nur den Bund Deutscher Kriminalbeamter benennen. Herr Engel, das waren doch immer Ihre Berater; auf die haben Sie doch immer gehört. Herr Albishausen sagt ganz klar, da bekommen Sie vielleicht 200, 300, vielleicht 400 Stellen frei, aber längst nicht diese Größenordnung, die wir dringend brauchen, um Polizei auf die Straße zu bringen. Das wissen Sie doch genauso gut wie ich auch.

Herr Minister, ich fordere Sie auf: Machen Sie die Innenpolitik Nordrhein-Westfalens nicht zur bundesweiten Lachnummer!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Alle anderen Bundesländer, zum Beispiel Niedersachsen, auch mit Beteiligung der FDP, haben diese Strukturreform erfolgreich umgesetzt. Sie drücken sich hier vor einer wichtigen Aufgabe. Sie drücken sich davor, Entscheidungen zu treffen, die wirklich mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen bringen. Ich kann Ihnen nur Mut für die nächste Zeit wünschen, hier wichtige strukturelle Entscheidungen für mehr Sicherheit gegen einseitige - das muss hier so deutlich gesagt werden - Lobbyinteressen der Landräte zu treffen

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und Ihre FDP-Position aus der letzten Legislaturperiode, die ich ja richtig fand, Herr Engel, in diesem Haus nicht zu verleugnen. Ich kann Ihnen für eine Koalition der Vernunft Unterstützung anbieten, denn bei dieser Reform, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht um rechts, nicht um links, sondern schlicht darum, ob sich Vernunft in diesem Land durchsetzen kann gegen Lobbyinteressen der Landräte,

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

die dann - das ist das Einzige, was dann passiert - ihr Schild vor dem Kreishaus abbauen müssen. Wenn Ihnen das wichtiger ist, dann entscheiden Sie sich gegen bessere Sicherheitsstrukturen in Nordrhein-Westfalen.

Ich biete Ihnen also unsere Unterstützung an für eine Koalition der Vernunft, für bessere Strukturen in Nordrhein-Westfalen und nicht für Stillstand, Mutlosigkeit und Ratlosigkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun für die ebenfalls antragstellende SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Rudolph.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, die SPD-Fraktion ist nicht nachtragend. Ich will doch, weil wir uns jetzt parlamentarisch zum ersten Mal in dieser neuen Konstellation begegnen, Ihnen noch einmal ganz herzlich zu Ihrer Ernennung gratulieren und Ihnen ankündigen, dass die SPD-Fraktion Ihre Amtsführung ebenso kritisch wie konstruktiv in den nächsten Jahren begleiten wird.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Sie stehen in einer Reihe bedeutender Innenminister der letzten 40 Jahre. Fritz Behrens, Franz-Josef Kniola und Herbert Schnoor, aber auch Burkhard Hirsch und Willi Weyer konnten sich in sozialdemokratisch geführten Landesregierungen sehr gut entfalten. Mein erster Eindruck ist allerdings, dass Sie, lieber Herr Wolf, es schwer haben werden - mit Herrn Rüttgers, mit der CDU, aber anscheinend auch mit der eigenen Partei.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Jedenfalls glaube ich, dass sich in diesem Hause niemand daran erinnern kann, dass es jemals einen designierten Landesinnenminister gegeben hat, über dessen Nachfolge in den eigenen Reihen bereits diskutiert wurde, bevor er im Amt war.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist nicht gut für Nordrhein-Westfalen, nicht gut für die nordrhein-westfälische Innenpolitik und auch nicht gut für das wichtige Amt des Innenministers in unserem Lande.

Nun wurden unsere massiven Zweifel an Ihrer politischen Durchsetzungsfähigkeit zusätzlich durch den Umgang der neuen Regierung mit dem wichtigen Thema Polizeireform geweckt. Sie wissen, dass eine sehr hochkarätige und unabhängige Expertenkommission unter Leitung des ehemaligen Landespolizeipräsidenten Dr. Udo Scheu im

Auftrag dieses Landtags die Leistungsfähigkeit der Polizeiorganisation auf den Prüfstand gestellt und entsprechende Vorschläge zur Reform der Behördenstruktur gemacht hat.

Kollegin Düker hat gerade schon daran erinnert, dass Ihre Fraktion diesen Prozess sehr aktiv unterstützt hat. In Ihrem Wahlprogramm ist nachzulesen, dass Ihre Partei noch vor wenigen Wochen eine Polizeineuorganisation gefordert hat. Sie, Ihre Partei, Ihre Fraktion teilten das Fazit der Fachleute der Kommission: Die Polizei arbeitet zwar sehr gut, aber sie braucht eine leistungsfähigere Organisation.

Wir wissen: Unsere Behördenstrukturen in diesem Bereich sind inzwischen über ein halbes Jahrhundert alt und müssen den Anforderungen der Zukunft angepasst werden. Das heißt, vor allen Dingen die Zahl der Kreispolizeibehörden muss drastisch reduziert werden, und es ist zwingend, in Größe und Leistungsfähigkeit vergleichbare Behörden zu schaffen.

Dann hat auch noch einer Ihrer neuen Staatssekretäre, der frühere Kollege Brendel, kurz vor der Wahl am 22. Mai auf der Landrätekonzferenz die Ergebnisse der Scheu-Kommission sehr ordentlich verteidigt, wie wir fanden. Und der innenpolitische Sprecher, Kollege Engel, war im Innenausschuss und im Plenum dieses Landtags eine der treibenden Kräfte der Polizeistrukturenreform.

Ich will das nicht weiter ausführen, aber Sie können sich wegen Ihrer Beschlüsse, Ihrer Aktivitäten über viele Jahre vielleicht erklären, dass wir sehr verwundert waren, als wir auf Seite 45 Ihres Koalitionsvertrags lesen mussten - ich zitierte mit Erlaubnis des Präsidenten -:

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das können Sie auch ohne meine Erlaubnis tun.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Danke. Das ist eine wirklich liberale Amtsführung.

„Hinsichtlich der Notwendigkeit einer weitergehenden Strukturreform bleiben die Koalitionspartner bei ihren unterschiedlichen Auffassungen.“

Das ist erstaunlich. Denn an anderer Stelle desselben Vertrags - darauf wurde schon hingewiesen - kündigen Sie große Taten an: Abschaffung der Bezirksregierungen, Abschaffung der Landschaftsverbände, Schaffung von drei Regionalpräsidien mit gemischten staatlichen und kommunalen Zuständigkeiten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Aber dort, wo Sie als Minister die Chance haben, sofort und ohne großen Aufwand mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land umzusetzen, herrscht vom ersten Tag des Regierens an Reformstillstand. Hier sind Sie anscheinend - das entspricht ja auch Ihrer Tradition - umgefallen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Um noch einmal eine klare Antwort von Ihnen zu erhalten, haben wir in unserem Antrag in den Punkten 1 bis 5 wortwörtliche Aussagen eines gemeinsam von uns und Ihrer Fraktion in der letzten Legislaturperiode gefassten Beschlusses dieses Hohen Hauses aufgenommen. Deswegen stelle ich Ihnen heute wieder folgende Fragen:

Soll es dabei bleiben, dass wir in Nordrhein-Westfalen 20 Polizeipräsidien behalten?

Soll es dabei bleiben, dass wir ein Polizeipräsidium der Wasserschutzpolizei behalten?

Soll es dabei bleiben, dass wir 29 Landräte als Kreispolizeibehörden haben, unter dem Strich also 50 Behörden, die für die innere Sicherheit dieses Landes zuständig sein sollen?

Soll es dabei bleiben, dass die Beschäftigtenzahl etwa bei der Kreispolizeibehörde Köln für 1 Million Einwohner bei 4.000 liegt und in Olpe für 240.000 Einwohner bei 200?

(Theo Kruse [CDU]: Das sind keine 200 mehr!)

- Umso schlimmer, Herr Kollege. Wenn es noch 200 wären, wäre der Abstand zu Köln und zu anderen Präsidien nicht ganz so groß.

Soll es weiter bei einer ungerechten Verteilung von Aufstiegschancen und Verwendungsmöglichkeiten der Polizisten bleiben, die in extremem Maße davon abhängig ist, in welcher Behörde sie arbeiten?

Wollen Sie den ländlichen Raum weiter durch Polizeibehörden benachteiligen, die nur einen Teil der Aufgaben erfüllen können, die große Polizeipräsidien wahrnehmen?

Schließlich - das haben wir oft ausgeführt, und Sie waren an unserer Seite -: Wollen Sie darauf verzichten, dass durch eine gute Polizeistrukturenreform über 2.000 Polizisten zusätzlich den Streifendienst auf der Straße sowie die Kriminal- und Verkehrskommissariate verstärken?

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Minister, alle diese Fragen mit Ja beantworten - nach dem Koalitionsvertrag sieht es leider so aus - wollen oder müs-

sen - das weiß ich nicht genau -, werden Sie sich in der Tat vorhalten lassen müssen, ein schwacher Innenminister zu sein. Ein schwacher Innenminister ist schlecht für die Polizei und schlecht für die öffentliche Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Und daraus ergibt sich eine weitere Frage: Gibt es überhaupt ein Reformprojekt des FDP-Innenministers, oder gilt nur das Amt? Gibt es ein Konzept der Polizeireform, oder gilt nur das Amt? Gehören Sie einer Koalition der Erneuerung oder des Stillstands an?

Ich kann Ihnen versichern: Wenn Sie nur Verwaltungsminister bleiben wollen, werden Sie auf unsere scharfe Kritik stoßen. Wenn Sie Gestaltungsminister werden möchten, werden wir Sie hierin ganz herzlich unterstützen. - Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Als nächster Redner hat Kollege Kruse für die CDU-Fraktion das Wort.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gedenken an die Opfer der menschenverachtenden Anschläge von London hat unsere Landtagspräsidentin vor Eintritt in die heutige Tagesordnung verdeutlicht, dass der konsequente Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität in jedweder Form eine der größten Herausforderungen der westlichen Wertgemeinschaft ist. Die mörderische Entschlossenheit von Terroristen galt nicht nur dem britischen Volk, sondern dies waren auch Anschläge auf unsere Demokratie und auf unseren freiheitlich-liberalen Rechtsstaat.

Deswegen ist und bleibt der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger die ureigenste Aufgabe des Staates.

(Beifall von der CDU)

Es ist schon erstaunlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, geschätzte Frau Düker, Herr Rudolph, dass Sie die neue Periode unter anderem mit Anträgen zu einem Thema beginnen, mit dem Sie - neben anderen - die Landtagswahlen deutlich verloren haben.

(Beifall von der CDU - Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch!)

Herr Rudolph, ich gestehe Ihnen zu, dass Sie in Ihrer neuen Aufgabe noch vieles lernen müssen. Ihre Ausführungen haben verdeutlicht, dass Sie in

den letzten fünf bis zehn Jahren in diesem Themenfeld nun wirklich nicht zu Hause gewesen sind; denn die Abschlussbilanz nach 39 Jahren SPD-dominierten, aber vor allen Dingen nach zehn Jahren rot-grüner Innen- und Sicherheitspolitik in Nordrhein-Westfalen ist verheerend, ja sie ist außerordentlich schlecht.

(Ralf Jäger [SPD]: Sagen Sie mal was zum Thema!)

Herr Priggen, Sie melden sich jetzt schon zu einer Zwischenfrage. Das von Ihnen angestrebte Verfahren zeigt, dass Sie noch nicht einmal inhaltlich über Ihre Anträge diskutieren wollen: Herr Rudolph hat acht oder neun Fragen gestellt, die alle solider Antworten bedürften. Gleichwohl verlangen Sie Beratung und direkte Abstimmung. Warum beantragen Sie nicht „Beratung in den entsprechenden Fachausschüssen“?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Gestatten Sie denn die Zwischenfrage des Kollegen Priggen?

Theo Kruse (CDU): Ihre einzige Intention ist, die Unterschiede zwischen FDP und CDU verdeutlichen zu wollen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

- Frau Düker, Ihre Reaktion macht klar, dass Sie in Ihrer neuen Rolle noch nicht angekommen sind.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kruse, ich frage noch einmal, ob Sie die Zwischenfrage des Kollegen Priggen beantworten möchten.

Theo Kruse (CDU): Nein, ich möchte zunächst einige Fakten in aller Ruhe in Erinnerung rufen. - Neben der Tatsache, dass wir im Ländervergleich einen Abstiegsplatz einnehmen, dass wir seit Jahren einen Anstieg der Straftaten auf inzwischen 1,5 Millionen verzeichnen, dass weit weniger aufgeklärt wird als jede zweite Straftat, hat Rot-Grün auch zu verantworten, dass von 1995 bis 2003 jede zehnte Polizeiwache geschlossen wurde und seit 1998 bei stetig steigendem Aufgabenzuwachs 3.490 Stellen abgebaut wurden.

Außerdem leidet die Polizei in NRW unter Bürokratie und einer zunehmenden Verwaltungsaufblähung. Sie haben - Herr Rudolph, hören Sie genau zu - in den letzten fünf bis zehn Jahren keine wirklich ernsthafte Initiative zur Verbesserung der Situation der polizeilichen Arbeit auf den Weg gebracht,

(Beifall von FDP und CDU)

um damit dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen - und das muss im Mittelpunkt stehen - in unserem Lande zu entsprechen. Auch deswegen sind Sie - wie gesagt - am 22. Mai abgewählt worden.

Im Übrigen hat das Wahlergebnis nach meiner Wahrnehmung und Einschätzung für die außerordentlich große Mehrheit der ca. 43.000 Beschäftigten innerhalb der Polizei wie ein Befreiungsschlag gewirkt.

(Beifall von der CDU)

Herr Jäger, Sie lachen. Das ist meine Wahrnehmung, meine Einschätzung. Sie können widersprechen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Es ist richtig, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, dass die neuen Koalitionspartner hinsichtlich einer weitergehenden Strukturreform unterschiedliche Auffassungen vertreten. Das ist die eigentliche Intention, weshalb Sie von Rot und Grün Ihre Anträge vorlegen. Gleichwohl gibt es ein außerordentlich hohes Maß an Gemeinsamkeiten. Einige wenige davon möchte ich Ihnen kurz vortragen:

CDU und FDP stellen in ihrem Koalitionsvertrag einvernehmlich fest, dass die Gewährleistung der inneren Sicherheit eine zentrale Aufgabe für uns sein wird. Wir wollen, dass sich die Polizei zukünftig auf ihre Kernaufgaben, die Gefahrenabwehr sowie die Bekämpfung von und das Vorbeugen vor Straftaten, konzentriert. Wir werden die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit erhöhen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wie denn?)

Die Polizei ist insbesondere von einer Vielzahl von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Polizeivollzugsbeamte sollen grundsätzlich in operativen Bereichen eingesetzt werden, zum Beispiel im Wach- und Wechseldienst in Verkehrs- und Kriminalkommissariaten.

Die Polizei soll ergänzend dazu bei ihrer Aufgabenerledigung künftig durch Angestellte und Privatunternehmen unterstützt werden, so weit keine hoheitlichen Aufgaben berührt sind.

Wir werden - das ist ein weiterer außerordentlich wichtiger Punkt - eine gute, eine bessere Fort-, Aus- und Weiterbildung der Polizei auf den Weg bringen. Die sich verändernde Kriminalität hat uns in den letzten Jahren verdeutlicht, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Das haben Sie in den letzten fünf Jahren alles abgelehnt.

Wir werden dafür sorgen, dass die Polizeibehörden merklich höhere Effizienzgewinne und eine verbesserte Ermittlungstätigkeit erreichen, unter anderem - unser Herr Ministerpräsident hat heute Morgen schon einige Punkte angesprochen, die ich ergänze - durch Zusammenlegung von Polizeiinspektionen, durch die Organisation von Einsatzeinsatzzentralen über die Kreisgrenzen hinweg, aber eben auch dadurch, dass wir die bei den Bezirksregierungen bestehenden Polizeiabteilungen auflösen werden. Das haben wir schon in der vorletzten Periode beantragt. Auch das haben Sie abgelehnt.

Wir werden das Projekt Steuerung und Führung endgültig auflösen -

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch längst aufgelöst!)

eine alte Forderung aller Polizeigewerkschaften. Das haben wir in der vergangenen Periode gefordert. Sie haben es abgelehnt.

Wir werden insgesamt die intensive Besprechungskultur innerhalb der Polizei beenden.

Wir brauchen ein verlässliches Personalentwicklungskonzept, ein Personalverwendungskonzept für die nächsten Jahre. Auch dazu haben wir Anträge gestellt. Sie haben es abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Ergebnis der Landtagswahlen vom 22. Mai beginnt auch ein neues Kapitel der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Der Koalitionsvertrag wird konsequent umgesetzt. Die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden jetzt das tun, was wir vor der Wahl gesagt haben. Ich gestehe zu: Die Neuausrichtung dieser Politik erfordert Zeit, Kraft und Mut. Wir sind dazu bereit. Wir laden Sie ausdrücklich dazu ein - wenn Sie sich ein wenig besser in Ihre neue Rolle gefunden haben -, sich konstruktiv an dieser Arbeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu beteiligen. Der Neuanfang wird auf den Weg gebracht werden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion der Kollege Horst Engel das Wort.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Jetzt kommt die Kurve! - Zuruf von der SPD: Die Innenkurve!)

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf)

- Ja, ich freue mich, dass ich wieder hier bin. - Frau Kollegin Düker, Herr Kollege Rudolph, der Teufel steckt im Detail.

(Jochen Dieckmann [SPD]: Der Engel auch!)

Wir haben Ihnen im September 2003 ein komplettes Strukturreformmodell von Binnen- und äußeren Strukturreformen unterbreitet und Sie, die Regierungskoalition, damals gebeten: Setzen Sie das bis zum 1. April 2004 um. - Was war Ihre Antwort? - Wir gründen erst einen Arbeitskreis, die Scheu-Kommission.

Damit hatten Sie die Chance vertan, so frühzeitig neu zu organisieren, dass diese Behörden in neuer Organisationsform mindestens ein Jahr, besser anderthalb Jahre, üben konnten. Im Jahr 2005 geht das nicht mehr; denn im Großraum Köln findet das Großereignis „Weltjugendtag“ statt. 2006 verbietet es sich ebenfalls; denn in Nordrhein-Westfalen gibt es sechs WM-Standorte.

Die Tür haben also Sie damals zugeschlagen. Wir machen jetzt das, was jetzt geht. In Bezug auf den einen Punkt brauchen wir uns nicht noch einmal zu wiederholen; da sind wir unterschiedlicher Auffassung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP-Landtagsfraktion hat der Koalition für das neue NRW betreffend Polizei und Polizeireform ein umfassendes Konzept vorgeschlagen, nämlich die Binnenreform. Damit generieren wir 1.840 Polizeibeamte für den operativen Dienst. Scheu kam auf 2.100. Wir liegen also gar nicht weit auseinander. Daran sehen Sie, wie durchgerechnet und wie überaus konkret wir vorgegangen sind.

Dabei gilt der Grundsatz: Weniger Verwalten; mehr Fahndung; zurück zu den Kernaufgaben: Gefahrenabwehr, Prävention, Hauptunfallursachen- und Kriminalitätsbekämpfung.

Wir wollen hochqualifizierte Polizeibeamte aus einsatzgeschützten Räumen ohne jede Chance auf Bürger- und Täterkontakte zurück in den operativen Dienst bringen. Das ist die Ansage. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund einer immer länger werdenden Blutspur durch den internationalen islamistischen Terrorismus, die längst über Madrid und London in Europa angekommen ist, ist das mehr als überfällig.

Das seit mehr als neun Jahren aus der Privatwirtschaft übertragene neue Steuerungsmodell hat dazu geführt, dass nahezu dogmatisch - und dafür sind Sie verantwortlich - Elemente wie Qualitäts-

management, Zielvereinbarungen und Kosten- und Leistungsrechnung ohne Prüfung auf Tauglichkeit in der Polizei angewendet wurden. Formalisierte Zielvereinbarungsverfahren, Mitarbeitergespräche, Controlling und Budgetierung von Haushaltsmitteln, bei denen nur 5 % disponibel sind, binden Kräfte, die dem täglichen Vollzugsdienst entzogen werden.

Allein im Innenministerium ist ein Beratungs- und Unterstützungsteam von fünf Mitarbeitern tätig, die die Kreispolizeibehörden bei der Umsetzung der genannten Instrumente beraten.

Die Erarbeitung von Qualitätsleitsätzen und Leitbildern mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei verschlang mehrere Hundert Arbeitsjahre. Dabei wurden ausschließlich Selbstverständlichkeiten beschrieben, deren Erwähnung es nicht bedurft hätte.

Die vorteilhaften Effekte der Budgetierung und der dezentralen Ressourcenverwaltung - nämlich, dass man mit den knappen öffentlichen Mitteln sorgsam und sparsam umgeht - treffen nur dann ein, wenn Budgetierung nicht als verstecktes und ausschließliches Einsparmodell zugunsten der Landeskasse eingesetzt, sondern den Behörden auch die Gelegenheit gegeben wird, aus eingesparten Mitteln notwendige Beschaffungen vorzunehmen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Engel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Monika Düker?

Horst Engel (FDP): Liebe Frau Düker, lassen Sie uns das am Ende meines Vortrages machen. Einverstanden? Ich bin ja gerne dazu bereit. Aber ich muss durchkommen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Feigling!)

Controlling kann ein nützliches Informationssystem bereitstellen, welches hilfreiches Wissen über die gesamte Leistungserstellung liefert. In der Praxis verkehrt es sich allerdings in eine neue Super-Bürokratie. Diese haben Sie zu verantworten. Mit viel Personal werden akribisch Informationen gesammelt. Andererseits wird aber nicht erreicht, diese Informationen für polizeiliche Aufgaben nutzbringend aufzubereiten. Auch hier muss das System auf die wesentlichen Kernfunktionen zurückgeführt werden.

Ich erinnere an die Aussagen von Herrn Professor Lange in seinem Gutachten. Er hat von „virtueller Führung“ gesprochen. Peinlich! Das haben aber Sie zehn Jahre lang zugelassen.

Die Einführung einer auf Vollkosten abgestellten Kosten- und Leistungsrechnung ist angesichts des hohen Aufwandes insbesondere an Personal nicht überzeugend und entsprechend abzulehnen. Das Beratungsteam „Steuerung und Führung“ wird aufgelöst; das können Sie nachlesen. Das Projekt „Mitarbeiterbefragung“ und die geplanten „Rückmelde-Workshops“ werden eingestellt; so hoffen wir.

Qualitätsmanagement, Zielvereinbarung, Produktmanagement, das formalisierte Mitarbeitergespräch, die Erarbeitung und Aktualisierung von Qualitätsleitsätzen und Leitbildern sowie die Kosten- und Leistungsrechnung werden, so hoffen wir von der FDP-Landtagsfraktion, aufgegeben.

Der gesamte Bürokratieabbau wird sich daran orientieren, zu welchen Ergebnissen die Pilotbehörden Aachen und Köln gekommen sind.

Es gilt das Ziel: Verschlankung; aufgabenorientierte Aufstellung; klare Trennung von Stab und Linie; Personalgewinn für Kommissariate und Wachen - und zwar deutlicher Personalgewinn. Stäbe werden wir reduzieren. Hier berücksichtigen wir die Vorschläge des Landkreistages. Die Führungsstellen werden wir ebenfalls reduzieren. Wir können uns vorstellen, dass deutlich weniger als die bisherigen 127 Führungsstellen notwendig sind. Die Polizeiinspektionen können auch reduziert werden.

Polizeiwachen - Sie haben in den letzten Jahren über 10 % geschlossen - sollen an dieser oder jener Stelle wieder aufleben können, wo das gerechtfertigt ist.

Im Bereich Verwaltung und Logistik, der zurzeit 56 Mal vorhanden ist, wollen wir abbauen. Ihr früherer Innenminister Fritz Behrens - den ich sehr schätze; das muss ich hier noch einmal wiederholen - hatte einen Stellenbesetzungsstopp für den Bereich Verwaltung und Logistik verfügt. Niemand hat sich daran gehalten. Dort sind weiter Polizeibeamte beschäftigt worden, und zwar folgenlos.

Den Bereich Aus- und Fortbildung finden wir zum Beispiel in Köln in elf Behörden. Die gesamte Aus- und Fortbildung ließe sich auch dort auf einen einzigen Bereich reduzieren.

Im Bereich der Statistik brauchen wir statt Polizeibeamte mehr Angestellte.

Die Einsatzleitstellen könnten gebündelt werden; das können Sie im Koalitionsvertrag nachlesen. Das werden wir auch machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bereich der Einstellungsberater arbeiten nach wie

vor, anstatt das Internet intensiv zu nutzen, 140 vollzeitbeschäftigte Polizeibeamte, die im Jahr ungefähr 500 Mitarbeiter einstellen. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Im Bereich des Beauftragtenwesens - man sagt besser „Beauftragtenunwesens“ - haben Sie von Rot-Grün mehrere Hundert Leute gebunden. Das gehört auf den Prüfstand.

Ich könnte jetzt noch sehr viele Bereiche erwähnen; das schenke ich mir aber -: Ziel unserer Reform ist es, jetzt in den ersten 100 Tagen und in den nächsten Jahren - weil die eine oder andere Operation schwierig wird; wir werden sie aber durchführen - 1.840 Polizeibeamte, die den Steuerzahler richtig viel Geld kosten, dorthin zu bringen, wofür sie ausgebildet wurden, nämlich in den operativen Dienst. - Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Als nächster Redner hat für die Landesregierung der Minister des Inneren, Dr. Ingo Wolf, das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal für die Glückwünsche zu meiner Ernennung.

Dann darf ich auf den Tagesordnungspunkt eingehen: Ich stelle fest, dass mit den vorliegenden Anträgen an Debatten angeknüpft wird, mit denen wir uns in der letzten Legislaturperiode intensiv beschäftigt haben.

Um es gleich klar zu sagen: Die Neuordnung der Polizei ist ein zentrales Anliegen dieser Landesregierung. Ich begrüße daher, dass wir uns im Landtag bereits jetzt wieder mit diesem wichtigen Thema beschäftigen.

Wir wollen eine Stärkung der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen eine effiziente und effektive Polizei, die den gestiegenen Anforderungen gerecht wird.

Ein Blick auf die tragischen Ereignisse der letzten Woche in London genügt, um zu wissen, welche Herkulesaufgabe die Polizei an jedem Tag zu bewältigen hat - von den uns ins Haus stehenden Großereignissen ganz abgesehen. Der Kollege Horst Engel hat davon eben schon gesprochen.

Den Bürgerinnen und Bürgern muss ganz klar sein, dass die Polizei auch in Zukunft für sie der Ansprechpartner in Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist. Wir wollen weniger

Straftaten. Wir wollen die Aufklärungsquote deutlich verbessern.

Dazu werden wir die Organisation straffen, die Polizei auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und vor allem die Präsenz der Polizei erhöhen. Alle Vorschläge, die diskutiert werden, stimmen in der Zielrichtung überein, eine Binnenmodernisierung und Organisationsänderung vorzunehmen, um die Präsenz der Polizei zu erhöhen: ob es der Vorschlag der FDP-Fraktion ist, den Sie damals abgelehnt haben, die Empfehlung der Scheu-Kommission oder die neue Positionierung des Landkreistages, die übrigens nachhaltige Zustimmung bei Ihrem ehemaligen Kollegen Groth gefunden hat, der völlig anderer Auffassung war als Sie.

Kein Vorschlag kann für sich genommen einen Absolutheitsanspruch erheben. Den Königsweg gibt es dabei nicht. Klar ist: Kein Konzept wird eins zu eins umgesetzt werden können. Aufgabe meines Hauses ist es nun, die Vorstellungen der Koalitionspartner und alle weiteren Vorschläge in die Überlegungen zur Optimierung der Polizeiorganisation in Nordrhein-Westfalen einzubeziehen.

Da wir angesichts der bekannten kritischen Situation der öffentlichen Haushalte nicht mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einstellen können, müssen wir auf andere Weise versuchen, Personal für den unmittelbaren Dienst am Bürger zu gewinnen. Alle bislang bekannten Vorschläge bedürfen hinsichtlich ihrer Aussagen zu möglichen Synergien noch weiterer Präzisierung. Ich fordere alle Beteiligten hierzu auf.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP bekräftigt, dass die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit eine zentrale Aufgabe für die Polizei ist. Gleichzeitig ist Sicherheit auch Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen.

Um diese Sicherheit zu gewährleisten, muss sich die Polizei künftig auf die Kernaufgaben der Gefahrenabwehr sowie der Bekämpfung und Vorbeugung von Straftaten konzentrieren. Gleichzeitig muss die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit erhöht werden: Polizeivollzugsbeamte sollen grundsätzlich in operativen Bereichen eingesetzt werden, zum Beispiel im Wach- und Wechseldienst oder in Verkehrs- und Kriminalkommissariaten. Unser Ziel ist eine noch größere Orts- und Bürgernähe der Polizei.

Die Polizeibehörden werden Effizienzgewinne insbesondere durch in den Kreispolizeibehörden entwickelte Reformmodelle zur Binnenmodernisierung erreichen. Ich sage ganz deutlich: Wir werden die Landräte an dieser Stelle auch beim Wort

nehmen. Wir werden auch die Umsetzung ihrer Vorschläge einfordern. Dazu gehören - das ist an einigen Stellen schon erwähnt worden - natürlich ein nachhaltiger Bürokratieabbau, Entlastung von Verwaltungsaufgaben, Optimierung der Binnenorganisation, Bündelung von besonderen Aufgaben bis hin zur Zusammenlegung von Polizeiinspektionen und Organisation von Leitstellen über die Kreisgrenzen hinweg.

Die neue Landesregierung wird die Neuordnung der Polizei schrittweise in Angriff nehmen. Wir werden dem Landtag zu gegebener Zeit Bericht erstatten. Ein wichtiger Bestandteil unserer Überlegungen ist in der Tat, die Dezernate 25 und 26 der Bezirksregierungen aufzulösen.

Dieses komplexe Vorhaben, das für uns hohe Priorität besitzt, kann nur gemeinsam mit allen Beteiligten erfolgreich gestaltet werden. Daher werde ich noch vor dem Ende der Sommerpause mit den Behördenleiterinnen und Behördenleitern Gespräche führen, um die bestmögliche Lösung zu erreichen. Dabei wird es vor allem auch um die Frage gehen, die auch von Frau Düker angesprochen worden ist, wer die bisher von den Bezirksregierungen wahrgenommenen Aufgaben zukünftig erfüllen soll.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil unseres Reformvorhabens ist eine Neuausrichtung der Führungsinstrumente. Ich habe dazu bereits viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen der Polizei und mit Vertretern der Gewerkschaften geführt. Dabei hat sich bestätigt, dass es offensichtlich Fehlentwicklungen in der praktischen Umsetzung von Steuerung und Führung bei der Polizei gibt.

Das Bild ist aber keinesfalls einheitlich. Einfache Lösungen gibt es hierbei nicht. Ich bin mir sicher, dass wir diese Probleme bewältigen werden. Bei der Erarbeitung dieser Lösungen will ich alle Beteiligten, also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Führungskräfte und natürlich auch die Berufsvertretungen der Polizei, einbeziehen.

Nach meiner festen Überzeugung brauchen wir auch weiterhin in der Polizei klare Instrumente zur Steuerung. Wir müssen aber auch wissen, was steuert und was nur Arbeit macht. Wir brauchen keine ausufernden Datenfriedhöfe und Erfassungssysteme, die unnötige Doppelarbeit verursachen.

Bei über 2.000 erhobenen Kennzahlen muss man sich die Frage nach dem Sinn ernsthaft stellen. Ich habe bereits veranlasst, dass eine Überprüfung der Kennzahlen schon jetzt und nicht erst zum Ende dieses Jahres vorgenommen wird. Wir werden die zu erhebenden Daten strikt auf das

wirklich notwendige Maß reduzieren. Aus diesen und anderen Gründen ist die schnellstmögliche Verwirklichung des Prinzips der Einmalerfassung ein herausragendes Ziel.

Meine Damen und Herren der Opposition, die Stoßrichtung Ihrer Anträge ist offensichtlich. Ihnen geht es nicht mehr vorrangig um die Sache. Sie versuchen erneut erfolglos, einen Keil zwischen die Koalitionspartner der neuen Regierung zu treiben.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es! - Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das wird Ihnen nicht gelingen!)

Zu dem Thema Strukturfragen hat Herr Kollege Engel hinreichend ausgeführt. Ihre Krokodilstränen nach zehn Jahren rot-grüner Regierung über eine nicht zustande gekommene Reform sind schon erstaunlich. Wenn man das alles ernst nähme, was Sie vorhin vorgetragen haben, können Sie sich im Hinblick auf Ihre eigene Regierungsarbeit nur ein katastrophales Armutszeugnis ausstellen.

Ich kann Ihnen versichern: FDP und CDU werden die große Aufgabe der Neuausrichtung der Polizei gemeinsam erfolgreich bewältigen. Denn das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns. Wir werden mehr Reformen umsetzen, als Sie es in den vergangenen Jahren auch nur andeutungsweise geschafft haben.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich hieran konstruktiv beteiligen und parteitaktisches Kalkül beiseite lassen würden. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Als nächster Redner hat Kollege Werner Lohn von der CDU-Fraktion das Wort.

Werner Lohn (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegenden Anträge der Oppositionsparteien SPD und Grüne werden der anspruchsvollen Aufgabe, die Polizei neu zu organisieren - und das zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger -, nicht gerecht.

Das zeigen auch die Ausführungen, die gerade von Herrn Rudolph gemacht wurden. Dem Antrag, die polizeiliche Organisation zeitnah und unverzüglich durchzuführen, setzt er noch eins oben drauf und sagt, die polizeiliche Neustrukturierung wäre sofort und ohne großen Aufwand möglich. Herr Rudolph, ich muss Ihnen sagen: Da sind Sie fernab der Realität. Alle Organisationen innerhalb der Polizei waren bisher nicht sofort, geschweige denn ohne großen Aufwand möglich.

Angesichts der Ereignisse, die auf Nordrhein-Westfalen zukommen, ist es geradezu unverantwortlich, die Polizei und das Land mit einem Chaos von Neuorganisationen zu überziehen. Die Fußballweltmeisterschaft und der Weltjugendtag mit dem Papstbesuch erfordern eine voll funktionstüchtige Polizei, und Sie würden mit Ihrer sofortigen und unverzüglichen Neuorganisation die Handlungsfähigkeit der Polizei deutlich gefährden.

Ihr Antrag weist noch einen weiteren Mangel auf: Ihr Antrag zielt eindeutig nicht darauf ab, eine Lösung herbeizuführen. Sie wollen hier einen politischen Schaukampf inszenieren, der nicht von der Sache geprägt ist und nicht das Ziel hat, die Probleme im Land zu lösen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie wollen - wie Herr Wolf, der Minister, es gerade gesagt hat - einen Keil zwischen die Regierungsfractionen treiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der ist da! Den braucht man nicht zu treiben!)

Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall von CDU und FDP)

In den Forderungen der Anträge von SPD und Grünen führen sie auch aus, dass sie den Scheu-Bericht als Grundlage für die Neuorganisation nehmen möchten. Der Scheu-Bericht enthält wirklich eine Menge an aussagekräftigen Informationen, die für eine Neuorganisation durchaus in die Praxis umgesetzt werden könnten.

Er geht aber von einer fatalen Fehleinschätzung aus. Scheu sieht in der externen Behördenstruktur einen wesentlichen Mangel, und er konzentriert sich mit seinen Vorschlägen fast ausschließlich darauf, die Anzahl der Behörden zu reduzieren und aus landratsgeführten Polizeibehörden polizeipräsidentengeführte Polizeibehörden zu machen. Dabei wird verkannt, dass die Qualität von Polizeiarbeit in keinem Fall von der Organisationsform abhängt. Das hat Scheu in seinem Bericht auf Seite 5 auch festgestellt.

Was wollen SPD und Grüne dann mit dem Scheu-Bericht erreichen? - Ich sage Ihnen: Der Schwerpunkt müsste eigentlich auf die Veränderung der Binnenstruktur gesetzt werden. Denn da gibt es eklatante Mängel, die auch Herr Kruse aufgeführt hat. Das ist die miserable Aufklärungsquote. Das ist die fehlende präventive Präsenz der Polizei auf der Straße. Das ist überbordende Bürokratie. Das sind aufgeblähte Führungs- und Verwaltungsstrukturen in den Polizeiinspektionen. All das wird von Scheu aber nur am Rande erwähnt.

Frau Düker, Sie haben zu Recht auf die Versuchsbehörden in Köln und Aachen hingewiesen. Sie wissen um das Problem der Binnenstruktur der Polizei. Deswegen hat der frühere Innenminister auch Aachen und Köln als Versuchsbehörden angeordnet, um neue und verbesserte Binnenstrukturen zu erproben.

Jetzt frage ich mich: Wenn das aus Sicht des früheren Innenministers und aus Sicht von Frau Düker so wichtig ist, warum haben sie dann Herrn Scheu und seiner Kommission keine Gelegenheit und keine Zeit gegeben, diese Ergebnisse mit einzuarbeiten? Anscheinend musste so viel politischer Druck ausgeübt werden, dass sich Herr Scheu in seinem Bericht - lesen Sie ihn durch! - auch darüber beklagt, dass er die Ergebnisse von Aachen und von Köln nicht mit einarbeiten durfte.

Ich sage Ihnen: So - mit Teillösungen, mit Teilvorschlägen, die kein rundes Ganzes sind -, können wir die Probleme des Landes und die Probleme der Bürgerinnen und Bürger mit der Polizei nicht lösen. Wir brauchen eine Polizeistrukturereform aus einem Guss.

Diese Strukturreform aus einem Guss hat der Minister skizziert. Sie kann nicht in einer Teillösung nur aufgrund von Scheu bestehen. Sie kann auch nicht in einer Teillösung nur aufgrund des Vorschlags vom Landkreistag bestehen. Und sie kann auch nicht als Teillösung nur aufgrund der Versuche in Köln und Aachen stattfinden.

Man muss die vorhandenen Erkenntnisse zusammenführen. Die neue Landesregierung aus CDU und FDP wird dafür stehen, diese Polizeireform aus einem Guss auf den Weg zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Werner Lohn (CDU): Ich komme sofort zum Schluss. - Eine Umsetzung ist also nicht zeitnah, geschweige denn sofort und ohne großen Aufwand möglich. Umsetzen können wir eine Polizeireform erst ab 2007. Sie haben also als Opposition noch lange Zeit, sich einzuarbeiten. Genießen Sie die Zeit, und nutzen Sie sie zum Wohle des Landes! - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächster Redner hat der Kollege Ralf Jäger für die SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kruse, vielen Dank für Ihre Anteilnahme und Ihre Sorge, wir könnten in der Oppositionsrolle noch nicht angekommen sein. Ich versichere Ihnen: Ich habe den Weg zu meinem Büro gefunden und auch den hier zum Rednerpult.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Wir haben es sogar geschafft, einen Antrag zu stellen. Ich weiß auch ganz genau: Dort sitzt die Opposition, und dort sitzt die Regierung.

(Der Redner zeigt in die jeweiligen Richtungen.)

Herr Kruse, ich kann das ganz gut beurteilen.

Aber jetzt frage ich Sie einmal, Herr Kruse, nach den Einlassungen von Ihnen, von Ihrem Kollegen Lohn und auch vom neuen Innenminister Wolf - kein Konzept, nur Schwafeln, nur Prosa -: Glauben Sie, dass Sie tatsächlich in der Rolle einer Regierungsfraktion angekommen sind?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir die von Ihnen beschriebene Prosa, die überhaupt nicht auf diesen Antrag eingeht, einmal weglassen, dann ist die Ausgangslage, Herr Kruse, ziemlich klar.

(Zuruf von der CDU: Desolat!)

- Ja, die ist ziemlich klar: Die Kriminalität hat sich verändert. Das sollten Sie wahrgenommen haben. Es gibt neue Formen von Kriminalität. Es geht darum, dass sich - anders als früher - Kriminalität organisiert. Es gibt Kriminalitäts- und Straftatenformen, die es früher nie gab, zum Beispiel Betrug im Internet und Kreditkartenmissbrauch. Es gibt den Straftatbestand, dass Kindermissbrauch im Internet vertrieben wird.

Dagegen sinkt die Alltagskriminalität. Die Zahl der Einbrüche ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Aber zugleich sinkt auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. - Das ist die Ausgangslage, vor der wir stehen.

Dieser Veränderung in der Kriminalität und der entsprechenden Veränderung des Sicherheitsbedürfnisses der Menschen in unserem Land steht eine Polizei mit 50 Behörden gegenüber, die sehr viel organisieren, die sehr viel verwalten, deren Organisation, deren Verwaltung und deren Aufbau 50 Jahre alt ist. Mein Kollege Karsten Rudolph hat die Situation gerade beschrieben: Da gibt es den Landkreis Olpe, der 200 Polizeibeamte bei 140.000 Einwohnern beschäftigt, dem Köln mit

4.000 Beschäftigten und 1 Million Einwohner gegenübersteht. Das ist eine große Spreizung.

Diese 50 Behörden kümmern sich alle mehr oder weniger um das Gleiche: um Prävention, Betrug, Terrorismusbekämpfung, Kindesmissbrauch, Kriminalität und Mord. Herr Krause, mit Verlaub: Diese Organisationsform, dieser Organisationsaufbau - nicht die Polizeibeamten und deren Qualifikation - stammen aus Zeiten, als das Telefon noch eine Wählscheibe hatte und mit Schreibmaschinen gearbeitet wurde. Das ist die Situation.

Das Problem liegt auf dem Tisch. Jetzt kommt dieser Landtag plötzlich in die sehr komfortable Situation, dass auch die Lösung klar ist: Eine von diesem Landtag eingerichtete überparteiliche, hoch kompetente Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Landespolizeipräsidenten von Hessen, Herrn Scheu, hat diesem Landtag sehr klare Vorschläge unterbreitet, wie der Veränderung von Kriminalität und Sicherheitsbedürfnis der Menschen nachgekommen werden kann. Diese Vorschläge werden von den Fachleuten, von den Experten, von den Beschäftigten, von den Gewerkschaften, von der SPD, von den Grünen und wurden - bis vor wenigen Wochen - auch von der FDP getragen.

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch! Die Gewerkschaften wollen das gar nicht mehr!)

Das Erstaunliche ist: Diese Reform kostet kein zusätzliches Geld. Das Konzept sieht vor, dass wir diese vielen Behörden mit ihrer Allzuständigkeit zusammenfassen, um Straftaten besser und wirksamer bekämpfen zu können. Zugleich soll die Zahl der Beamten vor Ort erhöht und damit sichtbar werden. Konkret geht es in den Reformvorschlägen darum, 2.100 Beamtinnen und Beamte, die bisher verwaltet und organisiert haben, dafür einsetzen zu können, dass sie Straftaten bekämpfen, ihnen vorbeugen und den Menschen vor Ort zur Verfügung stehen können. Zusammengefasst kann man sagen, dass diese Reform das Ziel hat: weniger Häuptlinge und mehr Indianer.

Bis vor wenigen Wochen gab es für diese Reformkonzepte eine breite parlamentarische Mehrheit. Da waren Sie in der Minderheit. Da stand die FDP getreu an unserer Seite - sozusagen an der Seite der besseren Argumente.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Was steht gegen dieses Konzept? Was haben Sie gegen diese Reform? Man muss es einmal auf dem Punkt bringen: Es geht ausschließlich darum, dass diese Verwaltungsreform vorausset-

zen muss, dass die 29 Landräte, von denen 27 von der CDU sind - darüber können Sie sich freuen - dann nicht mehr Polizeipräsident sein können. Darum geht es letztendlich.

(Beifall von der SPD - Widerspruch von der CDU - Zuruf von der SPD: Das ist es!)

Diese Landräte sind deshalb Polizeipräsidenten, weil bei der Änderung der Gemeindeordnung 1994 versäumt worden ist, auf dem Weg zur Wählbarkeit der Landräte diese Funktion ähnlich wie bei den Oberbürgermeistern gleich mit abzuschaffen. Letztlich geht es darum, dass diese 27 beziehungsweise 29 Landräte gerne eine Polizeieskorte haben möchten, wenn sie eine Dorfkirmes eröffnen.

(Beifall von der SPD - Widerspruch von der CDU - Zuruf von der SPD: Richtig!)

Das ist es, was der Reform bei Ihnen entgegensteht. Wenn ich Sie hier reden höre, dass die Polizei vor dem Hintergrund der Anschläge in London ganz neue Aufgaben wahrnehmen müsse -, kann ich Sie nur fragen: Wollen Sie denn wirklich den Landrat von Olpe gegen Al Kaida schicken? Wollen Sie das wirklich?

(Lachen und Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben diese Wahl gewonnen. Das hat sich sogar bis zu mir herumgesprochen. Sie haben die Regierungsverantwortung, aber Verantwortung braucht vor allem Mut und keine parteipolitische Rücksichtnahme gegenüber Landräten. Ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, wie sich mein fachlich wirklich sehr geschätzter Kollege Engel von der FDP - wir sind nicht immer einer Meinung, aber sehr häufig - körperlich winden musste, um das Umfallen der FDP in dieser Frage in irgendeiner Weise begründen zu können.

Ich muss feststellen, dass dieser Koalitionsvertrag aus liberaler Sicht, aus Sicht Ihres Schwerpunktes, der Innenpolitik, insgesamt eigentlich eine liberale Selbstverleugung ist.

(Lachen von der FDP)

Der neue Innenminister wurde in der letzten Legislaturperiode ja mit dem Bild des „Florida-Wolf“ belegt. Herr Wolf weiß im Übrigen, dass ich ihn auch sehr schätze; das hat nichts damit zu tun, dass er ein „Raffke“ gewesen ist.

(Widerspruch von CDU und FDP)

Wir haben in diesem Beruf damit zu leben, dass solche Bilder haften bleiben. Wenn ich sehe, dass Sie diesem Innenminister einen Aufpasser zur

Seite stellen, der dafür sorgen soll, dass nichts von dem schief geht, was die FDP eigentlich will, kann man dieses Bild fortsetzen. Weil die Sitzordnung und das Bild gerade so schön sind, heißt es jetzt: „Florida-Wolf unter ‚Palmen‘“.

(Lachen und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, meine Redezeit geht zu Ende. Ich kann nur sagen: Es geht um ein ernstes Thema; es geht um mehr Sicherheit in diesem Land.

(Zuruf von der SPD: Bravo! - Widerspruch von der FDP)

Es geht darum, dass sich alte Menschen abends wieder auf die Straße trauen können, dass Kindesmissbrauch im Internet konsequent verfolgt wird. Dagegen steht eine Polizeiorganisation, die dieser Aufgabe in dieser Form, in diesem Aufbau nicht gewachsen ist. Sie sollten den Mut haben - vor allem Sie von der FDP -, heute Verantwortung zu zeigen und mit uns dem Wortlaut dieses Antrags, den wir in der letzten Legislaturperiode gemeinsam beschlossen haben, zuzustimmen. -Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Monika Düker von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Engel, Ihre Geschmeidigkeit und Wendigkeit in allen Ehren, aber die Ausreden, die Sie hier gerade gebracht haben, waren einfach nur noch peinlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kruse und Herr Engel, wir haben im Wahlkampf bei vielen Veranstaltungen der Polizei und der Gewerkschaften zusammen auf Podien gesessen. Was haben Sie denen nicht alles versprochen? 1.000 neue Stellen pro Jahr sowie die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage! Ihre Worte, Herr Engel, waren: Wir führen sie wieder ein! - Und zur Polizeistruktur sagte Herr Engel den Kreisgruppengeschäftsführern der GdP: Das mit der Polizeistrukturreform haben wir den Kollegen von der CDU in fünf Minuten abverhandelt, da können Sie sicher sein! - Das waren Ihre Ansagen im Wahlkampf, Herr Engel.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt gehen Sie hin und sagen: Das geht ja alles irgendwie nicht, weil 2005 der Weltjugendtag und

die WM stattfinden und wir das alles gar nicht geregelt kriegen.

Sie wissen doch ganz genau, wie unser Zeitplan war. Der Zeitplan sah vor, dass dieses Gesetz erst am 1. Januar 2007 in Kraft treten sollte, also nach diesen Ereignissen. Ihre Ausreden sind somit schlecht. Warum sagen Sie nicht einfach - das würde die Kultur der Ehrlichkeit fördern -, dass Sie sich schlicht nicht durchgesetzt haben, dass Sie verloren haben?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ferner stellen Sie eine Milchmädchenrechnung an. Die 1.800 Stellen, die Herr Wolf vorhin vorgezeichnet hat, beziehen sich auf den Landkreistag. Was hat jedoch der Landkreistag gemacht? - Der hat alle Behörden in drei Schubladen gepackt, nämlich groß, mittel und klein, und für diese drei Gruppen einen Durchschnitt an Verwaltungsaufwand ermittelt. Dabei hat er aber nicht berücksichtigt, dass es innerhalb dieser drei Gruppen völlig unterschiedliche Behördentypen gibt. Eine große Bereitschaftspolizeibehörde hat beispielsweise ganz andere Verwaltungsaufgaben als andere Behörden. Sie wissen, dass auch von Fachleuten diese Landkreistagsrechnung als Milchmädchenrechnung bezeichnet wird.

In meinen Gesprächen ist mir gestattet worden, dies hier öffentlich zitieren zu dürfen: Es war Herr Albishausen vom Bund Deutscher Kriminalbeamter - Ihr Parteikollege -, der gesagt hat, dass dies eine Milchmädchenrechnung ist. Wieso verkaufen Sie den Leuten das, wenn Sie das mit dieser Reform überhaupt nicht umsetzen können? Das ist schlicht gelogen. Das werden Sie mit diesen Maßnahmen nicht erreichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Wolf, ich finde es perfide, uns parteipolitisches Kalkül vorzuwerfen vor dem Hintergrund, dass wir versuchen, in der Sache zu argumentieren und diese Reform voranzubringen. Sie hingegen handeln aus parteipolitischem Kalkül, weil Sie Ihren Landräten das Polizeischild vom Kreishaus nicht abschrauben wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben groß angekündigt, die Polizei auf ihre Kernaufgaben zu reduzieren. Aber was machen Sie mit der öffentlichen Ordnung? Im nächsten Satz schreiben Sie, dass Sie die öffentliche Ordnung wieder ins Polizeigesetz hineinschreiben wollen, wohl wissend, dass die Ordnungsbehörden, nämlich die kommunalen Behörden, in unserem Land dieses gut machen und niemand in der Polizeifachszene sagt, dass es irgendeinen Be-

darf gibt, dies ins Polizeigesetz hineinzuschreiben. Das wissen Sie, und auch hier widersprechen Sie sich.

(Theo Kruse [CDU]: Das ist falsch!)

Letzter Punkt - meine Redezeit ist abgelaufen -: Grundrechenarten, Personal von links nach rechts verschieben. - Sie haben tausend neue Stellen versprochen. Jetzt sagen Sie, man müsse die Polizei von Verwaltung entlasten, die Polizeivollzugsbeamten auf die Straße bringen und die Verwaltungsstellen mit Verwaltungsleuten besetzen. Woher wollen Sie die Verwaltungsleute denn holen, aus den Bezirksregierungen? Nehmen wir einmal an, Sie holen eine Stelle mit kw-Vermerk in die Polizei, und der Polizist geht auf die Straße. Damit gibt es eine Stelle mehr bei der Polizei. Auf diese Weise wollen Sie im Durchschnitt, wenn Sie Ihre Wahlversprechen einhalten wollen, 500 neue Stellen pro Jahr erreichen. Das Gleiche wollen Sie aber für die Schule - 1.000 Stellen pro Jahr -, im Justizbereich und im Hochschulbereich machen. Gleichzeitig sagt jedoch Herr Linssen, man wolle 1,5 % Stellen abbauen. Die kw-Stellen sollen also nicht woanders hingeschoben werden, sondern wegfallen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Düker, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Monika Düker (GRÜNE): Es ist mir schleierhaft, wie Sie das rechnen wollen. Um das nachrechnen zu können, brauchen Sie einen guten Taschenrechner. Mir hat sich diese Logik nicht erschlossen. Seien Sie ehrlich mit den Menschen! Versprechen Sie ihnen nicht etwas, was Sie mit dieser Reform überhaupt nicht halten können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Seien Sie etwas ehrlicher. Sie gaukeln den Bürgerinnen und Bürgern etwas vor, was Sie nicht halten können. Seien Sie ehrlich! Und versprechen Sie der Polizei nicht mehr Personal, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Düker, ich darf Sie jetzt wirklich bitten, zum Schluss zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit deutlich überzogen.

Monika Düker (GRÜNE): ... wenn der Finanzminister das Personal abbauen will.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Danke. - Als nächste Rednerin hat Frau Marianne Thomann-Stahl für die FDP-Fraktion das Wort.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Herr Kollege Jäger und Frau Düker, Ihr Mitleid mit dem Kollegen Engel ist völlig überflüssig.

Erstens. Der Kollege hat sehr überzeugend dargelegt, wie durch eine Binnenreform 1.800 zusätzliche Beamte schnell in den operativen Dienst kommen können.

Zweitens. Herr Innenminister Dr. Wolf hat Ihnen sehr überzeugend dargelegt, wie in Zukunft mit wirtschaftlich knappen Ressourcen vernünftiger umgegangen werden soll als in der Vergangenheit.

(Beifall von der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir wollen nicht vergessen, meine Damen und Herren von SPD und Grünen: Überbürokratie, permanenter Reformismus und ein organisiertes Durcheinander waren doch die Kennzeichen Ihrer Politik.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben dafür gesorgt, dass die Polizei in der Vergangenheit ständig unter ihren Möglichkeiten bleiben musste. Wir werden in den nächsten Jahren mit einer Strukturreform dafür sorgen, dass gute Polizisten wieder gute Arbeit machen können. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt, sodass wir nun zu derselben kommen.

Ich lasse zunächst über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der **Drucksache 14/24** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Damit komme ich zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der SPD in der **Drucksache 14/31**. Ich darf um Handzeichen bitten, wer dem Antrag zustimmen möchte. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Bei keiner Enthaltung ist damit der Antrag gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 3.

Ich rufe auf:

4 Planungssicherheit erhalten Qualitätspakt muss eingehalten werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/29 - Neudruck

Ich eröffne die Beratung. Als erster Rednerin darf ich der Kollegin Heike Gebhard von der SPD das Wort zu ihrer ersten Rede hier in diesem Haus, wenn ich das richtig gesehen habe, geben. - Vielleicht warten Sie, bis die Kolleginnen und Kollegen etwas zur Ruhe gekommen sind; denn ich kann mich noch daran erinnern, dass es schön ist, wenn bei der ersten Rede eine gewisse Aufmerksamkeit vorhanden ist.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP wird angekündigt, dass die neue Landesregierung Freiheit und Autonomie der Hochschulen weiter stärken will.

Mit dieser Formulierung räumen Sie ein, dass dieser Prozess längst in Gang gesetzt worden ist. Er ist durch den Qualitätspakt in Gang gesetzt worden, den die Hochschulen mit dem Land Nordrhein-Westfalen am 4. Juni 1999 für die Dauer von zehn Jahren geschlossen haben. Dieser zukunftsweisende Innovationsprozess konnte in den Hochschulen nur deshalb eingeleitet werden, weil den Hochschulen damit gleichzeitig die Garantie gegeben wurde, dass ihnen die frei werdenden Mittel, die sie aus den Umstrukturierungen erwirtschaften, zur weiteren Profilbildung in jedem Fall verbleiben. Der Qualitätspakt war und ist somit ein Instrument, mit dem einerseits der politisch gewollte Innovationsprozess in Gang gesetzt werden konnte und andererseits die Hochschulen durch die zugesagte Planungssicherheit motiviert wurden, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

Als langjährige Angehörige einer nordrhein-westfälischen Hochschule kann ich Ihnen nur dringend raten, Innovationsprozesse mit den Betroffenen, mit ihrem Know-how und nicht an ihnen vorbei zu betreiben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dieses Mittun gefährden Sie in hohem Maße, wenn Sie den Qualitätspakt aufkündigen wollen. In den Hochschulen unseres Landes wird zurzeit sehr aufmerksam verfolgt, ob er, wie vereinbart,

bis 2009 Gültigkeit behält oder nicht oder ob er zur Sanierung des Landeshaushalts beziehungsweise zur Finanzierung Ihrer Wahlversprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren von FDP und CDU, herangezogen wird.

Die Hochschulen haben bereits einen hohen Preis bezahlt, um die mit dem Qualitätspakt verbundene Planungssicherheit zu erhalten. 2.000 Stellen wurden von den Hochschulen eingesammelt, auch wenn sie noch nicht alle realisiert sind, wobei ihnen - das ist für die Hochschulen sehr wichtig gewesen - der Gegenwert von 1.000 Stellen über den Innovationsfonds wieder zufließt.

Jetzt wollen die Hochschulen wissen, ob sich die neue Landesregierung an den Vertrag halten wird oder nicht. Es geht jetzt darum, ob die Hochschulen der neuen Landesregierung das gleiche Vertrauen entgegenbringen können wie der alten.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist ja lächerlich!)

Herr Minister Pinkwart, um es ganz klar zu sagen: Es geht nicht nur darum, ob Sie den Qualitätspakt politisch einhalten wollen, sondern es geht auch darum, ob Sie auch die Unterstützung des Finanzministers haben, und zwar über das Haushaltsjahr 2005 hinaus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das heißt, es reicht nicht aus, dass Ihnen der Finanzminister jetzt zugesteht, die Bereiche, die vom Qualitätspakt erfasst sind, von der Haushaltssperre auszunehmen. Die Hochschulen brauchen auch für 2006 und darüber hinaus bis 2009 Klarheit. Sie müssen wissen, dass die Axt nicht bei ihnen angelegt wird.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Dafür brauchen Sie nicht zu sorgen! Mein Gott!)

Dies ist umso notwendiger, als Sie, Herr Minister Pinkwart, in Ihren zahlreichen Interviews selbst Zweifel an der Vertragstreue geschürt haben.

(Christian Lindner [FDP]: Oh!)

- Ja, hört, hört. - Die Einhaltung des Qualitätspaktes, auf den die Hochschulen bauen, schließt nämlich Ihre Bestandsgarantie mit ein. Sie haben aber - so war es am 6. Juli in der „Rheinischen Post“ zu lesen - erklärt:

„Wir haben in der Koalitionsvereinbarung keinerlei Bestandsgarantie.“

Am 8. Juli konnte in der „WAZ“ gelesen werden, dass Sie als Person eine Bestandsgarantie für al-

le Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nicht abgegeben werden.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Haben Sie auch nicht gegeben!)

Ich sage es noch einmal: Der geschlossene Qualitätspakt schließt dies aber ausdrücklich ein.

Dies gilt insbesondere auch für die ehemaligen Gesamthochschulen, die sich, wie Sie als - wenn zurzeit auch nicht aktiver - Professor der Hochschule in Siegen wissen, inzwischen auf den universitären Weg gemacht und nach sechs Jahren Qualitätspakt schon einen guten Teil geschafft haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diesen Prozess jetzt abubrechen würde weit über die betroffenen Hochschulen hinaus die Bereitschaft, sich auf langfristige Innovationsprozesse einzulassen, gegen null gehen lassen.

Um die Irritationen in den Hochschulen so schnell als möglich zu beenden, beantragt die SPD-Fraktion daher, hier und heute ausdrücklich festzustellen, dass der Qualitätspakt bis 2009 eingehalten wird und damit bestehende Hochschulstandorte nicht infrage gestellt werden. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. - Als nächster Redner hat der Kollege Dr. Brinkmeier für die CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gehört, dass die SPD den Qualitätspakt mit den Hochschulen in NRW als eine der großen Taten der SPD-Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen der letzten Jahre angepriesen hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Zu Recht! - Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Wir sollten doch feststellen, dass das Kernelement und der Anlass für diesen Qualitätspakt weniger die Planungssicherheit als vielmehr der Stellenabbau an den Hochschulen aufgrund der schlechten Haushaltslage gewesen sind. Das ist der erste wichtige Punkt dabei.

(Beifall von der CDU)

Ich will direkt aus dem Qualitätspakt von 1999 und den ergänzenden Erklärungen von 2002 zitieren. Im Qualitätspakt steht:

„In diesem Zusammenhang werden ... über einen Zeitraum von zehn Jahren“

- das heißt also, von 1999 bis 2009 -

„2.000 Stellen für wissenschaftliches und fachnahes nichtwissenschaftliches Personal abgebaut.“

Davon wird - Frau Kollegin, das haben Sie eben auch schon gesagt - in dem Innovationsfonds nur die Hälfte wieder vergütet.

In den ergänzenden Erklärungen zum Qualitätspakt steht ferner:

„Für die Haushalte 2005 ff. wird angestrebt,“

- das betone ich -

„Zentralmittel in Höhe des Gesamtansatzes des Haushaltes von 2002 zu veranschlagen ... Die Ausnahme von den Restriktionen im Haushaltsvollzug, insbesondere von globalen Minderausgaben und Stellenbesetzungssperren, wird bis einschließlich Haushaltsjahr 2006 verlängert.“

Wir sollten auch feststellen, dass die rot-grüne Landesregierung den Qualitätspakt nicht immer eingehalten hat; denn diese Ergänzung aus dem Jahre 2002, aus der ich gerade schon zitiert habe, mussten die Hochschulrektoren nach 1999 zusätzlich unterschreiben. Wie ich gerade schon gesagt habe, sieht diese Erklärung eine Absenkung der Pauschbeträge für den Haushaltsvollzug von 2003 vor. Als Basis für die Vergabe der Zentralmittel für 2004 wird das Haushaltsjahr 2003 angeführt. Diese sind aber fast alle gesenkt worden. Dazu kommen reale Kürzungen im Innovationsfonds für 2003 in Höhe von 7 Millionen €. Wir können uns darüber streiten, ob man den Qualitätspakt deshalb aufgeweicht oder gebrochen nennen soll.

Professor Hoyer, seinerzeit Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz, hat mit Recht davor gewarnt, dass die Hochschulen bei weiteren Einsparungen im Kampf um die besten Köpfe nicht mehr mithalten können. In diesem Lichte ist auch die Forderung von der SPD-Opposition, nämlich nach Einhaltung des Qualitätspaktes bis 2009, schlichtweg ein Trojanisches Pferd.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Schauen wir nach, welche Bedeutung die Zahl 2009 in diesem Text hat. Sie bedeutet nichts anderes als den Endzeitpunkt des geforderten Stellenaufbaus. Der Endzeitpunkt der sicheren finanziellen Zusagen ist maximal das Jahr 2006. Da

frage ich: Wem wollen Sie Sand in die Augen streuen?

Sie sagen, die Hochschulen schauten ganz genau hin. Sie schauen aber noch viel genauer auf Ihre Taten in der Vergangenheit und werden auch beobachten, wie Sie das mit den Anträgen, die Sie jetzt zeitig einbringen, in Übereinstimmung bringen wollen. Die Position der Regierungskoalition ist, dass wir nicht vorhaben, bestehende Vereinbarungen, selbst wenn sie von der SPD kommen, zu brechen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist das!)

Solange es keine neuen Vereinbarungen gibt, gilt der Qualitätspakt nach wie vor.

Zu Ihrer zweiten Forderung: Warum haben wir Anlass, den Innovationsfonds zur Konsolidierung des Haushaltes zu missbrauchen? War es nicht schon Missbrauch durch Rot-Grün, wenn nur die Hälfte des freigeschaufelten Geldes in den Fonds hineingesteckt wurde? Noch schlimmer ist es mit den nachgelagerten Studiengebühren. Sie sind damals, im Teil 2002, schon erwähnt worden. Auch diese Forderung von Ihnen ist scheinheilig.

(Beifall von FDP und CDU)

Zur dritten Forderung in Ihrem Antrag: Bestehen die Hochschulstandorte sollen nicht in Frage gestellt werden. - Wo hat die SPD das je beschlossen? Hatte die abgewählte rot-grüne Koalition jemals eine Bestandsgarantie für die Hochschulstandorte abgegeben? Die Passage aus dem Qualitätspakt müssen Sie mir zeigen. Die neue Koalition der Mitte wird ausdrücklich nicht Bestandsgarantien für die Hochschulen abgeben. Keine Hochschule soll sich auf einer Bestandsgarantie ausruhen.

Wir werden alle Hochschulen im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen, sich im verstärkenden Qualitätswettbewerb, den wir explizit wollen, dauerhaft erfolgreich zu behaupten. Das ist unser Qualitätspakt. Diesen werden wir in Absprache mit allen Beteiligten in den nächsten Monaten konkretisieren. Wir lehnen den Antrag der SPD-Fraktion ab. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Abgeordneter Dr. Brinkmeier. - Als nächste Rednerin hat Frau Bärbel Höhn das Wort.

Bärbel Höhn (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Heute hat Herr Rüttgers in seiner Regierungserklärung gesagt:

Was wir nicht hatten, war Klarheit und Verlässlichkeit. - Ich sage: Das ist schon eine Unverschämtheit! Wir, die Opposition, sind jetzt an diesem Punkt, an dem wir diese Verlässlichkeit von Ihnen einfordern. Denn die bisherige rot-grüne Landesregierung hat den Hochschulen in Zeiten schwieriger Haushaltslage Klarheit und Verlässlichkeit mit dem Qualitätspakt geboten.

Herr Brinkmeier, wir werden Sie an all dem messen, was Sie eben zu dem Qualitätspakt gesagt haben. Jetzt heißt die Frage: Was kommt anstelle dieses Qualitätspakt? Da bin ich gespannt. Sie haben nämlich gesagt, der Qualitätspakt werde solange aufrechterhalten, bis etwas anderes kommt, bis Sie etwas anderes mit den Hochschulen ausgehandelt haben.

Mit diesem Qualitätspakt hatten die Hochschulen Planungssicherheit für viele Jahre. Ich kann mich sehr gut an Haushaltsberatungen im Kabinett erinnern, in denen deutlich wurde, dass es eine Härte darstellt, wenn Sie im Schul- bzw. Hochschulbereich nicht sparen, wenn alle Sparmaßnahmen in anderen Bereichen erbracht werden. Ihre Leute werden das noch merken.

Herr Rüttgers hat sehr viel vom Sparen geredet. Er hat aber in seiner Regierungserklärung immer nur Positionen aufgeführt, bei denen er etwas ausgeben wollte. Dieser Herr Rüttgers ist keine Verlässlichkeit in Person. Ein Mann, der innerhalb einer Woche seine Meinung zur Mehrwertsteuer derart gravierend - vom Nein zum Ja - verändert hat, nur um die Ausgaben, die er hier aufgetischt hat, auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger finanzieren zu können, der ist das Gegenteil von Verlässlichkeit, um das deutlich zu sagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Von daher lautet die entscheidende Frage: Was erwartet die Hochschulen? Anders als Sie, Herr Dr. Brinkmann, es hier dargestellt haben, war in diesem Qualitätspakt eindeutig und klar beschrieben, dass die Hochschulen 50 % der Gelder, die sie durch die Realisierung von 2.000 kw-Stellen erwirtschaften konnten, bekommen - das waren ausgerechnet 45 Millionen -, wenn Sie so schnell den Abbau hätten vornehmen können, wie das geplant war.

Weil sie es nicht geschafft haben, hat Ihnen die Landesregierung trotzdem diese 45 Millionen € überwiesen, hat aber gesagt, man müsse eine Revidierung vornehmen, weil die kw-Stellen in dieser Form noch nicht in voller Höhe erbracht worden sind.

Von daher hat die Landesregierung sogar den Qualitätspakt an diesen Punkten übererfüllt, weil eigentlich nur 50 % dessen vorgesehen war, was bei dem Abbau von kw-Stellen wirklich erbracht worden ist.

Eindeutig und klar sind das Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die nächsten Jahre für die Hochschule. Deshalb gibt es zu Recht diesen Antrag, der von Ihnen die Antwort auf die Frage verlangt: Stehen Sie zu dieser Verlässlichkeit - ja oder nein? Der Minister hat einen absolut schweren Stand. Herr Pinkwart muss als Minister jetzt das Gegenteil von dem vollziehen, was die FDP vorher lauthals rausposaunt hat.

(Christian Lindner [FDP]: Wieso das denn?)

Ich kann mich sehr genau an alles erinnern, was Sie im Wahlkampf versprochen haben. Wenn ich mir jetzt den Koalitionsvertrag angucke, Herr Pinkwart, dann steht fest: Sie sind absoluter Loo-ser. Es gibt keinen Bereich im Koalitionsvertrag, bei dem die FDP so viel verloren hat, wie bei den Hochschulen.

Ein Beispiel! Sie wollten die vollständige Selbstständigkeit der Hochschulen. Das Gegenteil ist der Fall! Denn das Hauptthema von Herrn Rüttgers war die Ordnungspolitik. Ordnungspolitik ist das Gegenteil von Entfesselung. Das wissen Sie auch.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

- Klar, natürlich! Ordnungspolitik heißt: Ordnung reinbringen und regulieren.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Jetzt lacht sie selber!)

- Da regen Sie sich auf, weil wir einen schwachen Punkt erwischt haben. Ordnungspolitik ist das Gegenteil von Entfesselung - eindeutig!

In jedem Bereich von Wirtschafts- und Umweltpolitik wird immer freiwillige Selbstverpflichtung gegen Ordnungspolitik gestellt.

(Widerspruch von CDU und FDP)

- Sie müssen erst einmal lernen, zu regieren, wenn Sie noch nicht einmal mit den Begriffen klarkommen.

Herr Pinkwart, was ist mit der Selbstständigkeit der Hochschulen? - Rot-Grün hat die Selbstständigkeit der Hochschulen eingeleitet.

(Christian Lindner [FDP]: Wir schaffen die Fachaufsicht ab, Frau Höhn! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

Denn jetzt schon gilt, dass sie bei Personal und Finanzen jede Möglichkeiten haben. Was haben Sie also eigentlich erreicht?

Sie haben gesagt, Sie wollen die ZVS abschaffen. Wir haben in der letzten Debatte gemerkt, wo Sie stehen. Sie wollen die ZVS nämlich gar nicht abschaffen. Sie haben gesagt, Bachelor und Master sollen so schnell wie möglich bis 2006 verwirklicht werden. Was steht jetzt im Koalitionsvertrag zu internationalen Abschlüssen? - Da wird jetzt der Zeitdruck herausgenommen. Von 2006 ist keine Rede mehr, liebe FDP.

Sie haben gesagt, dass Sie zu ganz anderen Finanzierungsmodellen kommen wollen, dass Sie also die Studienfinanzierung durch eigene Leistungsfähigkeit erreichen wollen. Was ist jetzt erreicht worden? - Ans BAföG gehen Sie nicht heran. Studiengebühren? - Auch da finden wir eine erhebliche Einschränkung dessen, was Sie vorher angekündigt haben.

Das, was hier steht, finde ich spannend. Herr Dr. Brinkmeier sagt jetzt: Keine Hochschule hat eine Garantie. - Ja, das ist interessant. Das heißt, dieser Minister wird auch derjenige sein, der seine eigene Hochschule, die Hochschule Siegen, in die größte Gefahr bringt. Das heißt, er könnte der Totengräber seiner eigenen Hochschule sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Pinkwart, zu beobachten, wie Sie es als Minister hinbekommen wollen, das Gegenteil von dem zu erreichen, was Sie versprochen haben, wird spannend. Dabei werden wir Sie treiben. Darüber werden wir auch mit den Hochschulen diskutieren. Denn das wird schwierig zu erklären sein.

Also, vielen Dank an die SPD für diesen Antrag. Es gibt uns die Möglichkeit, noch einmal grundsätzlich über die Hochschulpolitik zu reden. Und Ihnen, Herr Pinkwart, gibt es die Möglichkeit, darzustellen, dass Sie in den Koalitionsverhandlungen nichts erreicht haben und dass Sie jetzt das Gegenteil von dem vollziehen müssen, was Sie immer an den Hochschulen vorgebetet, ihnen versprochen und den Hochschulen beizubringen versucht haben. Gut Glück bei Ihren Aufgaben, die CDU-Politik in der Hochschullandschaft vollziehen zu müssen! - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Höhn. - Ich erteile jetzt Christian Lindner von der FDP das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bedauerlich, Frau Höhn, dass Sie dieses Parlament in Kürze verlassen werden. So haben Sie gar keine Gelegenheit mehr, sich in diesen Themenbereich fachlich einzuarbeiten.

(Beifall von FDP und CDU)

Aber daran scheint Ihnen auch nicht so sehr gelegen zu sein.

Eines möchte ich vorab nachtragen, um Ihren Beitrag insgesamt qualifizieren zu können. Der Begriff der Ordnungspolitik wird gewöhnlich anders verwendet, als Sie das tun. Normalerweise meint man damit, dass der Staat die Spielregeln bestimmt und die Menschen das Spiel machen. Ihre Form von Ordnungspolitik sieht offensichtlich vor, dass sich der Staat selbst mit ins Spiel bringt.

(Zuruf von Bärbel Höhn [GRÜNE])

- Natürlich ist das so, Frau Höhn. Sie haben eine Privatdefinition von Ordnungspolitik. Aus unserer Sicht ist das, was Sie Ordnungspolitik nennen, eher Unordnungspolitik.

(Bärbel Höhn [GRÜNE]: Wer zehn Minuten braucht, um das zu erklären, hat ein Problem!)

Und die haben Sie hier lang genug verantworten müssen.

(Widerspruch von Bärbel Höhn [GRÜNE])

- Ich will mich mit Ihnen jetzt nicht über die Ordnungspolitik raufen; dafür haben wir an anderer Stelle noch Gelegenheit.

Meine Damen und Herren, ich will zu Beginn eine Pressemitteilung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen - datiert auf den 1. Juli 2005 - zitieren:

„Die NRW-Hochschulen sind von den vom Landeskabinett beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen Haushaltssperre und Einstellungsstopp ausgenommen. Mit dieser Entscheidung hat das Kabinett den Qualitätspakt zwischen dem Land NRW und den Hochschulen des Landes bestätigt.“

Das war am 1. Juli. Am 5. Juli kommt der Antrag der SPD-Fraktion. Da stelle ich mir die Frage: Was veranlasst die Sozialdemokraten nach dieser klaren Stellungnahme der Landesregierung, einen solchen Antrag zu stellen? - Entweder brauchen Sie so eine Art Gesprächstherapie, um mit Ihrer Oppositionsrolle klarzukommen,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Machen Sie sich keine Sorgen!)

oder Sie brauchen fortwährend das Erlebnis der Abstimmungsniederlage, um zu realisieren, wo Sie angekommen sind, oder - und das scheint mir fast wahrscheinlicher zu sein - Sie versuchen jetzt, so eine nachlaufende Interpretation des Qualitätspaktes vorzulegen,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Als Hobbypsychologe taugen Sie auch nichts!)

oder man könnte diesen Versuch Legendenbildung nennen.

Wenn man nämlich die Überschrift Qualitätspakt außen vor lässt und sich nur mit den materiellen Inhalten beschäftigt, dann sieht das ganz anders aus als das, was Sie hier vorgetragen haben.

Erstens. Qualitätspakt hieß: Die Hochschulen haben sich mit 1.000 Stellen netto weniger Planungssicherheit erkaufte.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Lindner, darf ich eine Zwischenfrage von Herrn Rimmel zulassen?

Christian Lindner (FDP): Lassen Sie mich die vier Punkte zu Ende vortragen. Ich habe genug Redezeit; dann komme ich gerne auf Herrn Rimmel zurück.

Zweitens. Sie haben gesagt, Sie wollen mehr Freiheiten gewähren. Ja, aber das Ministerium hat doch noch immer die Fachaufsicht geführt. Die Hochschulen haben doch noch immer nicht ihre Liegenschaften verwalten dürfen. Sie haben den Hochschulen nicht mehr Freiheit gegeben. Sie haben ihnen lediglich mehr Leine gegeben, aber Sie haben sie nicht von der Leine gelassen. Wir wollen ihnen dagegen echte Autonomie und echte Freiheitsspielräume einräumen.

Drittens. Planungssicherheit. Sie haben nur den Qualitätspakt selbst, aber nicht die ergänzende Vereinbarung zum Thema gemacht. Über die 7 Millionen € im Innovationsfonds, die gestrichen worden sind, kann man hier streiten; Frau Höhn hat darauf hingewiesen.

Aber selbst ungeachtet dieser Konsolidierungsbeiträge des Hochschulwesens gab es noch andere Beispiele für Ihre sogenannte Verlässlichkeit und was davon zu halten ist. Beispielsweise waren die Hochschulen mitnichten von der Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten ab Januar 2004 ausgenommen. Allein an der Universität Köln hat das zu einer Reduktion von 28 Stellen bis zum Jahr 2008

geführt. Wo waren denn diese vorher verlässlich eingeplant? Wo gab es denn diese Planungssicherheit?

Also, was Sie hier für sich in Anspruch nehmen, ist ein politisches Ziel, das erst noch erreicht werden muss. Das war nicht die Politik der alten Landesregierung.

Ich komme zum letzten, zum vierten Punkt: Bestandsgarantie. Wo war denn die Bestandsgarantie bei den Entscheidungen, die Sie vom Ministerium aus hinsichtlich Duisburg/Essen getroffen haben? Was war das für eine dezentrale Verantwortung?

Wir wollen keine Bestandsgarantie. Wir wollen Chancengleichheit für Hochschulen, die sich im Wettbewerb bewähren sollen. Diese sollen alle Möglichkeiten haben, sich auch in einem internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Aber wer wie Sie unter einem Qualitätswettbewerb versteht, dass das Ergebnis von vornherein festgelegt ist, nämlich Bestandsgarantie, der hat nicht verstanden, was Qualitätswettbewerb eigentlich bedeutet.

(Beifall von FDP und CDU)

Jetzt ist die Gelegenheit für Herrn Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Lindner, Sie haben eben auf die hohe Bedeutung der Presseerklärung der Landesregierung einschließlich der Validität dieser Erklärung hingewiesen. Ich möchte Sie gerne fragen, welche Bedeutung Sie einer Beschlussfassung und Beratung im Parlament beimessen.

Christian Lindner (FDP): Wenn es einen Beratungsgegenstand gibt, der tatsächlich würdig ist, von einer Mehrheit beschlossen zu werden, kann man sicherlich einen schönen Beschluss fassen. Nur: So, wie Sie beziehungsweise die Sozialdemokraten diesen Qualitätspakt hier eingeführt haben, ist diese Form der nachträglichen Legendenbildung kein Beratungsgegenstand, der eine Mehrheit in diesem Hause finden sollte. So werden wir den Antrag gleich auch behandeln. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. - Ich gebe das Wort jetzt an den Minister Dr. Pinkwart.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau

Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich natürlich ganz besonders, Frau Höhn, dass Sie sich Sorgen darüber machen, wie ich meine Aufgabe erfolgreich wahrnehmen kann. Dabei wäre es mir natürlich insbesondere angelegen gewesen, wenn Sie die Stringenz zwischen Wahlankündigung und Formulierung des Koalitionsvertrags herausgearbeitet hätten, denn dann hätten Sie dem Parlament deutlich machen können, dass wir schon mit der Formulierung des Koalitionsvertrags einen großen Erfolg erreicht haben. Und diesen Vertrag wollen wir in den nächsten fünf Jahren auch umsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben nämlich alles das, was Sie hier, wie ich fand, jedenfalls nicht hinreichend nachvollziehbar und konsistent in den Raum gestellt haben, im Wahlkampf ganz deutlich gemacht. Wir haben nämlich deutlich gemacht, dass wir für die Hochschulen nicht nur Mittel sichern müssen, sondern dass wir die Mittel für die Hochschulen auch wirksamer werden einsetzen müssen, um unsere Hochschulen, die dichteste Hochschullandschaft in Europa, so positionieren zu können und in den nationalen und internationalen Rankings mit dieser Hochschullandschaft so abzuschneiden, dass wir sagen können: Diese Mittel sind im Interesse der Zukunft der Menschen in diesem Land effektiv eingesetzt. - Diese Bilanz haben Sie nicht ziehen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben auf die Mittel der Vergangenheit abgestellt, auch auf den Qualitätspakt. Dazu ist hier von Herrn Brinkmeier und Herrn Lindner schon das Notwendige gesagt worden: Sie haben den Hochschulen Stellen genommen und nur in einem begrenzten Umfang Geld zurückgegeben, eben nicht 1:1, sondern in einem deutlich geringeren Maß. Und dies haben Sie getan vor dem Hintergrund der Ihnen auch als Landesregierung bekannter Zahlen.

Die Zahlen sehen so aus, dass Bayern und Baden-Württemberg zwischen 1990 und 2000/2001, als Sie diese Verträge geschlossen haben, ihre Ausgaben - von einer damals schon deutlich höheren Basis der Ausgaben pro Studierenden ausgehend - um 60 % gesteigert haben und Sie mit Ihrer Regierung Ihre Ausgaben gerade einmal um 21 %. Das heißt, Sie haben das niedrige Niveau, das Nordrhein-Westfalen schon 1990 im Vergleich zu den starken Bundesländern hatte, durch Ihre Politik noch fortgeschrieben, statt zu den anderen aufzuschließen. Das heißt, Ihr Qualitätspakt, den Sie - wir haben ihn ja nicht negativ bewertet - hier

auch mit einigen Vorzügen dargestellt haben, hat anders, als es der Name zum Ausdruck bringt, nicht mehr Qualität gebracht, sondern er hat das, was Sie bisher aufgewendet haben, nur sichern können, und dies noch nicht einmal in vollem Umfange. Das ist die Wahrheit, und die sollten wir der Öffentlichkeit, wie ich finde, auch so deutlich machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben die Hochschulen seinerzeit, 1999, evaluiert. Sie haben einen Expertenrat eingeschaltet. Der Expertenrat hat schon damals gesagt, dass Sie bei der Umwandlung „Geld statt Stellen“ die Mittel aus dem Innovationsfonds leistungsbezogen, wettbewerbsorientiert an die Hochschulen vergeben sollten, um den Qualitätsnachteil nordrhein-westfälischer Hochschulen schneller abbauen zu können.

Genau das haben Sie in den letzten Jahren aber nicht getan, sondern Sie haben den notwendigen Strukturwandel - man kann sagen: sehr sorgenvoll um die jeweiligen Standorte - vergleichsweise zurückhaltend vorangebracht. Das zwingt die Hochschulen - aber auch die Landesregierung - heute natürlich, sich im Wettbewerb mit den anderen Hochschulen intensive Gedanken darum zu machen, wie wir uns mit der Qualität, die wir heute aufgrund auch Ihres verantwortlichen Handelns vorfinden, in den nationalen Wettbewerben, etwa im Exzellenzwettbewerb, so positionieren können, dass wir in Zukunft bei der Vergabe von Sonderforschungsbereichen, bei der Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, bei der Vergabe von nationalen Fördermitteln besser abschneiden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Nur, dafür müssen wir die Hochschulen auch richtig positionieren.

Nun komme ich zu dem Antrag selbst. Hier ist bereits vorgetragen worden: Wir haben sofort gehandelt. Wir haben auch sofort Wort gehalten. Das ist nicht nur in der Pressemitteilung zum Ausdruck gebracht worden, sondern auch dadurch, dass das im Kabinett beschlossen worden ist, und zwar auf Vorschlag des Landesfinanzministers, wenn ich das hier, Frau Höhn, sagen darf. Der Landesfinanzminister hat im Kabinett vorgeschlagen, dass bei der Haushaltssperre, die der Ministerpräsident heute Morgen auch angesprochen hat, die Hochschulen und damit der Qualitätspakt herausgenommen werden. Das zeigt: Nicht nur in Pressemitteilungen, nicht nur in Erklärungen hier, sondern durch praktisches Regierungshandeln stellen wir unter Beweis, dass wir uns an Zusagen auch halten.

(Beifall von CDU und FDP)

Das schafft Planungssicherheit.

Was keine Planungssicherheit schafft - das muss ich hier vortragen -, ist das, was Sie in den letzten Wochen vor der Landtagswahl gemacht haben. Da stelle ich ab auf einen anderen Teil des Qualitätspaktes. Dazu gehört auch die Ausschüttung der vom Land vereinnahmten Gebühren der Langzeitstudierenden. Hier ist bemerkenswert, dass Sie mit der Einführung der Studienkonten eine Regelung getroffen haben - das sollte sich auch der Landesrechnungshof noch einmal ansehen, wie ich finde, auch unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes 2005 -, in der Sie bei Verabschiedung Ihres Haushaltes 2005 von einem Einnahmen-Soll in diesem Bereich von 90 Millionen € ausgegangen sind, obwohl Sie im Jahre 2004 ein Einnahmen-Ist von nur 45,2 Millionen € verzeichnet haben. Das heißt, Sie haben den doppelten Betrag als Einnahmen-soll angesetzt, haben dann die Ausschüttungsquote von 50 % in den Haushalt eingestellt und wenige Wochen vor der Landtagswahl auch komplett ausgeschüttet, obwohl da schon absehbar war, dass Sie weder die 90 Millionen, ja noch nicht einmal die 45 Millionen € in diesem Jahr aus diesem Bereich würden erwirtschaften können.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Lug und Trug! - Zuruf von der FDP: Skandal!)

Sie wussten da schon, dass alleine für das erste Halbjahr - und das ist das Einnahmen-Ist, das wir jetzt verzeichnen - lediglich 17,2 Millionen € aus den Studiengebühren der Langzeitstudierenden geflossen sind.

Zu erwarten sind für 2005 35 Millionen €. Das heißt, Sie haben einerseits 10 Millionen € mehr als diese Einnahmen ausgeschüttet. Da Sie nur 50 % der Isteinnahmen, die Sie erzielen, ausschütten wollten und gleichzeitig einen entsprechenden Haushaltsvermerk vorgesehen haben, der auch die jetzige Regierung noch dahin gehend bindet, dass die zuviel ausgeschütteten Einnahmen im Folgejahr abgesetzt werden müssen, wird das andererseits dazu führen, dass im kommenden Jahr nicht mehr die von Ihnen zugesagte 100 %-Quote ausgeschüttet werden könnte, sondern nur noch ein Bruchteil davon, voraussichtlich höchstens 10 Millionen €, sofern wir für das nächste Jahr davon ausgehen können, dass auch in 2006 35 Millionen € zu erwarten sind.

Das ist nicht aufgrund unseres Regierungshandelns zu verantworten, sondern das haben Sie mit Ihrem Handeln so veranlasst. Das heißt, Sie haben ein Planungsrisiko für die Hochschulen im

kommenden Jahr wissentlich in Kauf genommen. Das ist das, was der Ministerpräsident heute Morgen mit der fehlenden Planungssicherheit, mit der fehlenden Zuverlässigkeit Ihrer Politik - wie ich finde - erstklassig gekennzeichnet hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen sage ich Ihnen für die Landesregierung: Weil wir weder für 2005 - das haben wir schon durch Kabinettsbeschluss deutlich gemacht - noch in Zukunft den Hochschulen Planungssicherheit nehmen wollen, werden wir jetzt größte Anstrengungen unternehmen müssen, das durch die von Ihnen vorgenommene Überausschüttung, die nach Ihren Haushaltsvermerken zwingend zu einer erheblichen Verringerung der Ausschüttungsquote im nächsten Jahr führen würde, entstandene Problem eines Planungsrisikos für die Hochschulen im nächsten Jahr zu entschärfen. Das wird im wahrsten Sinne des Wortes für uns eine Kraftanstrengung werden. Denn die Hochschulen würden entgegen der seinerzeitigen Zusage durch Ihr Handeln im nächsten Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag weniger bekommen, wenn wir nicht unsererseits noch rechtzeitig gegensteuern können. So viel zum Thema Qualitätspakt, so viel zum Thema Planungssicherheit, so viel zur Berechenbarkeit von Regierungshandeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Dr. Pinkwart. - Als Nächster hat Manfred Kuhmichel von der CDU-Fraktion das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es noch einmal zu sagen, wenn man nach 39 Jahren wie die SPD und nach zehn Jahren wie die Grünen eine Wahlniederlage einsteckt und die Regierungsverantwortung verliert, dann tut das weh. Ich sage das ohne Zynismus, sondern aus eigener Erfahrung. Ich habe dreimal eine Landtagswahl verloren: 1990, 1995 und 2000.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Mit meiner Fraktion habe ich hier gesessen. Dann haben wir uns geschüttelt, haben die Rolle angenommen, sind in die Ausschüsse gegangen, haben dort konstruktiv beraten und gezeigt, dass man in einer Opposition eine bestimmte Rolle anzunehmen hat.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Davon sind Sie, meine Damen und Herren, leider noch weit entfernt.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Es muss bei Ihnen auch noch die Erkenntnis reifen, dass sich in einer Niederlage auch eine gewisse Größe zeigen kann, zumal wir Ihnen die Niederlage nicht alleine beigebracht haben, sondern insbesondere der viel zitierte Wähler, der Souverän, hat Sie in diese neue Rolle geschickt.

Meine Damen und Herren, die Anträge, die Sie in den letzten beiden Plenartagen immer mit der Maßgabe direkter Abstimmung vorgelegt haben, sind nicht geeignet, von einer verantwortungsvollen Opposition zu sprechen. Sie misstrauen der Ausschussberatung offensichtlich, der weiteren Nachbereitung eines wichtigen Themas, lassen es hier im Plenum platt machen - wir müssen entsprechend mehrheitlich entscheiden -, statt die Möglichkeit zu nutzen, Ihre weiteren Argumente im Ausschuss vorzubringen. Das wollen Sie nicht. Das ist ein abgekartetes Spiel und keine ordentliche Opposition.

Zu Ihrem Antrag „Planungssicherheit erhalten - Qualitätspakt muss eingehalten werden“: Diese beiden Worte sind für jemanden, der insgesamt 15 Jahre in diesem Ausschuss sitzt, wirklich Reizworte. Diese Worte sind durch Ihr Regierungshandeln äußerst negativ besetzt, denn es gab keine Planungssicherheit. Es gab auch keinen Qualitätspakt, der dieses Wort verdient hätte. Das war weder „Qualität“ noch „Pakt“. Und Sie wissen das. Meine Damen und Herren, es wird wirklich Legendenbildung betrieben.

Ich muss einfach kurz etwas in Erinnerung rufen. Die damalige Ministerin Behler, die jetzt dem Landtag den Rücken gekehrt hat, hat im Januar 1999 über das Magazin „Der Spiegel“ den Hochschulen mitgeteilt, es gäbe jetzt diesen Qualitätspakt. Ein unmögliches Unterfangen! Die Hochschullandschaft war empört darüber, wie solche Dinge eingestielt wurden.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Dann haben Sie das durchgezogen und den Hochschulen diesen Pakt aufgedrückt. Ich habe mal nachgesehen, wie das von der Hochschullandschaft kommentiert wurde. Nur zwei Zitate - ich könnte stundenlang zitieren -, die wirklich signifikant sind.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD] und Johannes Remmel [GRÜNE])

Seinerzeit hat der damalige Düsseldorfer Rektor Gert Kaiser, der Nestor der Universitätsrektoren - das war er damals schon, jetzt ist er ja pensioniert und macht noch andere schöne Sachen, die auch wichtig sind -, zum Qualitätspakt gesagt,

„es sei ein Geschenk der Mafia, man könne es schlecht ablehnen. „Das ist ein Angebot, das normalerweise ein Ladenbesitzer in der Bronx von einem Herrn im grauen Anzug bekommt. Dieser Qualitätspakt ist eine Schutzgelderpressung. Das darf man auch mal so benennen.“

„Westdeutsche Zeitung“, 20. Mai 1999.

Auch die Studierenden waren nicht glücklich. Da lässt der AStA der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Folgendes verlauten:

„Der sogenannte“

- der wurde immer so genannt -

„Qualitätspakt ist eine reine Verschleierung der vom Land seit Jahren betriebenen Unterfinanzierung der gesamten Hochschullandschaft in NRW.“

So weit die beiden Zitate.

Dann kam der Expertenrat unter dem Vorsitz des wirklich profilierten Herrn Erichsen, der lange Zeit Vorsitzender der Hochschulrektorenkonferenz war. Der sollte mit seinem Expertenrat jetzt weiße Salbe auf die Wunde schmieren und hat dabei die Hochschullandschaft besucht. Darüber hat er im Ausschuss im Detail berichtet und zu seinen Erfahrungen an den einzelnen Standorten gesagt, dass ein solch kühles und von Misstrauen geprägtes Klima zwischen einem Ministerium und den Hochschulen wie in NRW in keinem anderen Bundesland existiere. Der Mann hatte nicht nur Recht, er konnte das auch belegen.

Das ist die eigentliche Abqualifizierung dessen, was seit vielen Jahren im Wissenschaftsbereich läuft. Und das machen wir besser. Das kann ich Ihnen wirklich fest zusagen. Die Verbesserung des Klimas, kann man kostenneutral gestalten.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das betrifft die Art des Umgangs miteinander, die Frage, inwieweit man Verlässlichkeit lebt und Planungssicherheit herstellt.

Auch bei den Zielvereinbarungen werden wir uns daran halten. Dieser Antrag schlägt also auf Sie selbst zurück. Sie gebrauchen Begriffe, nach denen Sie selbst in Ihrem Regierungshandeln überhaupt nicht gelebt haben.

Deswegen eine kleine Empfehlung: Wir werden demnächst ein paar sommerliche, etwas ruhigere Tage haben, die wir uns alle verdient haben. Nutzen Sie diese Zeit, sich mit Ihrer Wahlniederlage abzufinden! Sie können weiterhin, so oft Sie wollen, namentliche Abstimmungen durchführen lassen. Es bleibt bei 74 bei der SPD - das wird nicht mehr - und bei 12 bei den Grünen.

(Beifall von der CDU)

Denken Sie darüber nach! Finden Sie zu einer ordentlichen Oppositionsrolle! Verwechseln Sie Opposition nicht mit Obstruktion! Dann wird es mit Ihnen vielleicht noch etwas werden. - Danke.

(Beifall von CDU und FDP - Heiterkeit bei der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Manfred Kuhmichel. - Es hat jetzt Karl Schultheis von der SPD das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst auf Herrn Kuhmichel eingehen. Herr Kuhmichel, ob hier irgendetwas platt gemacht wird, wie Sie so salopp formulieren, liegt ja - mehrheitsmäßig - in Ihren Händen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben diesen Antrag nicht gestellt, damit er platt gemacht wird, sondern damit hier Klarheit und Verlässlichkeit Ausdruck finden und nicht nur etwas dahergesagt wird, sondern sich an konkreten Sachverhalten bewahrheitet.

Was die Bewertung des Qualitätspakts angeht, hat sich sicherlich auch Ihre Einschätzung in den letzten Monaten, seit Sie die Regierungsmehrheit angestrebt haben, einiges verändert. Ich habe schon ganz andere Einschätzungen gehört. - Es handelt sich nicht um irgendeine Vereinbarung oder Absichtserklärung der ehemaligen SPD/Grünen-Landesregierung, sondern um einen Vertrag, der zwischen allen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und der Landesregierung abgeschlossen worden ist. Ich würde denjenigen, die diesen Vertrag von Hochschuleseite aus abgeschlossen haben, zubilligen wollen, das mit klarem Verstand getan zu haben.

(Christian Lindner [FDP]: Wegen der Pistole auf dem Tisch!)

- Herr Lindner, das unterscheidet Sie von vielen der Leute, die diesen Antrag und den Qualitätspakt unterschrieben haben.

Der Qualitätspakt ist ein Merkmal der Landespolitik von SPD und Grünen und hat uns positiv von anderen Bundesländern unterschieden. Sie haben eben zu Recht die Beispiele Bayern und Baden-Württemberg genannt. Dort ist mit dem Rasenmäher vorgegangen worden. Die Stellen sind einfach gestrichen worden. Um diesen Weg zu vermeiden, ist es zum Qualitätspakt gekommen. Die genannten 2.000 Stellen sollten nicht im Hauruckverfahren bis zum Jahre 2009 abgebaut werden, sondern vor dem Hintergrund der Empfehlungen des Expertenrats.

Der Qualitätspakt muss im Kontext gesehen werden. Der Expertenrat, die Empfehlungen des Expertenrats und die neue Hochschulgesetzgebung sind ein Paket, das dazu geführt hat, dass der Innovationsprozess in unseren Hochschulen beschleunigt worden und auch zielgerichteter erfolgt ist, als es bei einem Stellenabbau aus finanziellen Gesichtspunkten der Fall gewesen wäre. Eine solche Politik hebt sich auch qualitätsmäßig positiv ab.

Herr Minister Pinkwart, Sie haben von der Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen gesprochen. Hier ist in der Tat nach wie vor eine Menge zu tun. Aber wir wollten durch den Qualitätspakt Freiräume schaffen, um die Exzellenz weiter zu steigern, die Profile weiter auszubilden, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die NRW-Hochschulen nicht am Ende der Fahnenstange stehen.

Sie sprachen die Sonderforschungsbereiche an. Nordrhein-Westfalen steht an der Spitze der Sonderforschungsbereiche in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Nordrhein-Westfalen wirbt bei der Bundesregierung die meisten Projektmittel ein. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Auch das gehört dazu, wenn man die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen beurteilen will. Das muss man hier auch klar und neutral vortragen. Das erwarte ich zumindest von der Landesregierung, weniger von den Koalitionsfraktionen.

Noch einmal zu dem, was Herr Dr. Brinkmeier hinsichtlich der Einschätzung, es ginge beim Qualitätspakt einfach nur um den Stellenabbau, vorgebracht hat. Durch die Ergänzung des Jahres 2000 hat die Landesregierung ihre Vorstellungen etwas modifiziert - das ist richtig; denn es ist auch Punkt des Qualitätspakts, dass der Haushaltsgesetzgeber das letzte Wort hat - und sich darauf geeinigt, die Kernelemente des Qualitätspakts durchzuhalten. Das ist bisher gelungen.

Ich habe heute kein Argument gehört - nicht von Herrn Lindner, der ohnehin etwas flapsig-arrogant vorgetragen hat, nicht von Herrn Brinkmeier, nicht von Herrn Kuhmichel, nicht von Herrn Minister Pinkwart -, das dagegen spräche, dass Sie diesem Antrag heute zustimmen könnten. Zumindest verbal sind wir uns alle einig: Wir wollen Planungssicherheit. Wir wollen unsere Hochschulen voranbringen. - Es spricht nichts dagegen, dass Sie hier zustimmen. Sie legen nur parteitaktisches Gehabe an den Tag. Unser Antrag ist kurz und knapp gefasst, um Sie nicht in die Bredouille zu bringen.

(Minister Michael Breuer: Oh!)

- Ja, wir sind daran interessiert, dass unsere Hochschulen auf klarer Basis arbeiten können, auch bis zum Jahr 2009. Wenn Sie on Top etwas tun wollen, werden Sie sicherlich hier im Landtag an vielen Stellen unsere Unterstützung finden. Wir wissen, dass der Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weiter ausgebaut werden muss. Aber wir erwarten auch, dass Sie dies auf der Basis der Vereinbarungen mit den Hochschulen tun. Denn die Planungsprozesse in den Hochschulen laufen. Wenn Sie dort Verunsicherung hervorgerufen, müssen diese Planungsprozesse unterbrochen werden.

Um noch einmal zur Bestandsgarantie zurückzukommen, von der Herr Dr. Brinkmeier behauptet hat, sie sei nirgendwo festgelegt worden: Es liegt in der Logik des Qualitätspakts selbst, der mit allen Hochschulen geschlossen worden ist, dass mit ihm auch eine Bestandsgarantie aller Hochschulstandorte verbunden ist. Sonst kann man nicht mit allen Hochschulen einen Vertrag schließen, Herr Dr. Brinkmeier; das gäbe wenig Sinn.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen können Sie die Plenarprotokolle lesen. Es hat eine Regierungserklärung des damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement hier im Landtag zu dieser Frage gegeben. Er geht explizit auf diese Bestandsgarantie für alle Hochschulstandorte in Nordrhein-Westfalen ein.

Wenn Sie diesem Antrag nicht folgen wollen, muss man vermuten, dass Sie innerhalb der Ressourcen, die für Wissenschaft und Forschung für unsere Hochschulen zur Verfügung stehen, umverteilen wollen. Sie wollen nichts dazu tun, sondern umverteilen. Das heißt, dass Standorte zu Lasten anderer Standorte geschöpft werden. Das wird Ihre Politik sein, die sozusagen der rote beziehungsweise schwarze Faden in der Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsidenten Rüttgers gewesen ist - hier einmal angewandt auf

den Bereich Hochschule, Wissenschaft und Forschung.

Meine Damen und Herren, nochmals: Geben Sie ein positives Signal! Hier ist kein Argument gefallen, das gegen die drei Punkte spräche. Unseretwegen brauchen Sie den Begleittext nicht zu beschließen. Beschließen Sie die drei Punkte, das reicht. Dann wissen unsere Hochschulen, woran sie sind. Dann haben wir die gemeinsame Basis, im Landtag politisch für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu arbeiten. Das ist meine herzliche Bitte.

Aber die flapsigen und arroganten Äußerungen von Herrn Lindner zeigen die Richtung und Qualität Ihres Argumentierens. Wenn Sie also nicht zustimmen, werden wir das zu würdigen wissen und mit den Experten der Hochschulen gemeinsam auswerten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Schultheis. - Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt.

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist das Bemühen um Gemeinsamkeit!)

Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/29; der Neudruck** liegt Ihnen vor. Ich frage das Plenum: Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist gegen diesen Antrag? - Das heißt, dieser Antrag ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt

5 Städte und Gemeinden bei der Reduzierung der Feinstaubbelastung unterstützen: Dieselrußfilter bei ÖPNV-Bussen kurzfristig nachrüsten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/36

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die

Corneliusstraße in Düsseldorf oder auch die Brackeler Straße in Dortmund haben mittlerweile bundesweit - allerdings zweifelhafte - Berühmtheit erlangt. Sie laufen sich in den letzten Wochen gegenseitig den Rang ab, wenn es darum geht, Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaubbelastungen festzustellen. Beide Städte waren aufgrund der Belastungen gezwungen, die Straßen für den LKW-Verkehr zu sperren. In beiden Städten sieht man sich voraussichtlich weiterhin gezwungen,

(Unruhe - Oliver Keymis [GRÜNE]: Können Sie mal für Ruhe sorgen? Es ist zu laut hier!)

die Straßen für alle Dieselfahrzeuge ohne Rußfilter vollständig zu sperren. - Es ist in der Tat ein sehr unruhiges Miteinander-Reden.

(Glocke)

Mittlerweile liegen die ersten Gerichtsentscheidungen vor, die an Straßen mit hoher Luftbelastung einen klaren Rechtsanspruch der Anwohnerinnen und Anwohner auf Reduzierung der Belastung vorsehen. Auf die Städte und Gemeinden kommt somit in naher Zukunft ein sehr hoher Handlungsdruck zu.

Es sind vor allem die Hauptverkehrsstraßen, die aufgrund des Verkehrsaufkommens hohe Belastungen bei Feinstaub aufweisen. In aller Regel sind diese Hauptverkehrsstraßen auch die Hauptachsen des öffentlichen Personennahverkehrs. Hier schließt sich der Kreis zu der Busflotte der öffentlichen Verkehrsunternehmen. Ich will gar nicht davon reden, dass die Busse des ÖPNV auch von Straßensperrungen betroffen sind. Für mich ist maßgebend, dass die Nutzung des ÖPNV für viele Fahrgäste mit einem positiven Umweltimage verbunden ist. Stinker, so vermittelte uns erfolgreich die Marketingstrategie der französischen Automobilhersteller, haben in dieser Gesellschaft keinen Platz mehr.

Die Unternehmen des ÖPNV müssen deshalb kurzfristig die gesamte Busflotte mit einem Rußpartikelfilter ausrüsten. Aus sehr vielen Gesprächen in den letzten Wochen habe ich erfahren, dass manche kommunale Verkehrsunternehmen mit großer Vehemenz an diese Aufgabe herangehen. Beispielsweise sei die Rheinbahn in Düsseldorf erwähnt, die sämtliche 174 Busse, die noch keinen Rußfilter haben, innerhalb kürzester Zeit mit einem Investitionsvolumen von 2,5 Millionen € nachrüsten will.

Bei anderen Verkehrsunternehmen - das ist der Grund unseres Antrages - ist hinsichtlich der Nachrüstung mit Rußfiltern eher, um es vorsichtig

auszudrücken, eine gewisse Zurückhaltung zu spüren. Hier setzt man - zumindest verbal - auf eine langfristige Strategie, um die Busflotte im Rahmen der Ersatzbeschaffung umzurüsten. Meine Damen und Herren, hier brauchen wir insgesamt mehr Druck, weil die Belastungssituation dies erfordert.

Ich muss an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass die Landesregierung durch die Umstellung der Förderrichtlinien im letzten Jahr die ersten Schritte dahin gemacht hat, indem die Förderung von Neuanschaffungen mit Dieselpartikelfiltern verpflichtend ist - ohne eine solche Ausrüstung gibt es keine Bezuschussung mehr - und das Angebot besteht, nachzurüsten. Aber dies reicht offensichtlich nicht aus.

Mit unserem vorliegenden Antrag wollen wir erreichen, dass ein bestimmtes Kontingent aus der Fahrzeugförderung des Landes für die Nachrüstung der Busse mit einem leistungsfähigen Partikelfilter reserviert wird. Dies wird folgende Effekte nach sich ziehen:

Erstens. Für die Verkehrsunternehmen wird es zu einem Anreizsystem für eine kurzfristige Nachrüstung kommen.

Zweitens. Gleichzeitig kann die Ersatzbeschaffung von Neufahrzeugen fortgeführt werden.

Drittens. Das Land setzt damit bundesweit ein Signal zur Förderung eines positiven Umweltimages der öffentlichen Verkehrsmittel.

Viertens. Die Städte und Gemeinden werden in ihren Bemühungen zur Reduzierung der Feinstaubbelastung unterstützt.

Fünftens. Die Hersteller der Fahrzeuge werden auch von dieser Seite noch einmal angetrieben, die vorhandenen Widerstände in Bezug auf eine langfristige Garantieverpflichtung für die Fahrzeuge zu überdenken und dort sehr schnell zu konkreten Lösungen zu kommen.

Das Land kann durch die Fahrzeugförderung also im Rahmen seiner Möglichkeiten einen erheblichen Einfluss auf die Zweckverbände des Landes und damit auf die kommunalen Verkehrsunternehmen ausüben.

Deshalb halten wir es für richtig, dies im Rahmen einer Verständigung mit allen Beteiligten zu erreichen, meine Damen und Herren. Sollte das allerdings in absehbarer Zeit nicht gelingen, dann sollten - so sieht es jedenfalls unser Antrag vor - die Förderpraxis und die Fördervoraussetzungen umgestellt werden.

Wir greifen mit unserem Antrag den Koalitionsvertrag auf. Dort ist formuliert, dass die Koalitionspartner darin übereinstimmen, die Städte und Gemeinden bei der Bemühung zur Reduzierung der Feinstaubbelastung zu unterstützen. Nichts anderes schlagen wir mit unserem heutigen Antrag vor; genau so will es der Vorschlag der grünen Fraktion. Für diese Unterstützung der Gemeinden ist im Übrigen auch ein entsprechendes reserviertes Förderkontingent vorzusehen.

Weil es Zeitverzug gibt, möchten wir das Ganze heute mit einer direkten Abstimmung verbinden. Hier muss schnell gehandelt werden. Schon innerhalb der Sommerpause könnten die entsprechenden Maßnahmen ergriffen und die notwendigen Gespräche geführt werden.

Wenn es allerdings das konstruktive Angebot gibt, schnell in diese Richtung vorzugehen, wären wir auch damit einverstanden, diesen Antrag abschließend - vielleicht schon mit einem konkreten Ergebnis - im Ausschuss beraten zu lassen. - Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Rammel. - Ich gebe jetzt Herrn Lorth von der CDU-Fraktion das Wort.

Gerhard Lorth (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist in der politischen Diskussion über die Schadstoffbelastung in der Luft sicherlich unstrittig, dass ein langfristiges Gesamtkonzept zur Reduzierung der Schadstoffbelastung notwendig ist.

Gesetzesänderungen oder Initiativen, die sich nur einseitig auf den Verkehrssektor konzentrieren, bringen uns in der Sache allerdings nicht oder nur wenig weiter. Der Verkehrssektor insgesamt ist mit einem Anteil von ca. 25 % längst nicht die einzige Feinstaubquelle. Vielmehr haben auch Hausbrand, Heiz- und Kraftwerke sowie die Industrie beträchtliche Anteile.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlt ein abgestimmtes langfristiges Gesamtkonzept zur Reduzierung von Feinstaub - und zwar gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen und der Automobilwirtschaft und nicht lediglich auf deren Kosten. In einem weiteren Schritt muss eine Einigung zwischen Bund und Ländern über eine vernünftige und auch finanzierbare Umsetzung erzielt werden. Es ist also gemeinsames Handeln gefordert.

Herr Trittin hat es bisher versäumt, ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept vorzulegen.

Das Schwarze-Peter-Spiel der Bundesregierung mit dem Griff in die Kassen der Länder muss beendet werden. Die rot-grüne Mehrheit in Berlin hat einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Gesamtkonzeption abgelehnt. Damit wurde eine wichtige Chance vertan, ein langfristig tragfähiges Konzept auf den Weg zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Antrag, kurzfristig Dieselfilter in ÖPNV-Bussen nachzurüsten, geht eindeutig zulasten der Neubeschaffung von Bussen, führt zur Verringerung der Betriebsleistungen und löst das Problem der Schadstoffentlastungen nicht nachhaltig. Es ist kaum nachzuvollziehen, dass die Grünen kurz nach ihrer Abwahl aus der Landesregierung heute einen solchen Antrag stellen.

Die im Antrag als letzte Konsequenz postulierte Änderung der Förderungsvorgaben bedeutet eine weitere Gängelung der Kommunen als Aufgabenträger. Hier wird ein weiterer Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung geplant - getreu der Ideologie der Grünen: Misstrauen gegen andere; mehr Regelungen durch den Staat.

(Beifall von der CDU)

Die Grundauffassung der CDU - schlanker Staat; Verlagerung von Aufgaben nach unten; eigenverantwortliche Entscheidungen vor Ort, nämlich dort, wo die Probleme bestehen - hat unser Ministerpräsident heute Morgen in seiner Regierungserklärung noch einmal ganz deutlich herausgestellt.

Nach § 13 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen erhalten die Aufgabenträger vom Land pauschalisierte, an der jeweiligen Betriebsleistung orientierte Förderungszuweisungen. Die konkreten Förderentscheidungen treffen die Aufgabenträger. Das ist auch richtig so.

Der Antrag läuft darauf hinaus, in diese Rechte der ÖPNV-Aufgabenträger einzugreifen und Kompetenzen

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aber Gespräche darf man doch führen!)

wieder auf das Land zurückzuverlagern. Wir sind hier völlig anderer Auffassung, weil wir der Meinung sind, dass die demokratisch gewählten Gremien auf kommunaler und regionaler Ebene dies am besten verantwortlich selbst entscheiden können. Zum Teil tun sie das ja auch.

(Beifall von der CDU)

Die Absicht des Antrags könnte unter Umständen sein, im Zusammenhang mit der Feinstaubdebatte den Buseinsatz zu einem Problem hochzustilisieren. Fakt ist aber, dass der Anteil der durch Linienbusse erzeugten Emissionen eine wirklich zu vernachlässigende Komponente ist. Wie schon erörtert, ist der Anteil des Verkehrssektors geringer als allgemein angenommen. Der motorisierte ÖPNV ist in diesem Zusammenhang kein wesentlicher Faktor. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass selbst eine völlige Eliminierung der Partikelemissionen durch die Linienbusse die Partikelbelastung vor Ort kaum beeinflussen würde.

Außerdem leistet der ÖPNV per se einen Beitrag zur Senkung der Feinstaubemissionen. Für einen Fahrgast in einem vollbesetzten Linienbus werden pro 100 km durchschnittlich nur 0,5 Liter Diesel benötigt, während für einen Alleinfahrer in einem Dieselfahrzeug 7 Liter verbraucht werden.

Ziel sollte also auch unter dem Gesichtspunkt der Feinstaubbelastung eine weitere Veränderung des Modal Split zugunsten des ÖPNV sein. Dazu würde die Umsetzung dieses Antrages keinen Beitrag leisten. Im Gegenteil: Da zusätzliche Fördermittel nicht zur Verfügung stehen - diese haben Sie ja auch nicht vorgeschlagen geschweige denn einen Vorschlag einer Gegenfinanzierung gemacht -, geht die kurzfristig geforderte Nachrüstung aktuell ausschließlich zulasten der bereits bestehenden Mittel für den ÖPNV. Der Spielraum der Kommunen würde das Leistungsangebot negativ beeinträchtigen.

Rot-Grün hat in der soeben zu Ende gegangenen Regierungszeit keine zusätzlichen Fördergelder eingesetzt, auch wenn im Antrag dieser Eindruck erweckt wird. Seit dem 1. Januar 2005 werden nur noch Neufahrzeuge mit Rußfilter gefördert. Die Nachrüstung ist insofern auch nur zum Teil wirtschaftlich vertretbar. Das sagen auch die Verbände.

Die durchschnittliche Einsatzdauer eines Fahrzeuges liegt bei zehn Jahren, die Abschreibung bei acht Jahren. Die Unternehmen weisen mit Recht darauf hin, dass bei Fahrzeugen, die länger als fünf Jahre fahren, eine Nachrüstung betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist.

Einen weiteren Druck auf die Aufgabenträger auszuüben, die gesamte Flotte sofort nachzurüsten, bedeutet einen unnötigen wirtschaftlichen Schaden, eine Reduzierung des Leistungsangebotes und führt letztlich dazu, dass viele wieder auf den Individualverkehr umsteigen. Das ist somit auch ökologisch unsinnig. Ohne mehr Mittel -

und die stehen nicht zur Verfügung - ist also keine Nachhaltigkeit zu erreichen.

Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass unsere Verkehrsunternehmen - jedenfalls in der Regel - bei dem Einsatz umweltfreundlicher Technologien Vorreiter sind. Die große Mehrzahl der Fahrzeuge ist mit emissionsarmen Motoren der Klassen EURO 2 und 3 ausgestattet. Viele fahren bereits mit umweltfreundlicher Filtertechnik.

Wir sollten den Aufgabenträgern in dieser Hinsicht vertrauen. Natürlich sollten wir ihm behilflich sein, aber ohne zusätzliche Mittel bereitzustellen, die zulasten anderer ÖPNV-Angebote gehen.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt deshalb die Absicht der Landesregierung und des Ministers, mit den Aufgabenträgern Gespräche zu führen. Wir unterstützen den Minister auch in seiner Absicht, den Kommunen weiterhin hinreichende öffentliche Mittel für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen. Hierzu bedarf es wirklich nicht dieses Antrages. Er ist auch nicht zielführend. Insofern lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lorth. - Ich gebe jetzt das Wort an Herrn Wißen von der SPD.

Bodo Wißen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Feinstaub-Diskussion ist richtig und wichtig. Wir sollten sie aber versachlichen. Dazu trägt der vorliegende Antrag der Fraktion der Grünen leider nicht bei.

(Beifall von SPD, CDU und FDP)

Unbestreitbar ist, dass Feinstaub eine unmittelbare Gefahr für den Menschen bedeutet. Daher hat die EU in der Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie ehrgeizige Emissionswerte festgelegt. Sie sind in Deutschland durch das Bundesemissionsschutzgesetz verbindlich geworden. Wir begrüßen dieses Vorgehen ausdrücklich.

(Beifall von der SPD)

Vor diesem Hintergrund haben die zuständigen Bezirksregierungen mit vielen nordrhein-westfälischen Städten Luftreinhaltepläne aufgestellt. Hierbei sind Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung der Schadstoffbelastung der Luft vorgesehen. Dabei ist klar, dass kleinräumige Maßnahmen auf kommunaler Ebene die Luftverhältnisse nicht flächendeckend und dauerhaft

verbessern. Das Feinstaubproblem muss vielmehr an seiner Quelle erfasst werden.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Eine dieser Quellen - und tatsächlich nur eine Quelle - ist der Straßenverkehr. Weitere Quellen für die Feinstaubbelastung sind Kraftwerke, Haushalte, Industrieprozesse, Industriefeuerungen, Schüttgutumschläge und einiges andere mehr. Darüber haben wir gerade schon Näheres gehört.

Im innerstädtischen Bereich trägt gerade der Straßenverkehr erheblich zur Staubbelastung bei. Zu den direkten Emissionen aus dem Auspuff kommen noch Reifenabrieb sowie aufgewirbelte Straßenstäube hinzu.

Bezogen auf den innerstädtischen Straßenverkehr bezieht sich die Feinstaubbelastung vorrangig auf Diesel-Pkw und Diesel-Lkw. Der vorliegende Antrag der Fraktion der Grünen befasst sich aber ausschließlich mit ÖPNV-Bussen. Busse und Bahnen verursachen aber nur 1 bis 2 % der Feinstaubemissionen in Deutschland. Das Feinstaubproblem wird also nicht durch den ÖPNV verursacht.

Uns allen muss klar sein, dass Busse und Bahnen die Bürger umweltverträglich an ihr Ziel bringen. Das muss man den Grünen ja eigentlich nicht besonders erklären, sollte man hoffen.

(Beifall von der SPD)

Die Lektüre des vorliegenden Antrags vermittelt aber eher den Eindruck, als seien ÖPNV-Busse reine Dreckschleudern. Das ist nicht richtig.

Im Vergleich zum Individualverkehr wird die Feinstaubbelastung durch weniger Abgase und weniger Aufwirbelungen der ÖPNV-Busse deutlich reduziert. Ein Fahrgast im Bus verursacht bis zu vierhundert Mal weniger Feinstäube als der Fahrer eines Diesel-Pkw. Der Verband der deutschen Verkehrsunternehmen rechnet in diesem Zusammenhang vor, dass ein Auto mit durchschnittlich 15 Personen besetzt sein müsste, um einen so guten Kraftstoffverbrauch, also auch entsprechend geringe Feinstaubemissionen, zu erzielen wie der ÖPNV in Deutschland.

(Edgar Moron [SPD]: So viele Personen gehen bei mir nicht ins Auto! - Heiterkeit von der SPD)

Meine Damen und Herren, um es klar und deutlich zu sagen: Auch die 1 bis 2 % Feinstaubemissionen durch den ÖPNV nehmen wir ernst. Das zeigt sich schon darin, dass das SPD-geführte

Verkehrsministerium in der vergangenen Legislaturperiode den Einsatz von Rußpartikelfiltern für ÖPNV-Fahrzeuge zur verpflichtenden Fördervoraussetzung für Anschaffungen im Rahmen der Verwaltungsvorschriften zum ÖPNV-Gesetz gemacht hat. Auch darauf ist bereits eingegangen worden.

Die Nachrüstung mit Diesel-Rußfiltern wird seit Jahren ebenfalls vom Land NRW gefördert. Diese Förderung ist ein Anreiz zur Nachrüstung, aber keine Verpflichtung. Denn die Effektivität und die Effizienz dieser Maßnahme müssen sich erst noch erweisen. Daher haben einige VRR-Unternehmen sich entschieden, dies genau zu prüfen. Das Ergebnis dieser Entscheidung wird im Herbst dieses Jahres vorliegen.

Hinsichtlich der öffentlichen Förderung hat somit die Neuanschaffung klare Priorität gegenüber der Nachrüstung. Das ist auch gut so. Denn bereits 2010 wird die zweite Stufe der EU-Luftreinhalteverordnung gelten, die weitere Nachrüstungs- und Kostenlawinen verursachen wird.

Meine Damen und Herren, die Lösung des Feinstaubproblems entsprechend dem vorliegenden Antrag greift für die SPD-Fraktion viel zu kurz.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das hat auch keiner gesagt! - Gegenrufe von der SPD)

Wir werden dieses und ähnliche Probleme nicht dadurch lösen, indem wir immer neue Filtertechniken zum Einsatz bringen, öffentlich fördern oder verpflichtend machen.

(Beifall von der SPD)

Vielmehr müssen solche Maßnahmen durch weitere verkehrliche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in NRW ergänzt werden. Zu nennen sind hierbei die Verbesserung des Verkehrsflusses durch Verkehrslenkungsmaßnahmen, effektivere Ampelschaltungen, Verkehrsleitsysteme und, wo angezeigt, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Aber auch Ortsumgehungen, Entlastungsstraßen, der Ausbau von Autobahnen sowie Lückenschlüsse im Fernstraßennetz vermögen Ballungsräume verkehrlich zu entlasten und die entsprechende Luftbelastung zu verringern.

Die Förderung des Radverkehrs in unseren Städten durch den Bau von Radwegen und Fahrradstationen wird die innerstädtische Luftqualität nachhaltig verbessern.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Meine Damen und Herren, wir wünschen uns alle mehr Innovationen in unserem Land. Vor allen

Dingen im Bereich der Luftreinhaltung existieren solche innovativen Techniken seit Jahren. Sie müssen jetzt nur breite Anwendung finden.

Um in Zukunft die Feinstaubbelastung der Luft zu minimieren, ist nicht nur auf die Nachbehandlung von Abgasen zu achten, sondern vielmehr der Einsatz von zu Benzin und Diesel alternativen Antriebstechnologien zu forcieren. Denn was gar nicht erst in die Verbrennung hineinkommt, muss später auch nicht herausgefiltert werden.

Das Spektrum alternativer Antriebssysteme reicht von der Brennstoffzelle über den Elektroantrieb, den Hybridantrieb bis zum Gasantrieb.

Gerade im ÖPNV bietet sich in besonderer Weise der Erdgasantrieb an. Denn Busse verkehren im Stadtverkehr und in umweltsensiblen Gebieten, und Gasautos haben keine Probleme mit Partikeln. Neueste Erdgasmotoren unterschreiten schon jetzt die ab 2008 gültige Euro 5-Norm. In Thüringen und Bayern sind Erdgasbusse seit über zehn Jahren erfolgreich im Einsatz. Dabei zeigt sich, dass die Laufleistung von Erdgasbussen wesentlich höher ist als die von Dieselnissen.

Gleichzeitig unterstützt die Verwendung von Erdgasantrieben im ÖPNV die weitere Verbreitung des Kraftstoffes bei anderen gewerblichen und privaten Nutzern, indem die Tankstellen der Verkehrsunternehmen öffentlich zugänglich gemacht werden.

Meine Damen und Herren, seit Jahren gibt es die Feinstaubdiskussion, und seit Jahren gibt es die unterschiedlichen Lösungsansätze, die sich gegenseitig ergänzen.

Seit Jahren setzt sich die SPD-Fraktion für eine Verwirklichung all der von mir eben genannten Maßnahmen ein. Daher bedauere ich, dass sich der Feinstaubaktionismus der Grünen unverändert auf die Nachrüstungsforderung konzentriert. Aus diesem Grunde lehnen wir diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und Hans Peter Lindlar [CDU])

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wißen. - Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen bestand in den vergangenen Jahren aus Stillstand und Stau, und ausgerechnet die Fraktion, die in den vergangenen Jahren die Verkehrspolitik in Nordrhein-

Westfalen blockiert und ausgebremst hat, stellt in dieser Legislaturperiode den ersten Antrag zur Verkehrspolitik. Meine Damen und Herren von den Grünen, Anträge werden Sie weiter stellen, nur Ihre Blockadepolitik, die ist mit dieser Periode beendet!

(Beifall von FDP und CDU)

Bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD sieht man doch die Freude im Gesicht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

Die mussten doch in der Verkehrspolitik Jahr für Jahr und Tag für Tag mit Ihnen immer faule Kompromisse eingehen. Jetzt können die auf einmal wieder vernünftige Verkehrspolitik machen, zumindest heute bei diesem Punkt. Wenn das in Düsseldorf der Fall ist, dann ist das vielleicht auch bald in Berlin der Fall.

Natürlich verfolgt auch die FDP das Ziel, die Feinstaubbelastung zu reduzieren, und natürlich ist der Einsatz von Dieselfiltern der richtige Weg.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wo ist die FDP eigentlich?)

- Die verlassen sich auf mich, Herr Horstmann. Das ist schon in Ordnung so. - Selbstverständlich werden auch wir von der FDP mit den Zweckverbänden reden, um zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wer ist „wir“? Es ist ja nur einer da!)

- Die anderen reden schon, Herr Horstmann. Sie sitzen da rum. - Um das Problem Feinstaub nachhaltig anzugehen, benötigen wir ein bundesweites Gesamtkonzept. Doch Herr Trittin in Berlin hat seine Arbeit offensichtlich schon eingestellt.

Die Grünen fordern in ihrem Antrag, die Landesregierung solle die förderrechtlichen Vorgaben umstellen. Das haben sie geschrieben. Wir sollen die förderrechtlichen Vorgaben umstellen. - Herr Rimmel, Sie müssen sich doch fragen lassen, warum Sie das nicht schon getan haben.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wir haben doch noch im Januar ein ÖPNV-Gesetz beschlossen. Da hätten Sie das doch einbringen können. So neu ist das Problem wahrlich nicht, sondern im Gegenteil: Sie haben in den Debatten vor einigen Monaten darauf hingewiesen, dass das Problem schon uralt sei und Sie das schon sehr lange erkannt hätten. - Nein, nein, Sie kamen einfach mit Ihren Argumenten nicht

durch, weil Sie damit schlicht und ergreifend daneben liegen.

(Zurufe von Dr. Axel Horstmann [SPD] und Johannes Rimmel [GRÜNE])

Sie wollen die Zweckverbände beziehungsweise die Verkehrsunternehmen zwingen, in die bestehende Busflotte kurzfristig zu investieren und nachzurüsten. Sie wollen also erneut einseitig in die Unternehmenspolitik eingreifen. Erneut spielen bei Ihnen betriebswirtschaftliche Aspekte überhaupt keine Rolle. Und das, Herr Rimmel, hängt mit Arbeitsplätzen zusammen.

Meine Damen und Herren, diese Staatsgläubigkeit ist falsch. Der Ansatz bei den Grünen, der Staat regelt alles, ist genau der falsche Weg. Wir - das hat der Ministerpräsident heute Morgen in der Regierungserklärung ganz deutlich gemacht - gehen einen ganz anderen Weg.

Deshalb wird auch die FDP diesen Antrag ablehnen. Die FDP wird den Minister bei den Gesprächen mit den Zweckverbänden unterstützen. Die FDP wird sich für ein bundesweites Konzept einsetzen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Rasche, mir liegt eine Wortmeldung vor.

Christof Rasche (FDP): Ich bin sofort fertig. Dann kann ich darauf eingehen. - Die kommunale Selbstverwaltung wird die FDP stärken, während die Grünen diese offensichtlich schwächen wollen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Rasche, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rimmel zu?

Christof Rasche (FDP): Von Herrn Rimmel? - Darauf freue ich mich.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Rimmel, Sie haben das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Rasche, können Sie denn dem Hohen Haus erklären, warum beispielsweise die Rheinbahn in Düsseldorf die komplette Busflotte nachrüstet, beim VRR das Ganze aber nicht passiert?

Christof Rasche (FDP): Herr Rimmel, ich erkläre Ihnen gerne Teile der Wirtschaftspolitik. Das könnte ich stundenlang machen. Natürlich gibt es bei unterschiedlichen Unternehmen unterschiedliche Probleme. Die einen sind in der Lage, das

etwas früher zu machen, und die anderen sind erst später in der Lage, das zu machen. Es gibt kleinere Unternehmen ...

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

- Wenn Sie eine Frage stellen, Herr Rimmel, dann hören Sie doch hinterher wenigstens zu, wenn Ihnen geantwortet wird, und blubbern nicht wieder dazwischen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Es gibt kleine Unternehmen. Es gibt mittlere Unternehmen. Es gibt große Unternehmen. Die handeln alle unterschiedlich. Das ist auch gut so. Entscheidend ist, dass dieses Hohe Haus diesen Vorgang konstruktiv begleitet und nicht wie Sie einen Antrag stellt, den doch wirklich niemand in Nordrhein-Westfalen, der vernünftig denkt, unterstützt. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. - Das Wort hat Herr Minister Wittke. Bitte schön.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Europäische Union hat uns anspruchsvolle Grenzwerte für die Feinstaubbelastung in den Städten vorgegeben.

Die Feinstaubbelastung resultiert aus einer regionalen und städtischen Grundbelastung und zusätzlichen Spitzen an besonders belasteten Stellen. In acht Kommunen in unserem Land sind wegen der dort vorhandenen hohen Grenzbelastung Luftreinhaltepläne und in zwölf weiteren Städten Aktionspläne in Kraft gesetzt oder in Vorbereitung.

Dort, wo die besonderen Spitzenbelastungen auf den Verkehr zurückzuführen sind, spielen in Einzelfällen auch die Dieselrußausstöße von Linienbussen eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Dieselruß ist schädlich für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen.

Die Landesregierung setzt sich deshalb generell und mit Nachdruck für die Nachrüstung von Partikelfiltern in Linienbussen ein. Sie unterstützt Städte und Verkehrsunternehmen bei der konsequenten Modernisierung der Fahrzeuge für den öffentlichen Nahverkehr. Sie unterstützt darüber hinaus auch Bemühungen der Nachrüstung von Linienbussen mit Rußfiltersystemen.

Nordrhein-Westfalen ist übrigens das einzige deutsche Flächenland mit einer gesetzlich garan-

tierten ÖPNV-Fahrzeugförderung, die überdies mit einem ausreichend bemessenen Mindestbetrag von jährlich 105 Millionen € und einem Steigerungsfaktor ausgestattet ist.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Gute Verkehrspolitik eben!)

Im Jahr 2005 werden deshalb über 108 Millionen € bereitgestellt.

Bei der Ausgestaltung dieser Förderung hat die Landesregierung stets auf die kommunale Eigenverantwortung und Eigeninitiative gesetzt. Das wird auch so bleiben. Dieses Geld erhalten die Aufgabenträger des ÖPNV, also die Kreise und kreisfreien Städte, die selbst über die Fahrzeugförderung entscheiden.

Gegenstand der Fahrzeugförderung ist nicht nur die Fahrzeugbeschaffung, sondern auch die Aus- und Nachrüstung von Linienbussen mit Filtersystemen. Die Aufgabenträger erhalten bereits seit 1997 höhere Anteile aus den Pauschalmitteln der ÖPNV-Fahrzeugförderung, wenn dort saubere Busse fahren. Seit dem Jahr 2005 dürfen darüber hinaus nur noch Busse mit Filtern gefördert werden. Das Geld ist also dort, wo auch die Feinstaubbelastung auftritt.

Wir wollen die kommunale Eigenverantwortung weiterhin erhalten, und wir werden sie noch weiter ausbauen. Beispiele wie Münster und Paderborn, in deren Gebiet schon nachgerüstete Busse fahren, zeigen, dass dies funktioniert.

(Beifall von der CDU)

Herr Rimmel, das ist der Unterschied zu Ihnen: Wir vertrauen den Städten und den Kreisen im Lande, während Sie von Düsseldorf aus dirigistisch eingreifen und den Städten vorschreiben wollen, was sie zu tun und zu lassen haben. Den Weg werden wir als Landesregierung nicht mitgehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn dieses Prinzip der Selbstverantwortung gilt nicht nur für Städte und Kreise; es gilt auch für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Die Städte im Rhein-Ruhr-Raum haben nämlich ihre eigene Förderzuständigkeit auf den Zweckverband VRR übertragen. Diese kommunale Entscheidung ist auch grundsätzlich sinnvoll, weil der VRR eine Bündelfunktion wahrnehmen kann.

Es ist aber Aufgabe der dem VRR angeschlossenen Städte und Kreise, diesen Zweckverband zu steuern, denn er ist eine kommunale Einrichtung. Deshalb kann die Landesregierung auch hier we-

der die Nachrüstung von Rußfiltern durch die Verkehrsunternehmen noch deren Förderung durch den VRR erzwingen. Sie haben gerade selbst das Beispiel Düsseldorf genannt: Auch Mitglieder des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr rüsten bereits heute nach, wenn sie denn die Notwendigkeit sehen.

In dem Antrag geforderte Vereinbarungen mit den anderen Nahverkehrszweckverbänden zur Nachrüstung von Rußfiltern scheiden schon deshalb aus, weil grundsätzlich die Städte und Kreise die Förderung bekommen und dafür auch Verantwortung tragen. Derartige Vereinbarungen könnten darüber hinaus auch nur mit solchen Aufgabenträgern zustande kommen, die ohnehin die Nachrüstung fördern wollen.

Die Landesregierung - ich denke, da kann ich auch für das MUNLV sprechen - wird mit den Verantwortlichen des VRR, der ÖPNV-Unternehmen und der Städte und Kreise Gespräche führen, um sie bei ihrer Nachrüstungsstrategie zu beraten und zu unterstützen.

Die Nachrüstung von Rußfiltern in Linienbussen trägt mit Sicherheit dazu bei, das Ansehen des umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehrs weiter zu verbessern. Der ÖPNV ist zwar nicht maßgeblicher Verursacher der Feinstaubbelastung, sollte aber dennoch einen konsequenten Beitrag zum Umwelt- und zum Gesundheitsschutz über das gesetzliche Maß hinaus leisten.

Aber es gilt auch: Wir bleiben in dieser Frage beim Prinzip der Subsidiarität. Es wird auch künftig nicht mehr, sondern weniger Vorschriften aus Düsseldorf geben. Das gilt nicht nur für diesen Sachverhalt, sondern das wird einer der schwarzen Fäden der nächsten fünf Jahre der Politik dieser Landesregierung sein. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. - Es hat sich noch einmal Herr Rimmel gemeldet. Bitte schön.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es in diesem Hause vielleicht unüblich ist, danke ich Herrn Wittke ausdrücklich für den sehr sachlichen Beitrag, der sich deutlich von den Reden der Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen unterschieden hat, weil er das Problem beschrieben und darauf aufmerksam gemacht hat.

Es war gar nicht unsere Absicht, mit diesem Antrag das gesamte Feinstaubproblem zu erledigen. Deshalb geht auch ein Bezug darauf und ein entsprechendes Markieren in die völlig falsche Richtung. Hier geht es um einen Punkt, den wir sehr schnell handlungsorientiert erledigen können. Wir wollen doch etwas tun. Offensichtlich gibt es doch Probleme in unseren Städten; sonst hätten wir die Diskussion nicht gehabt, und werden sie erneut haben. Denn im Herbst wird die Feinstaubbelastung wieder zunehmen. Alle, die sich damit beschäftigen, wissen, dass die Belastungen im Frühjahr und im Herbst am höchsten sind. Deshalb werden wir im Herbst wieder über Straßensperren reden. Mit unserem Antrag wollten wir etwas ganz Konkretes tun.

Im Übrigen geht es auch nicht um Gängelung. An diesem Punkt können wir in der Tat miteinander diskutieren. Vor diesem Hintergrund haben wir vorgeschlagen, zunächst Gespräche zu führen und erst im zweiten Schritt möglicherweise die Förderbedingungen zu verändern.

Es geht ganz konkret darum, Rahmenbedingungen zu schaffen oder zu verändern, damit eine breite Nachrüstung stattfindet. Denn alle, die sich in diesem Bereich auskennen, wissen, dass Nachrüstung die entsprechenden Ergebnisse erzielt.

Dazu ist es wichtig, dass der ÖPNV Vorbild ist. Wie will man denn dem privaten Pkw-Fahrer und der privaten Pkw-Fahrerin erklären, dass er oder sie nachrüsten soll, wenn die öffentliche Hand mit dem ÖPNV nicht als Vorbild vorangeht? Das ist einer der wesentlichen Gründe.

Der zweite wesentliche Grund ist, dass in Nordrhein-Westfalen mindestens drei Unternehmen darauf warten, dass sie endlich den Startschuss bekommen, für die Nachrüstung zu produzieren. Es stehen also handfeste wirtschaftliche Interessen hinter dieser Forderung; handfeste Interessen, Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Startschuss ist auch notwendig, um in Bezug auf die Normung zu Fortschritten zu kommen.

Also: Wir wollen das Feinstaubproblem damit nicht erschlagen, aber wir wollen einen kleinen Schritt nach vorne gehen und den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen im Konkurrenzkampf helfen. Wir wollen ein Stück Innovation fördern.

Die Haltung, wie sie vor allem von CDU und SPD vorgetragen worden ist, bestärkt die deutschen Automobilhersteller in ihrer Schlafmützigkeit, wo sie doch in dieser Frage schon weltweit Terrain verloren haben. Das ist nicht Zukunft. Das ist nicht

Innovation. Das ist nicht der Versuch, neue Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen.

Ich möchte auf das Angebot des Ministers eingehen, heute auf eine Abstimmung zu verzichten und den Antrag an den Ausschuss zu überweisen, um dann im Ausschuss den Bericht des Ministers über die Gespräche mit den Verkehrsverbänden zu hören. Anschließend sollte im Ausschuss die Abstimmung erfolgen - Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rimmel. - Es liegt noch eine Wortmeldung des Herrn Ministers Uhlenberg vor. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rimmel, Sie haben mit diesem Antrag den Eindruck erweckt, als wenn bisher noch niemand dieses Problem gesehen hätte und es durch den Antrag der Grünen politisch auf den Weg gebracht werden müsse.

Im Grunde ist jedoch seit 1999 bekannt, dass die strengen Richtwerte der Europäischen Union ab 2005 gelten werden. Allerdings ist in den vergangenen Jahren auch durch die bisherige Landesregierung in diesem Bereich nicht genug geschehen.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen es doch schon lange, Herr Kollege Rimmel: Feinstaub gefährdet die Gesundheit. Die feinen Partikel gelangen bis tief in die Lunge und können zahlreiche Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen hervorrufen. Gerade jetzt, wo überdeutlich geworden ist, welche Gesundheitsgefahr Fahrzeugabgase und Feinstaub für die Menschen darstellen, sind Alternativen zum motorisierten Individualverkehr gefragt.

Der ÖPNV bietet hier umweltgerechte Mobilität an und hat in punkto Umweltschutz ein positives Image. Das, meine Damen und Herren, muss auch so bleiben.

Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die Dieselbusse des ÖPNV die hohen Feinstaubbelastungen mit verursachen. Jeder, der zu den Belastungen beiträgt, muss auch seinen Beitrag zur Minderung leisten. So steht es im Bundesimmissionsschutzgesetz. Daher sind auch die Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs betroffen.

Es würde in der Tat Jahre dauern, bis die Busflotten der Verkehrsbetriebe durch Neuanschaffungen modernisiert sind. Denn, meine Damen und Herren, die Fahrzeuge laufen zwölf bis 15 Jahre. Und es besteht kein Zweifel: Mit nachträglich eingebauten Filtern können die Partikelemissionen auch bei vorhandenen Fahrzeugen nachgewiesenermaßen dauerhaft deutlich abgesenkt werden. Wenn man bedenkt, dass die Busflotten überwiegend aus Fahrzeugen bestehen, die älter sind als fünf bis zehn Jahre, wird deutlich, dass die Nachrüstung ein beachtliches Potenzial für die Partikelreduzierung hat.

Meine Damen und Herren, gerade Nordrhein-Westfalen ist ein Land, in dem die Technik entwickelt worden ist, mit der die Busse nachgerüstet werden können. In diesem Zusammenhang erinnere ich nur an die Firma HJS im Sauerland, die mit ihren bekannten Filtern weit über die Landesgrenze hinaus bekannt ist. Diese Firma hat zum Beispiel Busse in Paderborn, Münster, Bielefeld und Lüdenscheid mit Partikelfiltern nachgerüstet und sich immer wieder mit innovativen Lösungen zur Abgasreinigung hervorgetan. Das sollten wir in ganz Nordrhein-Westfalen aufgreifen.

Solche Innovationen im Umweltschutzbereich schaffen auch Arbeitsplätze. Ihr Antrag greift zwar diesen Aspekt mit auf, aber in wesentlichen Punkten, Herr Kollege Rimmel, greift der Antrag zu kurz.

Es geht hier auch um einen zweiten Aspekt, nämlich um die Stickstoffdioxidbelastungen. Dieser Aspekt kommt in diesem Antrag der Grünen nicht zur Sprache. Dieses Problem steht jedoch in absehbarer Zeit an. Der Stickstoffdioxidgrenzwert tritt 2010 in Kraft, sodass es in einer Reihe von Städten, in denen es ein Feinstaubproblem gibt, auch ein Stickstoffdioxidproblem geben wird, es sei denn, die Maßnahmen greifen bis dahin. In Düsseldorf und Hagen gelten deshalb bereits entsprechende Luftreinhaltepläne. Weitere werden folgen, damit die Belastungen bis zum Jahre 2010 reduziert werden.

Im Düsseldorfer Plan steht ganz oben im Maßnahmenkatalog die Nachrüstung von Bussen mit Entstickungseinrichtungen plus Partikelfilter. Dafür muss noch Entwicklungsarbeit geleistet werden. Deshalb wurde ein Modellversuch mit zunächst vier Bussen gestartet. Das Umweltministerium unterstützt das Vorhaben. Wir finanzieren die aufwendigen Abgasmessungen.

Meine Damen und Herren, noch ein letzter Aspekt: Das Land Nordrhein-Westfalen fördert neue Investitionen im ÖPNV. Das Prinzip hierbei, die

Kreise und Kommunen eigenverantwortlich entscheiden zu lassen, wie sie die Mittel einsetzen, hat sich nach Auffassung der Landesregierung immer bewährt. Das soll auch so bleiben. Wir wollen die Kreise und Kommunen nicht bevormunden, wie Sie es, Herr Kollege Rimmel, in Ihrem Antrag vorschlagen. Wenn man sich diesen Antrag etwas näher ansieht, stellt man fest, dass hier die Politik der alten Landesregierung und insbesondere der Fraktionen grüßen lässt.

Wir im Umweltministerium suchen jetzt - Herr Minister Wittke hat gerade darauf hingewiesen - das Gespräch mit den Verantwortlichen im ÖPNV. Wir werden diese Gespräche im Interesse dieser Sache gemeinsam führen. Wir möchten deutlich machen, welche besondere Verantwortung und welche Möglichkeiten der ÖPNV für den Schutz der Gesundheit der Menschen in den Ballungsräumen hat. Gemeinsam mit dem MBV wollen wir über die Nachrüstung von Fahrzeugen informieren. Ich bin sicher, dass der ÖPNV weiterhin für Mobilität im Zeichen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes stehen wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. - Jetzt hat sich noch einmal Herr Minister Wittke gemeldet. Bitte schön.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Rimmel, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um den Eindruck zu verwischen, der offenbar bei Ihnen alleine entstanden ist, dass ich einen Antrag auf Überweisung in den Ausschuss gestellt hätte, wie Sie das gerade vorgetragen haben.

Das habe ich mitnichten getan. Die Landesregierung wird einen Deubel tun, einen Antrag aus der Mitte des Parlaments zur Überweisung oder zur Direktabstimmung zu empfehlen. Das gilt im Übrigen nicht nur für diesen Antrag, sondern auch für alle künftigen Anträge. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, die antragstellende Fraktion hat durch ihren Sprecher Herrn Rimmel Überweisung in die Fachausschüsse, also in den Ausschuss für Bauen und Verkehr und in den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, beantragt.

Dazu gibt es eine Wortmeldung. - Bitte schön, Herr Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben hier seit einigen Sitzungen eine Spielerei, die Kollegen eben bereits als „unwürdig“ bezeichnet haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn die antragstellende Fraktion vorher der Meinung ist, es solle direkte Abstimmung erfolgen, weshalb wir bereitstehen, dann bestehen wir heute auch darauf, dass dies so durchgeführt wird. Wir wollen die direkte Abstimmung.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Gibt es zum Abstimmungsverfahren eine weitere Wortmeldung? - Herr Rimmel. Machen Sie es aber bitte kurz.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war bisher übliches Verfahren in diesem Hause. Wenn Sie sich erinnern, dann wissen Sie, dass wir in der letzten Legislaturperiode nur bei einer Abstimmung dem Begehren der antragstellenden Fraktion nicht nachgekommen sind, weil sich in dem Antrag der damaligen Opposition ausgewiesener Unsinn befand. Ich gehe davon aus, dass wir diese gute parlamentarische Tradition nicht brechen. Deshalb will ich das Anliegen noch einmal unterstreichen.

Sie haben eben in der Debatte eingefordert, nicht alle Anträge direkt abzustimmen, sondern dann, wenn sich eine inhaltliche Diskussion ergibt, auch eine entsprechende Beratung im Ausschuss durchzuführen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Dieses Gesprächsangebot ist von der Landesregierung hier entsprechend deutlich gemacht worden. Insofern bitte ich Sie, der guten parlamentarischen Tradition zu folgen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, es ist ja nun klar: Die antragstellende Fraktion hat Überweisung beantragt. Es ist dagegen gesprochen worden. Wenn Sie einverstanden sind, entscheiden wir darüber.

Es muss natürlich erst darüber entschieden werden, ob dieser Antrag in die Fachausschüsse - in

diesem Fall wären das der Ausschuss für Bauen und Verkehr und der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - überwiesen werden soll. Wenn das keine Mehrheit findet, wird in der Sache direkt abgestimmt.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, dass dieser Antrag in die Fachausschüsse überwiesen wird, um das Handzeichen. - Das sind die SPD und die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Arroganz da drüben!)

Wer ist dagegen? - Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dann ist dieser Verfahrensantrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen dann direkt in der Sache ab. Wer für den **Antrag Drucksache 14/36** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und Teile der SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu:

6 Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/30

Ich weise darauf hin, dass es hierzu einen **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der FDP-Fraktion **Drucksache 14/65** gibt.

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion erhält Frau Walsken das Wort. Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Aktuellen Stunde in der letzten Woche haben wir, so zeigen die Resonanzen in den Medien, goldrichtig gelegen. Unsere Fraktion hat schon vor einer Woche richtig vermutet, warum Sie, meine Damen und Herren der CDU und der

FDP, bei dem Thema Erhöhung der Mehrwertsteuer so lamentiert haben.

Jetzt ist es deutlich geworden; die Katze ist aus dem Sack. Lieber Herr Rüttgers, mich interessiert, wie Sie heute dazu stehen, dass Sie noch vor wenigen Tagen gesagt haben, jede Mehrwertsteuererhöhung sei Gift für unsere Konjunktur.

Die Reaktionen auf die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer sind außerordentlich intensiv und teilweise verheerend. Der Einzelhandel redet von einer giftigen Kröte, die die Verbraucher zu schlucken haben, und die Liberalen gehen auf die Barrikaden. Die Generäle Lindner und Niebel sagen, allein die Debatte darüber sei schädlich, sie führe zu einer Zurückhaltung beim Konsum. Sie lehnen es mittlerweile sogar völlig ab, dem Bürger noch mehr Geld abzupressen. So lauten wörtliche Zitate aus der FDP.

Das bestärkt uns in unserer klaren Position gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ich sage es ausdrücklich: Wir begrüßen jede klare Position - auch die der Freien Demokraten. Wir erhoffen uns eine ebenso deutliche und klare Position von unserer neuen NRW-Landesregierung.

Ich bin gespannt, wie der offene Streit um die Verteilung der zu erwartenden Milliarden - es wird ja von 16 Milliarden € geredet - zwischen dem Bund und den Ländern beziehungsweise insbesondere den Länderfinanzministern ausgeht.

Wenn ich mir das anschau, dann erkenne ich, dass sich Frau Merkel nicht richtig gegen die CDU-Ministerpräsidenten - sie haben sich ja laut und deutlich dazu geäußert - durchsetzen konnte. Im Wahlprogramm der CDU heißt es unter der Überschrift „Senkung von Lohnzusatzkosten für mehr Arbeitsplätze“: „Im Gegenzug erhöhen wir die Mehrwertsteuer von 16 % auf 18 %.“

Frau Merkel hat dabei offensichtlich nicht berücksichtigt - das ist interessant für unser Land -, dass die Verteilung der Umsatzsteuer gemäß Art. 105 des Grundgesetzes nach dem so genannten Deckungsquotenprinzip erfolgt. Das heißt, sie ist grundsätzlich nahezu fifty-fifty - halbe-halbe - zwischen dem Bund und den Ländern aufzuteilen.

Die Länderchefs haben das natürlich zu Recht bemerkt, und in den unionsgeführten Bundesländern sorgen diese Pläne für Protest, den wir in den letzten Tagen ja in den Medien nachvollziehen konnten.

Kein Land - ich hoffe, auch Nordrhein-Westfalen nicht - würde auf diesen Geldsegen freiwillig verzichten. Folgerichtig wächst natürlich der Wider-

stand in der Union gegen Frau Merkel. Die Einnahmen nur zur Senkung der Lohnnebenkosten zu verwenden, wird an dieser Stelle immer fragwürdiger.

Was macht Nordrhein-Westfalen? - Ich bin gespannt, welche Positionen Herr Linssen gleich vortragen wird. Er hat vorsichtig die Finger gehoben und weist darauf hin - damit hat er Recht -, dass die Mehreinnahmen auch den Ländern und damit auch diesem Land zustehen.

Dieses Geld soll man nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden, sagen Sie, Herr Linssen. Sie wollen das Geld lieber für Bildung und Arbeit ausgeben.

Das ist aus meiner Sicht der erste Fehler. Entweder Sie finanzieren damit Maßnahmen, die Sie sowieso zu finanzieren in der Lage und bereit wären - dann haben Sie das nicht benötigte Geld zur Konsolidierung -, oder Sie finanzieren damit Ihre Wahlversprechen. In einer Presseerklärung haben Sie ja schon deutlich gemacht, wo es hingeht: Sie können sich vorstellen, dieses Geld investiv zu verwenden. Wie wollen Sie das machen? Herr Linssen, ich bin gespannt, wie Sie die Mittel für Bildung und Arbeit ausgeben wollen - und das gleichzeitig investiv.

Werden Sie den Begriff der Investition neu definieren? Das wird uns haushaltsrechtlich zu einer spannenden Debatte, vielleicht auch zu einem Nachtragshaushalt führen. Oder legen Sie die Aussagen „Investitionen in unsere Kinder sind Investitionen in die Zukunft“ künftig rein haushaltsrechtlich aus?

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Antworten auf die von uns aufgeworfenen Fragen, bin allerdings gleichzeitig der Meinung, dass uns die Diskussionen, die Reaktionen im ganzen Land zum Thema Mehrwertsteuer mehr denn je in unserer Position bestätigen, die da lautet: keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ich lade Sie herzlich ein, unserem Antrag zuzustimmen und diese Position gemeinsam für Nordrhein-Westfalen festzulegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Walsken. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Schittges.

Winfried Schittges (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wird in Deutschland und in keinem Rest der Welt politische Programme geben, die auf breiten Jubel oder allgemeine Zu-

stimmung stoßen. Wenn man dann wie Sie, Frau Walsken, Stimmungslagen folgt, dann kann man politisch nichts durchsetzen und gestalten.

Ich bin dankbar, dass das Programm von CDU/CSU unter dem Titel „Deutschlands Chancen nutzen“ von den Medien mit dem Hinweis begleitet und mitgestaltet wird, der da lautet: Hier wird mit Ehrlichkeit und Klarheit vorgegangen. - Das ist schon ein Stück Politik, wie ich meine.

Unabhängig von den emotionalen Begleitungen und dem emotionalen Hin und Her gibt es wissenschaftliche Beiträge

(Zuruf von der SPD)

- vielleicht sollten Sie da zuhören, Herr Kollege; dann lernen Sie etwas dazu -, die wie folgt aussehen:

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Aus Köln kommend und Neuling sein: Da sollte man vorsichtig mit seinen Betrachtungen sein.

Die schlechteste aller Lösungen, meine Damen und Herren - das wissen Sie alle -, ist die isolierte Anhebung der Mehrwertsteuer auf 20 % zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Wir wissen alle: Das würde zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Die Darstellungen sind beachtlich. Davon wollen wir nichts wissen. Das ist eindeutig erklärt worden.

Vielleicht wissen Sie nicht, dass das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung im Jahre 2002 ein Gutachten für das Bundesfinanzministerium veröffentlicht hat und zu dem Ergebnis gelangt ist - insbesondere wird die Begründung der SPD ad absurdum geführt, es würden hauptsächlich Familien und Bezieher niedriger Einkommen belastet -, dass die Zahl der Kinder aufgrund der relativen Belastung durch die Mehrwertsteuer nicht wachsen würde. Kurz und knapp!

Und weiter: Die unterstellte Umverteilungswirkung der Mehrwertsteuer von unten nach oben, die sogenannte Regressivität, wird vielmehr überschätzt. Die Mehrwertsteuer gleiche nur etwa ein Drittel der Progressivität der Einkommensteuer aus. Dies sei eine Folge der Ermäßigung für Nahrungsmittel und der Freistellung von Wohnmieten.

Meine Damen und Herren, es folgt das Argument, so auch vorgetragen in Ihrem Antrag: Die Mehrwertsteuer könne nicht wachstumsfördernd sein. Dies geschieht allerdings unter dem Gesichtspunkt, dass die 16 Milliarden € die in Aussicht gestellte Wertermittlungsgröße aus der Mehr-

wertsteuer zumindest teilweise den Ländern zur Stabilisierung ihrer hoch verschuldeten Etats überlassen wird. Auch das haben Sie in Aussicht gestellt. Sie wissen, dass wir das nicht wollen.

Die Zielsetzung, meine Damen und Herren, lautet: Nein, die Mehrwertsteuer soll nicht die Haushalte, sondern die Sozialkassen füllen. Damit soll der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte gesenkt werden. Damit wird das Langzeitanliegen - Sie wissen es alle - der Union wahrgemacht, dass die Arbeit billiger wird, damit Beschäftigung geschaffen werden soll, was insbesondere zur Stabilisierung der Sozialversicherung beiträgt. Die vermeintliche wachstumsfeindliche Wirkung einer Mehrwertsteueranhebung wird dadurch mehr als ausgeglichen.

Meine Damen und Herren, die Mehrwertsteuer kann nicht isoliert betrachtet werden. Ich bin davon überzeugt - das wissen Sie alle, die die wirtschaftliche Lage in Deutschland einschätzen können -, dass bei der jetzigen Konjunkturlage die Unternehmen die höhere Mehrwertsteuer nicht voll auf die Konsumenten abwälzen können.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Schittges, ich habe hier eine Zwischenfrage von Frau Walsken. Würden Sie sie zulassen?

Winfried Schittges (CDU): Angesichts der Kürze der Veranstaltung nein. Wir können das morgen und in den nächsten Tagen noch diskutieren.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie brauchen es nicht zu begründen. Sie sagen Nein. Damit ist das klar.

Winfried Schittges (CDU): So habe ich mich eindeutig erklärt, Herr Präsident. Ich bitte um Verständnis.

(Zuruf von der SPD: Das wird Ihnen doch nicht angerechnet!

- Meine Damen und Herren, auch wenn mir das nicht angerechnet würde: Ich könnte Ihnen zehn oder 20 Minuten zu diesem Thema vortragen. Ich habe aber nur noch fünf Minuten, um zu diesem Thema vorzutragen.

(Zuruf von der SPD)

Ich habe ein wenig den wissenschaftlichen Teil begleitet. Wenn ich jetzt das Politische auch noch aufgreifen darf.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

- Frau Kraft, Sie brauchen noch zehn bis 15 Jahre, sich in die Opposition einzufinden; dann haben Sie es gelernt und sind auch so weit, das zu verstehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, klar ist - das nehme ich in Kauf, ich habe es eindeutig erklärt, auch in unserer Fraktion -

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

dass ein Teil der Rentner belastet wird. Das wissen Sie. Ich möchte ein Fallbeispiel herausgreifen: Die Rentner, die momentan 1.951 € Einkünfte haben, müssten ein Minus von 14 € hinnehmen. Alle wissen aber, meine Damen und Herren, dass es dieser Rentnergeneration besser geht als den Zukünftigen. Das sollte man dann als Last akzeptieren.

Da die Zeit knapp ist, gestatten Sie mir, Ihnen zusammenfassend vorzutragen, dass der Merkelsche Ansatz der zweiprozentigen Steuererhöhung bei gleichzeitigem Bezug der Arbeitslosenversicherung allem Anschein nach genau der richtige Weg ist, Frau Walsken. Das lässt sich einem Papier entnehmen, das sich „Bündnis für Erneuerung - Aufbruch für NRW“ nannte und geschaffen wurde, als man in Nordrhein-Westfalen noch ernsthaft glaubte, die Mehrheit über 2005 hinaus retten zu können.

Ich darf auf dieses Papier zurückkommen und von Seite 4 zitieren - mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Die Landesregierung wird sich dafür stark machen, dass die Finanzierung der Sozialsysteme schrittweise vom alleinigen Bezug auf Erwerbseinkommen gelöst wird. An die Stelle der überwiegenden Beitragsfinanzierung muss eine zunehmende Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen treten. Ein solcher Umbau darf die Steuer- und Abgabenlast insgesamt nicht erhöhen. Schon gar nicht dürfen die zusätzlichen Steuereinnahmen dazu dienen, Haushaltslöcher zu stopfen.“

Nichts anderes haben wir vor. Die zusätzlichen Steuereinnahmen, meine Damen und Herren, müssen im gleichen Umfang zu einer Absenkung der Sozialversicherungsabgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen. Nichts anderes hat Frau Merkel vor, meine Damen und Herren. Das muss sie diesem Papier entnommen haben, sodass keine Aufregung,

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Frau Walsken, angesichts dieser Botschaft angebracht ist. Ich gehe davon aus, dass wir diesen Ihren Antrag ablehnen beziehungsweise die Diskussion um die Mehrwertsteueranhebung einstimmig in diesem Hohen Hause mittragen werden, insbesondere weil das in früheren Jahren Ihre eigene Zielsetzung war. - In dem Sinne danke ich Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schittges. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Rüttgers, dass das mit der Arroganz der Macht so schnell geht, wie wir es jetzt in den letzten Minuten erlebt haben, hätte ich ehrlich gesagt nicht gedacht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

- Ja, das ist leider die bittere Realität, aber wir ziehen daraus die nötigen Schlüsse. Wir haben uns in der Vergangenheit jedenfalls anders unterhalten und verhalten.

(Zuruf von der CDU: Schlimmer!)

Drei CDU-Politiker, drei Meinungen - das ist das, was wir hier in der letzten Woche erlebt haben; es war ein unglaubliches Herumgeeiere. Mittlerweile hat Ihre Kanzlerkandidatin Angela Merkel ein Machtwort gesprochen. Jetzt kuscht alles bei der CDU, und die Mehrwertsteuer soll um zwei Prozentpunkte erhöht werden.

Man will aber die Bundestagswahl gewinnen, und von daher geht das Herumgeeiere bei CDU und FDP weiter. Es stellt sich die Frage: Was will man mit diesem spekulativen Geld, das man erwartet, machen? - Nach einer Faustformel bringt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt ungefähr 8 Milliarden €. Das wären also rund 16 Milliarden €, die man erwarten könnte. 42,5 % kommen normalerweise den Ländern zugute. Von daher ist es kein Wunder, dass CDU und FDP auf genau diese Einnahmeposition ein Auge geworfen haben.

Im Gegensatz zur Bundes-CDU wird die CDU hier im Landtag etwas konkreter hinsichtlich dessen, was sie mit dem Geld machen möchte. Hier wird in dem gemeinsamen Antrag der beiden Fraktionen auf die äußerst angespannte Haushaltslage hingewiesen.

Herr Rüttgers, man muss sich die Frage stellen, was eigentlich gilt: Gilt jetzt das, was Ihre Parteivorsitzende und Kanzlerkandidatin Frau Merkel gesagt hat, oder gilt das, was Sie hier sagen? - Das ist jetzt die große Frage, die sich stellt.

Eine Antwort habe ich bisher nicht gehört. Herr Schittges hat diesbezüglich auch herumgeeiert: Man will die Lohnnebenkosten senken. - Wie gesagt: Aus dem, was Sie hier vorgelegt haben, kann man etwas anderes schließen.

Vor dem Hintergrund des Wahlprogramms der CDU auf Bundesebene erzeugen all Ihre Versprechungen ein Haushaltsloch in Höhe von mindestens 40 Milliarden €. Allein die versprochenen Steuersenkungen unter anderem beim Kinderfreibetrag haben eine Deckungslücke von 9,8 Milliarden € pro Jahr aufgerissen, und bei der Kopfpauschale ergibt sich eine Deckungslücke in Höhe von 23 Milliarden €.

Jetzt sagen Sie von der CDU, mit den Mitteln aus der Mehrwertsteuererhöhung wollen Sie die Lohnnebenkosten senken. Da muss man allerdings etwas genauer hinsehen. Sie wollen damit die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 % kürzen. Das schaffen Sie allerdings nur mit radikalen Kürzungen bei den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit, weil die Händler die höhere Mehrwertsteuer natürlich sofort voll auf die Preise abwälzen.

Im Rahmen einer Senkung der Lohnnebenkosten durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre es sinnvoller, diese Mittel für die steuerfinanzierte Streichung versicherungsfremder Leistungen zu verwenden; Herr Schittges hat darauf auch hingewiesen. Damit könnten nach Berechnungen des DIW in der Tat rund 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber wie gesagt: Bei näherer Betrachtung dessen, was die CDU vorhat, befürchte ich, dass das Gegenteil der Fall sein wird. Man hat offensichtlich ganz anderes vor.

Aus meiner Sicht kann ich nur sagen, was ich schon letzte Woche angemerkt habe: Hauptverlierer der Mehrwertsteuererhöhung sind Rentner, Studenten und Arbeitslose. Sie trifft die Verteuerung der Konsumausgaben, ohne dass sie von der Entlastung durch sinkende Lohnnebenkosten profitieren werden. Und weitere Verlierer sind auch die Geringverdiener mit mehreren Kindern, da die sinkenden Lohnnebenkosten die Erhöhung der Konsumausgaben bei Weitem nicht ausgleichen. Das wird wahrscheinlich die Realität sein. Das ist das, was wir hier vorfinden.

Von daher sagen wir ganz klar: Wir wollen keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das ist der völlig falsche Weg. Das, was Sie hier vorhaben, werden wir in der Form nicht mitmachen. Ich hoffe auch, dass die CDU diese Wahl nicht gewinnt und dies niemals Realität wird. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. - Für die FDP-Fraktion hat Frau Freimuth das Wort. Bitte schön.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade dem Kollegen Sagel zugehört und mir den Begriff, den er verwandt hat - Arroganz der Macht -, auf der Zunge zergehen lassen. Herr Kollege Sagel, ich finde es schon bemerkenswert, dass ausgerechnet Sie dies hier vortragen. Schließlich haben Sie uns im Haushalts- und Finanzausschuss ziemlich häufig einfach so frohen Herzens, gut gelaunt und gehässig: „Finden Sie sich damit ab. Sie haben hier nicht die Mehrheit“, entgegengeschmettert. Dann sollte man mit Begriffen wie „Arroganz der Macht“ etwas zurückhaltender sein. Denn Sie wissen ja, wie das ist: Wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, zeigen immer drei Finger auf einen selbst zurück.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will an einem weiteren Punkt ansetzen; wir haben das bereits vor einer Woche in der Aktuellen Stunde diskutiert. Wir haben Prognosen darüber angestellt, Vermutungen darüber geäußert, wer denn die Verlierer einer solchen Mehrwertsteuererhöhung sein könnten.

Ich habe schon vor einer Woche gesagt, dass es durchaus Anhaltspunkte dafür gibt, dass Ihre Prognosen nicht richtig sind, sondern dass die zahlenmäßig großen Verlierer einer Mehrwertsteuererhöhung, also diejenigen, die unterm Strich mehr zahlen würden, gerade nicht die Bezieher niedrigerer Einkommen sind. Denn dort ist der größere Anteil der Konsumausgaben mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz oder Umsatzsteuersatz belegt, und auf andere Ausgaben, die einen zunehmend größeren Anteil der Ausgaben darstellen - darüber können wir uns sicherlich einmal an anderer Stelle Gedanken machen; ich nenne als Beispiel die Miete -, wird keine Umsatzsteuer erhoben.

Frau Kollegin Kraft, ich habe Ihre Wortmeldung gehört. Ich möchte in den fünf Minuten aber erst einmal bei meinen Gedanken bleiben. Insofern bitte ich um Verständnis.

(Gisela Walsken [SPD]: Die fünf Minuten bleiben!)

Meine Damen und Herren, wir haben an der Stelle vieles zu berücksichtigen. Wir brauchen eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die dringend erforderlich ist. Wir müssen die Lohnnebenkosten deutlich senken. Wir brauchen eine Reform unseres Steuersystems. Ich habe bereits letzte Woche gesagt, dass wir gerne ein einfaches, niedriges und transparentes Steuersystem mit den Stufen 15, 25 und 35 % sowie eine Reform der Unternehmensbesteuerung möchten, weil wir wieder mehr Investitionen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen haben möchten.

Ich habe auch gesagt, dass wir aus Sicht der FDP keine Anhebung der Mehrwertsteuer oder anderer indirekter Steuern für erforderlich halten; dies gilt erst recht für eine isolierte Anhebung.

Was mir bei Ihnen hier nach wie vor fehlt, was ich mir doch sehr wünschen würde, ist, dass Sie nicht nur diese Einzelaussage greifen, sondern dass Sie endlich einmal Ihre Konzeption auf den Tisch legen, wie Sie die sozialen Sicherungssysteme auf einen neuen Weg bringen wollen,

(Gisela Walsken [SPD]: Was haben wir denn gemacht in Berlin?)

wie Sie das Steuersystem hier in Deutschland verändern wollen, wie Sie die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung schaffen wollen. Es gibt diverse Konzepte, aber keines davon zielt darauf ab, dass wir hier in Deutschland mehr Beschäftigung bekommen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch von der SPD)

Aus diesem Grunde kann ich Ihrem Antrag wie vor einer Woche auch der Aktuellen Stunde leider nur ein bisschen die Vermutung anheften, dass Sie hier reinen Populismus betreiben. In der Sache stimme ich zu: Ich sehe die Notwendigkeit für eine Anhebung der Mehrwertsteuer nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

Das ist aber etwas, was auf Bundesebene entschieden wird. Die Kolleginnen und Kollegen der Union haben mit ihrem Bundestagswahlprogramm ihre Vorstellungen artikuliert, sogar in einer bemerkenswerten Offenheit. Ich sage dazu ausdrücklich: Ich habe eine andere Vorstellung. Aber die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden die Forderungen, die unterschiedlichen Konzeptionen oder fehlenden Konzeptionen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und unseres Steuersystems bewerten.

Wir werden abwarten, ob der Bundespräsident den Deutschen Bundestag auflöst und wir zu vorgezogenen Bundestagswahlen noch in diesem Jahr kommen werden. Dann haben wir relativ schnell und klar die Abstimmung darüber, ob die Bürgerinnen und Bürger eine Mehrwertsteuererhöhung für erforderlich, für akzeptabel halten oder nicht. Ich betone noch einmal: Aus Sicht der FDP ist eine Anhebung der Mehrwertsteuer nicht erforderlich. - Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Freimuth. - Für die Landesregierung hat Herr Finanzminister Dr. Linssen das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Redner haben betont, dass sie bereits in der vorigen Woche dieses oder jenes ausgeführt haben. Wenn es nunmehr das Ziel der neuen Opposition ist, hier jede Woche eine Debatte zum gleichen Thema anzuleiern, dann - verzeihen Sie mir - muss ich deutlich sagen: Es ist nicht Arroganz der Macht, wenn man nicht alles wiederholt, was man schon eine Woche vorher gesagt hat!

(Beifall von CDU und FDP)

Was steht denn zur Diskussion? Zur Diskussion steht das, was die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm auf Seite 13 geschrieben hat:

„Wir senken den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung ab 01.01.2006 um 2 Prozentpunkte von 6,5 % auf 4,5 %. Im Gegenzug erhöhen wir die Mehrwertsteuer ab 01.01.2006 um 2 Prozentpunkte von 16 % auf 18 % und führen strukturelle Veränderungen in der Bundesagentur für Arbeit mit entsprechenden Einsparungen durch.“

Das ist Fakt, jedenfalls Wahlkampfaussage. Und das entspricht einer Ehrlichkeit, die Sie offensichtlich noch nicht gelernt haben.

(Beifall von der CDU)

Man muss ehrlich vor den Wähler treten.

Ich wage einmal die vorsichtige Prognose: Sie bewegen sich bei diesem Thema ganz genauso wie bei dem Thema „Studiengebühren“. Auch da glaubten Sie aus kurzfristigem Populismus heraus, so etwas nicht sagen zu dürfen. Trotzdem haben die Wählerinnen und Wähler dafür Verständnis gehabt, dass wir ihnen die Wahrheit vorher gesagt haben. Sie werden auch sagen: Wir

sind bereit, die eine Kröte zu schlucken - die Mehrwertsteuererhöhung ist eine Kröte, selbstverständlich -,

(Hannelore Kraft [SPD]: Meinen Sie die, die demonstrieren?)

dafür aber auch einen Vorteil in Kauf zu nehmen, der langfristig zu einer Besserung der Verhältnisse führt.

(Beifall von der CDU)

Das ist bei der Studiengebühr so, das ist aus unserer Sicht auch jetzt bei der Mehrwertsteuer so.

Dass man darüber auch in einer Volkspartei intensive Diskussionen führt, werden Sie großen Parteien doch sicherlich erlauben. Sie führen sie nicht. Sie entsprechen eigentlich nicht dem Anliegen Ihres früheren Ministerpräsidenten, der Sie ausdrücklich gebeten hat, eine intelligente Mehrwertsteuerdebatte zu führen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Dr. Linssen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Horstmann?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Aber gerne. Bitte schön, Herr Horstmann.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Dr. Linssen, Ihre Darstellung über eine offene Diskussion in einer Volkspartei ist sehr interessant. Das Parlament, das Hohe Haus, interessiert indes die Position der Landesregierung zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Würden Sie die bitte nachtragen?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja. - Lieber Herr Horstmann, darüber habe ich vorige Woche geredet, und darüber rede ich jetzt auch. Ich habe erst einmal die Genesis dieses ganzen Kapitels aufgeführt. Es kommt aus einer großen Volkspartei. Es kommt nicht aus Ihrer, sondern aus der anderen großen Volkspartei. In der Abwägung der Vor- und Nachteile hat sich diese Volkspartei nun dazu entschieden, den Mehrwertsteuersatz zu erhöhen, um damit Belebung für den Arbeitsmarkt zu erzeugen. Das ist der Hintergrund.

(Beifall von der CDU)

Darüber kann man lange debattieren. Es ist die Meinung einer Partei. Ich habe die Meinung der Landesregierung schon in der vorigen Woche vorgetragen. Ich habe gesagt: Natürlich ist eine Mehrwertsteuererhöhung ein Nachteil für die Kon-

junktur. - Aber ich habe auch erklärt: Wir sind bereit, darüber zu diskutieren, ob nicht der Vorteil überwiegt. - So, in der Diskussionslage befinden wir uns. Ich meine, dass man, wenn man ein bisschen intelligent debattiert, darüber sprechen kann.

Nun haben Sie, Frau Walsken, gemeint, Sie müssten schon jetzt überlegen, wie viel von den 16 Milliarden die Länder bekommen, was sie damit machen. Das sind alles ungelegte Eier. Das ist die Aussage, die hier im Programm steht, jedenfalls so, wie ich es gelesen habe. Wenn von dem Betrag tatsächlich etwas für die Länder übrig bleiben sollte - in erster Linie geht es um die Senkung der Lohnnebenkosten, und das ist Sache des Bundes -, dann werden wir es nur so verwenden - das ist Meinung dieser Koalition -, dass wir damit auf jeden Fall dem gerecht werden, was da heißt: Sozial ist, was Arbeit schafft. - Nur das ist bezweckt.

(Beifall von der CDU)

Zum Stopfen von Haushaltslöchern kommt der Betrag nicht infrage. Das werden wir Ihnen nachweisen, und damit hat sich die ganze Debatte dann eigentlich auch in Luft aufgelöst. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP - Lachen von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Es liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Becker, Bündnis 90/Die Grünen, vor. Sie haben noch eine Minute. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Neuling in diesem Parlament nehme ich mit Interesse zur Kenntnis, dass der Begriff „Ehrlichkeit“ eine zentrale Rolle zu spielen scheint. Er scheint mir allerdings eine zentrale Rolle zu spielen aus einer Sicht, die mir bei diesem Begriff bisher fremd war. Ich halte es nicht für ehrlich, dass Sie Rot-Grün jahrelang vorzuführen versucht haben mit der angeblichen Absicht, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen.

Ich halte es nicht für ehrlich, dass Sie in den letzten Jahren allen Abbau von Subventionen blockiert haben und heute so tun, als hätten Sie plötzlich neuere Erkenntnisse bekommen. Wenn das Ihre Ehrlichkeit ist, dass Sie sozusagen beliebig Ihre Position wechseln, Herr Ministerpräsident - Sie haben heute Morgen von Verlässlichkeit geredet -,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

dann kann ich nur sagen: Das ist nicht ehrlich, das ist nicht verlässlich, und das war jahrelang Blockade, alles das, was Sie hier wie eine Oppositionsfraktion heute noch vor sich hertragen.

Meine Damen und Herren, als Neuling kann ich nur sagen: Das ist ein armes Spiel, das Sie hier veranstalten - weder verlässlich, weder ehrlich noch seriös.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind damit am Ende der Debatte.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/30**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Fraktion der FDP und Fraktion der CDU. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit von CDU und FDP **abgelehnt**.

Es liegt ein **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der **Drucksache 14/65** vor. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - CDU und FDP. Wer ist dagegen? - SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zu:

7 Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums in Nordrhein-Westfalen durch integrierte nachhaltige Politik sichern und ausbauen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/32

Hierzu gibt es einen **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der **Drucksache 14/62**.

Ich eröffne die Beratung und gebe für die antragstellende SPD-Fraktion Frau Svenja Schulze das Wort. Bitte schön.

Svenja Schulze (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein Industrie- und Wirtschaftsland und da die Nummer eins in Deutschland, sondern auch durch den

ländlichen Raum geprägt. Rund drei Viertel aller Kommunen in NRW liegen im ländlichen Raum. Er ist Lebensgrundlage für über 7 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen. Der ländliche Raum ist von erheblicher wirtschaftlicher, ökologischer und kultureller Bedeutung. Deswegen fordern wir heute die Landesregierung auf, für diesen Raum ein Konzept vorzulegen.

(Beifall von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Dass das nötig ist, hat die Regierungserklärung heute Morgen gezeigt. Da war nämlich vom ländlichen Raum nicht ein einziges Mal die Rede.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Da haben Sie schlecht zugehört!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass der ländliche Raum eine nachhaltige Entwicklung bekommt. Wir setzen dabei auf ein integratives Konzept. Wir wollen lebendige ländliche Räume mit wettbewerbsfähigen Betrieben zusammen mit nachhaltigem Tourismus und nachhaltiger Energieversorgung. Und das unter Berücksichtigung der Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher an gesunden und hochwertigen Lebensmitteln. Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung gibt zu dem Punkt nicht viel her und, Herr Minister Uhlenberg, Ihre Äußerungen bisher auch nicht.

Dass die CDU kein Konzept für den ländlichen Raum hat, lässt sich ganz einfach an drei Punkten nachweisen.

(Zuruf von Hans Peter Lindlar [CDU])

Der ländliche Raum wird bei Ihnen definiert über die Land- und Forstwirtschaft. Der ländliche Raum ist aber deutlich mehr und erfordert auch mehr als Land- und Forstwirtschaft.

(Beifall von der SPD - Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Natürlich sind Land- und Forstwirtschaft tragende Säulen - das ist unumstritten und soll so bleiben -, aber der ländliche Raum hat deutlich mehr Potenzial, zum Beispiel im Tourismus oder in der Energieversorgung. Herr Uhlenberg, als Betreiber einer Windkraftanlage müssten Sie eigentlich wissen, dass da deutlich mehr Potenzial möglich ist.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Wir brauchen für den ländlichen Raum eine übergreifende Sichtweise und ein integriertes Konzept, das die nachhaltige Sicherung und Entwicklung dieser Region wirklich gezielt fördert. Die CDU hat kein Konzept. Das sieht man, weil Sie zu Land-

und Forstwirtschaft bisher wirklich nur vage Äußerungen machen. Was wollen Sie denn da?

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

- Es ist schön, dass Sie sich darüber aufregen; Sie können gleich dazu reden.

In der „WAZ“ vom 2. Juli war zu lesen, dass die Wettbewerbsfähigkeit das oberste Ziel für die Landwirtschaft ist. Da glaubt der Herr Minister, man könnte mit einem Preiskampf, mit billig erzeugten Lebensmitteln eine ganz gute Qualität erreichen.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete, es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lindlar. Wollen Sie die zulassen?

Svenja Schulze (SPD): Nein, jetzt nicht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Der redet sowieso immer dazwischen!)

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Svenja Schulze (SPD): Die EU-Kommission ist da schon deutlich weiter. Die sagt nämlich, dass es mehr Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität bei Schonung der Umweltressourcen sind was wir uns zum Ziel gesetzt haben. Herr Uhlenberg, von Ihnen ist bisher nur etwas zu Wettbewerbsfähigkeit zu hören, in die anderen Richtungen noch gar nichts. Was ist denn mit dem Versprechen aus Ihrem CDU-Wahlprogramm, ein Gesamtkonzept für eine langfristig tragfähige Strategie für eine nachhaltige flächendeckende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu entwickeln? Davon ist jetzt im Koalitionsvertrag nichts mehr zu lesen, und in der Regierungserklärung heute Morgen war es auch sehr knapp.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben bereits im Februar des letzten Jahres ein Konzept für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in NRW beschlossen. Wir setzen auf eine leistungsstarke und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Dazu reicht es aber nicht, alleine auf betriebswirtschaftliche Aspekte abzustellen. Maßstab müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher sein. Wir müssen von denen her denken, die die Lebensmittel nachher kaufen und essen sollen.

(Beifall von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Zukünftige Agrarpolitik kann deshalb unserer Meinung nach nur erfolgreich sein, wenn sie Perspektiven für die landwirtschaftlichen Betriebe aufzeigt, wenn sie konsequent die Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt stellt und sich an

den Märkten der Zukunft orientiert. Eine solche Politik führt dann zwangsläufig zu nachhaltiger Landwirtschaft, die die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie findet, soziale und ethische Erfordernisse berücksichtigt und damit wettbewerbsfähig bleibt.

Der dritte Punkt, an dem man merkt, dass die Regierungskoalition noch kein integriertes Konzept hat, ist die EU-Ebene. Die Zukunft für den ländlichen Raum hängt ganz entscheidend von einer entsprechenden Sicherung dieses Raumes durch die EU-Ebene ab. Da geht es nicht, Herr Uhlenberg, dass Ihre Kanzlerkandidatin Merkel an der Frage der Finanzierung hin- und hereiert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in Regierungsverantwortung auf der EU-Ebene einen Richtungswechsel für den ländlichen Raum vorgenommen und damit auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit gesetzt.

Sie wissen, dass die Finanzierung der ersten Säule der EU-Agrarpolitik durch eine Verständigung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Jacques Chirac bis zum Jahre 2013 gesichert ist.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Die zweite Säule - das wissen auch alle, die sich damit beschäftigen - ist aber noch nicht gesichert. Da gibt es noch Diskussionen über die Finanzierung und noch keine Einigung. Dass man in dieser sensiblen Situation, wie es Frau Merkel getan hat, diesen Agrarkompromiss für die erste Säule infrage stellt, finde ich sehr gefährlich. Sie hat in der Europadebatte am 16. Juni gesagt, dass durch die Festlegung der Agrarsubventionen nur noch geringer Spielraum für die Zukunftsausgaben der EU vorhanden sei und von der künftigen Finanzplanung ein Zukunftssignal und nicht ein Signal der Vergangenheit ausgehen müsse.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Hört, hört!)

Wenige Tage später macht sie dann auf dem Landfrauentag die Rolle rückwärts und sagt, dass sie sich für den Bestand der Finanzierung der ersten Säule einsetzt. Was denn nun? Ist die erste Säule der Finanzierung nur ein Signal der Vergangenheit, oder soll sie bleiben? Herr Uhlenberg, was meinen Sie dazu? Der ländliche Raum braucht an dieser Stelle sichere und verlässliche Rahmenbedingungen und kein Hin und Her.

(Beifall von der SPD)

Ich fasse zusammen: Die neue Landesregierung hat kein wirkliches Konzept für den ländlichen Raum. Sie spricht nur über Land- und Forstwirtschaft. Wir brauchen aber in diesem Haus ein Konzept für den ländlichen Raum und müssen es

auch diskutieren. In unserem Antrag sind erste Kernpunkte für ein solches Konzept skizziert. Da wir auf der europäischen Ebene vor wichtigen Entscheidungen stehen, müssen wir heute direkt abstimmen, damit wir noch die Möglichkeit haben, im Herbst dieses Jahres darüber zu debattieren.

Herr Uhlenberg, bei dem Thema „Ländlicher Raum und Landwirtschaftspolitik“ müssen Sie mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten rechnen.

(Beifall von der SPD)

Wir setzen uns dafür ein, dass der ländliche Raum eine Perspektive hat, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht. Wir sind im Interesse des ländlichen Raums bereit, konstruktiv an einem Gesamtkonzept mitzuarbeiten. Ich fordere Sie deshalb auf, hier unser Konzept zu unterstützen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulze. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Ortgies das Wort. - Bitte schön.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Sie haben vor fünf Jahren um die Zeit noch Koalitionsverhandlungen geführt, und jetzt wollen Sie von uns schon Ergebnisse haben!)

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich in der letzten Woche den Antrag der SPD auf den Tisch bekam, habe ich gedacht: Es geschehen noch Zeichen und Wunder, die SPD entdeckt den ländlichen Raum -

(Beifall von der CDU - Svenja Schulze [SPD]: Ach, Herr Ortgies!)

und das, nachdem Sie sich um diesen Bereich kaum gekümmert und ihn zehn Jahre lang den Grünen überlassen haben.

(Svenja Schulze [SPD]: Das stimmt nicht!)

Allerdings bin ich Ihnen für diesen Antrag auch ein wenig dankbar, gibt er uns doch die Gelegenheit, einige grundsätzliche Bemerkungen zu unserer Politik zu machen. Die CDU ist die einzige im Landtag vertretene Partei, die vor der Wahl ein agrarpolitisches Programm vorgelegt hat.

(Beifall von der CDU)

Ein darauf aufbauendes Programm werden wir in den nächsten Monaten erarbeiten und unsere Zusagen einhalten. Ich empfinde es schon als Zustimmung, dass uns Rot-Grün nun Anträge vorlegt,

mit denen Sie uns vorschreiben wollen, wie wir die Fördermittel im ländlichen Raum verteilen sollen. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie am 22. Mai gerade auf dem Land dramatisch verloren haben - die SPD um die 10 %, die Grünen haben in vielen Fällen nicht einmal 5 % geschafft, in meinem Wahlkreis übrigens keine 4 %. Das war die Quittung einer zehn Jahre währenden Regierungszeit von Frau Höhn. Haben Sie das eigentlich schon vergessen?

Meine Damen und Herren von der SPD, es ist Ihnen nicht gut bekommen, in all diesen Jahren von einer Ministerin vorgeführt zu werden. Sie hat auf dem Land eine ideologisch verbrämte, die Landwirte drangsaliierende Politik gemacht, um damit in den gut verdienenden Vorstädten Stimmen zu gewinnen. Diesen Widerspruch haben die Menschen erkannt, und darum sind Sie abgewählt worden.

In der rot-grünen Regierungszeit ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von ca. 70.000 auf rund 50.000 zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitskräfte hat sich von etwa 150.000 auf gut 100.000 verringert. Wenn man weiß, dass an jedem Direktbeschäftigten drei bis vier Beschäftigte im vor- und nachgelagerten Bereich hängen, sprechen wir von einem Arbeitsplatzverlust von mehr als 150.000. Das ist eine wahrlich „stolze Bilanz“. Nun tun Sie in Ihren Anträgen so, als könne das alles so weitergehen.

Wir werden die Schwerpunkte der Förderung anders setzen. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende, nachhaltig wirtschaftende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft erhalten. Ohne diese würde unser ländlicher Raum unattraktiv, arm und letztlich veröden. Es ist jedem klar, dass es in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen einer globalisierten Welt mit weitgehend offenen Märkten nur an wenigen von der Natur besonders gut bedachten Standorten möglich ist, kostendeckend zu wirtschaften. Dazu noch einige Zahlen: Der Getreidepreis liegt zurzeit mit weit unter 10 € je 100 kg historisch niedrig. Milch und Eier kosten seit 50 Jahren das Gleiche.

Die EU hat sich auf eine umfassende Agrarreform verständigt - Frau Schulze, Sie haben darauf reflektiert -, die im Januar in Kraft getreten ist. Wir sind uns darüber einig, dass eine Förderung des ländlichen Raums unerlässlich ist. Diese Förderung ist nun von der Produktion abgekoppelt worden. So sollten verlässliche Rahmenbedingungen bis ins Jahr 2013 geschaffen werden, aufgeteilt auf die erste Säule und die zweite Säule.

Für Nichtinsider: Die erste Säule umfasst, grob gesagt, die Direktzahlungen an die Betriebe, die zweite Säule umfasst die Entwicklung der ländlichen Räume mit den Bereichen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Verbesserung der Umwelt, Diversifizierung und die LEADER-Programme.

Damit das klar ist: Wir wollen und werden diese Bereiche weiter fördern. Das sehen auch die EU-Richtlinien vor, die Mindestsätze für die einzelnen Bereiche vorschreiben. Wir werden allerdings die Schwerpunkte anders setzen. Wir wollen vor allen Dingen die Wettbewerbsfähigkeit und die Absatz- und Vermarktungswege stärken. Wir brauchen starke Partner gegenüber Handelsriesen wie Aldi oder Lidl, die ihre Marktmacht zurzeit gnadenlos ausnutzen. Der desaströse Milchpreis zeigt das im Augenblick besonders deutlich.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Rot-Grün ist in den vergangenen zehn Jahren nach der Devise verfahren: Klein und Öko ist gut, groß und konventionell ist schlecht. - Diese ideologisch motivierte Förderpolitik ist grandios gescheitert. Wir werden beide Bereiche, ob konventionell oder alternativ, gleich behandeln. Beide arbeiten nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis. Der Verbraucher soll letztlich entscheiden, wo und was er kauft, und nicht die Landesregierung. Dafür brauchen wir eine klare Kennzeichnungspflicht und Herkunftsbezeichnungen, damit er sich selbst entscheiden kann.

Nach gerade einem halben Jahr seit Inkrafttreten dieser umfassenden EU-Agrarreform hat der ehemalige Schröder-Freund Blair die Fördermittel wieder infrage gestellt im scharfen Gegensatz zum jetzigen Schröder-Kumpel Chirac.

Frau Merkel hat daraufhin geäußert, die erste Säule, also die bei den Betrieben direkt ankommenden Mittel, nicht anzutasten. Auch wir wollen diesen Bereich nicht antasten. Dieser Bereich ist direkt einkommenswirksam. Schon die laufende Reform hat die Betriebe enorm belastet. Schon durch die laufende Reform verliert beispielsweise ein Ackerbaubetrieb mit 100 ha jährlich ca. 8.000 €.

Ab 2007 werden die Mittel der ersten Säule außerdem um die sogenannte Modulation mit jährlich 5 % belastet. Auch diese Belastung müssen die Betriebe verkraften. Eine weitere Kürzung lehnen wir strikt ab; denn auf diese Kürzung laufen letztlich der Antrag der SPD und der Entschließungsantrag der Grünen hinaus.

Meine Damen und Herren, der Grund für diese Anträge ist klar: Sie wollen sich Ihre grünen

Spielwiesen und so manchen Förderschnickschnack zulasten der wirtschaftlichen Betriebe erhalten. Sie haben dieses Land mit einem Netzwerk von Institutionen überzogen, welche Ihre ideologisch verbrämten Ziele bei der Förderung so einbrachten: möglichst viel vorschreiben, möglichst viel verwalten und möglichst viele eigene Leute in diesen Institutionen unterbringen. Ich weiß, wovon ich rede. Wir erhalten in diesen Wochen Anrufe und Anschreiben von Leuten, die uns zehn Jahre lang nicht gekannt haben. Ich glaube schon, dass wir uns manche Bereiche etwas genauer ansehen müssen.

Unser Grundsatz wird lauten: Förderung von wirtschaftlichen Betrieben und des ländlichen Raums und keine Förderung von Behörden. Das gilt auch für die Gemeinschaftsaufgabe. Dieses Instrument muss mit den Schwerpunkten Investitionsförderung und Förderung von Absatz und Vermarktung erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, unsere Kulturlandschaft ist seit Jahrhunderten im Einklang mit der Natur von den Bauern mitgeprägt worden. Die EU-Agrarreform hat umfassende Kriterien für die Bewirtschaftung festgelegt und mit dem schönen „deutschen“ Namen Cross Compliance belegt. Daran hat sich jeder zu halten. Auch hier gilt die 1:1-Umsetzung der EU-Vorschriften. Natur- und Artenschutz werden wir mit den Betrieben machen und nicht gegen sie. Wenn es besondere zusätzliche Vorschriften gibt, müssen diese entschädigt werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die beiden Anträge zielen in ihrer Konsequenz darauf ab, den wirtschaftenden Betrieben Mittel zu entziehen und die Einkommen weiter zu senken. Darum lehnen wir diese Anträge selbstverständlich ab. Wir werden und wollen den ländlichen Raum weiter fördern, aber keine Bürokratie. Der neue Minister Uhlenberg ist Garant für diese neue frische Politik. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun der agrarpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Herr Abgeordneter Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident, vielen Dank für die freundliche Ankündigung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Konzepte für den ländlichen Raum mit den zentralen Aussagen Sicherung der ländlichen Strukturen der Betriebe, Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung und Verbesserung der Qualität der Produkte, Schutz der Verbraucherinnen und

Verbraucher, Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich Tourismus, nachwachsende Rohstoffe im Bereich der Energieversorgung haben die grüne Landwirtschaftspolitik der letzten zehn Jahre bestimmt. Ich glaube, dass die dafür zuständige Ministerin in der Bundesrepublik die entsprechende Anerkennung für solch eine andere Politik im Bereich der Agrarpolitik hat. Insofern müssen wir konzeptionell an dieser Stelle die bereits begonnenen Pfade weiter austreten, breiter machen und die entsprechenden Entwicklungen verstärken.

Meine Damen und Herren, ich möchte aus der Rede von Angela Merkel im Bundestag zitieren, in der sie vor drei Wochen ausgedrückt hat: Im EU-Haushalt ist zuviel „agrar“ und zu wenig Zukunft. Sie hat das später - das ist hier beschrieben worden - in der Höhle des Löwen an zwei Stellen entsprechend relativiert. Aber sie hat intuitiv das ausgedrückt, was das zentrale Moment der Diskussion ist. - Herr Ortgies, ich glaube nicht, dass es hilft, an dieser Stelle rein reaktiv zu sagen: Es muss alles so bleiben, wie es ist. Wir müssen erst einmal die erste Säule und alles so umsetzen, wie es dort beschlossen worden ist. Ich glaube, wir haben in der Tat eine Diskussion. Wenn man nicht dieser Diskussion sich offensiv stellt und offensive Konzepte in eine solche Diskussion einbringt, wird man zum Schluss verlieren, werden die Bauern und Bäuerinnen in diesem Land verlieren, wird der ländliche Raum und das gesamte Land verlieren. Deshalb ist es wichtig, deshalb begrüße ich den Antrag der SPD-Fraktion, dass wir heute darüber diskutieren und uns in frühzeitig dieser Legislaturperiode an ein so wichtiges Thema machen.

Ich glaube im Übrigen auch, dass das nicht die letzte Plenardebatte zu diesem Thema sein wird; denn die EU-Agrarsubventionen stehen auf der Tagesordnung. Auch die von mir genannten Bereiche stehen auf der Tagesordnung: Qualitätssicherung, Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, Entwicklung des ländlichen Raumes - nicht nur bezogen auf den einzelnen Betrieb -, stärker zu investieren und die Mittel entsprechend umzuorientieren, weil nur so die Wettbewerbsfähigkeit und die Strukturen im ländlichen Raum gesichert werden können.

Meine Damen und Herren, es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass zurzeit beispielsweise die Biomärkte boomen, Zuwachsraten von 20 bis 30 % haben. Hier wird eine Perspektive nicht für die gesamte Landwirtschaft deutlich, aber es wird deutlich, welchen Weg wir in der Qualität, im Bereich des Schutzes der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen können. Ich glaube, dort lie-

gen große Zukunftspotenziale, Stichwort: nachwachsende Rohstoffe. Dafür braucht es entsprechende Unterstützung. Wir wollen neue Arbeitsplätze. Wir wollen Arbeitsplätze sichern, aber nicht an bestehenden Strukturen festhalten, weil wir damit letztlich unter die Räder geraten.

In dem jetzt anstehenden Wahlkampf wird es darauf ankommen, diese beiden Modelle deutlich zu machen: auf der einen Seite Jobs für die Zukunft, vor allem bei Biomasse und erneuerbaren Energien, in einem Qualitätswettbewerb mit hohen Standards für die Landwirtschaft - auf der anderen Seite, so habe ich den neuen Landwirtschaftsminister verstanden, finanzielle Versprechungen, möglicherweise niedrigere Standards, Agrotechnik und letztlich die Abhängigkeit von Saatgutkonzernen. Meine Damen und Herren, diese Alternativen sind eindeutig und klar. Ich glaube, dass die Menschen sich auch eindeutig und klar dazwischen entscheiden können. - Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Thomann-Stahl für die FDP-Fraktion.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja erfreulich, dass auch die Kollegen von der SPD die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP genau studiert und gelesen haben. Ich kann nur feststellen: Endlich dürfen Sie auch mal selbst einen Antrag zu diesem Thema stellen, nachdem Sie sich viele Jahre lang darauf beschränken mussten, die grüne Politik zähneknirschend nachzuvollziehen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das werden wir noch auskosten! - Demonstrativer Beifall von der FDP)

- Dass Sie aus der Knechtschaft der Grünen entlassen sind, werden Sie noch auskosten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Bei Ihnen ist das ja umgekehrt! Sie sind in der Knechtschaft der CDU!)

Das finde ich wirklich gut, Herr Dr. Horstmann. Das ist eine gute Nachricht für uns, denke ich. Da ergeben sich sicherlich wieder Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Wir erinnern uns ja alle noch mit Vergnügen, mit Freude und mit großem Respekt an die Kollegin Schmid von der SPD-Fraktion.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Eine gute Frau!)

Um es kurz zu sagen: Seit dem 22. Mai wissen die 6 Millionen Menschen im ländlichen Raum Nordrhein-Westfalens, dass sie mit der neuen Landesregierung endlich wieder einen verlässlichen Partner haben, wenn es darum geht, die Potenziale des ländlichen Raums in all seiner Vielfalt zu nutzen und weiterzuentwickeln.

Vor fünf Jahren haben SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart - den haben wir nämlich auch gelesen -, Nordrhein-Westfalen wolle seine Vorreiterrolle für eine Landwirtschaftspolitik ausbauen, die möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Existenz sichert. Hieran ist die rot-grüne Landesregierung auf ganzer Linie gescheitert. Da muss ich dem, was Herr Kollege Ortgies dargelegt hat, nichts hinzufügen.

Wir Liberale betrachten den ländlichen Raum als eigenständigen Lebens- und Entwicklungsraum. Einseitigen Benachteiligungen des ländlichen Raums bei Förder- und Entwicklungsmaßnahmen werden wir entgegentreten.

Wir stehen zum Vertragsnaturschutz. Die notwendigen Maßnahmen sollen so weit wie möglich auf vertraglicher Ebene bzw. über freiwillige Vereinbarungen umgesetzt werden.

Wir werden auch dafür sorgen, dass der Wald in seinem Bestand gesichert wird und dass die Waldbesitzer ihn unter Wahrung seiner Gemeinwohlfunktion nachhaltig bewirtschaften können - und dabei liegt die Betonung auf „bewirtschaften“, meine Damen und Herren.

Land- und Forstwirtschaft sind nämlich eine wichtige Branche - nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der ganzen Bundesrepublik. Ihr Produktionswert übertrifft jährlich rund 47 Milliarden €. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft - das darf man nicht aus den Augen verlieren - mit produktionsbedingten Ausgaben von über 31 Milliarden € ein unverzichtbarer Investor gerade auch im ländlichen Raum; denn die Investitionen werden vor Ort getätigt und schaffen dort neue Arbeitsplätze. Und die Landmaschinenhersteller sind zum großen Teil in Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Auch hier ist die Landwirtschaft also ein ganz wichtiger Faktor.

Mit der FDP wird es keine Politik geben, die Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau- und Ernährungswirtschaft sowie die vor- und nachgelagerten Bereiche irgendwelchen fragwürdigen ideologischen Vorstellungen unterordnet. Der ländliche Raum ist uns zu wichtig, als dass er als Experimentierfeld und Spielwiese missbraucht wird. Glücklicherweise sieht unser Koalitionspartner dies genauso. Das unterscheidet ihn und unsere Partnerschaft

positiv von Ihrer zehnjährigen agrarpolitischen Knechtschaft, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Die wirtschaftliche und wettbewerbliche Situation der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland ist nach wie vor schwierig; das wissen alle. Gerade deshalb werden wir alle EU-Vorgaben 1:1 umsetzen und die Probleme nicht durch zusätzliche Auflagen verschärfen und damit unsere Landwirte aus dem Markt drängen - wie Sie das in den letzten Jahren hier auf Landesebene getan haben und im Moment noch auf Bundesebene tun, meine Damen und Herren.

Eine zukunftsorientierte ländliche Regionalpolitik geht aber natürlich über den Agrarbereich hinaus. Die Attraktivität des ländlichen Raums kann nur erhalten werden, wenn die Bürger auf eine vergleichbare Infrastruktur bei Ärzten, Banken, Post, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen - ganz wichtig -, Handwerk und Handel zurückgreifen können, wie sie in Konzentrations- oder Ballungsgebieten vorhanden ist.

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Antrag verhartet leider weiter in Ihrem alten staatsfixierten Denken: Alles muss der Staat richten; der Einzelne ist möglichst nicht verantwortlich.

Wir haben eine andere Sichtweise. Die Menschen wollen - und das sollten Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen - selbst für ihr Leben verantwortlich sein. Sie wollen selbst entscheiden können.

Diese Freiheit wollen wir Liberale - und mit uns die CDU - ihnen im Lande zurückgeben. Die Bürger hier in Nordrhein-Westfalen können nämlich wesentlich mehr, als Sie ihnen in den letzten Jahren zugetraut haben. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat jetzt Herr Minister Uhlenberg für die Landesregierung.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt heute eine gute Nachricht: Die SPD hat zumindest formal den ländlichen Raum wiederentdeckt. Nachdem sie zehn Jahre im Kriechgang durch den Landtag gegangen ist und sich um diese Themen überhaupt nicht gekümmert hat, gibt es zumindest schon einmal wieder einen Antrag.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie gerade vor der Landtagswahl am 22. Mai durch die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen gefahren sind, dann haben Sie erstens festgestellt, dass bei den Podiumsdiskussionen von der SPD meistens keiner da war. Zweitens haben Sie festgestellt, dass sich in den ländlichen Räumen eine Wut über diese Art von Agrarpolitik und Politik für den ländlichen Raum aufgestaut hatte, unter der auch die Sozialdemokraten - ich glaube, sie haben es erst mit dem Wahlergebnis am 22. Mai gemerkt - deutlich zu leiden haben.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn in diesem Antrag vieles falsch ist - deswegen werden wir ihn ja auch ablehnen -, schließt er doch auch ein Stück an die Zeit von Herrn Matthiesen an - das darf ich Ihnen mit auf den Weg geben -, indem Sie nun wieder eigenständige Gedanken zum Thema „ländlicher Raum“ äußern. Noch einmal: Sie sind in den vergangenen Jahren nur im Kriechgang gegangen. Wir haben doch Veranstaltungen erlebt, bei denen die SPD-Kollegen irgendetwas gesagt haben, was vom grünen Staatssekretär sofort wieder eingesammelt worden ist.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Und es ist völlig falsch, jetzt hierhin zu kommen und so zu tun, als würden diese Landesregierung und die Koalitionsfraktionen das Thema ländlicher Raum links liegen lassen.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Nein, es ist in der Tat so - diese Dinge können Sie nicht gegeneinander ausspielen -: Beim Agrarstandort Nordrhein-Westfalen geht es um 45.000 landwirtschaftliche Betriebe. In der Landwirtschaft und in den vor- und nachgelagerten Bereichen arbeiten mehr Menschen als in der Automobil- und Stahlindustrie.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Warum kommt das dann bei Herrn Rüttgers nicht vor?)

Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe. Sie haben in Europa nur dann eine Chance, wenn sie wettbewerbsfähig sind, wenn die Idylle ein Stück zur Seite geschoben wird, wenn wir die Landwirte als Unternehmer sehen und wenn sie nicht durch Ihre tausend Programme bevormundet werden, die Sie in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben mit dem Ergebnis, dass immer mehr Betriebe bei uns in Nordrhein-Westfalen aufgegeben wurden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landwirte wollen nicht mehr bevormundet werden. Sie wollen ernst genommen werden. Sie wollen den Erhalt der Selbstverwaltung in der Agrarverwaltung. Wir können den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen nicht stärken, indem wir die Wettbewerbsfähigkeit gegen die anderen Instrumente der Politik ausspielen. Das ist nicht zu machen. Daher gibt es mit dieser neuen Landesregierung, mit diesem neuen Ministerpräsidenten, der heute Morgen in seiner Regierungserklärung zu diesem Thema klare Worte gefunden hat,

(Dr. Axel Horstmann [SPD] und Svenja Schulze [SPD]: Fast nichts!)

mit dem neuen Agrarminister und mit den beiden Koalitionsfraktionen einen Neubeginn in der Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Da haben Sie die ersten Chancen schon vertan!)

Das ist notwendig, um in den nächsten Jahren das Schlimmste zu verhindern.

Meine Damen und Herren, es ist schon ein starkes Stück der SPD, der neuen Landesregierung ein einseitiges Vorgehen bei der Konzeption des künftigen Förderprogramms für den ländlichen Raum für die Förderphase ab 2007 vorzuwerfen, obwohl Ihnen die Inhalte noch gar nicht bekannt sind. Im Übrigen ist bis 2007 ist alles festgeschrieben.

Sie diskutieren bereits heute über das Jahr 2007 und erwarten von uns, dass wir bereits 14 Tage nach der Landtagswahl das Programm für 2007 der Öffentlichkeit vorlegen. Die Fakten werden von Ihnen, ohne rot zu werden, auf den Kopf gestellt.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer hat denn viele Jahre Ökologie auf Kosten der Ökonomie betrieben?

(Beifall von der CDU)

Wer hat ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Entschuldigung, Herr Minister. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Horstmann?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Gerne.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Nachdem Sie, Herr Minister, die programmatische Kraft der neuen

Landesregierung bei der Politik für den ländlichen Raum so beschrieben haben, frage ich Sie: Wieso ist es nicht dazu gekommen, dass das im CDU-Wahlprogramm angekündigte Leitbild für die Entwicklung des ländlichen Raumes in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung erwähnt wurde? Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass das eine ziemliche Enttäuschung ist und dass Sie damit unter der Hürde hergelaufen sind?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Och!)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Kollege Horstmann, wenn Sie etwas zurückblicken und sich das Agrarprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl ansehen, stellen Sie fest: Es ist sehr umfangreich. Alles ist darin beschrieben.

Wenn Sie sich den Koalitionsvertrag ansehen, werden Sie feststellen: Die notwendigen Dinge, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden müssen, sind darin beschrieben.

Wenn Sie sich die Aussagen des Ministerpräsidenten von heute Morgen ansehen, hat er die entsprechenden Aussagen des Koalitionsvertrages noch einmal in seiner Regierungserklärung aufgegriffen. Das werden wir politisch in den nächsten Tagen und Wochen auf den Weg bringen.

(Beifall von CDU und FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Damit sind Sie schon fertig!)

Meine Damen und Herren, es geht auch nicht um eine Einseitigkeit, wie Sie es, Frau Kollegin Schulze, eben wieder dargestellt haben; denn dieser Vorwurf ist haltlos. Das Gegenteil ist zutreffend: Die neue Landesregierung wird die Förderprioritäten ausgewogen setzen. Das war bei der alten Landesregierung nicht der Fall. Wir werden den Zielsetzungen und Weichenstellungen der EU-Kommission für mehr Wettbewerb und Lebensqualität bei Schonung der natürlichen Ressourcen besser Rechnung tragen, als das bei der bisherigen Regierung der Fall war.

Eines ist noch wichtig: Die Landesregierung hat unverzüglich nach der Regierungsübernahme die Arbeiten für die Konzeption eines neuen nordrhein-westfälischen Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum aufgenommen.

(Svenja Schulze [SPD]: Ach!)

Wir werden termingerecht, Frau Kollegin Schulze, bis Ende Juni 2006 - so viel Zeit haben wir - einen

Programmentwurf erarbeiten. Unter Berücksichtigung einer zu erwartenden sechsmonatigen Genehmigungsdauer durch die Europäische Kommission kann das neue Programm dann fristgerecht zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Es ist doch wohl selbstverständlich, dass ich den zuständigen Ausschuss des Landtages über den Fortgang der Programmarbeiten an diesem Programm „Ländlicher Raum“ informieren werde.

Meine Damen und Herren, wir werden, was Informationen und die Debatte über ein Programm für den ländlichen Raum angeht, mit diesem Ausschuss anders umgehen als es die Vorgängerregierung in der vergangenen Wahlperiode getan hat. Darauf können Sie sich verlassen.

Zum gegenwärtigen Sachstand: Die für die anstehenden Arbeiten notwendigen inhaltlichen und rechtlichen Voraussetzungen liegen inzwischen weitgehend vor. Am 20. Juni 2005 hat der EU-Agrarrat eine politische Einigung über die ELER-Verordnung erzielt. Diese Verordnung steckt den künftigen Förderrahmen für die sogenannte zweite Säule der EU-Agrarpolitik. Die formale Verabschiedung der Verordnung kann allerdings erst nach der Verabschiedung des EU-Finanzrahmens 2007 bis 2013 erfolgen. Darüber hinaus fehlt auch noch eine Durchführungsverordnung, in der die wichtigen Details des Programms geregelt werden.

Aus der Sicht der Landesregierung ist es bedauerlich, dass sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten beim letzten Europäischen Rat in Brüssel nicht über den EU-Finanzrahmen 2007 bis 2013 einigen konnten. Damit wurde die Chance verspielt, frühzeitig neben den inhaltlichen auch die finanziellen Rahmenbedingungen für den nächsten Förderzeitraum festzulegen. Davon sind in Deutschland vor allem die Länder betroffen, die für die Konzeption und Umsetzung der Förderprogramme für die ländliche Entwicklung zuständig sind, also auch Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, nachdem ich nun den Antrag der SPD gelesen habe, bin ich mir nicht sicher, Frau Kollegin Schulze, ob die SPD die Einzelheiten der EU-Agrarpolitik und der EU-Finanzierung richtig verstanden hat.

(Svenja Schulze [SPD]: Also bitte!)

Es leuchtet mir überhaupt nicht ein, warum die Ziele und Aufgabenschwerpunkte der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik - Herr Kollege Ortgies hat dazu gerade schon einiges gesagt - geändert werden sollen, wenn die Mittelansätze gekürzt werden.

Wir müssen in Zukunft von deutlich weniger Geld als in den vergangenen Jahren ausgehen. Denn die Inhalte der ELER-Verordnung stecken einen weiten Rahmen an Fördermöglichkeiten ab. Jede Region - in Deutschland sind es die Bundesländer, also auch Nordrhein-Westfalen - entscheidet in eigener Zuständigkeit, welche Maßnahmen sie aus diesem Förderrahmen auswählt und anbietet. Dabei sind die Probleme und die sich daraus ergebenden Fördernotwendigkeiten genauso zu berücksichtigen wie die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.

Damit wird dem Subsidiaritätsprinzip voll Rechnung getragen. Es gibt also überhaupt keinen Grund, auf europäischer Ebene noch einmal über die Ausrichtung der Ela-Verordnung zu diskutieren. Die Entscheidungen sind gefallen. Jetzt liegt es an uns, bei den wenigen finanziellen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, das Beste daraus zu machen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, den Damen und Herren von der SPD sind bei der Formulierung ihres Antrags auch handwerklich Fehler unterlaufen. Offensichtlich haben sich die Verfasser nicht die Mühe gemacht, sich die Struktur der neuen Ela-Verordnung einmal anzuschauen. Sonst hätten sie eigentlich gleich merken müssen, wie wenig Substanz in ihrem Vorwurf steckt, die Landesregierung gehe einseitig nur mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit vor.

In der Ela-Verordnung sind vier Förderachsen vorgesehen. Für jede Förderachse muss bezogen auf den Gesamtplafond des Programms eine finanzielle Mindestausstattung sichergestellt werden, und der EU-Agrarrat hat sich nach zähen Verhandlungen auf folgende Mindestansätze verständigt: Achse eins: Wettbewerbsfähigkeit mindestens 10 %, Achse zwei: Verbesserung der Umwelt mindestens 25 %, Achse drei: Diversifizierung im ländlichen Raum 10 %, Achse vier: wieder mindestens 5 %.

Wenn diese Mittelansätze nicht eingehalten werden, ist das Programm allein aus diesen Gründen nicht genehmigungsfähig. Es kann also überhaupt keine Rede davon sein, dass sich die Landesregierung bei der Zielsetzung für das neue Programm ausschließlich auf den Bereich Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren wird.

Zurzeit, Frau Kollegin Schulze, werden 70 % der Mittel aus diesem Programm in Nordrhein-Westfalen für den Bereich Umwelt und Naturschutz ausgegeben. 25 % sind vorgeschrieben. Die anderen Bereiche sind entsprechend unterfinanziert. Deswegen können Sie sich vorstellen,

dass wir in diesem Bereich noch viel Arbeit haben und einiges auf den Kopf stellen müssen.

Die Landesregierung wird allerdings sehr wohl in der nächsten Förderperiode die Fehler und die falschen Weichenstellungen der Vorgängerregierung korrigieren. So sind die Maßnahmen eben in diesem Bereich überarbeitungswürdig. Diese Überarbeitung werden wir vornehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun möchte ich noch einiges zur Finanzierung der EU-Agrarpolitik sagen. Auch das Thema ist ja eben angesprochen worden.

Ich halte nichts davon - wie es auch in dem Antrag der Grünen wieder festzustellen ist -, die erste Säule gegen die zweite Säule der Agrarpolitik auszuspielen. Beide Säulen sind gleichermaßen wichtig. Es ist notwendig, die erste und die zweite Säule der EU-Agrarpolitik finanziell angemessen auszustatten. Nur dann wird es gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen, der deutschen und der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft zu sichern, damit die multifunktionale Bedeutung der Landwirtschaft aufrechterhalten bleibt, was wiederum unverzichtbar ist für unsere prosperierenden ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen.

So wäre die touristische Entwicklung vieler ländlicher Regionen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ohne Landwirtschaft nicht möglich und nicht aufrechtzuerhalten. Eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen ist nämlich eine intakte Kulturlandschaft.

Aus Sicht der Landesregierung sollten vor dem Hintergrund der laufenden Debatte und des Finanzrahmens 2007 bis 2013 alternative Finanzierungsmöglichkeiten im EU-Haushalt ernsthaft geprüft werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Gedanken der Kofinanzierung aufgreifen. Das heißt, dass sich die Länder an der Finanzierung auch der Agrarpolitik entsprechend beteiligen werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Landesregierung feststellen muss, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe - das sind neben den Mitteln der Europäischen Union die Mittel des Bundes - drastisch zusammengestrichen hat. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, von rund 900 Millionen € auf 700 Millionen €.

Auf der einen Seite, Frau Kollegin Schulze, erwarten Sie umfangreiche Programme für den ländlichen Raum, auf der anderen Seite hat aber gera-

de Ihre Partei auf Bundesebene durch die Kürzung bei der Gemeinschaftsaufgabe dazu beigetragen, dass diese Programme wohl in dieser Form nicht mehr möglich sein werden.

Deswegen wird die Aufgabe dieser neuen Landesregierung darin bestehen, eine Politik zu betreiben, die darauf setzt, dass auf der einen Seite die Wettbewerbsfähigkeit der 40.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen gestärkt wird, ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: ... und auf der anderen Seite werden wir durch Anreizmittel eine Politik für den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen vorantreiben.

Diese Regierung wird ihre Arbeit fristgemäß dem Landtag von Nordrhein-Westfalen vorlegen. Wir werden dann eine weitere interessante Debatte bekommen. - Für heute bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, an den hereinströmenden Abgeordneten merken Sie, dass wir uns der Abstimmung nähern. Zuvor hat aber für die SPD-Fraktion noch Frau Watermann-Krass das Wort.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Unruhe - Glocke)

Ich möchte gern noch etwas auf die Ausführungen meiner Kollegen entgegenen. Zunächst einmal muss ich sagen, dass wir von der SPD sehr wohl auch ein Programm haben. Wir haben es abgestimmt im Februar letzten Jahres. Das Ganze nennt sich „Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen“. Ich betone dazu: Das ist im Dialog mit der Landwirtschaft und natürlich auch mit den vor- und nachgelagerten Bereichen diskutiert. Es hat auch von den Landwirten durchaus viel Zustimmung dafür gegeben,

(Beifall von der SPD)

dass wir uns in diesem Bereich äußern.

Zu der erwähnten Regierungserklärung, Herr Minister Uhlenberg, muss ich sagen: Ich bin heute Morgen ja auch dabei gewesen. So ganz viel ha-

be ich da nicht gehört. Es war kein wirklicher Schwerpunkt vernehmbar in der Sache.

Deswegen meine ich, dass wir gar nicht so weit auseinander liegen, wenn wir das definieren, dass es uns wirklich am Herzen liegt, den landwirtschaftlichen, den ländlichen Raum in dieser Form weiterzuentwickeln.

Zu unserem Antrag und Ihrem Koalitionsvertrag noch einmal ein paar Feststellungen:

Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP bleibt vage und ist teilweise nicht so ganz stimmig.

Im Bereich Landwirtschaft ist nachzulesen: Benachteiligungen des ländlichen Raumes bei Förder- und Entwicklungsmaßnahmen werden wir entgegnetreten.

Im Bereich Umwelt und Naturschutz heißt es: Alle Einrichtungen, Förderprogramme und Gutachten werden auf ihre Notwendigkeit hin geprüft.

Schließlich wird im Kapitel Haushalt und Finanzen angekündigt: Wir werden die Mittel für Leistungsgesetze und Förderprogramme zurückführen mit dem Ziel einer Senkung der entsprechenden Ausgaben um bis zu 20 %.

Wir stellen fest: Das Versprechen der CDU in ihrem Wahlprogramm, ein Gesamtkonzept für eine langfristige, tragfähige Strategie für eine nachhaltige, flächendeckende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu entwickeln, bleibt unerfüllt.

(Beifall von der SPD)

Allgemeinsätze helfen da nicht weiter. Zudem werden die nicht land- und forstwirtschaftlichen Aspekte und Möglichkeiten des ländlichen Raumes im Koalitionsvertrag außer Acht gelassen. Dies alles wird der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft nicht gerecht.

Auf meinen zweiten Punkt ist bereits vorhin schon näher eingegangen worden. Im Rahmen ihrer Europadebatte sagt Kanzlerkandidatin Merkel bei den Landfrauen zum einen: Wir werden die Mittel nicht antasten. So, wie sie das in ihrem Regierungsprogramm fasst, stellt sie es zum anderen aber durchaus infrage. Wir müssen feststellen: Das ist keine einheitliche Linie und schon gar keine gemeinsame Strategie, der, bitte schön, alle Verantwortlichen in Ihrer Partei folgen.

(Beifall von der SPD)

Deshalb fordern wir: Wir brauchen in NRW und in diesem Hause eine Diskussion und ein Konzept darüber, wie wir die Zukunftsfähigkeit des ländli-

chen Raumes sichern und ausbauen. Wir sind davon überzeugt, dass das nur mit einer integrierten und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik gelingt. Angesichts der von uns liegenden Herausforderungen - Sie haben eben selber darauf hingewiesen -, insbesondere der anstehenden Entscheidungen zum ländlichen Raum auf EU-Ebene, ist es doch gerade geboten, den Entwurf dieses Gesamtkonzeptes umgehend zu diskutieren. Wir haben eine Vorstellung davon, bis wann das geschehen sein soll, nämlich bis Ende Oktober dieses Jahres, damit wir das Ergebnis noch vorlegen können.

Nur so besteht doch die Möglichkeit, dass wir eine zeitnahe und hoffentlich auch fraktionsübergreifende Diskussion bekommen. Frau Schulze hat darauf hingewiesen: Wir Sozialdemokraten sind bereit, hieran konstruktiv mitzuarbeiten. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deswegen die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/32**. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen. - Wer ist dagegen? - Das ist die Mehrheit der Fraktionen der CDU und der FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung des **Entschließungsantrags** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/62**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Wer ist dagegen? - Das sind die drei übrigen Fraktionen und damit die Mehrheit. - Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe auf:

8 Gender-Budgeting jetzt umsetzen! - Keine ungerechte Sparpolitik

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/34

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Abgeordneter Barbara Steffens das Wort. - Ich wäre dankbar, wenn Sie der Rednerin die Aufmerksamkeit zuteil werden ließen, die Sie sich auch bei Ihren Reden wünschen.

Barbara Steffens (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor drei Jahren haben wir uns im Landtag - das sind in diesem Fall alle Fraktionen gemeinsam, unabhängig von der politischen Couleur - auf die Umsetzung von Gender-Mainstreaming verständigt. Alle Fraktionen haben auf rot-grüne Initiative hin aber einvernehmlich festgelegt, dass zukünftig staatliches Handeln auf allen Ebenen und in allen Bereichen hier in Nordrhein-Westfalen ständig auf seine geschlechtsspezifischen Auswirkungen hin überprüft wird und Benachteiligungen von Frauen - natürlich auch von Männern, soweit das einmal der Fall sein sollte - beseitigt werden sollen.

Theoretisch könnten wir es dabei belassen und abwarten, wie Sie, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, den gemeinsam gefassten Beschluss jetzt in der Regierung umsetzen, wie Sie den Staffellauf fortsetzen. Ein Blick in den Koalitionsvertrag genügt aber, um Zweifel daran zu wecken, dass Abwarten wirklich zu dem gewünschten Erfolg führen wird. Denn in Ihrem Koalitionsvertrag steht: Die Gleichstellung von Mann und Frau berücksichtigen wir als Querschnittsaufgabe bei allen politischen Entscheidungen. Mädchen und Jungen, Frauen und Männer sollen von der Politik gleichermaßen profitieren. - Aber das war es dann auch. Ein verbales Potemkinsches Dorf ohne Inhalte, ohne konkrete Maßnahmen, Angebote und Vorstellungen.

Querschnittsaufgaben - Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren von der Regierung, was heißt das denn für Sie? Zur Klärung dieser Worthölse hat auch in diesem Punkt die Regierungserklärung heute nicht beigetragen. Einerseits sagen Sie ja zu gleichen Chancen für Frauen und Männer, andererseits tragen Sie aber das Motto „Freiheit vor Gleichheit“ wie eine Monstranz vor sich her und sagen sogar: Gleichheit ist nicht gerecht. - Freiheit ist gut. Freiheit ist wichtig. Freiheit alleine ist aber kein Wert an sich.

(Ralf Witzel [FDP]: Freiheit ist gerecht!)

Freiheit ersetzt vor allem nicht das im Grundgesetz garantierte Recht auf Gleichbehandlung. Chancengleichheit, meine Damen und Herren, ist gerecht. Geschlechtergerechtigkeit ist auch Chancengleichheit.

Sie weisen keine Lösungsansätze für Ihre verbal gesteckten Ziele auf - kein Wort dazu, keine Ideen dazu. Wenn Gender-Mainstreaming, wenn unser gemeinsamer Beschluss jetzt kein Wortgeklingel werden soll, wenn wir es damit und mit der Gleichstellungspolitik nach wie vor alle, aber auch wirklich alle ernst meinen, dann müssen wir an diesem Thema dranbleiben, dann muss noch einiges passieren. Sie müssen den Staffstab übernehmen und ohne Pause weiterlaufen.

Das heißt eben auch und vor allen Dingen, dass die Finanz- und Haushaltspolitik in den Blick genommen werden muss. Wir haben nicht nur den verfassungsrechtlichen Auftrag dazu; es gibt auch eine Reihe von weiteren Rahmenbeschlüssen wie den Amsterdamer Vertrag zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming und den Beschluss der EU-Finanzminister zu Gender-Budgeting, also das Anwenden des Gender-Mainstreamings auf alle Haushalte, auf alle Budgets.

Diesen verfassungsrechtlichen Auftrag kann auch nicht die Parole „Freiheit vor Gleichheit“ aufkündigen. Es ist zwar, wie auch heute Morgen in der Debatte deutlich geworden ist, nicht klar, was diese Koalition konkret plant. Angekündigt wurde aber, dass alle Leistungsgesetze und alle Förderprogramme auf den Prüfstand sollen. Kürzungen bis zu 20 % stehen im Raum. Prüfen an sich ist nicht falsch, aber die Frage ist, nach welchen Kriterien geprüft wird, wie teuer etwas ist, wie viele Arbeitsplätze eine Maßnahme schafft, wem es hilft oder nützt.

Ich finde, das ist ein guter Zeitpunkt, um den Prüfstand zu erweitern und eine Gender-Verträglichkeitsprüfung einzuführen. Es mag sein, dass das für viele von Ihnen eine Forderung ist, mit der Sie nicht so richtig etwas anfangen können. Aber ich glaube, an einigen Beispielen wird auch denjenigen, die sich nur wenig damit beschäftigt haben, klar, was damit gemeint ist. Wenn beispielsweise in der Aidshilfe Präventionsberatungsprogramme gestrichen werden, dann trifft das Frauen deshalb härter, weil bisher sowieso nur ein geringfügiger Teil dieser Programme frauenspezifisch ausgerichtet war und - noch eklatanter - weil durch veränderte Übertragungswege die Infektionsrate bei Frauen inzwischen wesentlich stärker ansteigt als bei Männern. Von daher muss man, wenn man kürzt, genau prüfen, was das bezogen auf die Geschlechter heißt.

Das gilt aber auch für andere Bereiche. Wenn Landeszuschüsse für Weiterbildung, zum Beispiel für die Erwachsenenbildung in den Volkshochschulen, reduziert werden und dies von den Kommunen nicht aufgefangen wird oder werden

kann, dann trifft das Frauen in mehrfacher Hinsicht härter als Männer, weil sie nicht zuletzt aufgrund ihrer geringeren Erwerbseinkommen die in der Vergangenheit kostengünstigeren Angebote der VHS in höherem Maße genutzt haben als Männer, aber auch weil Frauen in der Weiterbildung mehr als Männer haupt- oder freiberuflich tätig sind und weil sich schwerpunktmäßig die Angebotsnachfrage von Frauen in den letzten Jahren verändert hat, nämlich hin zu beruflichen Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für den beruflichen Wiedereinstieg. Werden diese Bildungsangebote jetzt schmaler oder zu teuer, dann sinkt für viele Frauen die Chance zur Rückkehr ins Berufsleben oder die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung.

Ein weiteres Beispiel ist die Verkehrsplanung. Das Beispiel ist vielen von Ihnen bekannt, aber es lohnt sich trotzdem, es sich immer wieder vor Augen zu führen. Eine Erhöhung der Investitionen im Individualverkehr - hierzu gibt es ja einige Vorstellungen - kommt überproportional den Männern zugute. Einsparungen im öffentlichen Personennahverkehr treffen überproportional Frauen, weil - Frauen und Männer sind unterschiedlich mobil - öffentliche Verkehrsmittel in erster Linie von Frauen genutzt werden.

Frauen gehen auch häufiger zu Fuß als Männer und sind eher mit kleinen Kindern unterwegs. Frauen verfügen für den alltäglichen Gebrauch wesentlich seltener über ein Auto als Männer. Gleichzeitig haben sie aufgrund der immer noch vorherrschenden geschlechtsspezifischen Rollenverteilung die Hauptverantwortung für die Koordination aller familiären Aktivitäten. Daraus ergeben sich geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen, zum Beispiel an das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs. „Privat vor Staat“, „Erarbeiten vor Verteilen“, „Deregulieren und Privatisierung“ sowie „Outsourcing“

(Ralf Witzel [FDP]: Alles richtig!)

sind Begriffe, die nicht unbedingt Gutes für Frauen versprechen. Wir wollen das prüfen.

(Ralf Witzel [FDP]: Outsourcing ist frauenfeindlich?)

- Ich kann Ihnen erklären, warum Outsourcing ein Problem ist. Wenn man eine Sache privatisiert und outsourct, dann will derjenige, der damit Geld verdient, natürlich auch Gewinne machen. Meistens geht das in den Bereichen Reinigungsdienste und woanders zulasten der Gehälter derjenigen, die dort beschäftigt sind, und das sind Frauen. Ihr Zwischenruf ist wirklich typisch. Lassen Sie uns den Haushalt daraufhin gemeinsam überprüfen!

Vielleicht werden dann auch Ihnen die Augen aufgehen, wo genau diese frauenspezifischen Bereiche sind und wo Frauen stärker als Männer von Kürzungen und Maßnahmen betroffen sind.

Im Koalitionsvertrag lautete es: Die Gleichstellung von Mann und Frau berücksichtigen wir als Querschnittsaufgabe bei allen politischen Entscheidungen. - Das heißt, wir haben bezogen auf den Haushalt zwei Aufgaben vor uns:

Erstens gehören alle Kürzungsvorhaben auch auf den Gender-Prüfstand. Was bedeuten Kürzungen für Frauen?

Zweitens heißt es, dass der Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern im bisherigen Einzelplan 11 von den Sparvorhaben ausgenommen werden muss. Warum? - Diese Mittel, 1 % des Gesamtansatzes des Haushaltsplans, dienen bereits festgestellten Benachteiligungen von Frauen und Mädchen im Sinne des Gleichstellungsauftrags, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren, Gender-Budgeting ist kein Instrument zum Sparen, sondern zum geschlechtergerechten Umverteilen und effizienten Einsatz der immer knapper werdenden Haushaltsressourcen. Hier kann ich nur an die Worte des Ministerpräsidenten von heute Morgen anknüpfen: „Geht nicht“ gibt es angesichts der Schuldenlast des Landes nicht. Wo wenig Geld ist, sind mehr Ideen und mehr Phantasien gefragt. Ja, wir brauchen mehr Ideen, mehr Phantasien, wir brauchen Gender-Budgeting-Analysen. Diese umfassen auch Bedarfs- und Nutzerinnenanalysen, sodass die Mittel bedarfsorientierter und zielgerichteter eingesetzt werden können. Sie umfassen auch Effizienzkontrollen, sodass bei Nichterreichung von Zielen gegengesteuert werden kann.

Der Weg ist nicht einfach. Er ist lohnenswert. Das Motto lautet: Learning by doing. Es gibt international und national zahlreiche Bemühungen und Vorbilder, nämlich Österreich, die Schweiz, Berlin, München, um nur einige zu nennen. Auch viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben erkannt, dass die Umstellung auf das neue kommunale Finanzmanagement Chancen für Gender-Budgeting bietet, und sind eingestiegen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Barbara Steffens (GRÜNE): Mein letzter Satz: Meine Damen und Herren, verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre darf kein Konzept für Nordrhein-Westfalen werden. Ich

hoffe, dass Sie, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, nicht das fortsetzen, was im Koalitionsvertrag durchgeklungen ist, sondern dass wir ganz konkret zur Umsetzung des Gender-Mainstreamings kommen. Dementsprechend hoffe ich auf Einstimmigkeit des Landtags und freue mich auf intensive Beratungen im Ausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Als nächste Rednerin hat Frau Westerhorstmann das Wort.

Maria Westerhorstmann (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Was ist bislang auf den Weg gebracht worden? Alle Parteien - das haben Sie, Frau Steffens, bereits gesagt - haben in der 13. Wahlperiode Aussagen zu Gender-Mainstreaming getroffen und die Geschlechtergerechtigkeit zu einem Prinzip der Politik erklärt.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie fordern in Ihrem Antrag, Gender-Budgeting jetzt umzusetzen. Sie wollen keine ungerechte Sparpolitik.

Ich stimme Ihnen zu, dass in der Haushaltsplanung eine wichtige Weichenstellung zur Gestaltung des Gemeinwesens erfolgt. Sie wissen auch: Frauen und Männer profitieren unterschiedlich von den Entscheidungen, die im öffentlichen Bereich in den Haushalten getroffen werden. Das können sowohl Frauen als auch Männer sein.

Nun komme ich zu dem, was Querschnittsaufgabe ist. So ist bei Jugendlichen zum Beispiel die unterschiedliche Nutzung von Jugendtreffs dadurch gekennzeichnet, dass Jungen diese Einrichtungen stärker nutzen - mit bis zu 80 % - als Mädchen. Mädchen hingegen profitieren im Bildungsbereich, was sich durch bessere Noten und bessere Schulabschlüsse zeigt. Unser Augenmerk sollte sich daher insbesondere auf die Politikfelder richten, in denen leicht nachzuweisen ist, dass die Geschlechter unterschiedlich partizipieren. Das werden wir in unseren politischen Entscheidungen berücksichtigen.

Sie sprechen davon, dass Frauen verstärkt vom Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst betroffen sind. Die Ursachen dafür sind woanders zu suchen. Meine Damen und Herren von Rot und Grün, die öffentlichen Kassen sind leer. Wir haben die Finanz- und Haushaltspolitik im Auge. Es ist schon erstaunlich, dass Sie, kaum dass Sie auf der Oppositionsbank Platz genommen haben, einen Antrag zu Gender-Budgeting einbringen. Ich

erinnere mich sehr gut an den Doppelhaushalt 2004/2005; wurde in ihm doch insbesondere bei jenen Haushaltstiteln gekürzt, von denen Frauen massiv betroffen waren.

(Beifall von CDU und FDP - Barbara Steffens [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Kinder, Frauen und Jugendliche gehörten in diesen Haushaltsplänen zu den Verlierern.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: In welchen denn?)

Sie haben in Ihren Ausführungen vorhin gesagt, Frauen gingen häufiger zu Fuß. Leben Sie mal auf dem Land! Dort sind die Frauen auf das Auto angewiesen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das habe ich auch gesagt!)

Die Spritpreise sind zurzeit entsprechend hoch.

Sie haben in all den Jahren viel über Gender geredet.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das ist auch richtig so!)

Wesentliches auf den Weg gebracht haben Sie bis heute aber nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist nicht damit getan, dass eine Analyse nach der anderen erstellt wird. Das größte Übel ist doch, dass die Kassen in diesem Bundesland leer sind. Darunter haben auch wir Frauen zu leiden.

(Zuruf von der FDP: Wir Männer auch!)

Wo war Ihre realistische Folgenabschätzung? Ich kann nicht umhin, meine Verwunderung zum Ausdruck zu bringen. Nur durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für den Prozess des Gender-Mainstreaming und des Gender-Budgeting ist noch nichts auf den Weg gebracht. Wir schaffen uns nichts anderes als neue Bürokratie.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie müssen mal über den Tellerrand hinausschauen!)

Ich habe heute Morgen wieder einmal zwei Exemplare des hervorragenden Buches zu Gender-Mainstreaming auf den Tisch bekommen. Zwei stehen schon bei mir zu Hause. Es ist seinerzeit eine vornehme, edle Ausgabe auf den Weg gebracht worden. Das hätte auch in einer einfacheren Fassung geschehen können.

Gender-Budgeting macht durchaus Sinn. Ich glaube, darin sind wir einer Meinung. Im Hinblick auf den demographischen Wandel wissen alle,

dass uns in Zukunft gewaltige Probleme ins Haus stehen und dass wir den Genderansatz weiter verfolgen müssen. Wir werden die Dinge auf den Weg bringen. Wir werden neue Akzente in der Frauenpolitik und bei der Geschlechtergerechtigkeit setzen.

Wir von der CDU stimmen der Überweisung des Antrages in den Frauenausschuss zu. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kieninger, SPD-Fraktion, das Wort.

Gerda Kieninger (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Westerhorstmann, vielleicht einmal zwei kleine Hinweise: Das ist kein Oppositionsantrag, das ist ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Und bei den letzten Haushaltsberatungen - vielleicht sollten Sie dort einmal etwas genauer hinschauen - hat es keine Kürzungen im Frauenbereich gegeben. Dieser Bereich war von jeglichen Kürzungen vollkommen ausgenommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gleichwohl sind die Themen Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting in der letzten Legislaturperiode wichtige Arbeitsschwerpunkte im Frauenausschuss gewesen. Bevor ich auf den Antrag im Einzelnen eingehe, möchte ich insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen, die zu Beginn der Legislaturperiode zu uns gestoßen sind, die Gelegenheit nutzen, in aller gebotenen Kürze noch einmal den Sachstand darzustellen.

Es ist uns im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen gelungen, die Verpflichtung der Landesregierung, eine Entscheidungsgrundlage für die modellhafte Erprobung von Gender-Budgeting zu erarbeiten, in das geltende Haushaltsgesetz aufzunehmen. Der Bericht hierzu wurde uns im Herbst 2004 vorgelegt und er ermutigt trotz einzelner Bedenken zu Modellvorhaben in geeigneten Teilbereichen des Haushaltes.

Zum Ende der Legislaturperiode hat sich der Ausschuss im Rahmen einer Delegationsreise in die Schweiz mit den dortigen Erfahrungen mit dem Thema Gender-Budgeting beschäftigt. Dabei ist noch einmal klar geworden, dass die Verteilung des Mittelabflusses auf die Geschlechter sowohl bei der Haushaltsaufstellung als auch bei der Haushaltsrechnung mit dem vorhandenen Instrumentarium vielfach nur unzulänglich abgebildet

werden kann. In manchen Fällen sind die Auswirkungen klar und eindeutig erkennbar, in anderen wiederum wird man auch die Folgewirkungen von Folgewirkungen zu betrachten haben, um die Gesamtauswirkung überhaupt bemessen zu können.

Dies möchte ich an einem Beispiel aus dem Bereich der Frauenpolitik - wir können es aber auch der Innenpolitik zuordnen - deutlich machen: Die Kosten, die bei Polizeieinsätzen gegen häusliche Gewalt zugrunde gelegt werden, können wir nach verschiedenen Kriterien aufteilen: nach dem Nutzen, nach der Verursachung oder nach der Mittelzuweisung.

Nach dem Nutzen bedeutet, dass ich die Mittel dem Opfer zuordne. Das wäre in der Mehrzahl die Frau. Nach der Verursachung bedeutet, dass ich die Mittel den Männern zuordnen müsste, weil sie in der Regel die Täter sind. Nach der Mittelzuweisung wäre die Polizei als Institution gewissermaßen geschlechtsneutral die Instanz.

Selbst die Kernfrage einer geschlechterbezogenen Budgetanalyse - „Wer sind die Nutzer oder die Nutzerinnen der vom Staat angebotenen oder subventionierten Leistungen?“ - wird mit diesem Beispiel infrage gestellt. Wie also wollen wir dieses Ergebnis bewerten?

Es gibt für jede Zuordnungsmethode gute Gründe. Wir brauchen aber eine Analyse, die stimmig ist. Wir können nicht mal so oder mal so entscheiden. Wir brauchen eine einheitliche Methode.

Wir waren uns im Frauenausschuss daher einig - so habe ich auch den Diskussionsverlauf verstanden -, dass zur Weiterentwicklung vorhandener und zur Erarbeitung neuer Instrumente im Rahmen der Haushaltsaufstellung und der Haushaltsrechnung vom Finanzminister vorgeschlagene Modellprojekte zu Gender-Budgeting entstehen sollen.

Daran sollte dann herausgearbeitet werden, mit welchen Methoden und mit welchem Aufwand die erforderliche Transparenz erreicht werden kann und wie, darauf fußend, eine Umsteuerung von Haushaltsmitteln möglich ist. - Wir befinden uns also, wenn wir ehrlich sind, noch in einem frühen Stadium der Einführung von Gender-Budgeting.

Der Bericht über die Informationsreise des Ausschusses für Frauenpolitik in die Schweiz ist zwar in der 13. Legislaturperiode in den Ausschuss eingebracht worden, aber noch nicht beraten. Wir sollten daher diese Erkenntnisse auswerten und in die Beratung einfließen lassen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für den Wunsch der Antragsteller nach geschlechtergerechter Haushaltspolitik habe ich daher ernste Zweifel, dass die Landesregierung die zentralen Forderungen des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen überhaupt zu unser aller Zufriedenheit erfüllen kann. Das soll nicht heißen, dass ich mir nicht auch wünsche, dass Veränderungen im Haushalt geschlechtergerecht ausfallen.

Bei den angekündigten Einsparungen und Konsolidierungsprozessen für den Haushalt 2006 werden wir genau aufpassen müssen, dass dies im Haushaltsentwurf 2006 nicht zulasten eines Geschlechts geschieht. Wir werden das aufzugreifen wissen.

Wir werden prüfen, wie sich Einsparungen auf die bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern auswirken. Ich fürchte allerdings, dass wir dazu eher auf unseren gesunden Menschenverstand angewiesen sind, als dass es eine verlässliche Budgetanalyse gäbe. Umso wichtiger ist es in der Tat, über die angestoßenen Modellprojekte dazu zu kommen, dass genau das in Zukunft möglich sein wird. Insoweit unterstützen wir die weiteren Anliegen der Antragsteller.

Auf welcher Ebene diese Projekte angesiedelt werden und welche Gremien sich damit zukünftig innerhalb und außerhalb der Administration befassen, dazu sollte die Landesregierung einen Vorschlag machen.

Natürlich stimmen wir dem Überweisungsvorschlag zu und hoffen, dass wir im Zuge der Beratungen auch mit dem Haushalts- und Finanzausschuss zusammen zu einer gemeinsamen Formel kommen, die von allen hier im Landtag vertretenen Fraktionen mitgetragen werden kann. Das Thema ist uns zu wichtig, als dass wir es im Rahmen der üblichen Rituale wieder zerreden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kieninger. - Als nächste Rednerin hat Frau Pieper-von Heiden von der FDP-Fraktion das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich ist dieser Antrag überflüssig. Wenn man Gender-Mainstreaming ernst nimmt - und das tut die FDP -, ist die Konsequenz, dass die Verausgabung öffentlicher Gelder geschlechtergerecht gestaltet wird. Dass es letztendlich dieses Antrages nicht bedarf, sagen Sie in Ihrem Antrag selber mit

dem Satz sagen: NRW hat die Weichen für diesen Weg bereits gestellt.

Für uns Liberale ist es selbstverständlich, dass wir vor dem Hintergrund des durch Ihre Misswirtschaft nötigen Konsolidierungskurses Überlegungen zu einer gerechten Sparpolitik anstellen. Für Sie ist das aber nicht selbstverständlich. Das zeigt nicht nur dieser Antrag. Das zeigt vor allem Ihr Handeln bei den vergangenen Haushaltsberatungen.

Ich darf noch einmal erinnern: Die von Rot-Grün mitgetragene Landesregierung hatte damals zunächst vorgeschlagen, die zweifelsohne notwendigen Einsparungen ausgerechnet bei den Beratungsstellen zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen vorzunehmen.

Sie wollten nicht nur zulasten von Frauen, sondern vor allem zulasten derjenigen sparen, von denen Sie erwartet hatten, dass sie sich nicht wehren. Aber zum Glück haben damals diverse Frauenorganisationen ihre ohnehin knappe Zeit geopfert und Ihnen vor dem Landtag mit großem Erfolg klar gemacht, dass es so nicht geht.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

- Ja, ja, so ist es gewesen. Was Sie auf der einen Seite einsparen wollten, haben Sie auf der anderen Seite großzügig in die Hand genommen. Ich rufe nur die Positionen „Allgemeine Bewilligungen“, aus denen locker 2.790.000 € für Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit, für die an anderer Stelle weitere 511.000 € und noch schlappe 306.000 € zur Verfügung gestellt wurden, ins Gedächtnis. Das Einzige, was Sie gendergerecht auf den Weg gebracht haben, war Ihr recht fragwürdiges Projekt „Waldpädagogik unter Gender-Aspekten“ - das am Rande bemerkt.

Ich möchte Sie hier nicht mit Beispielen ungerechter und undurchdachter Sparvorschläge der Grünen langweilen. Dafür gibt es viel zu viele. Ich nenne nur noch die Absicht der alten Landesregierung, die Unterstützung ausstiegswilliger Prostituiierter einzustellen. Man beachte: Im Jahr 2004, dem Jahr der Menschen mit Behinderungen, wollten Sie bei Projekten für Frauen und Mädchen mit Handicaps - dort, wo Sie keine große Lobby erwartet haben - Gelder kürzen.

Glücklicherweise war der Widerstand in der Bevölkerung so groß, dass Sie Ihre Ziele nicht durchsetzen konnten. Nichtsdestotrotz zeigt dies Ihre Interpretation von geschlechtergerechter beziehungsweise generell gerechter Sparpolitik.

Wenn Sie hier die neue Landesregierung, der Sie einen katastrophalen Haushalt zurücklassen, auf-

fordern, geschlechtergerechte Politik zu betreiben, dann darf ich darauf aufmerksam machen, dass es in der Vergangenheit vor allem die Liberalen waren, die immer wieder darauf hingewiesen haben, was es bedeutet, geschlechtergerecht zu agieren.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, ja, Sie verstehen unter Gender-Mainstreaming vor allem immer noch Frauenförderung.

Warum hatten wir denn sonst eine Enquetekommission zur frauengerechten, aber keine zur geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung?

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

Wir waren es doch, die deutlich gemacht haben, dass Gender-Mainstreaming auch Männer- und Jungenförderung sein muss. Stichwort - es wurde eben angesprochen -: 70 % der Schulabgänger ohne Abschluss sind Jungen.

Der überwiegende Teil der Leitungsfunktionen an Grundschulen wird von Frauen besetzt. Fast alle Lehrkräfte an Grundschulen sind Frauen. Glauben Sie, dass es für die Entwicklung unserer Kinder gut ist, bis zum Eintritt in die weiterführende Schule fast ausschließlich von Frauen betreut zu werden und kaum Männer in der Erziehung zu Gesicht zu bekommen? - Es gibt auch noch das zweite Geschlecht.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Warum?)

- Warum? Weil diese Positionen für Frauen freigehalten werden. Da kann gerne ein Mann mit gleichen Wettbewerbsbedingungen, mit gleichem Examen kommen, aber er bekommt diesen Job nicht. Das ist so.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Ihr Antrag ist ein Offenbarungseid. Sie gestehen nämlich zu, dass Sie, seitdem wir im Jahr 2002 fraktionsübergreifend den Antrag zu Gender-Mainstreaming verabschiedet haben, diese Strategie nicht umgesetzt haben. Und Sie hatten immerhin drei Jahre Zeit dazu.

Gender-Budgeting ist - das habe ich bereits gesagt - die logische Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Ausschuss, in dem wir gerne über geeignete organisatorische Formen sprechen können.

Aber eines kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Einen weiteren Bürokratieaufbau, wie Sie ihn in Ihrem Antrag vorschlagen, wird es mit der FDP nicht geben. Wir werden keinen zusätzlichen Bei-

rat schaffen, und wir werden auf der Ebene der Staatssekretäre auch keine Koordinierungsstelle institutionell verankern - nicht um den Preis, dass dadurch am Ende die Gelder für die eigentliche Sache schon verbraucht sind und nicht mehr zur Verfügung stehen. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Als nächster Redner für die Landesregierung Herr Minister Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gender-Budgeting ist in der jedenfalls bislang entwickelten Form nur eine mögliche Ausgestaltung der Durchsetzungsstrategie des Gender-Mainstreamings im Bereich der öffentlichen Haushalte.

Aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Landtages vom 21. November 2002 ist die Umsetzung von Gender-Mainstreaming - und das ist meiner Meinung nach unwidersprochen - gemeinsames Ziel aller Fraktionen.

Folgerichtig wurde im Haushaltsgesetz 2004/2005 - darauf ist schon hingewiesen worden - in § 7 c aufgrund der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss Folgendes festgehalten: Wir sind als Landesregierung verpflichtet, dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages zum 30. September 2004 eine Entscheidungsgrundlage über eine modellhafte Erprobung von Gender-Budgeting vorzulegen.

Dieser Verpflichtung ist die alte Landesregierung mit einem Bericht vom 29. September 2004 nachgekommen, und die wesentlichen Ergebnisse möchte ich Ihnen auch vortragen.

Die bislang entwickelten Gender-Budgeting-Analysemethoden - so hieß es damals - können in einem Haushalt, der vielfältige Sachverhalte abbildet, nur eingeschränkt brauchbare Ergebnisse für Gender-Mainstreaming/Gender-Budgeting erbringen.

In der Kategorie Geschlechtergerechtigkeit - so hieß es damals - ist ein allgemeiner Bewertungsmaßstab noch nicht bestimmt worden.

Die alte Landesregierung hat damals vorgeschlagen, ein oder mehrere Gender-Budgeting-Projekte zu entwickeln. Sie hat vorgeschlagen, in geeigneten Teilbereichen des Haushaltes unter wissenschaftlicher Begleitung so etwas zu versuchen, und zwar sollten die bestehenden Analysemethoden

den in dieser Art und Weise weiterentwickelt werden.

Bislang - und das steht auch fest - gibt es trotz Prüfung geeigneter Teilbereiche kein Gender-Budgeting-Pilotprojekt. Ich möchte Ihnen die Gründe hierfür vortragen.

Erstens. Die Belange der Gleichberechtigung werden bereits heute bei der Folgenabschätzung von Ansätzen im Haushalt berücksichtigt, und zwar, indem Beträge vor Ort unter Berücksichtigung von Gender-Mainstreaming zugewiesen werden.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ist so formuliert, dass er eine Sparpolitik, die vielleicht irgendwo erwartet wird, prospektiv beinhaltet, und diese soll auf jeden Fall gerecht sein. Es gab ja verschiedene Redebeiträge, die auf die Sparprozesse der alten Landesregierung abgehoben haben. Also, gerade bei den Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen der früheren Landesregierung ist darauf keinerlei Acht gegeben worden.

Der zweite Grund: Die Umsetzung des Steuerungskonzeptes Gender-Mainstreaming hat die Landesregierung immer vorrangig vor Gender-Budgeting gesehen, weil bisher keine geeigneten Instrumente gefunden werden konnten.

Gerne darstellen möchte ich Ihnen auch die Erfahrungen im Bund. - Die Erfahrungen im Bund zeigen, dass eine inhaltliche Überprüfung der durch die Ressorts angemeldeten Maßnahmen durch ein Finanzministerium unter Gender-Aspekten eigentlich schwer möglich ist. Es erscheint sehr viel sinnvoller, dass die jeweiligen Ressorts die Gender-Aspekte bei den Entscheidungen, welche Maßnahmen durchgeführt werden, berücksichtigen. Der Finanzminister nimmt jedenfalls nach den Erfahrungen im Bund insbesondere eine Überprüfung der finanziellen Realisierbarkeit unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vor.

Ich glaube, es ist richtig - das zeigen jedenfalls auch die Erfahrungen im Bund -, dass die Verantwortlichkeit bei den Ressorts sehr viel besser angesiedelt ist, gerade wenn man an die Zuweisung flexibilisierter Haushaltsmittel und an Globalhaushalte denkt.

Ich möchte Ihnen gerne auch die Konsequenzen des Bundes, nachdem er über diese Erkenntnisse verfügte, referieren. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine Machbarkeitsstudie „Gender Budgeting“ in Auftrag gegeben. Ich will Ihnen auch gerne die Punkte,

die in diesem Prüfauftrag festgehalten worden sind, vortragen.

- „1. Welche Chancen bzw. Potenziale, aber auch welche Schwierigkeiten sind mit Gender Budgeting in der Bundesverwaltung verbunden?
2. Wo genau sind Ansatzpunkte für Gender Budgeting in der Haushaltsplanung der Bundesregierung?
3. Welche Methoden und Instrumente von Gender Budgeting eignen sich für die Bundesverwaltung?
4. Welche Entscheidungsstrukturen und Verfahren eignen sich, um Gender Budgeting in der Bundesverwaltung zu erproben?“

Der Vorlagezeitpunkt für diese Machbarkeitsstudie ist der 31. März 2006. Die Kosten betragen 180.000 €.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der Bund geht wie die Landesregierung davon aus, dass Gender-Budgeting mit den derzeit verfügbaren Instrumenten nicht einmal im Modellversuch praktiziert werden kann.

Zu den Folgerungen für Nordrhein-Westfalen: Ein besonderes Gutachten für Nordrhein-Westfalen ist vor dem Hintergrund dessen, was ich vorgetragen habe, aus unserer Sicht nicht notwendig. Außerdem haben wir in diesem Jahr eine Haushaltsperre. Daher wäre die Vergabe eines Gutachtens jedenfalls jetzt auch nicht möglich. Und die Fragestellungen der Machbarkeitsstudie des Bundes sind genau die gleichen wie die im Bericht der Landesregierung.

Nach Vorlage der Machbarkeitsstudie auf Bundesebene werden wir die Übertragbarkeit dieser Vorschläge sicherlich genau prüfen und gegebenenfalls natürlich auch nach eigenen Anwendungsbereichen für Gender-Budgeting-Pilotprojekte im Haushalt suchen.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die einzelnen Forderungen Ihres aktuellen Antrages wie folgt:

Erstens. Die methodischen Schwächen der bislang entwickelten Gender-Budgeting-Analysemethoden bestehen weiterhin.

Daher ist zweitens eine Budgetanalyse im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren nicht möglich.

Drittens. Auch eine nach Gender-Aspekten im Haushaltsvollzug laufende Kontrolle eines Gender-Budgetings im Sinne der Antragstellerin ist zurzeit nicht realisierbar.

Es ist viertens auch nicht an eine Installierung einer Koordinierungsstelle für Gender-Budgeting - so hatten Sie es ja gefordert - auf Staatssekretärebene oder eines Beirats „Gender-Budgeting“ gedacht, da die Schaffung einer geeigneten Verwaltungsstruktur ebenfalls Thema dieser Machbarkeitsstudie ist, die ich vorhin vorgetragen habe.

Im Ergebnis halte ich fest: Die sofortige Einführung von Gender-Budgeting, wie im Antrag gefordert, ist nicht möglich. Es ist sinnvoll, zunächst das Ergebnis der vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie abzuwarten. Nach Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie wird man wissenschaftlich fundierte Kenntnisse darüber gewinnen können, ob und gegebenenfalls wie Gender-Budgeting überhaupt praktiziert werden kann. Eine eigenständige Initiierung von Gender-Budgeting-Pilotprojekten parallel zu der schon in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie des Bundes erscheint nicht erforderlich und würde auch den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit widersprechen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/34** an den **Ausschuss für Frauenpolitik** - federführend - sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Meine Damen und Herren, wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, möge bitte die Hand heben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

9 Haushaltsrechnung des Landes NRW für das Rechnungsjahr 2003

Antrag
der Landesregierung
auf Erteilung der Entlastung
nach § 114 LHO
Drucksache 14/61

In Verbindung damit:

Jahresbericht 2005 des Landesrechnungshofs NRW über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2004

Unterrichtung
durch den Landesrechnungshof
- zur Beratung -
Drucksache 14/25

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit den Beratungen. Ich erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Haushaltsrechnung 2003 ist zu sagen, dass der Haushalt im Ergebnis ein völlig anderes Gesicht gehabt hat, als von der Haushaltsaufstellung vorgezeichnet. Die Haushaltsrechnung, die die Vorgängerregierung bereits im vergangenen Dezember vorgelegt hat, zeigt deutlich: Die Schuldenpolitik in diesem Land muss wirklich ein Ende haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes über die Haushalte 2001 und 2002 wäre es sicherlich an der Zeit gewesen umzusteuern. Dies hat Rot-Grün versäumt. Ich glaube, dass man damit vor allen Dingen nach der gewonnenen Wahl 2000 hätte anfangen müssen. Die Chance ist vertan.

Meine Damen und Herren, mehr als 6,6 Milliarden € Nettoneuverschuldung sind ein schlimmes Jahresergebnis. Der Haushalt wurde mit 3,4 Milliarden € eingebracht. Die Nettoneuverschuldung dieses Jahres löst jahrzehntelange Zinszahlungen aus. Wir sind inzwischen mit 4,7 Milliarden € an Zinsen belastet. Wir geben damit fast jeden zehnten Euro des Landeshaushaltes für Zinsen aus.

Es ist sicherlich eine schwere Hypothek, vor der wir stehen, wenn wir daran denken, dass wir diese Summe von 4,7 Milliarden € bei historisch niedrigen Zinssätzen zahlen und mittelfristig ein halbes Prozent höhere Zinsen 550 Millionen € pro Jahr ausmachen würde.

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof hat in seinem aktuellen Jahresbericht in der vergangenen Woche deutlich dargestellt, was die Folge solcher Fehlentwicklungen ist. Ich darf zitieren:

„Damit die drückende Schuldenlast den ohnehin nur noch geringen finanzwirtschaftlichen Gestaltungsspielraum des Landes nicht vollends einschränkt, sind über die bisher durch-

geführten Konsolidierungsmaßnahmen hinaus noch größere Konsolidierungsanstrengungen erforderlich.“

Dieser schweren Aufgabe wird sich die neue Landesregierung entschlossen stellen. Die heute an den Haushaltskontrollausschuss zu überweisende Haushaltsrechnung 2003 macht deutlich, dass an einer Veränderung kein Weg vorbeigeht. Dieser Aufgabe werden wir uns vor allen Dingen mit dem Haushaltsaufstellungsverfahren 2006 zu widmen haben.

Da kann ich nur auf die Unterstützung aller rechnen und darf deshalb an Sie alle appellieren, diesen Kurs einer nachhaltigen Finanzpolitik, der gerade vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit dringend erforderlich ist, hier im Parlament positiv zu begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Kollege Hüsken das Wort.

Wolfgang Hüsken (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Anfang Juli hat der Landesrechnungshof dem Landtag den Jahresbericht 2005 vorgelegt. Darin enthalten sind die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 2004.

Nicht neu ist die Feststellung des Landesrechnungshofes, dass sich der Haushalt des Landes in einer äußerst angespannten Situation befindet. Zum 31. Dezember 2004 betrug die Gesamtverschuldung des Landes knapp 106 Milliarden €. Der Schuldenstand hat damit ein Ausmaß erreicht, das dem Volumen von mehr als zwei Haushaltsjahren entspricht.

Die Nettokreditaufnahme erreichte im vergangenen Jahr mit etwa 7 Milliarden € einen neuen Höchststand. Die Zinsausgaben lagen bei rund 4,6 Milliarden €.

Bezogen auf den Gesamthaushalt in Höhe von knapp 48 Milliarden € heißt das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr fast jeden zehnten Euro für Zinsen aufgewandt hat. Das Land hat kaum noch finanziellen Gestaltungsspielraum.

Ein Ziel der neuen Landesregierung aus CDU und FDP ist vor diesem Hintergrund die Reduktion der Nettoneuverschuldung und die nachhaltige Rückführung des Ausgabenanstiegs.

Der jüngste Bericht des Landesrechnungshofes, Frau Präsidentin Scholle, hat wieder deutlich gemacht, wie wichtig parlamentarische Kontrolle ist. Aus diesem Grunde hat sich die CDU-Fraktion auch für den Erhalt des Haushaltskontrollausschusses eingesetzt, um in diesem Gremium Prüfungsergebnisse und Vorschläge des Landesrechnungshofes umfassend zu diskutieren.

(Beifall von der CDU)

Große Konsolidierungsanstrengungen sind also notwendig, wenn der kaum noch vorhandene finanzielle Gestaltungsspielraum nicht gänzlich verloren gehen soll, wie unser Ministerpräsident in seiner heutigen Regierungserklärung bekräftigt hat und wie wir es auch gerade noch einmal aus dem Munde unseres Finanzministers haben hören können. Dieses Ziel werden wir nicht erreichen, wenn wir nicht alle Opfer bringen.

Die CDU und mit ihr der Koalitionspartner FDP fühlt sich der Aufgabe verpflichtet, den nachfolgenden Generationen eine Chance eigenverantwortlicher Gestaltung zu geben. Die Konsolidierung dient deshalb einem ausgeglichenen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung und einem Abbau des Schuldenbergs. In diesem Bemühen und Ziel, Frau Scholle, stimmen wir mit dem Landesrechnungshof überein.

Um die Haushaltsplanung des Landes wieder auf verlässliche Grundlagen zu stellen, werden wir bei der Aufstellung des Haushaltes nicht mehr von zu optimistischen Annahmen über Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen ausgehen, sondern realistisch kalkulieren. Denn wohin rot-grüne Wunschvorstellungen führen, das haben wir in Nordrhein-Westfalen und im Bund seit 1995 beziehungsweise seit 1998 Jahr für Jahr erlebt.

Um den Haushalt des Landes zu sanieren, brauchen wir Wachstum, und Wachstum braucht Freiheit. Nur wenn wir die soziale Marktwirtschaft beleben, können die Menschen ihre Stärken zum Wohle aller entfalten. Dafür müssen wir aber zunächst einige Dinge, die aus dem Lot geraten sind, wieder geraderücken. Der Haushaltskontrollausschuss, meine Damen und Herren, wird hierzu seinen Beitrag leisten und die Arbeit des Landesrechnungshofes offen, kritisch und konstruktiv begleiten.

Die CDU-Fraktion stimmt der Überweisung des Jahresberichtes 2004 an den Ausschuss für Haushaltskontrolle zu. - Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Kollege Gatter das Wort.

Stephan Gatter (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Zugegeben, es ist eine merkwürdige Situation für mich, jetzt hier nach dem Regierungswechsel zu stehen, denn die Aufgabe des Haushaltskontrollausschusses ist es wohl, die Regierung zu kontrollieren. Damit gewinnt die Arbeit dieses Ausschusses eine besondere Bedeutung für die Oppositionsfraktion. Dazu gehöre ich jetzt. Ich will nicht gerade sagen, dass ich demnächst in diesem Ausschuss Herrn Breuer „abgeben“ werde, aber ich würde schon prophezeien: Wir werden noch viel Spaß bekommen!

Der Landesrechnungshof stellt Mängel fest, aber insbesondere gibt er Fingerzeige, wie das Verwaltungshandeln und einzelne Verfahrensschritte optimiert werden können. Die Regierung zieht ihre Schlüsse und folgt in vielen Punkten den Empfehlungen des Hofes. Am Ende steht eine Befassung im Ausschuss für Haushaltskontrolle.

Dass die Arbeit der bisherigen Regierung gar nicht so fürchterlich schlecht gewesen sein kann, zeigt die Tatsache, dass wir in der letzten Legislaturperiode mehr als die Hälfte der Beschlussempfehlungen des Ausschusses einstimmig abgegeben haben. Ich schließe daraus, dass auch die Opposition teilweise der Einschätzung der die Regierung tragenden Fraktionen geteilt hat.

Ob dies in Zukunft so sein wird, wird sich zeigen. Wir werden jedenfalls diesen Ausschuss als das nutzen, was er eigentlich ist, nämlich ein schlagkräftiges Instrument der Opposition. Das möchte ich Ihnen hiermit versprechen und freue mich auf die Arbeit im Haushaltskontrollausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Gatter. - Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Linssen, ich bin sehr gespannt, wie die von Ihnen angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen im Detail aussehen werden. Sie können sicher sein: Wir werden auch im Haushaltskontrollausschuss mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, wie Ihre Haushaltspolitik aussehen wird. Bisher hat man außer wolkigen Aussagen noch nichts Konkretes gehört. Das gilt

auch für die Regierungserklärung, die heute Herr Dr. Rüttgers als Ministerpräsident gehalten hat. Von daher kann ich nicht erkennen, wie Sie den Schuldenstand senken wollen. Sie haben im Gegenteil bereits angekündigt, dass Sie erst mal noch ordentlich draufpacken wollen. Im Nachtragshaushalt wollen Sie die Schulden um 2 Milliarden € erhöhen.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

- Ja, ich wäre aber sehr an Ihren Konsolidierungsmaßnahmen interessiert, Herr Dr. Rüttgers. Vielleicht können Sie gleich noch erläutern, was Sie vorhaben - außer nach Berlin zu schauen und darauf zu warten, die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung in den nordrhein-westfälischen Haushalt zu schaufeln.

(Zurufe von der CDU)

- Werden Sie doch konkret! Kommen Sie ans Rednerpult und stellen Sie Ihre Kürzungen für den jeweiligen Fachbereich vor!

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann können wir darüber reden. Oder sagen Sie, wie auch wir es tun, wo Sie die Einnahmen erhöhen wollen. Aber dieses Gemurmel, ohne konkret zu werden, kann es nicht sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie können auch sicher sein: Ich werde mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, was uns die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Frau Dr. Scholle - ich möchte ihr und ihren Mitarbeitern noch einmal ganz herzlich danken -, zukünftig als Ergebnisse der Arbeit der neuen Landesregierung vorlegen wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Verantwortung für den zweiten Teil des Jahres 2005 liegt schon bei Ihnen, und ab 2006 tragen Sie die Verantwortung für das gesamte Jahr. Wir werden Ihre Arbeit aufmerksam beobachten.

Ich kann nur feststellen: Wir haben schon eine Menge Konsolidierungsmaßnahmen durchgeführt oder eingeleitet. Wir haben eine Palette weiterer Vorschläge vorgelegt. Ich bin sehr gespannt auf die zukünftige Debatte, in der wir als Opposition agieren und Sie als Regierung, also vertauschte Rollen. Wir werden Ihre Arbeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. - Als nächste Rednerin hat Kollegin Thomann-Stahl für die FDP-Fraktion das Wort.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Sagel, Ihr Beitrag war wie immer unterirdisch.

(Beifall von FDP und CDU)

Er entbehrte nicht nur jeder Qualifikation, sondern damit passen Sie mit Hut auch unter eine geschlossene Türe, was die Anforderungen angeht.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Lieber Himmel, Sie und die SPD haben in einem Jahrzehnt - davor hat die SPD lange alleine regiert - dafür gesorgt, dass dieses Land ruiniert ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben das Geld der Bürger und die Zukunft der Kinder verfrühstückt. Sie haben überhaupt keine Rücksicht auf die Belange der Menschen hier im Lande genommen und das getan, was Sie für Politik hielten und letztlich hauptsächlich zur Befriedigung ihrer Klientel beigetragen hat. Das wollen wir doch einmal feststellen.

(Beifall von FDP und CDU - Heiterkeit und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Deswegen sagt der Finanzminister heute: Er braucht Jahrzehnte, um den Haushalt wieder in Ordnung zu bringen.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Sie, verehrter Herr Sagel, sagen, als Erstes müsse er 2 Milliarden € Schulden aufnehmen. - Das muss er in der Tat - aber nicht, weil er sie zusätzlich aufnehmen will, sondern weil Sie das Geld schon längst ausgegeben und bloß noch nicht in den Büchern stehen hatten.

(Beifall von FDP und CDU)

So einfach ist die Sache.

Herr Kollege Gatter, in den nächsten Wochen wird dem Ausschuss für Haushaltskontrolle die Arbeit nicht ausgehen. Aber ich bin fest davon überzeugt, er wird sich erst einmal mit dem auseinander setzen müssen, was ihr in den letzten Jahren gemacht habt. Da wird es noch genügend Gesprächsstoff geben.

Es stimmt: In den letzten Jahren waren viele Beschlüsse im Ausschuss für Haushaltskontrolle einvernehmlich. Das lag aber daran, dass auch

SPD und Grüne nicht nachvollziehen konnten, nach welchen Kriterien die Landesregierung das gute Geld der Bürger ausgegeben hat, und genauso entsetzt und bestürzt waren wie die Opposition.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich sehe der Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshof mit großem Vergnügen entgegen. Wir haben ja schon einmal zusammengearbeitet, als ich in anderer Funktion war. Das ist nun eine neue Situation, aber ich denke, wir kriegen das gemeinsam hin. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Landesregierung auf Entlastung **Drucksache 14/61** und die **Unterrichtung** durch den Landesrechnungshof **Drucksache 14/25** an den **Ausschuss für Haushaltskontrolle**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, bitte ich, die Hand zu heben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Überweisung an den Haushaltskontrollausschuss einstimmig erfolgt.

Ich rufe auf:

10 Keine Öffnung der Läden an Sonn- und Feiertagen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/28

Ich weise auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/64** hin.

Ich eröffne die Beratung. Als erster Redner hat Kollege Rainer Schmeltzer für die SPD-Fraktion das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich danke Ihnen, dass Sie auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP hingewiesen haben. Denn er hat mit dem Thema des ursprünglichen Antrags der SPD überhaupt nichts zu tun. Wir sprechen von zwei verschiedenen Dingen. Der Antrag der SPD bezieht sich ausschließlich auf die Öffnung der Läden an Sonn-

und Feiertagen. Der Antrag von CDU und FDP spricht ausschließlich von der Öffnung an Werktagen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Dissens im Koalitionsvertrag hinweisen.

Herr Brockes, Zuhören bildet; Sie können das hier noch lernen.

(Beifall und Lachen von der SPD)

Im Koalitionsvertrag steht deutlich - ich zitiere -: „Zu weitergehenden Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen bekräftigen die Koalitionspartner ihre unterschiedlichen Auffassungen.“ Mit Freude habe ich heute zur Kenntnis genommen, dass in der Regierungserklärung deutlich gesagt wurde: Die Öffnungszeiten gelten nicht an Sonn- und Feiertagen.

Man muss hier im Plenum auf die Reaktionen geachtet haben: aufseiten der CDU Applaus. In der FDP sah das etwas anders aus: ab Reihe 3 Applaus, in den vorderen beiden Reihen heftiges Gezeter. Es gibt also offensichtlich doch unterschiedliche Auffassungen. Was stimmt denn nun? Stimmt der Koalitionsvertrag der beiden Koalitionsparteien, oder stimmt eventuell der Applaus ab der dritten Reihe in der FDP-Fraktion? Wie auch immer: Der Dissens ist unübersehbar gewesen.

Art. 25 der Landesverfassung sagt aus, dass Sonntage und staatlich anerkannte Feiertage Tage der Gottesverehrung, der seelischen und körperlichen Erholung und der Arbeitsruhe sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich darf an dieser Stelle insbesondere auf die Stellungnahmen der Kirchen aus der Vergangenheit verweisen, die nichtsdestotrotz genauso aktuell sind, wo es heißt: Der siebte Tag ist der Ruhetag; an ihm darfst du keine Arbeit tun.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass der Sonntag klassischerweise der Familientag zum Relaxen, zum Miteinander in der Familie ist. Damit ist nicht gemeint, gemeinsam mit der Familie die Wirtschaft in der Innenstadt zu stützen, indem man Shopping betreibt. Der freie Sonntag ist als eines der Symbole der Freiheit der Menschenwürde zu verstehen. Hierzu hat das Katholische Büro Nordrhein-Westfalen am 7. Februar 2002 Folgendes mitgeteilt - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Der Verlust an Lebensqualität für die am Sonntag arbeitenden Menschen und ihre Angehörigen ist unvergleichlich höher zu bewerten als eine sofort erreichbare Bedarfsbefriedigung in geöffneten Geschäftslökalen.“

Ich denke, dem ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die beschäftigten Menschen - wir sprechen von 410.000 Beschäftigten allein im Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen; das sind rund 9 % aller Beschäftigten bei uns - auch einer besonderen Menschenwürde unterliegen. Ihnen darf der freie Sonntag nicht genommen werden.

Was ist mit der Menschenwürde der arbeitenden Menschen an Sonn- und Feiertagen? Wie soll der klassische Einzelhandel - denn auch die Unternehmen dürfen wir an der Stelle nicht vergessen - den großen Konkurrenzdruck der Filialisten aushalten? Oder - das ist bei der Betrachtung der Sonn- und Feiertagsöffnungen auch interessant -: Wie sähe der Nettolohn der Beschäftigten aus, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass man vorhat, gegebenenfalls bei einer Regierungsübernahme im Bund die Steuerbefreiung von Sonn- und Feiertagszuschlägen letztendlich auszuhöhlen beziehungsweise ganz zu streichen?

Die Meinung der CDU zu Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen haben wir heute Morgen noch einmal deutlich in der Regierungserklärung zur Kenntnis genommen. Nichts anderes als das, was heute Morgen gesagt wurde, sagt im Übrigen der SPD-Antrag aus. Ich habe noch deutlich die Worte der FDP im Ohr, als das Thema der Sonntagsöffnungszeiten schon einmal in der letzten Legislaturperiode debattiert wurde. Damals gab es unter anderem die Begründung, das Freizeitverhalten der Bürger habe sich erheblich verändert. Seinerzeit ging es darum, statt ins Kino zu gehen, mit der Familie einmal durch die Waschstraße zu fahren.

Die Meinung der FDP, zumindest der ersten zwei Reihen im Plenum, vom heutigen Vormittag ist klar. - Herr Rasche, Sie sind damit nicht gemeint, Sie saßen in der dritten Reihe und haben freundlich applaudiert, als es darum ging, die Sonntage freizuhalten. Die Meinung der CDU ist auch klar, die der SPD auch. Somit denke ich, dass wir eine breite Zustimmung zu diesem Antrag bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Danke, Herr Kollege Schmeltzer. - Das Wort hat für die Fraktion der CDU die Kollegin Milz.

Andrea Milz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich selber rede seit fünf Jahren zum Thema Ladenschluss. In Deutschland dauert die Debatte inzwischen schon 110 Jahre - für ein Thema, das eigentlich längst klar sein

könnte. Dabei hat Konfuzius schon vor 2.500 Jahren die Antwort auf diese Fragen gefunden. Er hat gesagt:

„Wer das Ziel kennt, kann entscheiden. Wer entscheidet, findet Ruhe. Wer Ruhe findet, ist sicher. Wer sicher ist, kann überlegen. Wer überlegt, kann verbessern.“

Also: Ziel definieren, entscheiden, verbessern, überlegen, Ruhe und Sicherheit geben. Das ist ganz einfach, wenn man wie die CDU eine klare Position hat:

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD: Oh!)

Erstens. Für das Thema Ladenschluss würde es eine enorme Verbesserung bedeuten, wenn der Bund tatsächlich die Zuständigkeit auf die Länder übertragen würde.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Die Überlegungen der CDU- und der FDP-Koalition hier in Nordrhein-Westfalen sind im Vorgriff darauf, dass wir die Landeszuständigkeit bekommen, bereits angestellt worden: Sobald wir zuständig sind, wollen wir die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollständig freigeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens. Das würde zur Sicherheit für Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher führen. Die einen könnten verkaufen, wann immer sie das für sinnvoll halten, die anderen könnten arbeiten, wann immer das ihre familiäre Situation zulässt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist aber blanke Theorie!)

und die anderen könnten ihr Geld ausgeben, wann immer sie das Geld haben, die Lust und die Zeit dazu finden.

Viertens. Wir würden dadurch tatsächlich Ruhe in der Sache erreichen und bräuchten uns hier nicht mehr darüber zu unterhalten.

Fünftens. Die Entscheidung müsste uns gar nicht schwer fallen, denn die Regelung hätte viele Vorteile: Die Wettbewerbsvorteile von Bahnhofs- und Flughafenläden wie auch von Tankstellen wären endlich weg, der Arbeitsschutz würde sowieso durch tarifliche Regelungen und Arbeitszeitgesetze geregelt, und die Konsumenten könnten wählen, ob sie im Fernsehen, im Internet oder mit den Füßen einkaufen gehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Arbeitszeit und Tariflohn wollen Sie doch aushöhlen!)

Das würde zum guten Schluss - letzter Punkt von Konfuzius - das Ziel erfüllen, das wir doch eigentlich alle hier haben: Weg mit der Bürokratie hin zu Freiheit, zu mehr Liberalisierung und mehr Chancen. - Danke.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Und wann sprechen Sie zu Sonn- und Feiertagen?)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. - Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Barbara Steffens das Wort.

Barbara Steffens (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Milz, mir ist nicht verständlich, warum Sie Ihre Argumentation mit Konfuzius dann nicht auch auf die Sonn- und Feiertage ausweiten; denn es gibt überhaupt keine Begründung, warum es da nicht genauso sein sollte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das mit dem Ziel finde ich ja wirklich gut. Allerdings gibt es ein Problem, wenn man viele Ziele definiert. Ich habe Ihnen heute Morgen zugehört, Herr Rüttgers. Eben habe ich mir noch einmal Ihre Rede angeschaut. Darin ist ein ganz wichtiges Ziel definiert, das wohl auch einen Konsens in diesem Landtag hat. In Ihrer Rede steht nämlich:

„Aber von den Familien wird in steigendem Maße Flexibilität und Mobilität in der Gestaltung des Alltags erwartet. Sie werden häufig überfordert. Die Folge ist: Immer mehr Menschen verzichten auf Kinder.“

Wir müssen die Rahmenbedingungen für Familien so verbessern, dass die Menschen wieder mehr Mut haben, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.“

Herr Rüttgers, das haben Sie heute Morgen gesagt. Ich frage mich, ob das das Ziel ist, das Sie umsetzen wollen, oder ob Ihr Ziel die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist, um Familien noch mehr Flexibilität und Mobilität abzuverlangen und noch weniger Mut zu machen, Kinder zu bekommen.

„Kinder brauchen Aufmerksamkeit.“

Das haben Sie heute Morgen auch gesagt.

(Demonstrativer Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Da stimme ich Ihnen voll und ganz zu. Ich glaube, dass man ganz klar festhalten muss, dass Sonn-

und Feiertage der Raum dafür sind. Ich finde es aber auch wichtig, dass man darauf verzichtet, unter der Woche Flexibilität im hohen Maße zu propagieren und alles zu öffnen; denn damit lässt man Familien nicht den Raum, den sie auch dort brauchen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben dann gesagt:

„Viele Kinder sind heute sich selbst überlassen. Ihnen fehlen Anregung und Anleitung.“

Ich muss sagen: Für meine Kinder soll nicht Konsum die Anregung und Anleitung in dieser Gesellschaft sein, sondern Familie. Wenn Sie es ernst meinen mit Ihrem Familienbegriff, dann können Sie an dieser Stelle keine Liberalisierung und keine 24 Stunden wollen, auch nicht wochentags; denn das ist familiären, sozialen und menschlichen Kontakten gegenüber feindlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Steffens. - Jetzt hat Herr Kollege Dietmar Brockes für die FDP-Fraktion das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, da hat die SPD im Koalitionsvertrag doch tatsächlich einen Dissens zwischen CDU und FDP gefunden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schon wieder! - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Drei! So viele hatten wir nie! - Lachen von der CDU)

Da steht doch tatsächlich im Koalitionsvertrag:

„Unmittelbar nach Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder werden die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollständig freigegeben.“

Zu weitergehenden Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen bekräftigen die Koalitionspartner ihre unterschiedlichen Auffassungen.“

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nichts anderes habe ich gesagt!)

- Ja, Herr Schmeltzer; gut, das zu hören. „Zuhören bildet“ haben Sie eben selbst gesagt.

(Beifall von FDP und CDU - Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie müssen es noch lernen!)

Wenn ich diesen Satz lese, hätte ich mir allerdings an Ihrer Stelle wenigstens einmal die Mühe gemacht und nachgelesen, was denn die Auffassungen der beiden Koalitionäre sind. Aber nein,

Sie behaupten pauschal, die FDP wolle natürlich auch sonntags die Läden öffnen. Mitnichten!

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, würden Sie nämlich nachlesen

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- jetzt hören Sie gut zu, auch Sie in den hinteren Reihen -, dass die FDP die Ladenöffnungszeiten in NRW an allen Werktagen freigeben will. Nichts anderes! Alles andere ist falsch.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und warum formulieren Sie dann: „ihre unterschiedlichen Auffassungen“?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir allerdings mehr wollen, sind die Öffnung von Videotheken und der Betrieb von Autowaschanlagen an Sonn- und Feiertagen.

(Zurufe von der SPD: Aha! - Rainer Schmeltzer [SPD]: Autowaschen, das neue Vergnügen!)

Das ist genau der Punkt. Darüber konnten wir uns in der Kürze der Verhandlungszeit nicht einigen. Deshalb haben wir diesen Satz dort aufgenommen.

Mit dieser Position bleibt die FDP nicht allein. Wir unterstützen hier die Volksinitiative zur Sonntagsöffnung der Videotheken.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das ist eine Initiative der Videothekenbesitzer!)

- Ja, der Videotheken, Herr Bischoff.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Reine Klientelpolitik!)

Schauen Sie einmal im Internet auf die Seite „www.videosonntag.de“. Dort finden Sie unter anderem folgende Erklärung des Kollegen Eumann, der ja sonst zum Thema „Ladenöffnungszeiten“ gesprochen hat - hört, hört! -:

„Daher sollten Videotheken auch sonntags ab 13 Uhr öffnen dürfen. Dafür setze ich mich ein.“

Ich würde mich freuen, wenn er sich heute auch dafür einsetzen würde. Wenn dem so ist, dürfte er dem Antrag der SPD-Fraktion heute nämlich gar nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU)

Da er im Moment aber anscheinend kein Interesse mehr an diesem Thema hat, möchte ich auch die Kollegin Nell-Paul und den hier anwesenden Kollegen Link nennen, die sich ebenfalls auf die-

ser Internetseite für eine Sonntagsöffnung eingetragen haben.

Dort finden sich auch einige Kolleginnen und Kollegen der Union, die genauso dafür sind, dass die Wettbewerbsverzerrung zwischen den Kinos, dem Download aus dem Internet und dem Pay-TV auf der einen Seite und den Videotheken auf der anderen Seite zukünftig aufgehoben wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brockes, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuschke?

Dietmar Brockes (FDP): Da die Antwortzeit leider von meiner Redezeit abgerechnet wird ...

(Zurufe von der SPD: Nein! - Schauen Sie in die Geschäftsordnung! Lesen bildet!)

- Die Antwort wird abgerechnet. - Meine Damen und Herren, auch in den Reihen der Union gibt es einige Kolleginnen und Kollegen, die diese Initiative unterstützen. Ich bin daher sicher, dass wir zu gegebener Zeit in der Koalition noch einmal darüber sprechen und eine gemeinsame Position finden werden.

Aber nun haben wir den Antrag hier schon einmal auf der Tagesordnung. Herr Schmeltzer, es ist doch wirklich lächerlich, wenn wir über Ladenschluss reden und dabei die Werkzeuge ausgeklammert werden sollen. Das ist nämlich der interessante Punkt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat denn den Dissens aufgeschrieben, Sie oder wir?)

- Hören Sie zu. „Zuhören bildet“ waren Ihre Worte.

(Beifall von FDP und CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Viel spannender ist nämlich die Position zur vollständigen Freigabe an Werktagen. Wie ist denn die Position der SPD in dieser Frage? Das hätte ich gerne einmal gewusst. Sagen Sie jetzt Ja zu der Öffnung? Oder haben Sie noch die antiquierte Position der Grünen? Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin zum Beispiel haben im Januar auf ihrer Klausurtagung beschlossen, die Öffnungszeiten an Werktagen freizugeben - genauso, wie auch wir es im Koalitionsvertrag beschlossen haben.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Zu der antiquierten Position der Grünen habe ich auch schon etwas gesagt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Werte sind nicht antiquiert!)

Herr Sagel, sagen Sie das auch einmal Ihrer Kollegin Göring-Eckardt; denn sie hat im April 2004 in der „Berliner Zeitung“ erklärt - ich zitiere -:

Ich bin deswegen dafür, den Ladenschluss komplett freizugeben. Nur der Sonntag muss tabu bleiben.

Ihre Parteikollegin! Ich kann ihr an dieser Stelle nur zustimmen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brockes, darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

Dietmar Brockes (FDP): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Wir, die Koalition von CDU und FDP, werden jedenfalls unverzüglich, nachdem die Blockade durch die Abwahl der jetzigen Bundesregierung aufgehoben ist, das Symbol des Reformstaus, das Ladenschlussgesetz, abschaffen. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erhaltung des Sonn- und Feiertagsschutzes entspricht der Position der Landesregierung.

(Zuruf von der SPD)

Ich glaube, mit dem Satz einzusteigen, zeigt bereits, wie überflüssig Ihr Antrag ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Das Thema „Ladenschluss“ wird in der deutschen Politik alle Jahre wieder mit unterschiedlichen Akzenten und mit unterschiedlicher Heftigkeit diskutiert.

Ich selber komme aus dem Einzelhandel und kann Ihnen nur sagen: Selten wird dabei über die wirklich entscheidenden Fragen diskutiert, nämlich über die Veränderung von Standortpräferenzen. Wir reden und tun so, als ob wir Schutzrechte von Arbeitnehmern organisieren, wenn wir über den Ladenschluss reden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber auch von Arbeitgebern!)

Beim Ladenschluss geht es nach unserer Auffassung, soweit es den Werktag betrifft, um konkrete Umsetzung unserer beiden Messlatten: Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von Rüdiger Sagel [GRÜNE] und Barbara Steffens [GRÜNE])

Das können die Unternehmen nämlich. Die wissen, wann sie die Chance haben, ihre Kunden zu treffen. Die wissen das nach Ortslagen. Die wissen das nach Branchen. Sie werden wohl keinen Ladenbesitzer mit seinen Beschäftigten erleben - es sei denn in außergewöhnlicher Situation -, der 24 Stunden öffnet.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Was Sie als Horrorgemälde malen, ist doch völliger Unsinn.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann schreiben Sie es doch nicht auf! - Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Die höchste richterliche Ebene in Deutschland hat festgestellt, dass auf Bundesebene die Detailregelungen, die wir wollen, nicht formuliert werden können. Wir waren gemeinsam der Auffassung, dass die Länder darauf warten, endlich die Kompetenz zu bekommen, zu regeln, was sie regeln wollen - mit landsmannschaftlichen Unterschieden.

Die Föderalismus-Kommission ist leider gescheitert. Aufgrund der anstehenden Neuwahl auf Bundesebene kann ich Ihnen den konkreten Zeitpunkt, wann auch Nordrhein-Westfalen die Chance hat, gesetzgeberisch tätig zu werden, heute nicht nennen.

Wenn die Voraussetzungen für die Gesetzgebungskompetenzen auf Landesebene vorliegen, werden wir die Position der Landesregierung zum Thema Ladenschluss, die „6-mal-24-Regelung“, also die Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen, schnell umsetzen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: 24 Stunden - das ist ein Horror-Szenario!)

- Bitte?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ein Horror-Szenario! 24 Stunden! Dann schreiben Sie es doch nicht auf!)

- Entschuldigung, wir eröffnen damit die Freiheit,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Horror-Freiheit!)

dass der Arbeitgeber zusammen mit seinen Arbeitnehmern bestimmen kann, wann es am günstigsten ist, den Laden zu öffnen.

(Beifall von CDU und FDP - Lachen von SPD und GRÜNEN - Zurufe von Rainer Schmeltzer [SPD] und Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Was haben Sie für ein Bild von der Lebenswirklichkeit? - Kennen Sie das Schreiben, das der Bundeswirtschaftsminister - ich glaube, er gehört Ihrer Partei an - uns geschickt hat? Er hat geschrieben, welche gesetzgeberischen Änderungen wir vornehmen sollen - Stichwort „Außengastronomie“ -, damit wir zur Fußballweltmeisterschaft die ganze Welt zu Gast haben können. Ich bin sehr gespannt, ob Sie dabei helfen!

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Thoben, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuschke?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nach unserer Auffassung sind unsere Vorschläge konkretes Umsetzen von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich möchte dann noch eine Anmerkung dazu machen, dass wir Sonn- und Feiertage davon ausnehmen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuschke?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das kann sie nicht!)

Der Schutz von Sonn- und Feiertagen steht nicht nur in der Verfassung sondern ist nach unserer tiefen Überzeugung auch ein Stück kultureller Wurzel. Der eine mag das mit der Kirche begründen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Aber es gibt sehr viele Gründe. Ich habe von den Grünen gehört, dass sie losgelöst von Kirche in diesem Zusammenhang mit Familie argumentieren. Solche kulturellen Besonderheiten, Eigenheiten, Festigkeiten - man kann auch „Orientierungen“ sagen - brauchen wir in einer Zeit, die eher

unübersichtlich geworden ist. Deshalb gibt es da mit uns kein Rütteln. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann ist es ja gut! Dann können Sie ja zustimmen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Deswegen kommen wir direkt zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/28**. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich aufzuzeigen. -

(Ralf Witzel [FDP] zeigt zunächst auf und nimmt dann seine Hand herunter. - Barbara Steffens [GRÜNE]: Jawohl! Kollege Witzel stimmt zu! - Heiterkeit)

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich komme damit zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 14/64**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit Zustimmung von CDU und FDP **angenommen**.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Donnerstag, 14. Juli 2005, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und eine gute Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:59 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage zu Punkt 2 der Tagesordnung (Fragestunde)

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 4

Die **Mündliche Anfrage 4** des Abgeordneten Ralf Jäger (SPD) lautet:

Zentralisierung des Verfassungsschutzes beim Bund entmündigt Länder

Einer Pressemeldung der Landesregierung zufolge hat sich Minister Dr. Ingo Wolf gegen erneute Überlegungen des Bundes ausgesprochen, den Verfassungsschutz der Länder beim Bund zu zentralisieren. Er steht damit in erfreulicher Kontinuität der früheren Regierungskoalition, die sich ebenfalls gegen einen Ausverkauf von Sicherheitsinteressen des Landes Nordrhein-Westfalen und einer Teilentmündigung der Landesparlamente in ihrer Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion ausgesprochen hat. Über Jahrzehnte gewachsene und bewährte Sicherheitsstrukturen in der Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizeibehörden auf Landesebene dürfen nicht zugunsten einer Mammutbehörde mit langen Dienstwegen und unklaren Zuständigkeiten preisgegeben werden. Insbesondere vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungen muss sichergestellt sein, dass Verfassungsschutz, Polizei und Ausländerbehörden effektiv zusammenarbeiten.

Sofern die Pressemitteilung zutreffend ist und darin tatsächlich die Auffassung der Landesregierung vertreten wird: Was hat die neue Landesregierung unternommen, damit es nicht zu der befürchteten Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes kommt?

Die **schriftliche Antwort** des Innenministers Dr. Ingo Wolf lautet:

Mit der dpa-Meldung von gestern, in der Bundesinnenminister Otto Schily bestätigt, dass die Bundesrepublik mit ihrer Sicherheitsarchitektur hervorragend gegen eine Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terror aufgestellt ist, könnte man die Mündliche Anfrage in der Hauptsache als erledigt ansehen.

Dennoch kann ich Ihnen gerne bestätigen, dass die Landesregierung zur föderalen Sicherheitsarchitektur steht. Aber das wissen Sie ja längst, denn ich gehe davon aus, dass Sie unsere Koalitionsvereinbarung gelesen haben. Die wesentlichen politischen, rechtlichen und praktischen Gründe, die aus unserer Sicht gegen eine Zentra-

lisierung des Verfassungsschutzes beim Bund sprechen, habe ich auf dieser Grundlage in meiner Presseerklärung vom 29.06.2005 genannt. Dem ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen.

Nun wird der Herr Bundesminister des Innern, Otto Schily, SPD, seit den Madrider Anschlägen nicht müde, genau diese Zentralisierung immer wieder zu fordern, trotz der parteiübergreifenden Ablehnung durch Landesinnenminister. Dabei lautet das Gebot der Stunde „Verbesserung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern insbesondere im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus“.

Auf diesem Feld sind Bund und Länder im Grunde auch längst auf einem guten Wege, IMK-Beschlüsse zur Weiterentwicklung des Nachrichtendienstlichen Informationssystems (NADIS) und zu gemeinsamen Dateien der Sicherheitsbehörden sind lange vorhanden. Der Bund ist jetzt in der gesetzgeberischen Pflicht, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zügig zu schaffen. Die grausamen Londoner Anschläge machen erneut schmerzhaft deutlich, wie dringlich es ist, dem Netzwerk des Terrors ein Netzwerk der Information und Analyse der Sicherheitsbehörden gegenüberzustellen. Darauf sollte der Bundesinnenminister seine Energien konzentrieren. Unsere Unterstützung dabei sichere ich ihm zu.

Die regelmäßigen, gegen die Länder gerichteten Querschüsse meines Kollegen Schily lenken daher nur von den eigentlichen Problemen und Aufgaben ab und erschweren die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der inneren Sicherheit.

Bei politisch realistischer Betrachtung sind die Ideen Ihres Parteifreundes Wunschvorstellungen, die es auch bleiben werden. Ich habe für die Landesregierung darauf deutlich reagiert. Die Darlegungs- und Beweislast für Änderungen liegt beim Bund und damit beim Bundesministerium des Innern. Sorgen Sie, lieber Herr Jäger, mit Ihren Kollegen aus den Ländern dafür, dass in der SPD im Bund den Allmachtsphantasien eine Absage erteilt wird. Föderale Sicherheitsstrukturen mit guter Vernetzung sind der richtige Weg.

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 6

Die **Mündliche Anfrage 6** des Abgeordneten Johannes Remmel (GRÜNE) lautet:

Beabsichtigt die Landesregierung, den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück mit Zuschüssen des Landes zu finanzieren?

Der Flughafen Münster/Osnabrück verfügt über eine Planfeststellungsgenehmigung zur Verlängerung der Start- und Landebahn von derzeit 2.200 m auf 3.600 m. Die geschätzten Baukosten für das Vorhaben belaufen sich auf rund 120 Millionen €.

Angesichts der immensen Baukosten plant der Flughafen abweichend von der Planfeststellung nunmehr die Verlängerung um 600 m zu kürzen und die Start- und Landebahn in einer Länge von 3.000 m zu realisieren.

In dem Artikel der Taz NRW „Karibikurlaub mit Landesmitteln gefördert“ vom 11. Juli 2005 wird der Flughafen-Geschäftsführer Gerd Stöwer wie folgt wörtlich zitiert: „Es gibt Signale von der neuen Landesregierung, dass sich auch das Land an den Baukosten beteiligen wird.“

Treffen die Aussagen zu, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück aus dem Haushalt des Landes zu unterstützen, und in welcher Höhe soll dies geschehen?

Die **schriftliche Antwort** des Ministers für Bauen und Verkehr Oliver Wittke lautet:

Die Landesregierung sieht in den Flughäfen des Landes Jobmaschinen, durch die an den Flughäfen und in den Regionen Arbeitsplätze geschaffen werden können. Sie will daher die Flughäfen in dieser Funktion unterstützen. Für den Flughafen Münster/Osnabrück wurde im Dezember 2004 der Planfeststellungsbeschluss für die Verlängerung der Start- und Landebahn erlassen, um den Flughafen für weitere Mittelstrecken- und Interkontinentalflüge zu ertüchtigen. Einen hohen Anteil an den Kosten für die geplante Ertüchtigung haben Kompensationsmaßnahmen für Umweltschutzauflagen, insbesondere im Hinblick auf den Eltingmühlenbach.

Die Landesregierung hat nun den Medien entnommen, dass die Betreiber des Flughafens die Verlängerung der Start- und Landebahn nicht im ursprünglich geplanten Umfang realisieren wollen. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung

in Gespräche mit der Flughafengesellschaft bezüglich einer möglichen finanziellen Beteiligung an Kompensationsmaßnahmen für den Umweltschutz eintreten.